

Kurznachrichten 209

Textteil

Vorschläge des Statistischen Beirats für ein Rahmenkonzept zur Neuordnung der amtlichen Statistik 219

Wohnverhältnisse älterer Menschen 228

Insolvenzen 1995 239

Der Steuerwert als Kontrollinstrument der Intra-handelsstatistik 244

Öffentliche Finanzen 1995 252

Ehrenamtliches Engagement in Deutschland 259

Berechnung des Privaten Verbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach der Verwender- und der Lieferantenmethode 267

Preise im März 1996 273

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge 277

Tabellenteil

Übersicht 185*

Statistische Monatszahlen 186*

Ausgewählte Tabellen 216*

Statistisches Bundesamt
 Bibliothek - Dokumentation - Archiv

Herausgeber
 Statistisches Bundesamt

Verlag
 Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.
 Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.
 Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents

News in brief 209

Texts

Proposals of the Statistical Advisory Committee for a framework relating to the reorganisation of official statistics 219

Housing conditions of elderly people 228

Insolvencies, 1995 239

The tax value as control instrument of intra-Community trade statistics 244

Public finance, 1995 252

Volunteer and community work in Germany 259

Computation of the final consumption of households in the new Länder and Berlin-East according to the user and supplier methods ... 267

Prices in March 1996 273

List of the contributions published in the current year 277

Tables

Summary 185*

Monthly statistical figures 186*

Selected tables 216*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Table des matières

Informations sommaires 209

Textes

Propositions du Comité consultatif statistique concernant un plan-cadre pour la réorganisation de la statistique officielle 219

Conditions de logement des personnes âgées ... 228

Insolvabilités en 1995 239

La valeur fiscale comme instrument de contrôle de la statistique du commerce intra-communautaire 244

Finances publiques en 1995 252

Activités honorifiques en Allemagne 259

Calculs de la consommation privée dans les nouveaux Länder et Berlin-Est suivant la méthode dite d'utilisateurs et de fournisseurs .. 267

Prix en mars 1996 273

Liste des contributions publiées dans l'année en cours 277

Tableaux

Résumé 185*

Chiffres statistiques mensuels 186*

Quelques tableaux sélectionnés 216*

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990.

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

Aus aller Welt

Statistik im Internet

Seit der CeBIT '96 ist das Statistische Bundesamt mit einem Informationsangebot im WWW (World Wide Web)-Dienst des Internet unter der Adresse <http://www.statistik-bund.de> erreichbar. Die technische Voraussetzung, der Betrieb eines Rechners der mittleren Datentechnik (Server), der über Datenfernübertragungsleitungen erreicht werden kann, wurde Anfang März 1996 über einen Anschluß des Statistischen Bundesamtes an das Deutsche Forschungsnetz (DFN) realisiert.

Das in den letzten Monaten im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehende Internet ist als Medium für die Verbreitung statistischer Informationen besonders geeignet, da sich damit aktuell, einfach, schnell und kostengünstig Texte, Tabellen und Grafiken übertragen sowie Verknüpfungen zu anderen Anbietern herstellen lassen.

Der Server des Statistischen Bundesamtes bietet in der ersten Ausbaustufe vor allem tagesaktuelle Presseinformationen, chronologisch und systematisch geordnet, sowie zu allen Sachgebieten der amtlichen Statistik deutsch- und englischsprachige Texte und Tabellen. Die Menüpunkte führen zu folgenden Angeboten:

- **About us** liefert Informatives über das Statistische Bundesamt,
- **Hot News** bietet Presseinformationen und Terminvorschauen,
- **Helpline** listet wichtige Ansprechpartner im Statistischen Bundesamt auf,
- **Basics** weist statistische Grundzahlen aus vielen Bereichen der Statistik nach,
- **Science** speichert die Texte der Publikation „Methoden . . . Verfahren . . . Entwicklungen“,
- **Bookstore** verzeichnet wichtige gedruckte Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes,
- **Mediastore** informiert über den Mailboxservice, die Diskettenprodukte und das CD-ROM-Angebot,
- **Statlink** verbindet direkt zu den WWW-Angeboten anderer statistischer Institutionen in aller Welt,
- **Events** kündigt Veranstaltungen aus der Welt der Statistik an.

Ein zusätzlicher Menüpunkt „Feedback“ bietet die Möglichkeit zur Übermittlung von Anfragen, Anre-

gungen und Kritik. Die Möglichkeit zur direkten Kontaktaufnahme über E-Mail zu kompetenten Ansprechpartnern im Statistischen Bundesamt ist eine medienspezifische Besonderheit, die im Rahmen der hausinternen Vernetzung geplant wird.

Die Auswertungen der detaillierten Seitenabrufstatistik sollen zur nachfrageorientierten Weiterentwicklung des Informationsangebotes genutzt werden. Die weitere Planung sieht die Bereitstellung aktueller Wirtschaftsindikatoren vor. Außerdem soll über Internet ein Zugriff auf die Zeitreihendatenbank des Statistischen Bundesamtes möglich werden.

In Kooperation mit den statistischen Ämtern der Länder wird derzeit ein abgestimmtes länder- und regionalstatistisches Datenangebot entwickelt.

Aus Europa

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Euroregionen mit Polen und Tschechien

Die Regionalpolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) ist unter anderem auf die Verringerung regionaler wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede der Gebiete an den innergemeinschaftlichen und den Außengrenzen der Union gerichtet. Sie erlangt mit den Beitrittsplänen einer Reihe von Übergangsländern an der Ostgrenze der Europäischen Union eine Dimension, die bereits heute die angrenzenden Gebiete der Beitrittskandidaten, darunter insbesondere Polens und Tschechiens, einschließt.

Am Vorbild zahlreicher bestehender regionaler Kooperationen in der EU, darunter auch Deutschlands mit seinen westlichen Nachbarn, entwickelt sich seit 1989 auch an den Ostgrenzen eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den sogenannten „Euroregionen“, die durch Programme der EU (PHARE, INTERREG II) und durch nationale Entwicklungsprogramme der Länder gefördert werden. An den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen betrifft das die Euroregionen „Pomerania“, „Mittel-Oder“ und „Spree – Neiße – Bobr“, an den Grenzen zur Tschechischen Republik die Euroregionen „Elbe/Labe“, „Erzgebirge“, „Egrensis“ und „Bayerischer Wald – Sumava (Böhmerwald) – Mühlviertel“ und im polnisch-tschechisch-deutschen Dreiländereck besonders die Euroregion „Neiße-Nisa-Nysa“.

Um eine Euroregion in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht analysieren und weiterentwickeln zu können, ist die Kenntnis zuverlässiger statistischer

Kurznachrichten

Struktur- und Entwicklungsdaten des betroffenen Gebiets unerlässlich. Die Arbeit der Statistikproduzenten reicht hierbei vom mühsamen Herstellen der Vergleichbarkeit des vorhandenen statistischen Materials über die ergänzenden Untersuchungen und Erhebungen zur Schließung noch vorhandener Informationslücken bis zur Herausgabe gemeinsamer Veröffentlichungen, zum Aufbau von Datenbanken und zur Schaffung von Informationsnetzen, die eine aktuelle und kundenfreundliche Bereitstellung des Zahlenmaterials ermöglichen sollen. Neben statistischen Problemen müssen oft auch sprachliche Barrieren überwunden werden.

Auf dem zweiten Treffen von Statistikproduzenten und Statistiknutzern zum Seminar „Statistik der Euroregionen am Beispiel polnisch-tschechisch-deutscher Kooperation“ vom 28. Februar bis 1. März 1996 in Dresden wurden die im Februar 1994 in Jelenia Góra (Hirschberg/Polen) gemeinsam erarbeiteten Ansätze grenzüberschreitender statistischer Zusammenarbeit weiter konkretisiert. Für die grenzüberschreitende Statistik-Kooperation wurden dabei drei grundsätzliche Ziele formuliert:

1. Das gegenseitige Kennenlernen und der Austausch von Informationen über die zum Teil noch sehr länderspezifischen Voraussetzungen und Regelungen der Nachbarregionen, insbesondere auf dem Gebiet der Statistik.
2. Die Vereinbarung über den Inhalt der gemeinsamen statistischen Arbeiten, insbesondere über erste gemeinsame Publikationen statistischer Eckdaten.
3. Die Durchführung und Koordinierung weitergehender Kooperationsmaßnahmen (methodische Abstimmung, Aufstellung gemeinsamer Merkmalskataloge, Datenaustausch sowie Aufbau von Kommunikationsnetzen und Datenbanken).

Abschließend wurde festgehalten, daß die Generalisierung dieses Ansatzes „Euroregionaler Statistik“ als Ausgangsbasis in allen Euroregionen genutzt werden kann und letztlich auch dazu dient, die Euroregionen untereinander vergleichbar zu beschreiben. Das verdient allein schon deshalb besondere Aufmerksamkeit, da damit ein wichtiger Beitrag zur Harmonisierung der statistischen Systeme im Vorfeld einer möglichen Erweiterung der Europäischen Union geleistet wird.

Beispielhaft für ein gelungenes gemeinsames Projekt unter Beteiligung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen wurde die dreisprachige Publikation „Die Städte der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa: Görlitz, Jelenia Góra, Liberec“ vorgestellt. Das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern machte auf ein aktuelles Statistisches Sonderheft zum Thema „Vorpommern — Teil der

Europaregion Pomerania“ (Heft 1/1996) aufmerksam. Die Ergebnisse des Dresdener Seminars fließen unmittelbar in die Vorbereitungen der auf Einladung des Statistischen Zentralamtes Polens gemeinsam mit Eurostat in Stettin geplanten „Europäischen Konferenz zur grenzüberschreitenden Statistik“ ein, die als gesamteuropäisches Forum der intraregionalen und interregionalen Statistik der Länder Mittel- und Osteuropas und der EU-Mitgliedstaaten mit breiter Beteiligung der nationalen statistischen Ämter und potentieller Statistiknutzer der regionalen, aber auch der zentralen Ebene für Ende 1996 angekündigt ist.

Verkehrsstatistiker aus Ost und West berieten in Berlin

Mitte März 1996 fand in Berlin der Zweite Workshop der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur Verkehrsstatistik statt. Nach dem ersten Workshop 1994 in Den Haag war diese Veranstaltung mit dem Thema „Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Straßengüterverkehrsstatistik“ vor allem methodischen und praktischen Fragen der statistischen Datenerhebung in diesem Bereich gewidmet. Eine Fallstudie wurde vorgestellt und ein Unternehmensbesuch durchgeführt. Aus Übergangsländern nahmen Statistikerinnen und Statistiker aus Staaten Mittel- und Osteuropas (im Rahmen des PHARE-Programms der Europäischen Union), aus Weißrußland, der Russischen Föderation, der Ukraine und — von Deutschland unterstützt — der Volksrepublik China teil. Insgesamt waren 33 leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statistischer Ämter und aus Verkehrsministerien dieser Länder sowie 17 Fachleute westlicher Länder, insbesondere aus Deutschland, Großbritannien und Nordirland sowie den Niederlanden, sowie inter- und supranationaler Institutionen vertreten.

Ausschuß für das Statistische Programm/9. EWR-Konferenz

Am 15. März 1996 fand in Brüssel unter Teilnahme der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union und weiterer Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) die 20. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/9. EWR-Konferenz statt. Als wichtiger Beratungspunkt stand die Abstimmung des ASP über den Verordnungsvorschlag der Kommission zur anfänglichen Abdeckung von Gütern und Dienstleistungen in den harmonisierten Verbraucherpreisindeizes auf der Tagesordnung, der vom ASP mehrheit-

Kurznachrichten

lich befürwortet wurde. Obwohl der vorgelegte Entwurf aus der Sicht einiger statistischer Ämter inhaltlich und terminologisch nicht optimal ist, sprach sich die Mehrheit der Mitgliedstaaten bei vier Stimmenthaltungen unter dem Aspekt des durch den Unionsvertrag vorgegebenen engen Zeitrahmens für die Verabschiedung der Verordnung aus. Die Methode, wie die Kraftfahrzeugversicherung in den harmonisierten Verbraucherpreisindex einbezogen werden soll, soll noch einmal in der Arbeitsgruppe diskutiert werden. Ein weiterer wichtiger Beratungspunkt war die Abstimmung des ASP über den Verordnungsvorschlag der Kommission bezüglich der Mindestanforderungen für Verfahren der Qualitätsanpassung im Rahmen des harmonisierten Verbraucherpreisindex, der dazu beitragen soll, die Unterschiede in den nationalen Praktiken bei der Behandlung von Qualitätsänderungen abzubauen. Die Verordnung wurde nach einer textlichen Klarstellung mit 14 von 16 Stimmen der Mitgliedstaaten verabschiedet.

Die Abstimmung des ASP über den Verordnungsvorschlag der Kommission bezüglich der Mindestanforderungen für Preise, die in den harmonisierten Verbraucherpreisindizes benutzt werden, war ein weiteres Diskussionsthema. Der ASP verabschiedete den Verordnungsentwurf mit 15 von 16 Stimmen. Der deutsche Vertreter im ASP wies darauf hin, daß angesichts des sehr engen Zeitrahmens insbesondere die Regelung der noch ausstehenden Einbeziehung der selbstgenutzten Eigentümerwohnungen höchste Priorität erhalten soll.

Weitere Beratungspunkte waren u. a.

- der Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Aufgliederung der unterstellten Dienstleistungen finanzieller Mittler (IEDFM bzw. FISIM). Die überwiegende Mehrheit der Delegationen schloß sich der Stellungnahme des deutschen Vertreters im ASP an und lehnte das Vorgehen Eurostats nachdrücklich ab. Eurostat sieht vor, unter Hinweis auf den durch die ESVG-Verordnung gegebenen Zeitdruck, während des Entscheidungsverfahrens im Rat die parallel laufenden Beratungen in der zuständigen Arbeitsgruppe weiterzuführen. Der ASP beschloß den Rückverweis des Verordnungsentwurfs in die Arbeitsgruppe.
- der vorläufige Bericht der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Erfahrungen mit der CPA, der Revision der CPC und der NACE Rev. 1. Der deutsche Vertreter kritisierte die einseitig positive Berichterstattung Eurostats, in der die erheblichen Kraftanstrengungen der Mitgliedstaaten und die Umstellungsprobleme bei der Einführung der Klassifika-

tionen unterbewertet werden. Er wies darauf hin, daß angesichts des hohen Kapazitäts- und Mitteleinsatzes, den die Umstellung erforderte, und der Probleme mit der Ergebnisbereitstellung, die Statistikproduzenten und Nutzer im Zuge der Umstellung zu verkraften haben, eine erneute Umstellung für das nächste Jahrzehnt nicht zur Diskussion stehen darf. Eurostat kündigte an, dem ASP auf seiner Mai-Sitzung eine überarbeitete Fassung vorzulegen.

- das Aktionsprogramm Edicom, das dem Rat vorgelegt wird, ein Bericht über die mittelfristige Entwicklung des TES-Programms sowie Normen für die Wirtschaftsstatistiken des Internationalen Währungsfonds (IMF) im Zusammenhang mit der Globalisierung der Wirtschaft.

Aus dem Inland

Erste vorläufige Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1995

Bereits ein halbes Jahr nach der zum Stichtag 30. September 1995 in den fünf neuen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie in Berlin-Ost durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählung liegen erste vorläufige Ergebnisse im Statistischen Bundesamt und in den statistischen Ämtern der Länder vor. Gezählt wurden 2 608 900 Gebäude mit Wohnungen (einschl. bewohnter Unterkünfte) mit insgesamt 7 208 700 Wohneinheiten.

Die letzte Zählung von Gebäuden und Wohnungen fand im Rahmen der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung der ehemaligen DDR am 31. Dezember 1981 statt, ein Zeitpunkt, der mittlerweile schon vierzehn Jahre zurückliegt. Erstmals wird die Gebäude- und Wohnungszählung 1995 auch mit den alten Ländern vergleichbare Ergebnisse auf tiefer regionaler Ebene bereitstellen und eine verlässliche Basis für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestands sowie eine Auswahlgrundlage für künftige Stichproben liefern.

Die Ergebnisse beruhen auf den Antworten der jeweiligen Gebäudeeigentümer, die als Auskunftspflichtige zu ausgewählten Merkmalen ihrer Gebäude und der sich darin befindlichen Wohneinheiten Auskunft geben mußten.

Endgültige Ergebnisse der Zählung, die detaillierte Auskünfte zu den ausgewählten Merkmalen der Gebäude und Wohneinheiten liefern (z. B. Baualter, Beheizung, Eigentumsverhältnisse, Bauzustand bzw.

Kurznachrichten

Raumzahl, Fläche, Ausstattung, Nutzung, Leerstand), werden im zweiten Halbjahr 1996 erwartet. Sie können von den nunmehr vorliegenden vorläufigen Ergebnissen geringfügig abweichen.

Änderung bei der Darstellung der Ergebnisse in der Außenhandelsstatistik ab Januar 1996

In der Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik wird sich ab Berichtsmontat Januar 1996 eine Änderung ergeben. Erstmals werden ab diesem Zeitpunkt die veröffentlichten Ergebnisse auch Zuschätzungen für die Ausfuhr- bzw. Einfuhrwerte enthalten, die unterhalb der allgemeinen Befreiungsgrenze bzw. unterhalb der Anmeldeschwelle liegen.

Bekanntlich sind im Handel mit Drittländern, das sind Länder außerhalb der Europäischen Union, bis auf wenige Ausnahmen Warensendungen im Wert von weniger als 1 600 DM von der Anmeldung zur Extrahandelsstatistik befreit. Im Handel mit den Ländern der Europäischen Union (EU) sind diejenigen Unternehmen von der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik befreit, deren Versendungen in andere Mitgliedstaaten der EU oder — davon getrennt betrachtet — deren Wareneingänge aus diesen Ländern im Vorjahr unter 200 000 DM gelegen hatten.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik werden u. a. im Statistischen Bundesamt bei der Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei der Deutschen Bundesbank bei der Erstellung der Zahlungsbilanz verwendet. Dort wurden bisher schon Zuschätzungen für die vorgenannten Befreiungstatbestände bei den entsprechenden Berechnungen berücksichtigt. In der Vergangenheit gab es deshalb immer wieder Fragen und Diskussionen wegen der unterschiedlichen Darstellungsweisen in der Außenhandelsstatistik einerseits und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie der Zahlungsbilanz andererseits. Das Statistische Bundesamt hat sich nunmehr — auch einer Empfehlung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) folgend — dazu entschlossen, ab Januar 1996 auch in der Außenhandelsstatistik Zuschätzungen für die von der Anmeldung befreiten Werte in die veröffentlichten Ergebnisse einzubeziehen. Die Außenhandelsergebnisse enthalten also ab Berichtsmontat Januar 1996 auch die Werte unterhalb der jeweiligen Befreiungsgrenzen.

Die Entscheidung des Statistischen Bundesamtes wurde auch maßgeblich dadurch beeinflusst, daß infolge der unternehmensbezogenen Anmelde-

schwelen in der Intrahandelsstatistik die befreiten Werte an Bedeutung gewonnen haben. Während sich in der Extrahandelsstatistik der Wert der befreiten Warensendungen unter 1 600 DM im Monatsdurchschnitt des Jahres 1995 beim Export auf 65 Mill. DM und beim Import auf 44 Mill. DM belief, waren in der Intrahandelsstatistik durch die unternehmensbezogene Anmeldeschwelle von 200 000 DM im Monatsdurchschnitt 1995 bei der Versendung Werte von 311 Mill. DM und beim Eingang von 526 Mill. DM von der Anmeldung befreit.

Da die ab Januar 1996 in die veröffentlichten Ergebnisse einbezogenen Werte von der Anmeldung befreit sind, können sie nur in Form von Schätzungen ermittelt und zugeschlagen werden. Einzelheiten über Hintergründe und Vorgehensweise bei den Schätzungen werden in dem Aufsatz „Möglichkeiten und Grenzen der Schätzung von Ergebnissen über den Außenhandel“ in WiSta 3/1994, S. 188 ff., beschrieben.

Die befreiten und über Schätzungen in das Gesamtergebnis einbezogenen Werte werden vom Statistischen Bundesamt nur für den Bereich des Intrahandels nach den Partnerländern der EU aufgegliedert. Für den Bereich des Extrahandels werden die befreiten Werte nicht nach Ländern aufgeteilt, sondern zusammengefaßt unter der Länderbezeichnung „nicht ermittelte Länder“ (Ländernummer 958) veröffentlicht. In den tiefer gegliederten Veröffentlichungen werden die befreiten Werte unter der Warennummer 99990002 mit der Bezeichnung „nicht anmeldepflichtige Warenverkehre“ dargestellt. Eine weitere Untergliederung nach anderen Merkmalen wird nicht vorgenommen.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VB, Telefon (06 11) 75 22 32, erhältlich.

Frühjahrskonferenz der Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Überprüfung des Aufgabenprogramms der Bundesstatistik stand erneut im Vordergrund der Amtsleiterkonferenz Anfang März 1996. Die vom erweiterten Abteilungsleiterausschuß Statistik (ALA-Statistik) in seinem Zwischenbericht vorgeschlagenen und vom Bundeskabinett beschlossenen 45 Kürzungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in der Bundesstatistik will das Bundesministerium des Innern nun umgehend umsetzen; sofern Rechtsanpassungen notwendig sind, bereitet es ein Artikelgesetz vor. Der erweiterte ALA-Statistik wird sich in

Kurznachrichten

der nächsten Zeit verstärkt der Prioritätensetzung einzelner Statistiken und Datenschutzaspekten zuwenden. Die Projektgruppen wurden aufgelöst; dafür wurde eine Arbeitsgruppe auf Referentenebene mit Fachleuten aus den Bundesministerien für Wirtschaft, der Finanzen sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, aus Bayern, aus Nordrhein-Westfalen und des Statistischen Bundesamtes eingerichtet, die dem erweiterten ALA-Statistik über den Fortgang der Umsetzungsarbeiten laufend berichtet und weitere Vorschläge diskutieren soll. Der erweiterte ALA-Statistik hat auch die Aufgabe zu prüfen, ob es für die Bundesstatistiken eine Gebührenregelung oder eine Ressortetatisierung geben soll. Die Amtsleiterkonferenz sprach sich nachdrücklich gegen eine Ressortetatisierung aus. Sie war sich einig, daß ein Zerfall der Bundesstatistik in Ressortstatistiken negative Auswirkungen vor allem für Objektivität, Neutralität und wissenschaftliche Unabhängigkeit der amtlichen Statistik hätte. Sie vereinbarte eine Stellungnahme an den Vorsitzenden des erweiterten ALA-Statistik, in der die wichtigsten Gründe aufgeführt werden, die gegen eine Ressortetatisierung sprechen.

Ein weiterer wichtiger Beratungspunkt waren die Planungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die derzeit jährlich durchzuführende Arbeitskräftestichprobe als laufende (monatliche) Erhebung durchzuführen und das Programm erheblich auszuweiten. Es bestand Einvernehmen, daß das ab 1996 zum Einsatz kommende neue Konzept des Mikrozensus hinsichtlich der Kostenneutralität, der Reduzierung der Belastung und der Akzeptanzverbesserung nicht gefährdet werden darf.

Zur sekundärstatistischen Nutzung von Daten der Agrarverwaltung aus dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKos) für die amtliche Agrarstatistik unterrichtete das Statistische Bundesamt die Amtsleiterkonferenz, daß von seiten des Bundesbeauftragten für den Datenschutz keine Bedenken bestehen, eine Kannbestimmung in das Agrarstatistikgesetz aufzunehmen, die eine sekundärstatistische Nutzung von InVeKos-Daten für agrarstatistische Nachweise ermöglicht.

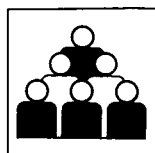
Das Statistische Bundesamt berichtete ferner über den Stand der Arbeiten zum Aufbau eines umfassenden statistikinternen Unternehmensregisters, für die zweite Stufe der Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes sowie zu den Verordnungsentwürfen über die Tätigkeit der Gemeinschaft im Bereich der Statistik, über die Unternehmensstrukturstatistik, zur Harmonisierung der Konjunkturindikatoren und für eine europäische Luftverkehrsstatistik. Ferner infor-

mierten sich die Amtsleiter über den aufgrund der inzwischen verabschiedeten Tourismus-Richtlinie und der Richtlinie über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs entstehenden zusätzlichen Aufwand sowie über das Projekt eines Europäischen Arbeitskostenindex, dem Deutschland strikt ablehnend gegenübersteht, weil ein offensichtliches Mißverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag besteht.

Zur Weiterführung der Arbeiten an dem Bund-Länder-Projekt GENESIS (Gemeinsames Neues Statistisches Informationssystem), das durch sein fachliches und technisches Konzept die Basis für ein vielseitig verwendbares Datenspeicherungs- und Rechercheinstrument bietet, bekräftigte die Amtsleiterkonferenz die Notwendigkeit, das Projekt in gemeinsamer Verantwortung mit höchster Priorität zu verfolgen.

Aus diesem Heft

Wohnverhältnisse älterer Menschen



Die Ergebnisse der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 erlauben auch Aussagen zu den Wohnverhältnissen der Menschen im Alter von 65 oder mehr Jahren. Sie leben als Einpersonenhaushalte oder als Mitglied in einem Mehrpersonenhaushalt. Von ihnen lebten gut 54 % in einem Hauptmieter- und gut 45 % in einem Eigentümerhaushalt, ein kleiner Rest noch in einem Untermieterhaushalt.

Ältere Menschen lebten am häufigsten in Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohneinheiten. Mehr als ein Drittel der Wohngebäude, in denen die älteren Menschen lebten, stammten noch aus der Zeit bis 1948. Dieses Ergebnis für Gesamtdeutschland ist geprägt durch das Teilergebnis für die neuen Länder und Berlin-Ost. Hier lebten fast zwei Drittel der älteren Menschen in Wohngebäuden dieser Altersklasse.

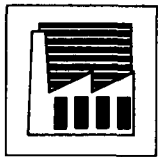
Unterschiede gab es auch in der Größe der Wohnungen. Während die älteren Menschen im früheren Bundesgebiet Wohnungen mit einer durchschnittlichen Größe von 88 m² bewohnten, hatten sie in den neuen Ländern mit rund 65 m² deutlich weniger Wohnfläche zur Verfügung. Auch bei der Ausstattung der Wohnungen ergaben sich Abweichungen. Im früheren Bundesgebiet hatten gut 97 % der älteren Menschen in ihren Wohnungen Bad oder Dusche und WC, in den neuen Ländern dagegen erst gut drei

Kurznachrichten

Viertel. Ähnlich ist das Verhältnis bei der Ausstattung mit Sammelheizung (= Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung). Im Westen hatten mehr als drei Viertel der älteren Menschen eine solche Heizung in ihrer Wohnung, im Osten waren es nur gut zwei Fünftel.

Auch bei der Höhe der Monatsmiete sind die Verhältnisse in Ost und West sehr unterschiedlich. Im früheren Bundesgebiet lag die Durchschnittsmiete mit 558 DM wesentlich höher als in den neuen Ländern mit 291 DM.

Insolvenzen 1995



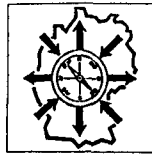
In Deutschland wurden 1995 insgesamt 28 785 Insolvenzen verzeichnet, und zwar 21 714 im früheren Bundesgebiet und 7 071 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Damit setzte sich der seit vier Jahren zu beobach-

tende Anstieg der Insolvenzzahlen weiter fort. Allerdings fiel die Zunahme der Insolvenzzahlen im Westen mit rund 8 % deutlich schwächer aus als im Osten mit + 46 %.

Im früheren Bundesgebiet hatten die Insolvenzen nach sechs Jahren ununterbrochenen Rückgangs ab 1992 wieder zu steigen begonnen. Zunächst war die Zunahme verhalten, seit 1993 fiel sie jedoch zweistellig aus. Im Jahr 1995 war der Anstieg mit 8,1 % jedoch deutlich schwächer als in den beiden Jahren davor. Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen beliefen sich auf 24 Mrd. DM und waren damit deutlich niedriger als 1994, als sich die Forderungen noch auf fast 29 Mrd. DM summierten. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß 1994 etwa ein Viertel der Summe auf den Zusammenbruch einer großen Immobiliengruppe entfallen war. Ließe man diesen Fall aus dem Jahr 1994 unberücksichtigt, wäre die durchschnittliche finanzielle Bedeutung der Insolvenzen 1995 gegenüber 1994 in etwa gleich geblieben.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost, in denen noch die Gesamtvollstreckungsordnung gilt, wurden 1995 46,2 % mehr Insolvenzfälle verzeichnet als im Vorjahr. Diese Zunahme ist nach wie vor sehr hoch, jedoch fiel sie deutlich schwächer aus als 1994 gegenüber 1993 (+ 75,2 %). In den Jahren 1992 und 1993 war es im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr sogar zu einer Verdreifachung bzw. Verdoppelung der Insolvenzzahlen gekommen. Die Forderungen der Gläubiger wurden von den Gerichten für das Jahr 1995 auf knapp 9 Mrd. DM beziffert, gegenüber rund 6 Mrd. DM im Jahr 1994. Die durchschnittliche Forderungshöhe ist damit gleich hoch gewesen wie 1994.

Der Steuerwert als Kontrollinstrument der Intrahandelsstatistik



Im Rahmen dieser Zeitschrift wurden während der vergangenen drei Jahre in verschiedenen Beiträgen die Neuerungen beschrieben, die auf die Außenhandelsstatistik durch die Einführung des Europäischen Binnenmark-

tes zum 1. Januar 1993 in Form der Intrahandelsstatistik zugekommen sind.

Diese Informationsreihe wird mit dem vorliegenden Beitrag, der die enge Verbindung zwischen der Finanzverwaltung und der Statistik aufzeigt, fortgesetzt. Diese Verbindung hat für den Bereich der Intrahandelsstatistik die traditionsreiche und klassische Verbindung zwischen Zollverwaltung und Statistik abgelöst.

Von der Finanzverwaltung werden dem Statistischen Bundesamt vierteljährlich bestimmte Monatsdaten geliefert, die die Umsatzsteuerpflichtigen in der Umsatzsteuer-Voranmeldung für die innergemeinschaftlichen Warenlieferungen bzw. die innergemeinschaftlichen Wareneingänge angemeldet haben.

Diese Verpflichtung zur Datenlieferung beruht auf einer EG-Verordnung. Mit Hilfe dieser von der Steuerverwaltung gelieferten Daten überwacht das Statistische Bundesamt die Vollständigkeit und Vollzähligkeit der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik.

In dem Aufsatz wird zunächst die Verbindung zwischen der Finanzverwaltung und der Intrahandelsstatistik beschrieben. Es wird analysiert, inwieweit die gelieferten Steuerwerte mit den aus der Intrahandelsstatistik hervorgehenden Statistischen Werten bzw. den Rechnungsbeträgen vergleichbar und für eine Kontrollfunktion geeignet sind.

Neben dieser mehr methodischen Beschreibung wird auch der Einsatz der von der Steuerverwaltung gelieferten Kontrollinstrumente in der Praxis erläutert. Es wird aufgezeigt, wie der Steuerwert einerseits und der Rechnungsbetrag andererseits für einen globalen Vergleich verwendet werden.

Ausführungen über den praktischen Einsatz der Kontrollinstrumente im Rahmen der Mahnung säumiger Auskunftspflichtiger schließen den Beitrag ab. Dabei wird über die Erfahrungen, Erfolge und Schwierigkeiten des Statistischen Bundesamtes bei den Maßnahmen zur Gewährleistung der Vollzähligkeit der Ergebnisse der Intrahandelsstatistik berichtet.

Kurznachrichten

Öffentliche Finanzen 1995



Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen der Kassenstatistik und vermittelt einen ersten Überblick über die aktuelle Entwicklung der Ist-Ausgaben, Ist-Einnahmen und des Schuldenstandes der öffentlichen

Haushalte (Bund einschl. seiner Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände und Sozialversicherung). Die Finanzdaten der zur Kassenstatistik nicht berichtspflichtigen öffentlichen Haushalte (Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, kommunale Zweckverbände, gesetzliche Unfallversicherung) wurden hinzugeschätzt, ebenfalls die bis Redaktionsschluß noch nicht gemeldeten kommunalen Daten Hessens und des Saarlandes.

Die durch die Erweiterung des Berichtskreises 1995 bedingten Vergleichsstörungen der Daten mit den Ergebnissen des Vorjahres wurden — soweit quantifizierbar — beseitigt.

Die öffentlichen Haushalte gaben 1995 1852,5 Mrd. DM aus, das sind 3,8 % mehr als im Vorjahr. Der Ausgabenanstieg wurde vor allem durch höhere Sozialleistungen (+ 7,9 % auf 627,8 Mrd. DM) und Zinsausgaben (+ 13,8 % auf 131,1 Mrd. DM) verursacht. Der kräftige Zuwachs der Zinsausgaben ist weitgehend auf die 1995 von dem Erblastentilgungsfonds übernommenen Schulden der Treuhandanstalt zurückzuführen und daher „verzerrt“.

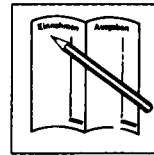
Die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte nahmen 1995 mit 2,7 % auf 386,9 Mrd. DM nur unterproportional gegenüber dem Vorjahr zu. Weiterhin rückläufig waren die Bauausgaben (— 3,3 % auf 73,9 Mrd. DM).

Auf der Einnahmenseite erhöhte sich 1995 die Hauptposition, die Steuern und steuerähnlichen Abgaben (Anteil 83,4 %), um 3,5 % auf 1 455,3 Mrd. DM.

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte, die Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen einschließlich interner Verrechnungen, belief sich 1995 auf 119,9 Mrd. DM. Unter Ausschaltung der Vergleichsstörungen errechnet sich ein Defizit von 127,2 Mrd. DM, 15,3 Mrd. DM mehr als 1994. Ursächlich für diese Entwicklung war, daß die Sozialversicherung nach einem Überschuß im Vorjahr (+ 2,8 Mrd. DM) 1995 mit einem Defizit von knapp 10 Mrd. DM abschloß. Beim Bund blieb das Finanzierungsdefizit 1995 mit 50,5 Mrd. DM nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr. Bei Ländern und Gemeinden/Gv. vergrößerte sich das Defizit um 3,5 bzw. rund 2 Mrd. DM.

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte belief sich Ende 1995 auf 1974,3 Mrd. DM, das sind 7,5 % mehr als im Vorjahr. Die Schulden der Länder stiegen um 9,2 % (auf 503,2 Mrd. DM). Beim Bund nahmen sie um 5,9 % (auf 754,3 Mrd. DM) und bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden um 4,1 % (auf 166,1 Mrd. DM) zu.

Ehrenamtliches Engagement in Deutschland



Durch eine erstmals 1991/92 vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder durchgeführte Zeitbudgeterhebung ist es möglich, repräsentative Ergebnisse zum Umfang des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland zu ermitteln. Damit kann die Zeitbudgeterhebung einen Beitrag zur Diskussion um das ehrenamtliche Engagement in der Bevölkerung liefern.

Gut 17 % der Deutschen ab zwölf Jahren waren 1991/92 freiwillig und unentgeltlich im Rahmen von Organisationen, wie beispielsweise Vereinen und Verbänden oder in öffentlichen Ämtern, ehrenamtlich tätig. Männer sind dabei mit einem Anteil von 20 % gegenüber Frauen (15 %) stärker in ehrenamtliche Tätigkeiten eingebunden. Die Personen ab zwölf Jahren, die ehrenamtlich tätig sind, wenden im Durchschnitt rund 4½ Stunden wöchentlich (ohne Wegezeiten) für ihr Ehrenamt auf, wobei Männer mit rund fünf Stunden mehr als eine Stunde länger ehrenamtlich tätig sind als Frauen (3¾ Stunden).

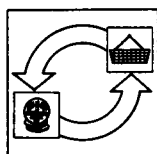
Am aktivsten sind die Vierzig- bis Siebzigjährigen. In dieser Altersklasse nehmen rund 22 % der Personen ehrenamtliche Tätigkeiten wahr. In welchem Umfang sich Personen an ehrenamtlichen Tätigkeiten beteiligen, hängt auch von der familiären Situation ab. So sind Erwachsene im Haushaltstyp „Ehepaare mit jüngstem Kind von sechs bis unter 18 Jahren“ häufiger ehrenamtlich tätig (23,1 %) als Erwachsene eines Haushalts mit jüngstem Kind unter sechs Jahren (17,4 %). Erwerbstätige Personen sind zu gut 18 % ehrenamtlich engagiert gegenüber 16 % der Nichterwerbstätigen.

Die monetäre Bewertung von unentgeltlichen ehrenamtlichen Leistungen ist ein schwieriges Unterfangen, bei dem es keine richtigen oder falschen, sondern mit Blick auf die Untersuchungsziele allenfalls zweckmäßige Bewertungsverfahren gibt. Den „gesellschaftlichen Wert“ von ehrenamtlichen Arbeiten zu quantifizieren, ist nicht möglich. Es kann lediglich ein „Marktwert“ von ehrenamtlicher Arbeit geschätzt werden, indem die für ehrenamtliche Arbeit aufge-

Kurznachrichten

wendete Zeit mit geeignet erscheinenden Marktlohnsätzen bewertet wird. Für das frühere Bundesgebiet ergibt sich so für das Jahr 1992 ein Schätzwert für ehrenamtliche Arbeit von rund 75 Mrd. DM bzw. rund 130 Mrd. DM, je nachdem, welcher von zwei konzeptionell denkbaren Lohnsätzen der Bewertung zugrunde gelegt wird.

Berechnung des Privaten Verbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach der Verwender- und der Lieferantenmethode



Der Private Verbrauch wird in Deutschland üblicherweise ausgehend von den Umsätzen der Lieferanten, vor allem des Einzelhandels, berechnet. Über die Schätzung der Anteile der Käufe für den Privaten Verbrauch erhält man den Privaten Verbrauch im Inland.

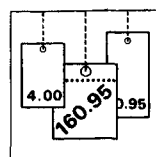
Von dieser Summe werden die Ausgaben ausländischer Haushalte im Inland abgezogen und die Käufe der inländischen privaten Haushalte in der übrigen Welt hinzugezählt. Für die Ermittlung der Umsätze der Lieferanten wird das gesamte statistische Erhebungssystem genutzt.

Diese umfangreiche Datenbasis war unmittelbar nach der deutschen Vereinigung in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch nicht vorhanden. Aus diesem Grund wurde ein anderer Weg zur Berechnung des Privaten Verbrauchs gegangen, den der direkten Befragung der Ausgaben der inländischen privaten Haushalte. Dazu wurde festgelegt, die Statistik des Haushaltsbudgets in den neuen Ländern befristet bis Ende 1992 weiterzuführen. Mit ihr wurden etwa 3 500 Haushalte befragt, die ungefähr 85 % aller Haushalte repräsentierten. Entscheidend für die Auswertung der Haushaltsbudgeterhebung als Basis für die Berechnung des Privaten Verbrauchs war, daß es im wesentlichen dieselben Haushalte waren, die schon vor der Vereinigung an der Statistik teilgenommen hatten. Da außerdem die Löhne und Gehälter sowie die Transferleistungen nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 im Verhältnis 1:1 weitergezahlt worden waren, waren die berechneten Angaben für den Privaten Verbrauch vor und nach der Vereinigung direkt vergleichbar. Die Hochrechnung erfolgte für 1991 und 1992 anhand der Ergebnisse der Mikrozensusbefragungen.

Das Problem bei der Nutzung von Haushaltsbefragungen besteht aber darin — und das zeigen auch internationale Erfahrungen —, daß die Berechnungen des Privaten Verbrauchs stets um 10 bis 30 % niedriger ausfallen als nach dem Lieferantenansatz.

Anhand der Ergebnisse von Totalerhebungen mit Auskunftspflicht bei den Lieferanten an private Haushalte wurde für das Jahr 1989 für das Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost der Private Verbrauch berechnet. Der so berechnete Private Verbrauch war um 23 % höher als das hochgerechnete und konzeptionell an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angepaßte Ergebnis nach der Haushaltsbefragung. Die Gründe für die Abweichung sind vielfältig, liegen aber hauptsächlich im Prinzip der Freiwilligkeit der Befragung. Die Abweichungen wurden möglichst detailliert nach Verwendungszwecken berechnet und auf die Ergebnisse der Jahre 1991 und 1992 angewandt. Nachdem im Sommer 1994 erstmals Daten aus der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 1992 vorlagen, wurde auf deren Grundlage eine Berechnung nach dem Lieferantenansatz vorgenommen. Das Ergebnis des Lieferantenansatzes wich nur um 2 Mrd. DM von dem korrigierten Ergebnis der Haushaltsbefragung ab. Nachdem die Ergebnisse des Lieferantenansatzes auch nach Verwendungszwecken aufgegliedert worden waren, konnten die Resultate beider Rechenansätze verglichen werden.

Preise im März 1996



Im März 1996 zeigten die Preisindizes in Deutschland auf der Erzeuger- und auf der Verbraucherstufe lediglich geringe Veränderungen gegenüber dem Vormonat, während die Großhandelsverkaufspreise spürbar anstiegen

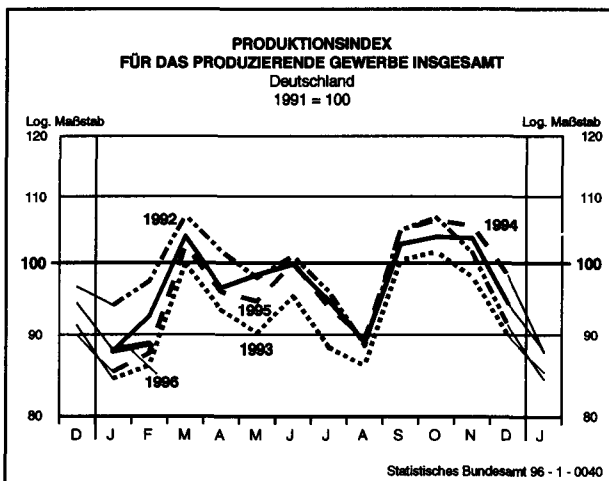
(+ 0,5 %). Dennoch liegen sie ebenso wie die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte unter dem Niveau vom März 1995. Dagegen haben sich die Einzelhandelspreise und die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in diesem Zeitraum um 0,9 bzw. 1,7 % erhöht.

Kurznachrichten

Weitere wichtige Monatszahlen

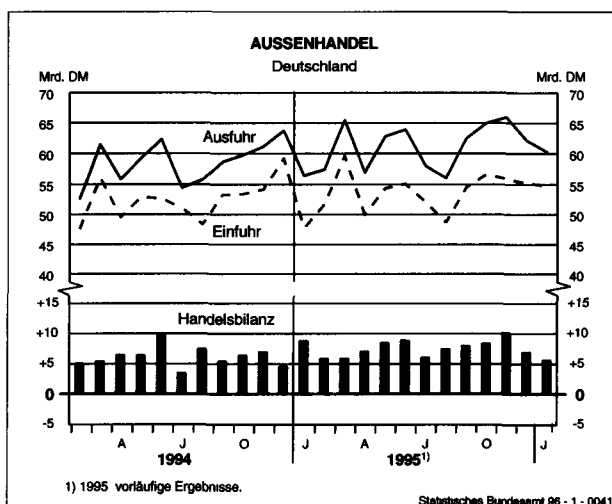
Produktion

Der arbeitstaglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im Februar 1996 mit einem Stand von 88,8 (1991 = 100) um 0,9 % hohrer als im Vormonat und um 3,9 % niedriger als im Februar 1995.



Außenhandel

Im Januar 1996 lagen der Wert der Ausfuhr in Deutschland mit 60,3 Mrd. DM um 6,8 % und der Wert der Einfuhr mit 54,7 Mrd. DM um 14,6 % hohrer als im Januar 1995.



Vorschläge des Statistischen Beirats für ein Rahmenkonzept zur Neuordnung der amtlichen Statistik

Unter dem Stichwort „Schlanker Staat“ hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, die öffentlichen Ausgaben zu verringern und die Wirtschaft von administrativen Verpflichtungen zu entlasten. In diesem Zusammenhang werden auch deutliche Einschnitte bei der amtlichen Statistik gefordert, um auf diese Weise einen Beitrag zur Senkung der Staatsausgaben und zur Entlastung der Unternehmen zu erzielen. Konkret heißt es in der Regierungserklärung vom 23. November 1994: „Die vom Staat vor allem den Unternehmen abgeforderten statistischen Angaben werden auf das absolut Notwendige reduziert.“

Die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Bundesstatistik haben den Statistischen Beirat veranlaßt, ein Rahmenkonzept zur Neuordnung der amtlichen Statistik auszuarbeiten. In diesem Rahmenkonzept macht der Statistische Beirat Vorschläge, wie Einsparungen erreicht und die Befragten entlastet werden könnten, ohne die Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik zu gefährden.

Der Statistische Beirat ist ein Gremium aus Vertretern der Produzenten, Nutzer und Befragten der amtlichen Statistik, das den gesetzlichen Auftrag hat, das Statistische Bundesamt bei seiner Arbeit zu beraten und kritisch zu begleiten. Mitglieder dieses Gremiums sind u. a. Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wissenschaft in Forschungsinstituten und Hochschulen, des Datenschutzes, der kommunalen Spitzenverbände, des Bundesrechnungshofes und der Deutschen Bundesbank. Um vor allem den nichtstaatlichen Nutzern und den Befragten der amtlichen Statistik Gehör zu verschaffen, sind bei Beschlüssen des Statistischen Beirats nur die Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wissenschaft und der Kommunen stimmberechtigt.

Auf einer Sondersitzung am 30. Januar 1996 hat dieses Gremium das Rahmenkonzept abschließend beraten und verabschiedet. Am 12. März 1996 wurde es auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Statistische Beirat warnt vor rein fiskalisch begründeten Einsparungen in der Statistik, zumal der Anteil der Statistikausgaben gemessen am Bundeshaushalt seit 1970 um fast 40 % gesunken ist und heute weniger als 0,5 Promille ausmacht. Er weist ferner darauf hin, daß die objektive und neutrale amtliche Statistik ebenso wie die freie Presse ein unentbehrliches Element des demokratischen Rechtsstaates ist. Sie gehört zur Infrastruktur einer modernen Informationsgesellschaft. Gerade in der aktuellen Situation, da es die Europäische Währungsunion vorzubereiten, den Standort Deutschland zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen gilt, kann auf zuverlässige statistische Informationen nicht verzichtet werden.

Von einigen Beiratsmitgliedern ist der Wunsch geäußert worden, das Rahmenkonzept einem breiten Fachpublikum bekanntzumachen.

Ich möchte diesem Wunsch mit der nachstehenden Veröffentlichung in unserer Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ gerne nachkommen und erhoffe mir, die Diskussion durch weitere Anregungen und kritische Anmerkungen von Fachleuten fortzuführen.

Wiesbaden, im März 1996

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Neuordnung der amtlichen Statistik

Vorschläge des Statistischen Beirats für ein Rahmenkonzept

I. Grundlagen und Rahmenbedingungen amtlicher Statistik

Demokratische, plurale und marktwirtschaftlich verfaßte Informationsgesellschaften müssen über methodisch einwandfreie, politisch neutrale und allen zugängliche Informationen und Daten verfügen, um

- den demokratischen Willensbildungsprozeß zu ermöglichen,
- die Wettbewerbschancen der Unternehmen zu steigern,
- Arbeitsplätze zu sichern,
- einzelwirtschaftliche und staatliche Innovations- und Rationalisierungschancen wahrzunehmen und
- die Effizienz einzelwirtschaftlichen wie staatlichen Handelns zu steigern.

Hierüber besteht internationaler Konsens.¹⁾

Die wesentliche Quelle für quantitative Daten und Informationen sind die deutsche und europäische amtliche Statistik sowie die offizielle internationale Statistik. Mit ihren Grundprinzipien von Objektivität, Neutralität und wissenschaftlicher Unabhängigkeit kommt ihr eine Vorbildfunktion zu. Im Hinblick auf die Vielzahl der in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erstellten nichtamtlichen Statistiken stellt sie einen absolut notwendigen Bezugsrahmen (informationelle Infrastruktur) dar. Sie bildet ein unverzichtbares Gegengewicht zu einseitig interessengeprägten Daten und Informationen.

Die amtliche Statistik hat vielfältige Nutzen zu stiften, und zwar

- einen gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Nutzen,
- Nutzen für die Unternehmen am Standort Deutschland und die in ihnen arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- Nutzen für die Effizienz der Staatstätigkeit,
- Nutzen für die objektive Arbeit der Wissenschaft

und schließlich — aber nicht zuletzt —

- privaten Nutzen für den einzelnen Bürger.

Die amtliche Statistik muß ihre Aufgaben so kostengünstig wie irgend möglich erfüllen. Dabei sind folgende Kosten zur berücksichtigen:

- fiskalische Kosten, das heißt die in den Haushalten der Europäischen Union, von Bund, Ländern, Gemeinden/ Gemeindeverbänden veranschlagten finanziellen Mittel,
- Kosten, die den Auskunftgebern, insbesondere den Auskunftspflichtigen, für die Bereitstellung von Daten entstehen,
- Kosten, die Nutzern durch das Fehlen von amtlichen Statistiken entstehen. Solche Kosten entstehen nicht nur bei privaten, sondern auch bei amtlichen „Nutzern“, die Hilfestellung für politische Entscheidungen zu geben haben.

Manchen politischen Entscheidungsträgern erscheint das amtliche statistische Gebilde als zu teuer, ineffektiv, schwerfällig und auf jeden Fall kürzungswert. Dabei wird häufig verkannt, daß die amtliche Statistik in den vergangenen 20 Jahren erhebliche „Bereinigungs- und Rationalisierungserfolge“ vorzuweisen hat, die allerdings durch zusätzliche Anforderungen von Politik und Verwaltung überkompensiert wurden. Aufgrund allgemeiner politischer Vorgaben zur Verringerung der Staatsaktivitäten, zur Verringerung der Staatsquote und insbesondere zur Reduzierung von Ausgaben des Bundeshaushaltes werden allgemeine Kürzungsvorschläge („Rasenmäher“) wie auch spezifische Kürzungsvorschläge (Abschaffung einzelner Statistiken) und strikte Rationalisierungsansätze für die amtliche Statistik diskutiert. Die Beschränkung auf das „absolut Notwendige“ wird ausdrücklich nur für die amtliche Statistik angestrebt.

Teilweise wird erwogen, den Statistikaufwand ausschließlich am aktuellen Bedarf der staatlichen Verwaltung zu messen. Dieser Ansatz berücksichtigt zwar die augenblicklich geltenden politischen Vorgaben, zum Beispiel in Form von Gesetzen, die den statistischen Bedarf auslösen. Er verkennt aber völlig den Infrastrukturnachhaltungscharakter der amtlichen Statistik in einer pluralistischen Gesellschaft, dem auch in § 1 BStatG Rechnung getragen wird. Der Statistikbedarf der Verwaltung darf in einem demokratischen politischen System aber nicht der alleinige Maßstab sein. (Deshalb wird z. B. der Statistikbedarf des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach Anforderung sofort bedient.) Es darf auch nicht von Seiten der Verwaltung über den statistischen Bedarf anderer Nutzer ohne ausreichende Rückkopplung mit den Nutzern befunden werden. Es ist beispielsweise unverständlich, daß die Bilanzstatistik, die für Gewerkschaften wie Arbeitgeberverbände unverzichtbar ist, um ihre Aufgabe gemäß Artikel 9 GG (Tarifautonomie) zu erfüllen, endgültig eingestellt werden soll.

Falsch wäre es auch, den Statistikbedarf als die Summe des Bedarfs an speziellen Einzelstatistiken zu bestimmen, ohne zu berücksichtigen, daß die Informationen aus diesen einzelnen Statistiken in die Bearbeitung anderer Statistiken mit einfließen und für politisches Handeln nur ein statistisches Gesamtbild von Gesellschaft und Wirtschaft letztlich sinnvoll ist.

Der Statistik werden zusätzlich Kosten, die durch politische Auflagen, durch Sonderwünsche der Verwaltung oder durch Erfordernisse des Datenschutzes und der sta-

¹⁾ Siehe die „Resolution on the Fundamental Principles of Official Statistics in the Region of the Economic Commission for Europe“.

tistischen Geheimhaltung entstehen, zugerechnet Datenschutz und statistische Geheimhaltung gehören zu den rechtlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der statistischen Arbeit, so daß die hierdurch verursachten Kosten zwangsläufig sind. Dadurch erscheint die amtliche Statistik dann als „übersteuert“. Grundsätzlich dürfen der Statistik solche von ihr nicht verursachten Kosten nicht zugerechnet werden.

Nutzen und Kosten der amtlichen Statistik sollten in einer angemessenen Relation stehen. Bei der Kosten-Nutzen-Analyse müssen nicht nur die direkten Kosten berücksichtigt werden, sondern auch die Kosten, die entstehen würden, wenn Teile der Statistik (und deren direkte Kosten) wegfielen (Alternativkosten).

Deshalb wäre es verfehlt, die Haushaltsansätze für die allgemeinen Statistiken allein nach kameralistischen Prinzipien zu bestimmen und bloß in die Zukunft fortzuschreiben, ohne sich Gedanken über eine Effektivierung der statistischen Arbeit zu machen.

Angemessen ist es, auf der Basis statistikgesetzlicher Vorgaben und einer mittelfristigen Statistikplanung eine Strategie der Kosten-Nutzen-Effektivierung zu verfolgen, die auch in eine absolute Kostensenkung (Einsparerfolg) einmünden kann. Dies sollte auch für die amtliche Statistik der Europäischen Union gelten.

Eine solche Strategie setzt voraus, daß der politische und gesellschaftliche Grundkonsens über die Bedeutung, Aufgaben, Prioritäten und Entwicklungsfähigkeit der amtlichen Statistik bewahrt und ggf. erneut bekräftigt wird. Zu diesem Grundkonsens gehört auch die einheitliche öffentliche Finanzierung kontinuierlicher statistischer Arbeit.

Die amtliche Statistik bedarf bei enger werdenden Finanzspielräumen des Staates keiner Vorzugsbehandlung; sie sollte aber auch nicht als Finanzierungsreserve mißbraucht werden.²⁾

Aus Sicht der Nutzer sollten die nachfolgend erläuterten Vorschläge erwogen und umgesetzt werden, um die Zukunft der amtlichen Statistik zum Nutzen aller auf Dauer zu sichern.

II. Strategievorschläge

1. Vorrang für die Datenqualität

Hohe Datenqualität ist aus Sicht der Nutzer der amtlichen Statistik das unverzichtbare Kriterium. Die Daten sollten zielbezogen, aktuell, vollständig, richtig, zuverlässig und möglichst leicht nutzbar sein.

Um die Qualität amtlicher Daten dauerhaft auch unter veränderten Rahmenbedingungen zu sichern, sollten folgende Ansatzpunkte weiterverfolgt werden:

²⁾ Ein Beispiel dafür, daß auch zu Zeiten knapper Haushaltsmittel des Staates beträchtliche zusätzliche Ausgaben finanziert werden, um die Qualität und Aussagefähigkeit statistischer Daten zu gewährleisten, ist die National Science Foundation (NSF) in den Vereinigten Staaten. Auf Grund einer Empfehlung der Academy of Sciences wurde das gesamte Erhebungs- und Berichtssystem zu Wissenschaftlern und Ingenieuren neu konzipiert, um den wachsenden Anforderungen an die Daten im Bereich der Human Resources zu genügen. Neben den zusätzlichen Kosten wurde auch eine stärkere Belastung der Auskunftspflichtigen in Kauf genommen, um in diesem Bereich relevante und aktuelle Informationen für Analysen bereitstellen zu können.

a) Erhaltung und Stärkung des Systemgedankens

Die heute noch hohe Datenqualität der amtlichen Statistik in Deutschland ist ganz wesentlich durch ihren systematischen Aufbau begründet. Die Integration von Einzelstatistiken in ein Gesamtkonzept erlaubt ein hohes Maß an Vereinheitlichung von Definitionen und Abgrenzungen sowie die Anwendung einheitlicher Klassifikationen. So setzt zum Beispiel eine hinreichend zuverlässige Mikrozensus-erhebung eine in Intervallen durchgeführte Volkszählung voraus. Eine Vielzahl von Erhebungen (z. B. Monatsbericht im Produzierenden Gewerbe, Kostenstrukturerhebungen, Steuer- und Finanzstatistiken) sind unentbehrliche Bausteine der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Warenkorb für den Preisindex der Lebenshaltung wird auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erstellt und aktualisiert. Durch die Mehrfachnutzung der erhobenen Daten für vielfältige statistische Zwecke und die Kombinierbarkeit der statistischen Ergebnisse werden Doppelerhebungen vermieden, die Befragten entlastet und Kosten gespart. Dieser Systemgedanke darf nicht durch vorrangig an finanziellen Einsparungen orientierte Eingriffe oder durch europäische Harmonisierungsbemühungen auf einem weniger systematischen Niveau geschwächt werden. Das „System“ darf auch nicht durch eine Vielzahl relativ beliebiger Ad-hoc-Erhebungen beeinträchtigt werden. Im Gegenteil ist eine Stärkung des Systemgedankens notwendig, u. a. durch Schließung noch bestehender gravierender Lücken im statistischen Gesamtsystem, etwa im Bereich der Dienstleistungs- oder der Energiestatistik.

b) Erhöhung der Aktualität amtlicher Daten

Die Taktfrequenz des Wirtschaftslebens und damit auch der Wirtschaftspolitik hat sich im Zeitablauf merklich erhöht. Die Folge ist, daß die Aktualität der Daten mehr noch als früher zu einem ganz entscheidenden Qualitätsmerkmal für die amtliche Statistik geworden ist. Die im wesentlichen durch die von der EU angeordnete Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik zum Jahresbeginn 1995 verursachten Verzögerungen und qualitativen Mängel bei den wichtigsten Konjunkturindikatoren haben dies den Statistiknutzern auf schmerzliche Weise deutlich werden lassen. Durch konsequente Nutzung moderner Techniken in der Datenaufbereitung wie auch in der Kommunikation zwischen Befragten, statistischen Ämtern und Nutzern läßt sich die Aktualität amtlicher Daten erhöhen, zum Beispiel durch den verstärkten Einsatz von APC, Telematiknetzen und Informationsnetzwerken. Hierfür sind jedoch zunächst höhere Investitionen nötig.

Auch durch verstärkte Nutzung von Stichprobenverfahren läßt sich, wo immer dies aus fachlichen Erwägungen zulässig ist, die Datenaktualität erhöhen. Der Bedarf an tiefgestaffelten Auswertungen kann gegebenenfalls gegenüber der Aktualität zurücktreten.

c) Ausbau der Qualitätssicherung

Unbeschadet der hohen Qualitätsstandards in der deutschen amtlichen Statistik muß ein auf die Bedürfnisse der amtlichen Statistik zugeschnittenes QS-System über die

erprobten Verfahren (z. B. durchgängige Fehlerrechnung) hinaus vor allem den Koordinierungsaspekt zwischen Bundesamt und Landesämtern — hinzu kommt zunehmend noch Eurostat — zum Gegenstand haben. Heute bestimmt häufig das schwächste Glied in der Kette die Qualität des statistischen Gesamtsystems. Weiterhin ist die Qualitätssicherung auch auf die Datenerhebung auszuweiten. Nur wenn es gelingt, bereits bei den Auskunftspflichtigen und den anderen Auskunftgebern Angaben hinsichtlich Vollständigkeit und Plausibilität zu prüfen, lassen sich aufwendige Rückfrageaktionen zur Verbesserung der Datenqualität einsparen. Grundlage dafür wiederum sind Klassifikationen, Kataloge, Definitionen und Verschlüsselungen, die die amtliche Statistik vorrätig hält und die möglichst auch von anderen Stellen außerhalb genutzt werden sollen. Schließlich ist Qualitätssicherung auch eine „amtsinterne“ Führungsaufgabe. Analog zu entsprechenden Anstrengungen in der Industrie und in Dienstleistungsbereichen muß „Qualitätssicherung“ als wichtige Teilaufgabe jedes Mitarbeiters begriffen und umgesetzt werden.

2. Modernisierung des rechtlichen Rahmens

Die Bundesstatistik beruht fast vollständig auf gesetzlichen Vorgaben, die teilweise sehr detailliert Art, Umfang und Durchführungsmodalitäten der Statistiken, unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes und der Geheimhaltung, regeln. Sie determinieren somit auch weitgehend die „Kosten der Statistik“.

Es sollte deshalb geprüft werden, ob das Ausmaß der Verrechtlichung und damit die Vorgaben für fachspezifisch zu lösende Fragen zurückgenommen werden können. Parallel dazu muß die Entscheidungs- und Handlungskompetenz der Ämter gestärkt werden. Das gilt auch für den Haushaltsbereich, um auf unerwartet auftretenden „gesellschaftlichen Informationsbedarf“ flexibel reagieren zu können.

Eine Möglichkeit zur Erreichung dieses Ziels wäre zum Beispiel der verstärkte Gebrauch von Rechtsverordnungen anstelle von Gesetzen, in denen alle Einzelfragen geregelt werden. Mit ihnen könnte zum Beispiel die Anpassung von Erhebungstechniken an moderne Entwicklungen oder die von Erhebungsmerkmalen und sonstigen Erhebungsmodalitäten an einen veränderten Informationsbedarf erleichtert werden. Beides könnte Kosteneinsparungen und/oder Nutzenerhöhungen möglich machen.

3. Datenschutz/statistische Geheimhaltung

Die Modernisierung des rechtlichen Rahmens ist insbesondere im Bereich des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung dringend geboten. Als Grundgedanke gilt dabei, daß der amtlichen Statistik übermittelte Einzelangaben ausschließlich für die Produktion von Statistiken zu verwenden sind und keine den Auskunftspflichtigen oder Betroffenen zuzuordnenden Einzelhinweise an andere Stellen erfolgen dürfen. Dieser „Einbahnstraßencharakter“ von Einzelinformationen, die in die amtliche Statistik nur hineingehen und sie nicht mehr verlassen, ist

auf jeden Fall zu wahren. Das aus der amtlichen Statistik der Öffentlichkeit angebotene Informationspotential unterliegt — wie seit Bestehen der Bundesstatistik selbstverständlich — der statistischen Geheimhaltung. Es ist nicht mehr dem Auskunftspflichtigen oder Betroffenen zuzuordnen.

Bei diesem Ansatz wird bereits deutlich, daß die Umwandlung der Einzeldaten in statistische Informationen im Innenbereich der statistischen Ämter stattfindet und als permanente Aufgabe gilt. Insofern ist der Weg von Einzelinformationen in die Ämter und die dortige Speicherung als kleinste statistische Bausteine für flexible und nicht vorhersehbare Auswertungen — so wie vom Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil festgelegt — die eine Arbeitsebene und die Präsentation und Weitergabe von Ergebnissen die andere Arbeitsebene. Daher sind der vollständige Zugang und die umfassendere Nutzung aller Einzeldaten zur Produktion von Statistiken zu gewährleisten. Es wäre hilfreich, wenn auch eine umfassendere Nutzung der Hilfsmerkmale für die Produktion von Statistiken möglich wäre. Alle rechtlichen Regelungen über Datenschutz und Geheimhaltung haben sich also nur darauf zu beziehen.

Die rechtlich gesicherte Abschottung zwischen Statistik und Verwaltung sollte so gestaltet werden, daß einerseits die Aufgaben der Statistik erleichtert werden (z. B. Nutzung von Verwaltungsdaten für Sekundärstatistiken), andererseits die Verwaltung sich für ihre eigene Steuerung und Kontrolle vermehrt statistischer Ergebnisse bedienen kann. Zusatzerhebungen oder sogar Doppelerhebungen und zusätzlicher Aufbereitungsaufwand sollten auf jeden Fall vermieden werden. Es böte sich an, bei entsprechender rechtlicher Regelung vermehrt auf Verwaltungsdaten zur Erstellung von Statistiken zurückzugreifen (Sekundärstatistiken), um dergestalt den Erhebungsaufwand zu verringern.

Innerhalb des abgeschotteten Bereichs der Statistik darf es zukünftig weniger Nutzungsbeschränkungen geben, wie zum Beispiel bei der Verwendung von Einzeldaten aus der Volkszählung 1987 für Zwecke der Stichprobenziehung für den Mikrozensus und anderes mehr. Die nicht vorhersehbare optimale Nutzung erhobener Statistikdaten darf nicht wegen überzogener Formvorschriften scheitern.

Eine Überprüfung der vorhandenen Regelungen sollte deshalb Redundanz abbauen, falsche Zuordnungen beseitigen und Widersprüche ausräumen.

Die statistischen Ämter sorgen auf der Weitergabeseite soweit möglich für automatisierte Geheimhaltungsverfahren. Damit werden einmal die Daten aufbereitet und stehen für weitere Nutzungen als geheimhaltungskritisch zur Verfügung. Dadurch können die aufwendigen und stets auf den einzelnen Auftrag bezogenen manuellen Geheimhaltungsaktivitäten reduziert werden.

4. Weiterentwicklung der Ämter zu Serviceeinrichtungen

Es erscheint sinnvoll, daß sich die Ämter zu Statistik-Serviceeinrichtungen weiterentwickeln und daß sie gemein-

sam als öffentliche „gesellschaftliche Dienstleister“ auftreten, zum Beispiel unter einheitlichem „Logo“. Dazu bedarf es auch einer optimierten Größenordnung der Ämter, die unter Umständen nur durch eine Zusammenlegung einzelner Ämter erreicht werden kann

Der Service-Gedanke hat viele Facetten, die u. a. gesehen werden können als

- Zugang der Nutzer zu Datenbanken und Auswertungssystemen,
- Beratung von Interessenten in methodisch-statistischer sowie technisch-technologischer Hinsicht bis hin zu
- Auswertungen auf der Grundlage verfügbarer statistischer Daten für unterschiedliche Nachfrager, insbesondere auch für politische Entscheidungsträger in den Parlamenten,
- zielgruppenorientiertes Marketing der amtlichen Statistik,
- moderne Distributionswege (Online-Dienste/Internet, Informationsdienste, CD-ROM),
- vernetzte Datenangebote von Bund und Ländern.

Marktfähige Dienstleistungen sollten nicht aus den Ämtern ausgegliedert werden. Vielmehr sollten die Ämter einen größeren Spielraum erhalten, um ihre Dienstleistungen stärker als bisher auf dem freien Markt anbieten zu können. Die Arbeitsteilung zwischen amtlicher und nichtamtlicher Statistik, die sich grundsätzlich bewährt hat, sollte beibehalten werden. Ämter, die wesentlicher Funktionen entkleidet sind, wären für qualifizierte Statistiker nicht mehr attraktiv, ihr Nutzen für Politik und staatliche Verwaltung würde rapide sinken. Eine Fragmentierung des „amtlichen“ Statistikangebots würde zu einer qualitativen Schlechterstellung der breiten Öffentlichkeit als Nutzer führen.

5. Perspektiven europäischer amtlicher Statistik

Die Einführung des Binnenmarktes und die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion erfordern zwingend den Aufbau eines gemeinsamen europäischen statistischen Systems, das bezüglich Zuverlässigkeit, Genauigkeit, Aussagefähigkeit und Aktualität für alle Mitgliedsländer und alle Nutzergruppen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft vergleichbare Daten liefert. Die europäische amtliche Statistik sollte nicht allein auf die Bedürfnisse der europäischen Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission, abgestellt werden.

In das Vertragswerk der Maastricht-Folgekonferenz muß daher ein Rechtsrahmen für das europäische Statistiksystem gesondert aufgenommen und zumindest seine fachliche Unabhängigkeit, Neutralität und Objektivität sowie seine subsidiäre Aufgabenverteilung festgeschrieben werden.

Ohne Kompromißbereitschaft seitens aller Mitgliedsländer ist der Aufbau eines kohärenten, anpassungsfähigen und effizienten europäischen statistischen Systems nicht möglich. Allerdings scheinen die deutschen Interessen in diesem Entscheidungs- und Entwicklungsprozeß noch nicht ausgeschöpft zu werden. Daher müssen verstärkt

eigene Lösungsvorschläge entwickelt werden, um nationale und EU-Anforderungen kompatibel zu machen.

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) ist zur Zeit noch eine Generaldirektion der Europäischen Kommission und unterliegt damit deren direkter Einflußnahme. Eurostat sollte in eine fachlich unabhängige „EU-Behörde“ umgewandelt und als eine statistische Serviceeinrichtung ausgestaltet werden

Notwendig ist eine Stärkung des Einflusses der Datenlieferanten und der verschiedenen Datennutzer auf die Gestaltung des statistischen Programms der EU. Deshalb müssen die Mitwirkungsrechte des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) und des Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) ausgebaut werden

Bei der Weiterentwicklung der europäischen amtlichen Statistik muß der Grundsatz „Harmonisierung vor nationaler Kontinuität“ stärker als bisher beachtet werden. Keinesfalls darf die Harmonisierung der europäischen Statistik im Wege einer auch nur teilweisen inhaltlichen Summation aller nationalen Eigenheiten erfolgen. Dies bedeutet zum Beispiel für die statistische Praxis, daß die auf europäischer Ebene zu erhebenden Kennziffern aufeinander abgestimmt, die anzuwendenden Methoden harmonisiert und einheitliche Nomenklaturen eingeführt werden müssen.

Die gegenwärtige Tendenz ist, daß die Datenanforderungen der EU ständig zunehmen und daß sie oft nicht mit dem bisherigen, auf nationale Bedürfnisse zugeschnittenen Statistiksystem der Bundesrepublik Deutschland befriedigt werden können. Häufig werden die nationalen Anforderungen weit übertroffen. Es kommt nicht nur zu vorübergehenden Umstellungsarbeiten, sondern auch zu dauerhaften Mehrbelastungen bei den Auskunftspflichtigen und den statistischen Ämtern. Daher müssen frühzeitig alle Anstrengungen unternommen werden, damit die europäischen Anforderungen insgesamt begrenzt werden.

Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip obliegen Eurostat die Kosten der methodischen Vorbereitung und der Veröffentlichung der Ergebnisse auf EU-Ebene, die Kosten der Durchführung und der Organisation der Statistik tragen dagegen die Mitgliedsländer. Um ein Höchstmaß an Effizienz bei möglichst geringen Kosten zu verwirklichen, sollten deshalb die Mitgliedsländer möglichst frühzeitig in die Kostenplanung einbezogen werden und den Umfang der Kosten mitbestimmen. Die Datenlieferanten und -nutzer sollten ebenfalls von Anfang an mit adäquaten Mitwirkungsrechten in die fachlichen Beratungen auf EU-Ebene einbezogen werden. Um Qualitätsmängel wie Terminverzögerungen und Brüche in Zeitreihen, die gegenwärtig infolge des Übergangs auf europäische Klassifikationen und Statistikkonzepte zu beklagen sind, künftig auszuschließen, sollten stärker als bisher Standardisierungs- und Modularisierungsansätze verfolgt werden, um aus den erhobenen Statistiken sowohl die Datenanforderungen der EU als auch die nationalen Informationsbedürfnisse befriedigen zu können. Wenn dies nur auf Mikrodatenbasis und durch Verknüpfung von Daten unter Nutzung von

Identifikatoren möglich ist, sollte dies — innerhalb der abgeschotteten Statistikämter — durch einen recht verstandenen Datenschutz ermöglicht werden. Auf die Erfahrungen von Eurostat kann dabei zurückgegriffen werden.

Die Lieferung von Einzeldaten an Eurostat sollte aufgrund des Subsidiaritätsprinzips minimiert werden. Grundsätzlich sollten Einzeldaten nur bei den Stellen vorgehalten werden, bei denen sie produziert werden, um den Erhebungsumfang und -aufwand so gering wie möglich zu halten.

6. Verbund Wissenschaft/amtliche Statistik

Wissenschaft ist Dienstleistung für die Gesellschaft. Insbesondere die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung hat und erfüllt in hohem Maße die Aufgabe, komplexe wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen auf der Grundlage statistischer Daten zu beschreiben, zu analysieren, gegebenenfalls zu prognostizieren sowie Handlungsalternativen und deren Folgen aufzuzeigen. Ihr fällt damit eine Transformationsfunktion zwischen amtlicher Statistik und politischem, gesellschaftlichem und unternehmerischem Handeln zu. Konjunktur-, Arbeitsmarkt-, Regional- und Umweltanalysen sind Beispiele für statistikgestützte handlungsorientierte Aufgaben der Wissenschaft.

Eine durch Forschungseinrichtungen ausgeübte Beratung von Politik und Verwaltung ist in aller Regel mit einem breit gefächerten Bedarf an statistischen Ausgangsdaten verbunden, die die eigenen Analysen quantitativ absichern. Beispiele hierfür sind die Gemeinschaftsdiagnosen und -prognosen sowie die Strukturberichterstattung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Dasselbe gilt für die von Parlament und Regierung eingesetzten Enquete- bzw. Expertenkommissionen. Damit sie erfolgreich arbeiten können, ist sicherzustellen, daß benötigte Grundinformationen zügig von der amtlichen Statistik bereitgestellt werden können und nicht erst durch Sondererhebungen ermittelt werden müssen.

Die amtliche Statistik hat deshalb auch die Aufgabe, die Wissenschaft, zum Beispiel die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung, mit Informationen zu versorgen. Diese Informationen, die durch Erhebungen gewonnen werden oder prozeßgesteuerte Daten sind, werden zum Beispiel benötigt, um volks- oder betriebswirtschaftliche Theorien auf ihre empirische Relevanz zu überprüfen und Kausalbeziehungen zu klären. So erfordert die Implementierung von ökonomischen Modellen, die die in der realen Wirtschaft vorliegenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten abbilden und damit qualitative Prognosen des Wirtschaftsverlaufs und der Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen ermöglichen, detaillierte Längs- und Querschnittsdaten. Ein anderes Beispiel ist die Umweltökonomische Gesamtrechnung, die mittelfristig eine wesentliche Grundlage ökologischer Forschung sein wird.

Wissenschaft und Forschung können solche Aufgaben in einer modernen Informationsgesellschaft nur auf der Grundlage von möglichst preiswerten statistischen Daten erfüllen. Dabei geht es — je nach der wissenschaftlichen Fragestellung — mal mehr um die Ergebnisse aus Fach-

statistiken, mal mehr um Informationen aus umfassenden Statistiksystemen wie den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder den Input-Output-Rechnungen. Die unabhängige Arbeit der Wissenschaft setzt geradezu die Bereitstellung von objektiven Daten der amtlichen Statistik voraus. Nur in den Fällen, in denen die amtliche Statistik nicht weiterhelfen kann, sollte und wird der statistische Bedarf durch eigene Erhebungen gedeckt. Beispiele aus der Forschung sind der Investitionstest des Ifo-Instituts und das sozioökonomische Panel des DIW, die ihrerseits die amtliche Statistik als „Bezugsrahmen“ brauchen.

Die Kooperation zwischen amtlicher Statistik und nicht-amtlicher Statistik muß, soweit es sich um Produzenten und Nutzer von Daten handelt, verbessert werden. Eine Möglichkeit wäre, die bereits in einem Forschungsprojekt aufgezeigten Wege, der Wissenschaft den Zugang zu anonymisierten Mikrodaten zu ermöglichen, konsequent weiterzuverfolgen, um die Belastung der Befragten durch zusätzliche Erhebungen zu vermeiden.

Wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Statistik und Ökonometrie dient vor allem auch der methodischen Weiterentwicklung der Statistik und damit auch der Einführung von Methoden und Techniken, die zu Kosteneinsparungen führen können. Als Beispiele sind die Diskussionen über Saisonbereinigungsverfahren, Zeitreihenzerlegung und den Mikrozensus zu nennen. Außerdem können die Statistikwünsche dieser Nutzergruppe als ein Indikator für sich wandelnde Informationsansprüche eines Teils der Gesellschaft gesehen werden.

7. Finanzielle Dimension der amtlichen Statistik

a) Fiskalische Einsparpotentiale

Die amtliche Statistik wird aus den öffentlichen Haushalten der EU, des Bundes, der Länder und der Kommunen finanziert. Jede Ebene übernimmt dabei grundsätzlich die jeweils bei ihr entstehenden Kosten. Kostenerstattungen stellen die Ausnahme dar. Die Gesamtkosten der amtlichen Statistiken bei Bund und Ländern betragen knapp 1 Mrd. DM, von denen rund 235 Mill. DM auf das Statistische Bundesamt entfallen und im Bundeshaushalt veranschlagt sind. Unbeschadet der Tatsache, daß die Vereinigung Deutschlands und die Einführung der Bundesstatistik im Beitrittsgebiet das Aufgaben- und Haushaltsvolumen in den letzten Jahren ausgeweitet hat, ist der Anteil der Ausgaben für die Statistik am Gesamthaushalt des Bundes von 0,077 % im Jahr 1970 auf 0,049 % im Jahr 1995 gesunken. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei den Länderhaushalten, die knapp drei Viertel der Kosten für die Bundesstatistik zu tragen haben. Da sich die Aufgaben der Bundesstatistik von Jahr zu Jahr kontinuierlich ausgeweitet haben, sind diese Relationen ein Indiz dafür, in welchem großem Ausmaß der Statistikverbund durch interne Rationalisierungen Freisetzungseffekte und damit Einsparungen realisiert hat. Die durch den Statistikverbund erzielbaren Synergiepotentiale auch in der Zukunft für eine permanente Modernisierung der Bundesstatistik zu nutzen dürfte größere Spareffekte bewirken als eine statistikbezogene Zersplitterung der Haushaltsansätze (dezentrale Etatisierung), die auch dem Grundsatz der Haushaltsklarheit widersprechen dürfte.

b) Einsparpotentiale bei den Auskunftspflichtigen

Aufwendungen entstehen aber nicht nur bei den statistischen Ämtern, sondern auch bei den Auskunftspflichtigen, die ihre Angaben nicht nur wahrheitsgemäß machen sollen, sondern auch „kostenfrei“ für die amtliche Statistik. Die Belastung der Wirtschaft durch Statistiken wird deshalb immer wieder diskutiert. Während die Notwendigkeit amtlicher Statistik im Prinzip jedoch selten in Frage gestellt wird, ist das Unverständnis groß, wenn gleiche Daten mehrmals abgefragt werden. Auch die Tatsache, daß in den unternehmensinternen Abrechnungssystemen elektronisch vorhandene Daten wegen anderer in der amtlichen Statistik gebräuchlicher Definitionen manuell erst auf statistische Fragebogen übertragen werden müssen, wird kritisiert. Ziel muß es sein, im Rechnungswesen der Unternehmen statistische Ausgänge anzulegen, so daß notwendige statistische Meldungen automatisch erfolgen können. Wenn aus Sparnotwendigkeiten oder auch aus Datenschutzgründen mögliche Verfahrensoptimierungen in den Statistikämtern unterbleiben, kommt das praktisch einer Kostenverlagerung gleich. Das gleiche gilt für eine Datenbereitstellung, bei der erst von den Nutzern umfangreiche Umrechnungen, unter Umständen sogar manuelle Neueingaben in die eigenen Computersysteme, vorgenommen werden müssen.

Eine Entlastung der Auskunftspflichtigen findet statt, wenn die erforderlichen Angaben nicht bei diesen, sondern, soweit vorhanden, in Form von Sekundärstatistiken aus Verwaltungsdateien/-unterlagen gewonnen und den statistischen Ämtern für die Aufbereitung zur Verfügung gestellt werden. Verbunden damit ist jedoch ein erhöhter Verwaltungsaufwand bei den datenführenden öffentlichen Stellen, der jedoch wesentlich geringer ist als die Durchführung von Primärerhebungen. Insbesondere auf der kommunalen Ebene sind in diesem Bereich durch Vereinheitlichung von Definitionen von Schnittstellen für die automatisierte Datenübertragung und Abschaffung von administrativen Hemmnissen Einsparpotentiale erzielbar.

c) Infrastrukturcharakter der amtlichen Statistik

Eine effiziente Planung und Kontrolle in den unterschiedlichen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft setzt insgesamt eine informationelle Infrastruktur voraus, für die die amtliche Statistik eine unverzichtbare Investition darstellt. Fehlt diese oder leistet sie nicht das, was von ihr verlangt wird, hat dies Auswirkungen, die in ihrer finanziellen Tragweite weit über den engeren Bereich der statistischen Ämter hinausgehen. Fehlentscheidungen aufgrund unzureichender statistischer Daten haben in der Regel Kosten mit ganz anderen Dimensionen zur Folge als die Haushaltsansätze für die Bundesstatistik.

Die gesetzlich festgelegte Rentenanpassung erfolgt entsprechend der Entwicklung der durchschnittlichen Netto-lohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Würde diese statistische Größe aufgrund von Ungenauigkeiten nur um 1 % zu hoch ausgewiesen, dann hätte dies Mehrausgaben der Rentenversicherung einschließlich des Bundes von über 3 Mrd. DM im Jahr zur Folge — das ist weit mehr, als der Bund in

10 Jahren für die amtliche Statistik ausgibt (derzeit jährlich rund 235 Mill. DM).

Im Bereich der Sozialhilfe stehen einem gewaltigen Verteilungsvolumen von jährlich rund 50 Mrd. DM (1994) vergleichsweise geringfügige Ausgaben des Bundes von rund 560 000 DM zur Gewinnung der statistischen Informationen gegenüber. Auf 1000 DM Sozialhilfeausgaben kommt also nur etwa ein Pfennig an Statistikkosten beim Bund.

8. Statistischer Beirat

Die permanente Aufgabe des Statistischen Beirats, das Programm der amtlichen Statistik kritisch zu begleiten und zu seiner Weiterentwicklung beizutragen, ist durch zwei Entwicklungen erschwert worden:

- Europäische und deutsche Anforderungen an Inhalte, Methoden und Ergebnisse sind nicht immer kongruent. Mittelfristig werden die europäischen Anforderungen mit Sicherheit zunehmen.
- Die Knappheit öffentlicher finanzieller Mittel könnte einschneidende Veränderungen in Volumen, Struktur und Qualität der Statistiken mit sich bringen.

Die bisherige Arbeitsweise des Statistischen Beirats (im wesentlichen nur eine Informationssitzung p. a. — ergänzt durch Fachausschüsse) ist daraufhin zu überprüfen, ob insbesondere den Kriterien

- grundsätzliche inhaltliche Arbeit (Prioritäten),
- schnelle Reaktionsmöglichkeit,
- Beratungsmöglichkeit politischer Gremien und Ämter,
- Öffentlichkeitsarbeit,

stärkere Beachtung geschenkt werden kann. Dies erscheint notwendig, um aktuelle Finanzierungs- und Akzeptanzprobleme zu überwinden und die Qualität statistischer Arbeit sicherzustellen.

III. Rationalisierungs- und Nutzungspotentiale

1. Verstärkte Auswertung von Verwaltungsunterlagen

Die Nutzung administrativer Verwaltungsregister oder -unterlagen für statistische Zwecke ist in anderen Ländern, insbesondere in den europäischen Nachbarstaaten, gängige Praxis. In Deutschland besteht hier noch ein Nachholbedarf. Die statistische Belastung der Unternehmen und auskunftspflichtigen Behörden könnte hierdurch vermindert werden. Der Beirat begrüßt, daß die deutsche Wirtschaft die amtliche Statistik bei entsprechenden Bemühungen unterstützt. Es wäre hierfür notwendig, entsprechende Schnittstellen zu automatisierten Verwaltungsverfahren zu schaffen, um medienbruchfrei einmal gespeicherte Daten auf Datenträger an die statistischen Ämter weiterzuleiten. Bei Fortschritten bei (bzw. der Weiterentwicklung von) DV-Verfahren in der Verwaltung sind die entsprechenden Verarbeitungsschritte der amtlichen Statistik zu berücksichtigen. Auch hierbei wäre es hilfreich,

wenn bei Automationsprojekten in der Verwaltung die entsprechenden Verarbeitungsschritte der amtlichen Statistik berücksichtigt würden

In einem zweiten Schritt müssen in der Verwaltung vorhandene Datenbestände hinsichtlich ihrer Nutzungsmöglichkeiten durch die amtliche Statistik fortwährend überprüft werden. Gegebenenfalls sind weitere Leistungsbestimmungen für solche Datenübertragungen neu festzulegen und manuelle Datenerfassungsverfahren abzuschaffen. Außerdem sind Verwaltungsautomationsverfahren um interne Plausibilitätsprüfungen zu ergänzen, damit nur logisch konsistente Daten übertragen und Rückfragen minimiert werden

2. Nutzung der aufzubauenden Unternehmensregister

Die laut EU-Verordnung aufzubauenden Unternehmensregister erfordern in der Aufbauphase — aber auch zur Pflege und Aktualisierung — einen erheblichen personellen und finanziellen Aufwand, der unter Berücksichtigung verhältnismäßiger Anforderungen des Datenschutzes so gering wie möglich gehalten werden sollte. Im Gegenzug bietet ein à jour gehaltenes und funktionsfähiges Unternehmensregister eine Vielzahl von Auswertungsmöglichkeiten, wodurch eine Reihe anderer Methoden der Datenbereitstellung überflüssig werden dürfte und somit Kosten eingespart werden. Unter strenger Beachtung der für unternehmensbezogene Einzelangaben geltenden Geheimhaltungsvorschriften sollten möglichst vielfältige Nutzungsmöglichkeiten der Unternehmensregister geöffnet werden. Insbesondere sollten auch jene Stellen in den Genuß von Auswertungen kommen können, welche selbst Daten für das Register liefern

3. Verbesserung der Nutzung von Statistiken in der Verwaltung

Sofern die Verwaltung Statistiken selbst benötigt, sollten diese — wo immer sinnvoll und möglich — wegen des Prinzips der fachlichen Konzentration in den statistischen Ämtern und nicht in Eigenregie der Verwaltung erhoben werden. Für die Nutzung der amtlichen Statistik innerhalb der Verwaltung sollte ein neues, verwaltungsinternes Nutzungskonzept erstellt werden. Dabei sollte geprüft werden, ob die Verwaltung die Statistiken, die sie als für sich notwendig reklamiert, überhaupt nutzt bzw. wie diese Nutzung erleichtert und verbessert werden kann. Die Auftragsbeziehungen zwischen den statistischen Ämtern und den Verwaltungen müssen geklärt werden. Statistische Aufträge der Verwaltungen sind zuvor mit den statistischen Ämtern fachlich abzustimmen und, soweit sie über das kostenfrei zur Verfügung zu stellende Standardprogramm hinausgehen, also zu Sondererhebungen oder -aufbereitungen bei diesen führen, aus einer Kostenstelle des Haushalts der betreffenden Verwaltungen zu finanzieren.

4. Einsatz computergestützter Erhebungstechniken

Im Zeitalter digitalisierter Datenübertragung und tagesaktueller Bekanntgabe zum Beispiel von Einschaltquoten

können die Erhebungstechniken der amtlichen Statistik entscheidend verbessert werden. Es müssen vermehrt Möglichkeiten der Datenfernübertragung genutzt werden. Dabei muß angestrebt werden, daß die Unternehmen ihre betrieblichen Daten direkt und ohne Schnittstellenproblematik an die amtliche Statistik liefern können. Bei Haushaltsbefragungen konnte zum Beispiel gängige Software zur Ausgabenerfassung innerhalb privater Haushalte genutzt werden.

5. Einführung zusätzlicher Auskunftspflichten bei Bundesstatistiken³⁾

Bei der Datenerhebung für Bundesstatistiken besteht in den meisten Fällen Pflicht zur Auskunftserteilung. Dies sichert eine Gleichbehandlung der Befragten und ermöglicht, da die Antwortausfälle gering sind, bei gleicher Qualität eine Reduzierung der Erhebungsumfänge auf ein Minimum. Dort, wo Bundesstatistiken noch keine Auskunftspflicht vorsehen, wie zum Beispiel in der Kostenstrukturstatistik, sollte sie, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, eingeführt werden, soweit dies rechtlich und methodisch erforderlich ist, auch, um den Erhebungsumfang und -aufwand auf ein Minimum zu reduzieren.⁴⁾ Auf diese Weise ließen sich die Datenqualität erhöhen und sogar noch Kosteneinsparungen realisieren.

6. Stärkung des Programmierverbundes/ „Statistikverbund“

Das kooperative, arbeitsteilige Vorgehen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erlaubt eine kostengünstige Statistikproduktion, da jeweils nur ein Amt die Programmierarbeiten für eine Statistik zu leisten hat, während andere Länder die fertigen Programme lediglich zu übernehmen brauchen. Dadurch reduziert sich der Gesamtaufwand für die Bundesstatistik auf einen Bruchteil der Kosten, die ohne diese Arbeitsteilung anfielen. Diese rationelle Arbeitsweise, die ihre Entsprechung auch in der verteilten Federführung der Landesämter bei allen fachlich-methodischen Erörterungen mit dem Statistischen Bundesamt hat, wird bisher aber nicht in allen Segmenten des statistischen Produktionsprozesses praktiziert. Deshalb wäre eine Fortentwicklung zu einem „Statistikverbund“ der Ämter anzustreben.

Der Programmierverbund regelt durch die einheitliche Vorgehensweise sämtliche EDV-Aktivitäten von der „Plausibilitätsprüfung“ bis hin zur „Ergebniserstellung (abgestimmte Auswertungsprogramme)“. Die Datenerfassung sollte, trotz zum Teil unterschiedlicher Ausgangssituationen in den einzelnen statistischen Ämtern, verstärkt als zu koordinierende Aufgabe des Programmierverbundes behandelt werden.

Aufgabenstellungen, wie zum Beispiel

— Beleglesen,

³⁾ Diese Passage wird vom Mitglied des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks im Statistischen Beirat nicht mitgetragen

⁴⁾ Im Gegensatz dazu ist beispielsweise die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nur auf freiwilliger Basis sinnvoll

- MLD-Übernahme von Berichtsdaten,
- APC/Laptop-Erfassung mit rechnergestützten Signier- und Plausibilitätsanteilen,
- Telefonlabor,

sollten mit hoher Priorität eingeordnet werden, da in der Verwendung dieser Techniken große Einsparpotentiale stecken.

Weil sich aber gerade dort nicht nur Rationalisierungsvorteile für die statistischen Ämter, sondern auch Entlastungen für die Auskunftspflichtigen und die Nutzer der Statistik erzielen lassen, sollte eine entsprechende Stärkung des Programmierverbundes auf dem Weg zu einem echten Statistikverbund hohe Priorität erhalten

Der Amtsleiterkonferenz-Beschluß, in der Verbundprogrammierung zukünftig für neue statistische Vorhaben oder bei der Umprogrammierung bestehender Statistiken plattformübergreifende Lösungen zu entwickeln mit Schnittstellen für die Nutzung von Standardsoftware, sollte in der Zukunft beschleunigt umgesetzt werden, um den Ämtern die Möglichkeit zu eröffnen, flexibler auf neue Anforderungen zu reagieren und langfristig Einsparungen zu erzielen.

7. Modernisierung der Verfahren

Ein großer Teil der Programme in der Bundesstatistik ist nach wie vor auf die Optimierung von Einzelstatistiken zugeschnitten und großrechnerorientiert. Weder werden die auf dem Markt verfügbaren Standardprogramme ausreichend genutzt noch die heute verfügbaren PC-Techniken voll ausgeschöpft. Beides böte die Chance, flexibler auf neue Anforderungen reagieren zu können und zudem mittelfristig Kosten zu reduzieren. Um diese Rationalisierungspotentiale zu erschließen, wären allerdings zuvor Investitionen notwendig. Dabei bietet sich an, auch externes Know-how einzubinden und zum Beispiel die universitäre Forschung aufzufordern, in gemeinsamen Projekten an einer Modernisierung der amtlichen Statistik mitzuwirken.

Durch den Einsatz von portierbaren Programmen (lauffähig auf Großrechner, UNIX-Anlagen und APC) sind die Bedingungen für eine kostenoptimale Abarbeitung in den statistischen Landesämtern zu schaffen. Die Möglichkeiten des Gemeinsamen Neuen Statistischen Informationssystems (GENESIS) sind im Gesamtsystem der Informationsverarbeitung effektiv zu berücksichtigen. Hierbei ist der nutzerorientierten und variablen Auswertung sowie der Reduzierung der Vorratstabellierung eine hohe Priorität im Gesamtprozeß einzuräumen.

Schwerpunktmäßig geht es um die Schaffung nutzerfreundlicher Datenbanken, die einen flexiblen Umgang mit den vorhandenen Datenbeständen ermöglichen — sowohl für den Nutzer als auch für den Statistiker.

IV. Management- und Mitarbeiterqualifizierung

Die Arbeit der statistischen Ämter wandelt sich in einer sich immer stärker herausbildenden Informationsgesell-

schaft zunehmend zu einer wissenschaftlichen Aufgabe mit besonderen Managementanforderungen. Der fachlich-methodischen Qualifizierung des Personals der statistischen Ämter, insbesondere im Leitungsbereich, kommt daher für die Qualität und rationelle Aufgabenerfüllung der Bundesstatistik ein hoher Stellenwert zu. Durch ein in allen statistischen Ämtern eingeführtes Qualifizierungsprogramm mit verbindlichen Leistungsprofilen, einer modernen Personalentwicklungsplanung, wie sie heute in vielen Unternehmen und Verwaltungen bereits erfolgreich praktiziert wird, und einem unter fachlichen Aspekten effektiven Personalaustausch zwischen statistischen Ämtern einerseits und mit Wirtschaft und Wissenschaft andererseits wären Effizienzsteigerungspotentiale erschließbar, die sich mittelfristig auch in Einsparungen auswirken dürften.

Wohnverhältnisse älterer Menschen

Ergebnis der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom 30. September 1993

Vorbemerkung

Der steigende Anteil von Menschen im Alter von 65 oder mehr Jahren an der Gesamtbevölkerung hat dazu geführt, daß die Lebensverhältnisse der älteren Menschen verstärkt ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gerückt sind. Im folgenden Beitrag wird dargestellt, wie ältere Menschen im Alter von 65 oder mehr Jahren im September

1993 gewohnt haben. Sie lebten entweder in ihrem eigenen Einpersonenhaushalt oder als Mitglied eines Mehrpersonenhaushaltes. Die Mehrpersonenhaushalte werden danach unterteilt, ob die Bezugsperson des Haushalts — das ist die Person, die nach eigenen Angaben überwiegend die Lebensverhältnisse eines Haushalts bestimmt — 65 Jahre oder älter und somit selbst zu der hier interessierenden Bevölkerungsgruppe gehört oder unter 65 Jahre alt ist.

Die hier nachgewiesenen Ergebnisse stammen aus der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe, die mit Stichtag 30. September 1993 in ganz Deutschland durchgeführt wurde. Der Schwerpunkt dieser Stichprobe lag in der Erhebung und im Nachweis von Gebäuden und Wohnungen und deren Belegung mit Haushalten. Die Anzahl der älteren Menschen in dieser Erhebung kann daher von den Zahlen anderer, auf die Erfassung von Einzelpersonen ausgerichteter Erhebungen abweichen. Wichtiger als die absolute Zahl der Personen sind daher hier die relativen Bezüge, das heißt die prozentualen Verteilungen zu den Gebäude- und Wohnungsmerkmalen.

Tabelle 1: Ältere Menschen in Eigentümer-, Hauptmieter- und Untermieterhaushalten in Wohngebäuden¹⁾
Ergebnis der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993
1 000

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ²⁾	Davon lebten in Haushalten von ...				
		Hauptmietern		Eigentümern		Untermietern
		zusammen	darunter in Wohnungen	zusammen	darunter in Wohnungen	
Deutschland						
In Einpersonenhaushalten						
zusammen	4 295,6	3 060,1	3 036,3	1 189,1	1 187,9	46,4
65 — 70	900,3	603,7	600,2	288,0	287,9	8,7
70 — 75	1 133,3	777,5	773,9	345,6	345,5	10,1
75 und älter	2 262,0	1 678,9	1 662,1	555,4	554,5	27,6
In Mehrpersonenhaushalten						
zusammen	7 317,0	3 222,2	3 220,6	4 080,5	4 079,3	14,3
Bezugsperson unter 65	977,1	257,2	257,1	718,9	718,9	/
65 und älter	6 339,9	2 965,0	2 963,5	3 361,5	3 360,4	13,3
Insgesamt	11 612,6	6 282,4	6 256,8	5 269,5	5 267,2	60,7
65 — 70	3 875,2	1 874,2	1 870,3	1 988,1	1 987,5	12,9
70 — 75	3 255,1	1 726,2	1 722,0	1 514,0	1 513,7	14,9
75 und älter	4 482,3	2 682,0	2 664,5	1 767,4	1 766,0	32,9
Früheres Bundesgebiet						
In Einpersonenhaushalten						
zusammen	3 454,1	2 358,1	2 346,1	1 060,3	1 059,5	35,6
65 — 70	713,0	449,4	447,7	256,1	256,1	7,6
70 — 75	905,3	592,2	590,0	304,8	304,7	8,2
75 und älter	1 835,8	1 316,5	1 308,3	499,4	498,7	19,8
In Mehrpersonenhaushalten						
zusammen	6 110,4	2 478,7	2 477,7	3 621,3	3 620,2	10,4
Bezugsperson unter 65	804,3	187,7	187,6	615,9	615,9	/
65 und älter	5 306,1	2 291,0	2 290,1	3 005,3	3 004,3	9,7
Zusammen	9 564,5	4 836,9	4 823,7	4 681,6	4 679,7	46,0
65 — 70	3 164,7	1 401,9	1 399,8	1 752,0	1 751,6	10,8
70 — 75	2 681,7	1 324,9	1 322,4	1 345,0	1 344,7	11,8
75 und älter	3 718,1	2 110,1	2 101,5	1 584,6	1 583,4	23,4
Neue Länder und Berlin-Ost						
In Einpersonenhaushalten						
zusammen	841,5	702,0	690,2	128,7	128,4	10,8
65 — 70	187,3	154,3	152,5	31,9	31,8	/
70 — 75	228,0	185,3	183,9	40,8	40,8	/
75 und älter	426,2	362,4	353,8	56,0	55,8	7,8
In Mehrpersonenhaushalten						
zusammen	1 206,6	743,5	742,9	459,2	459,1	/
Bezugsperson unter 65	172,8	69,5	69,5	103,0	103,0	/
65 und älter	1 033,8	674,0	673,4	356,2	356,1	/
Zusammen	2 048,1	1 445,5	1 433,1	587,9	587,5	14,7
65 — 70	710,5	472,3	470,5	236,1	235,9	/
70 — 75	573,4	401,3	399,6	169,0	169,0	/
75 und älter	764,2	571,9	563,0	182,8	182,6	9,5

¹⁾ Ohne Wohnheime. — ²⁾ Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten.

Wohnverhältnisse älterer Menschen

In der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe wurden in Deutschland insgesamt gut 11,6 Mill. Menschen erfaßt, die am 30. September 1993 65 Jahre oder älter waren. Von ihnen standen ein Drittel im Alter von 65 bis unter 70 Jahren, mehr als ein Viertel im Alter von 70 bis unter 75 Jahren und fast zwei Fünftel waren 75 Jahre oder älter. Im früheren Bundesgebiet lebten knapp 9,6 Mill. und in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es gut 2 Mill. ältere Menschen.

In welchen Wohnverhältnissen lebten die älteren Menschen? Eine entsprechende Aufgliederung zeigt, daß insgesamt gut 54 % in einem Hauptmieter-, gut 45 % in einem Eigentümer- und lediglich 0,5 % in einem Untermieterhaushalt wohnten. Betrachtet man nur Einpersonenhaushalte älterer Menschen, zeigt sich eine andere Struktur. Sie waren zum überwiegenden Teil (71,2 %) Hauptmieter, zu mehr als einem Viertel (27,7 %) Eigentümer und rund 1 % Untermieter. Bei den älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten war die Tendenz umgekehrt. Es lebten gut zwei Fünftel in einem Hauptmieter- und dafür deutlich mehr als die Hälfte in einem Eigentümerhaushalt. Betrachtet man die Haushalte mit einer unter 65 Jahre alten Bezugsperson, so zeigt sich, daß die hier lebenden älteren Menschen zu fast drei Vierteln in Eigentümerhaushalten untergebracht waren. Dies legt die Vermutung nahe, daß dieser Teil der älteren Menschen bei ihren Kindern lebte und ihnen möglicherweise ihre Immobilie übertragen oder bei deren Erwerb mitgeholfen hat.

Gut ein Drittel der älteren Menschen lebte alleine in Einpersonenhaushalten, von ihnen wiederum waren mehr als die Hälfte schon 75 Jahre oder älter, die übrigen fast zwei Drittel waren in Mehrpersonenhaushalten zu Hause. Hierbei ist bemerkenswert, daß weitaus mehr als ein Fünftel von ihnen als Bezugsperson in einem eigenen Mehrpersonenhaushalt und nur ein relativ kleiner „Rest“ als Mitglied eines solchen lebten, in dem eine jüngere Person — unter 65 Jahre alt — Bezugsperson war.

Größe der Wohngebäude

Ältere Menschen wohnten in Deutschland am häufigsten (53,3 %) in Wohngebäuden mit 1 oder 2 Wohneinheiten. Das galt insbesondere für diejenigen, die Mehrpersonenhaushalten mit jüngeren Bezugspersonen unter 65 Jahren angehörten (76,7 %). Ein gutes Fünftel der älteren Menschen wohnte in Wohngebäuden mit 3 bis 6 Wohneinheiten (20,6 %), deutlich weniger in Gebäuden mit 7 bis 12 Wohneinheiten (16,2 %) und nur jeder zehnte (9,9 %) in solchen mit 13 und mehr Wohneinheiten.

Für sich alleine wohnende und wirtschaftende ältere Menschen wiesen eine ganz andere Verteilung auf die dargestellten Gebäudegrößen auf als diejenigen, die Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten waren. Während ältere Menschen in Mehrpersonenhaushalten zu 61,4 % in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohneinheiten wohnten und nur zu 6,8 % in Wohngebäuden mit 13 und mehr Wohneinheiten, waren es von den alleinlebenden älteren Menschen lediglich 39,5 % in Wohngebäuden mit 1 oder 2,

Tabelle 2: Ältere Menschen in Eigentümer-, Hauptmieter- und Untermieterhaushalten in Wohngebäuden nach der Größe des Gebäudes¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von bis unter Jahren	Ins- ge- sammt ²⁾	Davon in Wohngebäuden mit... Wohneinheiten			
		1 und 2	3—6	7—12	13 und mehr
		1000			
		% (von Spalte 1)			
Deutschland					
In Einpersonenhaushalten zusammen	4 295,6	39,5	24,9	20,4	15,2
65—70	900,3	38,8	24,7	21,8	14,7
70—75	1 133,3	40,0	24,7	20,8	14,5
75 und älter	2 262,0	39,5	25,2	19,6	15,7
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	7 317,0	61,4	18,0	13,8	6,8
Bezugsperson unter 65	977,1	76,7	10,2	8,6	4,4
65 und älter	6 339,9	59,0	19,2	14,6	7,2
Insgesamt	11 612,6	53,3	20,6	16,2	9,9
65—70	3 875,2	56,1	19,8	15,7	8,5
70—75	3 255,1	53,6	20,3	16,5	9,6
75 und älter	4 482,3	50,6	21,4	16,5	11,5
Früheres Bundesgebiet					
In Einpersonenhaushalten zusammen	3 454,1	41,7	25,4	18,9	14,0
65—70	713,0	41,6	25,6	19,5	13,3
70—75	905,3	42,4	25,4	18,9	13,3
75 und älter	1 835,8	41,4	25,3	18,6	14,7
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	6 110,4	64,0	17,6	11,8	6,6
Bezugsperson unter 65	804,3	79,0	10,1	6,8	4,2
65 und älter	5 306,1	61,8	18,7	12,5	7,0
Zusammen	9 564,5	56,0	20,4	14,3	9,3
65—70	3 164,7	59,1	19,7	13,3	7,9
70—75	2 681,7	56,3	20,1	14,6	8,9
75 und älter	3 718,1	53,0	21,2	15,0	10,8
Neue Länder und Berlin-Ost					
In Einpersonenhaushalten zusammen	841,5	30,4	23,1	26,6	19,9
65—70	187,3	28,1	20,9	30,8	20,2
70—75	228,0	30,7	21,7	28,1	19,6
75 und älter	426,2	31,2	24,8	24,0	20,0
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	1 206,6	47,9	20,2	24,0	7,8
Bezugsperson unter 65	172,8	66,1	11,0	17,2	5,7
65 und älter	1 033,8	44,9	21,7	25,1	8,2
Zusammen	2 048,1	40,7	21,4	25,1	12,8
65—70	710,5	42,5	20,2	26,3	11,0
70—75	573,4	41,0	21,0	25,5	12,5
75 und älter	764,2	38,8	22,8	23,6	14,7

¹⁾ Ohne Wohnheime. — ²⁾ Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten.

aber 15,2 % in Wohngebäuden mit 13 und mehr Wohneinheiten. Bei den Wohngebäuden mit 3 bis 6 Wohneinheiten wiesen die Einpersonenhaushalte mit einem Viertel (24,9 %) einen deutlich höheren Anteil auf als die in Mehrpersonenhaushalten lebenden älteren Menschen mit knapp einem Fünftel (18,0 %); ähnlich war das Verhältnis bei den Wohngebäuden mit 7 bis 12 Wohneinheiten mit 20,4 gegenüber 13,8 %.

Etwa ebenso wie für Deutschland insgesamt stellten sich die Verhältnisse im früheren Bundesgebiet für die älteren Menschen dar, die Anteile bei den einzelnen Gebäudegrößen lagen hier durchweg etwas höher. Die Situation in den neuen Ländern und Berlin-Ost wurde geprägt durch die Wohnungspolitik in der ehemaligen DDR, deren Schwerpunkt der Geschoßwohnungsbau war. So lag zum Stichtag der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe der Anteil der älteren Menschen, der in Wohngebäuden mit 1 oder 2 Wohneinheiten lebte, nur bei zwei Fünfteln (40,7 %), dafür lag er deutlich höher bei den Wohngebäuden mit 7 bis 12

Wohneinheiten (25,1 %) bzw. 13 und mehr Wohneinheiten (12,8 %) Ebenso unterschiedlich sind die Verhältnisse bei der Einzelbetrachtung von Ein- und Mehrpersonenhaushalten Nicht einmal ein Drittel der alleinlebenden (30,4 %) und nur knapp die Hälfte der älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten lebten in Wohngebäuden mit 1 oder 2 Wohneinheiten, dafür lag der Anteil derer, die in Wohngebäuden mit 7 oder mehr Wohneinheiten wohnten, mit 46,5 bzw. 31,8 % ganz wesentlich über dem im Westen mit 32,9 bzw. 18,4 % (siehe Tabelle 2)

Alter der Wohngebäude

Insgesamt lebten in Deutschland am Erhebungsstichtag mehr als ein Drittel (36,6 %) der älteren Menschen in Wohngebäuden, die noch aus der Zeit vor 1948 stammten, und zwei Fünftel (40,0 %) in solchen, die zwischen 1949 und 1968 errichtet worden sind. Ein Fünftel (21,5 %) wohnte

Tabelle 3: Ältere Menschen in Eigentümer-, Hauptmieter- und Untermieterhaushalten in Wohngebäuden nach dem Baualter der Gebäude¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von... bis unter... Jahren	Insgesamt ²⁾		Davon in Wohnungen in Wohngebäuden errichtet von ... bis ...			
			bis 1948	1949 — 1968	1969 — 1987	1988 und später
	1000	%	% (von Spalte 1)			
Deutschland						
In Einpersonenhaushalten zusammen	4 295,6	100	37,1	39,3	21,9	1,7
65—70	900,3	21,0	34,3	40,5	23,2	2,0
70—75	1 133,3	26,4	34,2	40,6	23,1	2,1
75 und älter	2 262,0	52,7	39,7	38,1	20,8	1,5
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	7 317,0	100	36,3	40,5	21,2	2,0
Bezugsperson						
unter 65	977,1	13,4	41,8	30,0	25,2	2,9
65 und älter	6 339,9	86,6	35,5	42,1	20,6	1,9
Insgesamt	11 612,6	100	36,6	40,0	21,5	1,9
65—70	3 875,2	33,4	34,4	41,1	22,3	2,1
70—75	3 255,1	28,0	35,2	41,3	21,5	2,0
75 und älter	4 482,3	38,6	39,5	38,2	20,6	1,6
Fruheres Bundesgebiet						
In Einpersonenhaushalten zusammen	3 454,1	100	31,7	44,8	21,9	1,6
65—70	713,0	20,6	29,4	45,7	23,1	1,8
70—75	905,3	26,2	28,7	46,7	22,8	1,9
75 und älter	1 835,8	53,1	34,2	43,5	21,0	1,4
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	6 110,4	100	31,1	44,7	22,2	2,0
Bezugsperson						
unter 65	804,3	13,2	36,7	33,2	27,1	3,0
65 und älter	5 306,1	86,8	30,2	46,5	21,5	1,8
Zusammen	9 564,5	100	31,3	44,7	22,1	1,8
65—70	3 164,7	33,1	29,0	45,6	23,2	2,1
70—75	2 681,7	28,0	29,7	46,2	22,1	1,9
75 und älter	3 718,1	38,9	34,4	43,0	21,1	1,5
Neue Länder und Berlin-Ost						
In Einpersonenhaushalten zusammen	841,5	100	59,1	16,6	22,0	2,3
65—70	187,3	22,3	52,9	30,8	23,5	2,7
70—75	228,0	27,1	56,0	16,6	24,6	2,9
75 und älter	426,2	50,6	63,4	14,7	20,0	1,9
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	1 206,6	100	62,9	19,3	15,8	2,1
Bezugsperson						
unter 65	172,8	14,3	65,5	15,2	16,6	/
65 und älter	1 033,8	85,7	62,5	19,9	15,6	1,9
Zusammen	2 048,1	100	61,3	18,2	18,3	2,2
65—70	710,5	34,7	58,3	21,4	18,3	2,0
70—75	573,4	28,0	60,7	18,2	18,7	2,4
75 und älter	764,2	37,3	64,6	15,2	18,1	2,1

¹⁾ Ohne Wohnheime — ²⁾ Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten

in von 1969 bis 1987 und nur 2 % in nach 1988 fertiggestellten Wohngebäuden

Im früheren Bundesgebiet wohnte weniger als ein Drittel der älteren Menschen in alten, bis 1948 errichteten Wohngebäuden Die starke Bautätigkeit nach dem Krieg hat zum Ergebnis, daß mehr als zwei Fünftel der älteren Menschen in Wohngebäuden aus der Zeit von 1949 bis 1968 und immer noch gut ein Fünftel in solchen, die zwischen 1969 und 1987 entstanden sind, wohnten. Dieses Bild gilt über alle Baualtersklassen sowohl für ältere Einpersonenhaushalte als auch für ältere Menschen in Mehrpersonenhaushalten.

Anders ist die Situation in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die grundlegend andere, schlechtere Altersstruktur des Gebäudebestandes ¹⁾ hat auch eine andere Verteilung der in Gebäuden der einzelnen Gebäudealtersklassen lebenden älteren Menschen zur Folge. Da nahezu 70 % des Gebäudebestandes in den neuen Ländern aus der Zeit vor 1948 stammen, wohnte die Mehrzahl der älteren Menschen (61,3 %) in diesen alten Gebäuden. Die beiden folgenden Altersklassen 1949 bis 1968 und 1969 bis 1987 waren beide gleich stark in Anspruch genommen (18,2 und 18,3 %), in den ab 1988 entstandenen Neubauten wohnten nur 2,2 % der älteren Menschen. Diese Verteilung war mit geringen Abweichungen sowohl bei den älteren Einpersonenhaushalten als auch bei den älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten anzutreffen.

Räume der Wohnung

Die Ausführungen in diesem und den folgenden Abschnitten beschränken sich auf die als Hauptmieter oder Eigentümer wohnenden Personen, die Untermieterhaushalte werden nicht weiter betrachtet. Für den Nachweis der Raumzahlen muß darauf hingewiesen werden, daß alle Wohn- und Schlafräume über 6 m² sowie die Küchen einbezogen sind, Bäder, WC, Flure werden als Räume nicht mitgezählt; eine Wohnung mit 3 Räumen entspricht somit einer 2-Zimmer-Wohnung mit Küche im üblichen Sprachgebrauch

Insgesamt wohnten drei Fünftel aller älteren Menschen in Wohnungen mit 3 oder 4 Räumen, ein gutes Drittel hatte 5 und mehr Räume zur Verfügung. Nur eine kleine Zahl (5,8 %) lebte in Kleinwohnungen mit 1 oder 2 Räumen. Diese Kleinwohnungen spielen bei der gesamten, nicht haushaltsbezogenen Darstellungsweise nur eine geringe Rolle. Das ändert sich jedoch, sobald nach Ein- und Mehrpersonenhaushalten unterschieden wird.

Wie zu erwarten, lebten die älteren Einpersonenhaushalte insgesamt gesehen in kleineren Wohnungen als die älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten. Etwa jeder achte (13,1 %) der alleinlebenden älteren Menschen lebte in einer Kleinwohnung mit 1 oder 2 Räumen. Der weitaus größte Teil von ihnen verfügte über 3 oder 4 Räume (70,8 %) und immerhin noch 16,1 % bewohnten 5 oder mehr Räume. Eigentümer bewohnten vorwiegend größere

¹⁾ Siehe Scheewe, P. „Struktur und Nutzung von Gebäuden“ in WiSta 4/1995, S. 287 ff

Wohnungen, die zumeist geräumiger sind als die in Miethäusern. Dies schlägt sich auch in der Kennzahl „Räume je Person“ nieder. So lag die durchschnittliche Raumzahl für Hauptmieter mit 3,2 niedriger als für Eigentümer mit 4,2.

Tabelle 4: Ältere Menschen in Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach der Zahl der Räume der Wohnung¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von... bis unter... Jahren	Insgesamt ²⁾ 1000	Davon in Wohnungen mit... Räumen			Räume je Person in Haushalten von	
		1 und 2	3 und 4	5 und mehr	Haupt- mietern	Eigen- tümern
		% (von Spalte 1)			Anzahl	
Deutschland						
In Einpersonenhaushalten zusammen	4 224,2	13,1	70,8	16,1	3,2	4,2
65 — 70	888,1	11,2	70,1	18,7	3,3	4,3
70 — 75	1 119,4	10,8	71,4	17,7	3,3	4,3
75 und älter	2 216,6	15,0	70,8	14,2	3,2	4,2
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	7 299,9	1,6	52,9	45,5	1,8	2,0
Bezugsperson						
unter 65	976,0	1,0	29,3	69,7	1,6	1,7
65 und älter	6 323,8	1,7	56,5	41,8	1,8	2,2
Insgesamt	11 524,1	5,8	59,5	34,7	2,3	2,3
65 — 70	3 857,8	3,6	56,4	40,0	2,1	2,3
70 — 75	3 235,8	4,7	59,9	35,3	2,3	2,4
75 und älter	4 430,5	8,5	61,8	29,7	2,5	2,3
Früheres Bundesgebiet						
In Einpersonenhaushalten zusammen	3 405,6	11,3	70,7	18,0	3,3	4,3
65 — 70	703,8	9,8	69,1	21,1	3,3	4,3
70 — 75	894,7	9,0	71,2	19,8	3,4	4,3
75 und älter	1 807,0	13,0	71,1	15,9	3,2	4,2
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	6 097,9	1,6	49,9	48,6	1,8	2,1
Bezugsperson						
unter 65	803,5	0,9	27,0	72,1	1,6	1,7
65 und älter	5 294,3	1,6	53,4	45,0	1,8	2,2
Zusammen	9 503,4	5,0	57,3	37,6	2,3	2,4
65 — 70	3 151,4	3,3	53,4	43,3	2,1	2,3
70 — 75	2 667,2	4,0	57,6	38,4	2,3	2,4
75 und älter	3 684,9	7,4	60,5	32,1	2,5	2,3
Neue Länder und Berlin-Ost						
In Einpersonenhaushalten zusammen	818,6	20,5	71,3	8,2	2,9	4,0
65 — 70	184,3	16,4	73,9	9,7	3,0	4,2
70 — 75	224,7	18,2	72,3	9,4	3,0	4,0
75 und älter	409,6	23,6	69,5	6,9	2,9	3,8
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	1 202,0	1,8	68,1	30,1	1,7	1,9
Bezugsperson						
unter 65	172,5	/	40,3	58,3	1,6	1,6
65 und älter	1 029,5	1,9	72,8	25,4	1,8	2,1
Zusammen	2 020,6	9,4	69,4	21,2	2,2	2,2
65 — 70	706,4	5,2	69,6	25,2	2,0	2,2
70 — 75	568,6	8,4	70,8	20,8	2,2	2,2
75 und älter	745,6	14,1	68,1	17,8	2,3	2,1

¹⁾ Ohne Wohnheime. — ²⁾ Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten.

Während bei den Einpersonenhaushalten die kleinen und mittelgroßen Wohnungen vorherrschten, verlagerte sich bei den älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten der Schwerpunkt neben den mittelgroßen zu den großen Wohnungen. Wohnungen mit 3 oder 4 Räumen hatten mehr als die Hälfte (52,9 %) der Mehrpersonenhaushalte, wobei hier bei den Haushalten mit über 65jähriger Bezugsperson dieser Anteil noch etwas höher lag (56,5 %); 5 und mehr Räume bewohnten weit mehr als zwei Fünftel (45,5 %), wobei hier die älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten mit unter 65jähriger Bezugsperson einen wesentlich höheren Anteil aufwiesen (69,7 %). Die durchschnittliche Raumzahl je Person erreichte bei Hauptmietern 1,8 und bei Eigentümern 2,0.

Im früheren Bundesgebiet ergaben sich keine großen Unterschiede zur beschriebenen Gesamtsituation. In den neuen Ländern und Berlin-Ost allerdings zeigten sich doch deutlich höhere Anteilswerte bei den Wohnungen mit 3 oder 4 Räumen, in denen 69,4 % der älteren Menschen wohnten. Der Anteil bei den älteren Einpersonenhaushalten lag etwas höher (71,3 %), der bei den Mehrpersonenhaushalten mit über 65jähriger Bezugsperson noch etwas höher bei 72,8 %. Die Einpersonenhaushalte bewohnten im Vergleich zum früheren Bundesgebiet nahezu doppelt so viele Kleinwohnungen mit 1 oder 2 Räumen (20,5 gegenüber 11,3 %). Während die Anteile bei den mittelgroßen Wohnungen mit 3 oder 4 Räumen fast gleich waren, lagen sie bei den großen Wohnungen nur etwa halb so hoch (8,2 gegenüber 18,0 %). Auch bei der durchschnittlichen Raumzahl je Person lagen die Zahlen niedriger.

In den neuen Ländern zeigen die Ergebnisse, daß die in der ehemaligen DDR bevorzugte Wohnungsgröße bei Neubauten die 3- oder 4-Raum-Wohnung war. Von den älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten wohnten im September 1993 erheblich mehr in diesem Wohnungstyp als im Westen (68,1 gegenüber 49,9 %), dafür wurden aber erheblich weniger in den großen Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (30,1 gegenüber 48,6 %) gezählt.

Fläche der Wohnung

Von den insgesamt gut 11,5 Mill. älteren Menschen, die in Hauptmieter- oder Eigentümerhaushalten wohnten, hatten in Deutschland mehr als zwei Fünftel (44,5 %) eine Wohnung mit 80 m² und mehr Wohnfläche. Bei etwas mehr als einem Viertel (28,1 %) lag sie zwischen 60 und 80 m² und bei einem knappen Viertel (23,3 %) zwischen 40 und 60 m². Der Anteil der in Kleinwohnungen unter 40 m² lebenden älteren Menschen blieb gering (4,1 %). Die durchschnittliche Wohnungsgröße lag bei 84 m², pro Person standen in Hauptmieterhaushalten 41,9 m² und in Eigentümerhaushalten 47,5 m² zur Verfügung.

Im früheren Bundesgebiet lagen die Anteile der älteren Menschen bei den einzelnen Wohnflächenklassen etwas höher. Knapp die Hälfte (48,9 %) von ihnen lebte in Wohnungen mit 80 m² und mehr Wohnfläche, fast drei Zehntel (28,6 %) in solchen von 60 bis 80 m² und ein Fünftel (19,6 %) verfügte nur über 40 bis 60 m² Wohnfläche. Der Anteil der älteren Menschen in Kleinwohnungen bis 40 m² (2,8 %) lag deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. Die durchschnittliche Fläche der Wohnungen betrug 88,1 m².

In den neuen Ländern bewohnte jeder zehnte ältere Mensch im September 1993 eine Kleinwohnung bis 40 m² Wohnfläche, zwei Fünftel wohnten auf 40 bis 60 m², gut die Hälfte (50,5 %) der älteren Menschen war in diesen beiden Größenklassen zu finden. Die beiden folgenden Klassen 60 bis 80 m² und 80 m² und mehr waren jeweils mit etwa einem Viertel (25,7 und 23,7 %) besetzt. Diese deutliche Verschiebung der Wohnungsgrößen gegenüber dem früheren Bundesgebiet drückte sich auch in der durchschnittlichen Fläche je Wohnung aus, sie lag hier mit 65,2 m² um 22,9 m² unter dem Wert für das frühere Bundesgebiet.

Tabelle 5: Ältere Menschen in Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach der Fläche der Wohnung¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von bis unter ... Jahren	Insgesamt ²⁾	Wohnfläche von bis unter m ²					Fläche je		
		unter 40	40—60	60—80	80—100	100 und mehr	Wohnung	Person ³⁾ in Haushalten von Hauptmietern	Eigentümern
		% (von Spalte 1)					m ²		
Deutschland									
In Einpersonenhaushalten zusammen	4 224,2	9,7	36,2	29,4	13,5	11,1	67,1	58,1	83,7
65—70	888,1	7,9	33,4	30,2	14,9	13,5	70,1	59,2	86,7
70—75	1 119,4	8,1	34,1	30,9	14,5	12,3	69,1	59,1	85,6
75 und älter	2 216,6	11,3	38,4	28,3	12,5	9,5	64,8	57,1	81,0
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	7 299,9	0,9	15,7	27,4	21,0	35,1	97,3	32,9	42,1
Bezugsperson unter 65	976,0	/	7,7	15,5	16,6	59,9	120,5	29,4	35,8
65 und älter	6 323,8	1,0	16,9	29,2	21,6	31,3	91,9	33,5	45,2
Insgesamt	11 524,1	4,1	23,2	28,1	18,2	26,3	84,0	41,9	47,5
65—70	3 857,8	2,3	18,9	28,4	19,7	30,7	88,8	38,6	47,6
70—75	3 235,8	3,3	22,2	28,9	19,1	26,5	84,7	41,7	48,9
75 und älter	4 430,5	6,3	27,7	27,3	16,4	22,3	79,5	45,0	46,2
Früheres Bundesgebiet									
In Einpersonenhaushalten zusammen	3 405,6	6,5	33,4	32,1	15,2	12,8	70,4	60,8	85,0
65—70	703,8	5,7	28,9	32,8	16,8	15,7	73,7	62,1	87,6
70—75	894,7	5,0	30,6	33,6	16,5	14,3	72,7	62,0	87,3
75 und älter	1 807,0	7,6	36,5	31,0	14,0	10,9	67,9	59,8	82,3
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	6 097,9	0,7	12,0	26,7	22,1	38,6	101,7	34,0	42,8
Bezugsperson unter 65	803,5	/	5,5	14,2	16,1	64,0	126,7	30,4	36,4
65 und älter	5 294,3	0,7	13,0	28,6	23,0	34,7	96,0	34,7	45,9
Zusammen	9 503,4	2,8	19,6	28,6	19,6	29,3	88,1	43,6	48,3
65—70	3 151,4	1,7	14,9	27,9	21,0	34,5	93,3	40,0	48,3
70—75	2 667,2	2,1	18,3	29,3	20,7	29,7	89,0	43,2	49,8
75 und älter	3 684,9	4,2	24,7	28,7	17,7	24,6	83,3	47,0	47,1
Neue Länder und Berlin-Ost									
In Einpersonenhaushalten zusammen	818,6	23,0	48,1	18,3	6,5	4,1	53,4	48,8	73,0
65—70	184,3	16,4	50,6	20,1	7,9	5,0	56,6	50,8	79,3
70—75	224,7	20,3	48,2	19,9	6,9	4,7	54,9	49,8	73,3
75 und älter	409,6	27,4	46,9	16,5	5,6	3,5	51,2	47,5	69,1
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	1 202,0	2,0	34,5	30,8	15,1	17,6	76,2	29,1	36,1
Bezugsperson unter 65	172,5	/	17,9	21,7	18,6	40,9	93,8	26,6	32,3
65 und älter	1 029,5	2,2	37,3	32,3	14,5	13,7	71,5	29,6	38,8
Zusammen	2 020,6	10,5	40,0	25,7	11,6	12,1	65,2	36,2	40,8
65—70	706,4	5,1	36,9	30,2	13,9	13,9	69,1	34,5	41,5
70—75	568,6	9,3	40,7	27,0	11,4	11,6	65,5	36,4	41,8
75 und älter	745,6	16,6	42,4	20,4	9,7	10,9	61,7	37,7	39,3

¹⁾ Ohne Wohnheime. — ²⁾ Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten. — ³⁾ Bezogen auf alle in der Wohnung lebenden Personen.

Für die in Deutschland alleinlebenden älteren Menschen ergaben sich abweichende Zahlen. Ein Viertel (24,6 %) lebte in großen Wohnungen mit 80 m² und mehr Wohnfläche, mittelgroße Wohnungen von 60 bis 80 m² bewohnten deutlich weniger als ein Drittel (29,4 %), und kleine Wohnungen mit 40 bis 60 m² besaßen weit über ein Drittel (36,2 %). Bei dieser Haushaltsgröße war auch der Personenkreis mit Kleinwohnungen bis 40 m² wesentlich größer, jeder zehnte ältere Mensch mußte mit einer Wohnung dieser Größe auskommen. Die durchschnittliche Größe der Wohnung lag bei den älteren Einpersonenhaushalten insgesamt bei 67,1 m².

Die älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten wohnten erwartungsgemäß in größeren Wohnungen. Weit über die Hälfte (56,1 %) von ihnen lebte in Wohnungen mit 80 m² und mehr Wohnfläche, über ein Viertel (27,4 %) noch in solchen mit 60 bis 80 m²; in diesen beiden Größenklassen wohnten deutlich mehr als vier Fünftel (83,5 %) aller älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten. Trotzdem war ihr Anteil in kleineren Wohnungen von 40 bis 60 m² mit 15,7 % noch sehr hoch. Die durchschnittliche Wohnungsgröße erreichte bei diesen Haushalten 97,3 m².

Im früheren Bundesgebiet lebten die älteren Menschen sowohl in Ein- als auch in Mehrpersonenhaushalten im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt in größeren Wohnun-

gen. Während ihre Anteile bei den Wohnungsgrößen bis 60 m² kleiner waren, lagen sie bei Größen ab 60 m² Wohnfläche höher.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lebte der weitaus größte Teil (71,1 %) der älteren Einpersonenhaushalte in Wohnungen mit einer Fläche bis 60 m², nur knapp ein Fünftel (18,3 %) verfügte über 60 bis 80 m² Wohnfläche, und nur jeder zehnte (10,6 %) wohnte in einer Wohnung mit 80 m² und mehr. Daraus folgt auch die viel geringere durchschnittliche Wohnungsgröße von 53,4 m².

Bei den älteren Personen in Mehrpersonenhaushalten zeigte sich ebenfalls eine Verschiebung zu kleineren Wohnungen. Bei ihnen bewohnte ein gutes Drittel (34,5 %) Wohnungen mit 40 bis 60 m², ein knappes Drittel (30,8 %) solche mit 60 bis 80 m² und nochmal ein Drittel (32,7 %) Wohnungen mit 80 m² und mehr Wohnfläche. Die durchschnittliche Wohnfläche dieser Mehrpersonenhaushalte lag bei 76,2 m² und damit um gut 21 m² niedriger als bei den vergleichbaren Haushalten im früheren Bundesgebiet.

Einzugsjahr und Wohnfläche

In der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 wurde an die Haushalte die Frage gestellt, wann sie die damals bewohnte Wohnung bezogen hatten. Diese Frage

konnte freiwillig beantwortet werden, was zur Folge hatte, daß auch nur rund drei Viertel der älteren Menschen geantwortet haben. Dazu wurde als Zäsur das Jahr 1980 gewählt, weil dieses Jahr den Beginn einer neuen oder sich verstärkenden Mobilitätsentwicklung markiert. Damit kann auch die Frage beantwortet werden, ob insbesondere bei älteren Menschen lange Wohndauer mit der Wohnungsgröße korreliert ist.

Das Gesamtergebnis für Deutschland zeigt²⁾, daß die bis 1980 in ihre Wohnung eingezogenen älteren Menschen durchschnittlich 84,3 m² Fläche bewohnten. Eine Aufgliederung nach Wohnungsgrößen zeigt, daß nur sehr wenige der älteren Menschen (3,1 %) Kleinwohnungen unter 40 m² hatten. In den mittelgroßen Wohnungen von 40 bis 60 m² (22,2 %) und 60 bis 80 m² (29,2 %) sowie in der Klasse über 100 m² Wohnfläche (26,6 %) waren die älteren Menschen mit hohen Anteilen vertreten. Lediglich in Wohnungen der Größe 80 bis 100 m² lebten deutlich weniger ältere Menschen, nämlich nur ein knappes Fünftel (18,9 %). Erwartungsgemäß gab es auch Größenunterschiede beim Vergleich der älteren Ein- und Mehrpersonenhaushalte. Die alleinlebenden älteren Menschen bewohnten in der Mehrzahl deutlich kleinere Wohnungen als die in Mehrpersonenhaushalten, was sich auch in der durchschnittlichen Wohnfläche von 68,9 gegenüber 95,8 m² ausdrückt. Stellt man den beschriebenen die älteren Menschen gegenüber, die erst 1981 und später in ihre Wohnung eingezogen sind, bestätigt sich der vermutete Zusammenhang von Wohnungsgröße und Wohndauer. Vor allem den Einpersonenhaushalten älterer Menschen, die vor 1980 in ihre Wohnung eingezogen sind, stand deutlich mehr Wohnraum zur Verfügung als den Haushalten, die ihre Wohnung später bezogen haben. Grund ist vermutlich, daß zum Zeitpunkt des Einzugs noch Kinder oder ein Ehepartner zum Haushalt gehörten. Bezüglich der Verteilung auf die Wohnungsgrößen kann man feststellen, daß die kleineren Größenklassen höher besetzt waren, mit dem Ergebnis, daß die durchschnittliche Fläche je Wohnung mit 73,6 m² erheblich niedriger lag als bei den bis 1980 eingezogenen Personen.

Diese Veränderung war auch für die älteren Menschen in den beiden verschiedenen Haushaltstypen — Ein- und Mehrpersonenhaushalte — feststellbar.

Wie schon in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt, lagen im früheren Bundesgebiet alle Zahlen etwas günstiger als der Gesamtdurchschnitt. Insgesamt verfügten hier die älteren Menschen über Wohnungen mit einer durchschnittlichen Größe von 88,1 m². Die bis 1980 eingezogenen Menschen nutzten mit 88,4 m² geringfügig mehr Wohnfläche, während die ab 1981 in ihre Wohnung eingezogenen Menschen nur 79 m² zur Verfügung hatten.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Situation am Erhebungsstichtag grundsätzlich ähnlich. Es ergaben sich aber doch innerhalb der verschiedenen Wohnflächenklassen andere Verteilungen. Die Hälfte aller älteren Menschen

(50,5 %) lebte in Wohnungen bis 60 m² Wohnfläche, ein Viertel (25,7 %) in solchen zwischen 60 und 80 m² und jeweils etwa ein Zehntel (11,6 bzw. 12,1 %) hatten Wohnungen in der Größe von 80 bis 100 m² bzw. über 100 m² Wohnfläche. Durchschnittlich waren ihre Wohnungen 65,2 m² groß. Hier ist an die schon früher gegebenen Hinweise auf die wohnungspolitischen Ziele der ehemaligen DDR zu erinnern, die den Wohnungsbedarf über Neubauten im Geschoßwohnungsbau gedeckt hat (z. B. Plattenbauten), wobei die bevorzugte Wohnungsgröße zwischen 40 und 80 m² gelegen hat. Die Auswirkungen zeigen sich noch deutlicher bei der Gliederung nach dem Einzugsjahr: Die älteren Menschen, die bis 1980 in ihre Wohnung eingezogen sind, hatten mit 67,3 m² noch deutlich mehr Fläche zur Verfügung als die Gruppe der ab 1981 eingezogenen Menschen mit 54 m². In der ersten Gruppe befinden sich Bewohner von Altbauten, die zum Teil noch aus der Zeit vor dem Krieg stammen, die insgesamt oft größer waren. Deshalb waren im September 1993 jeweils mehr als ein Zehntel der älteren Menschen (13,3 bzw. 12,4 %) mit 80 bis 100 m² bzw. über 100 m² Wohnfläche versorgt, knapp zwei Fünftel (38,1 %) verfügten über nur 40 bis 60 m² große Wohnungen, weniger als ein Drittel (29,2 %) über 60 bis 80 m².

Bei den späteren Einzugsjahren ab 1981 zeigen sich in der Verteilung der älteren Menschen auf die Wohnungsgrößenklassen bedeutende Veränderungen. Mehr als drei Viertel (75,3 %) lebten in Wohnungen mit einer Fläche bis 60 m², wobei ein gutes Fünftel (22,5 %) unter 40 m² und über die Hälfte (52,8 %) 40 bis 60 m² ihr eigen nannten. In den anderen Klassen fanden sich daher nur noch wenige: 14,5 % der älteren Menschen wohnten auf 60 bis 80 m² und jeder zehnte (10,3 %) auf mehr als 80 m² Wohnfläche.

Ausstattung der Wohnungen

In der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe werden die Wohnungen auch nach ihrer Ausstattung mit sanitären Anlagen und der installierten Heizung klassifiziert; dies geschieht mit den in Tabelle 6 dargestellten fünf Ausstattungstypen. Danach lebte in der Bundesrepublik Deutschland am Erhebungsstichtag der überwiegende Teil der älteren Menschen (71,6 %) in Wohnungen des besten Ausstattungstyps — mit Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung — und ein weiteres Fünftel (21,7 %) hatte zwar Bad oder Dusche und WC, aber keine Sammelheizung. Hier mußte also die Wohnung mit Mehrraumöfen, Elektrospeicherheizung oder Einzelöfen beheizt werden. Das bedeutet, daß mehr als neun von zehn (93,3 %) aller älteren Menschen in ihrer Wohnung mindestens Bad oder Dusche und WC hatten, nur ein kleiner Teil von 4,9 % mußte in Wohnungen ohne Bad oder Dusche leben.

Die älteren Einpersonenhaushalte erreichten nicht ganz diese Durchschnittszahlen, bei ihnen war die entsprechende Versorgung etwas schlechter. Über Wohnungen mit Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung verfügten nur gut zwei Drittel (68,5 %), und ohne Sammelheizung ein gutes Fünftel (21,6 %), so daß aber doch noch neun Zehntel dieses Haushaltstyps Bad oder Dusche und WC in ihrer Wohnung hatten. Der Anteil derer, die in ihrer Wohnung

²⁾ Für den folgenden Teil siehe die Anhangtabellen auf S. 231* ff.

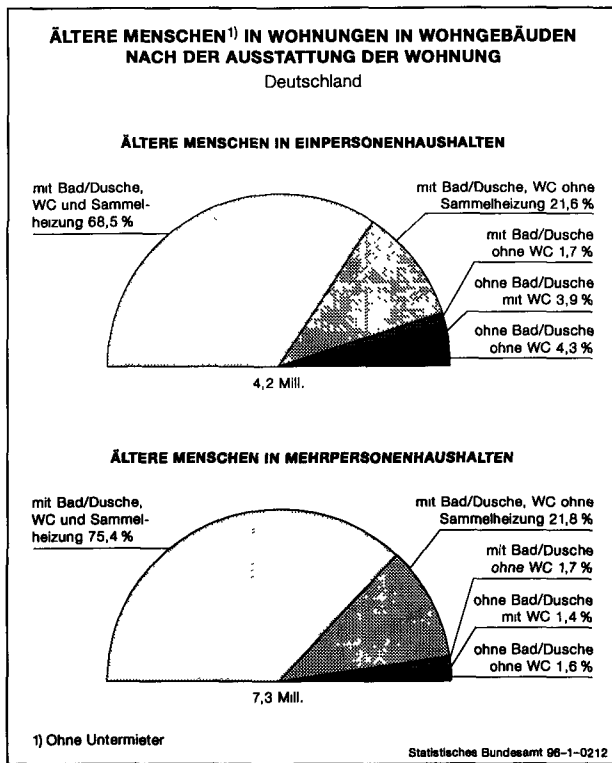


Tabelle 6. Ältere Menschen in Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach der Ausstattung¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ²⁾	In Wohnungen				
		mit Bad/ Dusche, WC und Sammelheizung ³⁾	mit Bad/ Dusche ohne WC	ohne Bad/Dusche mit WC	ohne Bad/Dusche ohne WC	
		% (von Spalte 1)				
Deutschland						
In Einpersonenhaushalten zusammen ...	4 224,2	68,5	21,6	1,7	3,9	4,3
65 — 70	888,1	71,2	21,4	1,7	2,9	2,9
70 — 75	1 119,4	69,7	22,4	1,7	2,8	3,4
75 und älter ...	2 216,6	66,9	21,2	1,8	4,8	5,3
In Mehrpersonenhaushalten zusammen ...	7 299,9	73,4	21,8	1,7	1,4	1,6
Bezugsperson unter 65	976,0	76,1	20,7	1,3	1,0	0,9
65 und älter	6 323,8	73,0	22,0	1,8	1,4	1,7
Insgesamt	11 524,1	71,6	21,7	1,7	2,3	2,6
65 — 70	3 857,8	73,5	21,7	1,7	1,4	1,6
70 — 75	3 235,8	72,0	22,2	1,7	1,9	2,3
75 und älter	4 430,5	69,8	21,5	1,8	3,3	3,7
Früheres Bundesgebiet						
In Einpersonenhaushalten zusammen ...	3 405,6	75,4	19,9	1,0	2,7	1,0
65 — 70	703,8	77,6	18,8	0,8	1,9	0,8
70 — 75	894,7	76,4	20,6	0,8	1,6	0,6
75 und älter ...	1 807,0	74,0	20,0	1,1	3,6	1,3
In Mehrpersonenhaushalten zusammen ...	6 097,9	78,8	19,2	0,7	1,0	0,3
Bezugsperson unter 65	803,5	79,4	19,0	0,7	/	/
65 und älter	5 294,3	78,7	19,2	0,7	1,0	0,4
Zusammen	9 503,4	77,6	19,5	0,8	1,6	0,6
65 — 70	3 151,4	79,3	18,7	0,6	1,0	0,4
70 — 75	2 667,2	78,0	19,7	0,7	1,1	0,4
75 und älter ...	3 684,9	75,8	19,9	1,0	2,5	0,9
Neue Länder und Berlin-Ost						
In Einpersonenhaushalten zusammen ...	818,6	39,9	28,5	5,0	8,6	18,0
65 — 70	184,3	46,5	31,4	4,9	6,4	10,9
70 — 75	224,7	42,9	29,6	5,3	7,8	14,4
75 und älter ...	409,6	35,3	26,7	4,9	10,0	23,1
In Mehrpersonenhaushalten zusammen ...	1 202,0	46,2	35,2	7,0	3,5	8,2
Bezugsperson unter 65	172,5	60,3	28,9	4,1	/	4,1
65 und älter	1 029,5	43,8	36,2	7,5	3,6	8,9
Zusammen	2 020,6	43,6	32,5	6,2	5,5	12,1
65 — 70	706,4	47,5	35,2	6,5	3,6	7,2
70 — 75	568,6	43,6	33,7	6,4	5,2	11,1
75 und älter ...	745,6	40,0	29,0	5,7	7,7	17,7

1) Ohne Wohnheime — 2) Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten — 3) Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung.

kein Bad oder keine Dusche besaßen, lag mit 8,2 % deutlich über dem Gesamtdurchschnitt.

Bei den älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten sah die Situation günstiger aus, von ihnen lebten 95,2 % in Wohnungen mit Bad oder Dusche und WC, zudem hatten drei Viertel (73,4 %) dazu noch eine Sammelheizung. Der Anteil der Haushalte, die weder Bad noch Dusche ihr eigen nennen konnten, lag mit 3 % sehr niedrig.

Im früheren Bundesgebiet zeigt sich im Vergleich zu Deutschland insgesamt ein besseres Bild. Hier verfügten 97,1 % der älteren Menschen über Bad oder Dusche und WC, mehr als drei Viertel (77,6 %) zusätzlich über eine Sammelheizung. Der Anteil älterer Menschen in schlecht ausgestatteten Wohnungen ohne Bad und Dusche lag bei 2,2 %.

Die älteren Einpersonenhaushalte im früheren Bundesgebiet waren etwas schlechter versorgt, nur drei Viertel wohnten in Wohnungen des besten Ausstattungstyps, dafür aber 3,7 % in den beiden ohne Bad oder Dusche. Von den älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten lebten mehr (78,8 %) in Wohnungen mit Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung, dafür auch nur 1,3 % in solchen der beiden schlechten Ausstattungstypen.

Anders lagen wieder die Verhältnisse in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Hier verfügten erst gut drei Viertel (76,1 %) der älteren Menschen über Bad oder Dusche und WC, und auch nur gut zwei Fünftel besaßen gleichzeitig eine Sammelheizung. Der Anteil der älteren Menschen, die weder Bad noch Dusche hatten, lag mit 17,6 % sehr hoch. Dies ist die Folge der schon angesprochenen Überalterung des Gebäudebestandes. Hier werden sich erst im Laufe der nächsten Jahre durch Sanierung, Instandsetzung und Neubau Veränderungen ergeben können.

Die älteren Einpersonenhaushalte hatten im Durchschnitt schlechter ausgestattete Wohnungen als die älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten. Deutlich weniger von ihnen verfügten über Bad oder Dusche und WC (68,4 % gegenüber 81,4 %). Noch größer ist der Unterschied bei den Wohnungen ohne Bad oder Dusche, denn mehr als ein Viertel (26,6 %) der alleinlebenden älteren Menschen bewohnte solche Wohnungen, während es bei den Mehrpersonenhaushalten mit einem guten Zehntel (11,7 %) nur knapp halb so viele waren.

Monatliche Miete

Ein Teil der älteren Menschen lebte im September 1993 als Hauptmieter in Wohnungen, ihre Zahl betrug am Erhebungsstichtag 30. September 1993 in Deutschland insgesamt 4,97 Mill. Diese Menschen haben fast alle auch Angaben über die Höhe der von ihnen monatlich zu zahlenden

Miete gemacht, lediglich bei knapp 2,5 % war dieses Merkmal nicht auswertbar. Der Mietbetrag setzt sich zusammen aus der Grundmiete und den „kalten“ Betriebskosten wie Beträge für Wasser, Kanalisation, Hausmeister, öffentliche Abgaben usw., nicht enthalten sind zum Beispiel Heizungskosten, Kosten der Warmwasserversorgung, Miete von Garagen usw.

Von den knapp 5 Mill. älteren Menschen, die ihre Wohnungen als Hauptmieter gemietet hatten, bezahlten knapp drei Viertel (73,3 %) bis zu 600 DM Miete monatlich, weniger als ein Fünftel (16,7 %) mußte zwischen 600 und 800 DM aufbringen. Die höheren Mietklassen von 800 bis 1 000 DM (5,9 %) und 1 000 DM und mehr waren nur wenig besetzt. Die durchschnittliche Miete je Wohnung von 490 DM unterstreicht diese Aussage.

Bei den älteren Einpersonenhaushalten war der Anteil der bis 600 DM zahlenden Hauptmieter mit vier Fünftel (80,7 %) noch höher, etwas mehr als jeder zehnte (13,4 %) bezahlte zwischen 600 und 800 DM monatlich, lediglich 4 % mußten 800 bis 1 000 DM einkalkulieren und nur wenige (1,7 %) lagen über 1 000 DM. Durchschnittlich mußten diese Haushalte monatlich 441 DM für ihre Wohnung aufbringen.

Für die älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten ergaben sich schon aufgrund der von ihnen bewohnten größeren Wohnungen etwas andere Anteile in den Mietgruppen. So zahlten zwei Drittel (65,0 %) dieser Haushalte unter 600 DM monatlich, ein Fünftel lag zwischen 600 und 800 DM, ungefähr jeder dreizehnte (7,7 %) mußte 800 bis 1 000 DM monatliche Miete zahlen. Die durchschnittliche Miete je Wohnung lag bei 549 DM.

Im früheren Bundesgebiet sind die Mietklassen etwas anders besetzt, da das Mietniveau deutlich höher ist als das auch in den Gesamtdurchschnitt eingehende Niveau der neuen Länder. So betrug nur bei knapp zwei Drittel (64,7 %) der älteren Menschen die monatliche Miete unter 600 DM, mehr als ein Fünftel (22,1 %) bezahlten zwischen 600 und 800 DM und noch etwa jeder dreizehnte (7,9 %) mußte monatlich zwischen 800 und 1 000 DM einplanen; mehr als 1 000 DM waren bei 5,4 % fällig. Auch die durchschnittliche Miete je Wohnung lag mit 558 DM klar über dem Gesamtdurchschnitt.

Die älteren Einpersonenhaushalte tendierten mehr zu den Mietklassen bis 800 DM, hier fanden sich über neun Zehntel (92 %), während nur noch 5,3 % Beträge zwischen 800

Tabelle 7: Ältere Menschen in Hauptmieterhaushalten in reinen Mietwohnungen in Wohngebäuden nach monatlicher Miete¹⁾
Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ²⁾	Darunter mit Mietangabe	Davon mit einer monatlichen Miete von ... bis unter ... DM						Durchschnitt- liche Miete je Wohnung DM
			unter 600	600—800	800—1 000	1 000—1 200	1 200—1 600	1 600 und mehr	
Deutschland									
In Einpersonenhaushalten									
zusammen	2 396,6	2 335,3	80,7	13,4	4,0	1,1	0,6	/	441
65—70	505,3	495,4	77,9	15,4	4,5	1,2	/	/	459
70—75	624,3	610,4	79,4	13,9	4,6	1,3	/	/	449
75 und älter	1 267,0	1 229,5	82,5	12,2	3,5	1,0	0,6	/	430
In Mehrpersonenhaushalten									
zusammen	2 573,4	2 513,4	65,0	19,9	7,7	3,1	2,1	0,7	549
Bezugsperson unter 65	216,5	211,6	57,4	20,7	10,1	5,9	4,2	/	608
65 und älter	2 356,9	2 301,8	67,3	19,8	7,5	2,8	1,9	0,6	541
Insgesamt	4 970,0	4 848,7	73,3	16,7	5,9	2,2	1,4	0,4	490
65—70	1 557,2	1 525,8	69,9	18,6	6,7	2,6	1,7	0,5	516
70—75	1 380,4	1 349,5	72,1	17,5	6,2	2,3	1,4	0,4	498
75 und älter	2 032,4	1 973,4	76,8	14,8	5,1	1,7	1,2	0,4	465
Früheres Bundesgebiet									
In Einpersonenhaushalten									
zusammen	1 800,3	1 743,1	74,3	17,7	5,3	1,5	0,9	/	504
65—70	367,7	358,4	69,7	21,0	6,2	1,7	/	/	532
70—75	461,3	448,2	72,1	18,9	6,2	1,7	/	/	516
75 und älter	971,3	936,5	77,2	15,9	4,6	1,3	0,8	/	488
In Mehrpersonenhaushalten									
zusammen	1 916,8	1 861,1	55,6	26,2	10,3	4,1	2,8	0,9	626
Bezugsperson unter 65	153,4	149,0	41,9	27,5	14,1	8,2	5,9	/	713
65 und älter	1 763,4	1 712,1	56,8	26,1	9,9	3,8	2,6	0,8	613
Zusammen	3 717,1	3 604,2	64,7	22,1	7,9	2,9	1,9	0,6	558
65—70	1 132,9	1 103,3	59,1	25,1	9,2	3,5	2,3	0,8	593
70—75	1 028,0	999,5	63,0	23,2	8,3	3,1	1,9	0,6	567
75 und älter	1 556,2	1 501,4	69,9	19,1	6,6	2,3	1,5	0,5	527
Neue Länder und Berlin-Ost									
In Einpersonenhaushalten									
zusammen	596,3	592,2	99,4	/	/	/	/	/	256
65—70	137,6	137,0	99,3	/	/	/	—	—	271
70—75	163,0	162,2	99,6	/	/	/	—	—	263
75 und älter	295,7	293,0	99,5	/	/	—	/	—	245
In Mehrpersonenhaushalten									
zusammen	656,6	652,3	97,5	1,9	/	/	/	/	334
Bezugsperson unter 65	63,1	62,6	94,2	/	/	/	/	—	363
65 und älter	593,5	589,7	97,8	1,6	/	/	/	/	329
Zusammen	1 252,9	1 244,5	98,4	1,2	/	/	/	/	291
65—70	424,3	422,5	98,1	1,4	/	/	/	—	313
70—75	352,4	350,0	98,3	/	/	/	/	—	296
75 und älter	476,2	472,0	98,8	/	/	/	/	/	269

¹⁾ Ohne Wohnheime. — ²⁾ Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten.

und 1 000 DM aufbringen mußten. Der kleine Rest hatte teurere Wohnungen. Die Durchschnittsmiete lag bei 504 DM.

Bei den älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten war das Mietniveau dagegen etwas höher. Nur gut die Hälfte (55,6 %) entfiel auf die kleinste Mietklasse, ein gutes Viertel (26,2 %) mußte 600 bis 800 DM bezahlen, jeder zehnte (10,3 %) schon 800 bis 1 000 DM und noch 7,8 % über 1 000 DM.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Situation vollkommen verschieden von der im früheren Bundesgebiet. Hier ließ sich für alle älteren Menschen, sei es als Einpersonenhaushalt oder in Mehrpersonenhaushalten, feststellen, daß fast alle Mietpreise bis 600 DM bezahlten, was auch durch die Durchschnittsmiete je Wohnung belegt wird, die für alle Haushalte in den neuen Bundesländern 291 DM, für ältere Einpersonenhaushalte 256 DM und für Mehrpersonenhaushalte 334 DM erreichte.

Einzugsjahr und Miete

Die Ergebnisse der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 belegen auch einen Zusammenhang von Wohndauer und Miethöhe, der insbesondere bei älteren Haushalten eine Rolle spielt. Insgesamt³⁾ gesehen zahlten die älteren Menschen in Deutschland für ihre Mietwohnung durchschnittlich 490 DM Miete, unter Berücksichtigung ihres Einkommens betrug die Mietbelastung 20,6 %. Bei den Einpersonenhaushalten, in denen nur ein Einkommen vorhanden ist, lag die Mietbelastung bei 25,6 %, während die Mehrpersonenhaushalte, die meist mehrere Einkommen haben, davon nur 17,3 % für ihre Mietzahlung aufwenden mußten.

Für die älteren Menschen, die ihre Wohnungen bis 1980 bezogen haben, war die Situation noch etwas günstiger. Dies bedeutet, daß sie nicht nur absolut (durchschnittlich 467 DM) weniger Miete zahlten, sondern auch die Mietbelastung mit 19,4 % niedriger lag. Diese günstige Sachlage ergibt sich auch bei getrennter Betrachtung sowohl für ältere Ein- als auch Mehrpersonenhaushalte. Jene Haushalte älterer Menschen, die 1981 oder später in ihre derzeitige Wohnung eingezogen waren, mußten mit durchschnittlich 516 DM für ihre Miete etwas mehr aufwenden, obwohl — wie im vorigen Abschnitt festgestellt wurde — die Wohnungen in diesen Einzugsjahren kleiner sind als bei den bis 1980 eingezogenen Haushalten.

Bei dieser Betrachtungsweise stellt sich die Situation im früheren Bundesgebiet im Vergleich zum Gesamtbild erwartungsgemäß etwas schlechter dar. Insgesamt mußten die älteren Menschen in den alten Bundesländern für ihre Wohnung durchschnittlich 558 DM bezahlen, das bedeutet eine Mietbelastungsquote von 22,2 %. Die älteren Einpersonenhaushalte waren wieder relativ am schlechtesten gestellt, denn sie mußten mit 504 DM deutlich mehr als ein Viertel (27,1 %) ihres Einkommens für die monatliche Mietzahlung bereitstellen. Bei den älteren Menschen in Mehr-

personenhaushalten war die durchschnittliche Monatsmiete mit 625 DM zwar erheblich höher, aber trotzdem war die Mietbelastung mit 18,8 % aufgrund des höheren durchschnittlichen Einkommens merklich niedriger.

Während bei den bis 1980 in ihre Wohnung eingezogenen Haushalten gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Mieten etwas weniger zu zahlen war, hatten die seit 1981 eingezogenen älteren Menschen deutlich mehr Miete aufzuwenden. Der durchschnittliche Mietbetrag erreichte 605 DM und die Belastung 24 %. Die Einpersonenhaushalte waren auch hier am schlechtesten gestellt, sie bezahlten monatlich 529 DM, was mit 29 % fast einem Drittel ihres Einkommens entsprach. Die Mietbelastungsquote der älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten lag mit 20,9 % deutlich niedriger, dies entsprach einer Monatsmiete von 697 DM.

In den neuen Ländern waren im September 1993 sowohl die absoluten Mietbeträge als auch die Mietbelastungsquoten deutlich geringer als im früheren Bundesgebiet. Sie lagen bei durchschnittlich 291 DM monatlich und 15,2 % als Mietbelastungsquote. Auch hier war der Unterschied zwischen den beiden Haushaltstypen beachtlich, die Einpersonenhaushalte mußten 256 DM monatlich oder 19,6 % ihres Einkommens aufwenden, die Mehrpersonenhaushalte mit 334 DM nur 12,6 %. Kaum Unterschiede gab es von diesen Angaben zu den Zahlen für die bis 1980 eingezogenen Menschen. Das ist darauf zurückzuführen, daß Umzüge in der ehemaligen DDR die Ausnahme waren und so praktisch jeder in seiner Wohnung auf Dauer geblieben ist. Bei den ab 1981 eingezogenen Menschen, dies waren nur etwa 28 % aller älteren Menschen, ergaben sich trotz des späten Einzugsjahres keine erheblichen Abweichungen (wie im Westen), weil es in der ehemaligen DDR staatlich fixierte Mieten gab, unabhängig von Alt- oder Neubezug.

Mietbelastung

Die Mietbelastung gibt an, welcher Teil des Haushaltsnettoeinkommens für die monatliche Mietzahlung aufgewendet werden mußte. In Deutschland insgesamt mußte knapp die Hälfte der älteren Menschen eine Mietbelastung bis 20 % tragen (26,6 % bis 15 % und 21,3 % zwischen 15 und 20 % Mietbelastung). Die höheren Belastungsklassen waren dann immer geringer besetzt. Während noch fast ein Fünftel (17,4 %) der älteren Leute bei einer Mietbelastungsquote von 20 bis 25 % gezählt wurden, waren es bei der Klasse 25 bis 30 % noch 12,4 % und bei 30 bis 35 % Belastung ein Anteil von 8,1 %. Ein beachtlicher Teil von 14,2 % der älteren Menschen in Hauptmieterhaushalten mußte sogar mehr als 35 % des Nettoeinkommens für die Miete aufwenden.

Im Vergleich der älteren Ein- und Mehrpersonenhaushalte war der Verlauf fast gegenläufig. Während die alleinlebenden älteren Menschen mit leichten Abweichungen relativ gleichmäßig über alle Belastungsklassen verteilt waren mit einer deutlichen Spitze von fast einem Viertel (23,1 %) bei 35 % und mehr Mietbelastung, lag die Spitze bei den älteren Menschen in Mehrpersonenhaushalten mit zwei Fünfteln (39,8 %) in der niedrigsten Klasse unter 15 % und

³⁾ Für das folgende Kapitel siehe die Anhangtabellen auf S. 234* ff.

Tabelle 8: Ältere Menschen als Hauptmieter in reinen Mietwohnungen in Wohngebäuden nach der monatlichen Mietbelastung¹⁾
 Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von bis unter Jahren	Insgesamt ²⁾	Darunter mit Miet- und Einkommens- angabe ³⁾	Davon mit einer monatlichen Mietbelastung von					bis unter . % 35 und mehr	Durchschnitt- liche Mietbe- lastung des Haushalts
			unter 15	15—20	20—25	25—30	30—35		
			% (von Spalte 2)						
Deutschland									
In Einpersonenhaushalten zusammen	2 396,6	2 223,7	13,0	17,4	18,9	16,0	11,6	23,1	25,6
65—70	505,3	472,7	12,2	17,8	17,9	16,0	11,7	24,4	25,9
70—75	624,3	579,4	12,1	17,9	19,3	16,0	11,8	22,9	25,8
75 und älter	1 267,0	1 171,6	13,8	17,1	19,0	15,9	11,5	22,7	25,4
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	2 573,4	2 309,1	39,8	25,0	16,0	9,0	4,7	5,6	17,3
Bezugsperson unter 65	216,5	197,2	44,1	24,0	13,4	7,4	5,2	5,9	16,5
65 und älter	2 356,9	2 111,8	39,4	25,0	16,3	9,1	4,7	5,5	17,5
Insgesamt	4 970,0	4 532,7	26,6	21,3	17,4	12,4	8,1	14,2	20,6
65—70	1 557,2	1 423,3	30,0	22,5	16,6	11,8	7,1	11,9	19,7
70—75	1 380,4	1 261,6	26,7	22,2	17,5	12,3	7,8	13,4	20,6
75 und älter	2 032,4	1 847,8	24,0	19,7	18,0	12,9	9,1	16,4	21,6
Früheres Bundesgebiet									
In Einpersonenhaushalten zusammen	1 800,3	1 642,8	8,0	14,4	18,8	17,2	13,6	28,1	27,1
65—70	367,7	339,3	7,6	12,9	17,6	17,3	14,3	30,3	27,6
70—75	461,3	420,1	7,0	14,8	19,1	17,3	13,6	28,3	27,4
75 und älter	971,3	883,4	8,6	14,8	19,1	17,1	13,3	27,1	26,8
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	1 916,8	1 677,9	29,0	26,6	19,6	11,4	6,1	7,4	18,8
Bezugsperson unter 65	153,4	136,7	31,3	27,1	16,7	9,7	6,9	8,3	18,3
65 und älter	1 763,4	1 541,1	28,8	26,5	19,8	11,5	6,1	7,3	18,9
Zusammen	3 717,1	3 320,6	18,6	20,5	19,2	14,3	9,8	17,6	22,2
65—70	1 132,9	1 013,1	20,8	21,5	19,1	14,2	9,1	15,3	21,3
70—75	1 028,0	919,8	18,8	21,8	19,3	14,1	9,3	16,7	22,0
75 und älter	1 556,2	1 387,7	16,8	19,0	19,2	14,4	10,7	20,0	23,1
Neue Länder und Berlin-Ost									
In Einpersonenhaushalten zusammen	596,3	580,9	27,3	26,0	19,1	12,5	6,2	8,9	19,6
65—70	137,6	133,4	24,0	30,2	18,7	12,4	5,3	9,3	19,9
70—75	163,0	159,3	25,6	26,1	19,9	12,7	7,2	8,5	19,8
75 und älter	295,7	288,2	29,7	24,0	18,9	12,4	6,0	9,0	19,4
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	656,6	631,2	68,5	20,7	6,6	2,5	1,0	/	12,6
Bezugsperson unter 65	63,1	60,5	72,9	17,0	/	/	/	/	11,6
65 und älter	593,5	570,7	68,0	21,1	6,7	2,6	0,9	/	12,8
Zusammen	1 252,9	1 212,1	48,7	23,2	12,6	7,3	3,5	4,6	15,2
65—70	424,3	410,2	52,8	25,0	10,4	5,9	2,3	3,5	14,5
70—75	352,4	341,8	48,1	23,4	12,9	7,4	3,8	4,4	15,3
75 und älter	476,2	460,1	45,6	21,6	14,3	8,5	4,2	5,8	15,8

1) Ohne Wohnheime. — 2) Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten. — 3) Mit verwertbarer Einkommensangabe

fiel dann ziemlich gleichmäßig ab. Die durchschnittliche Mietbelastung der Haushalte bildet diese Verläufe deutlich ab. Die Einpersonenhaushalte zahlten im Durchschnitt monatlich 25,6 % ihres Einkommens als Miete, die Mehrpersonenhaushalte mit 17,3 % deutlich weniger.

Im früheren Bundesgebiet ist dieser Verlauf etwas differenzierter zu sehen. Jeweils etwa ein Fünftel (18,6, 20,5 und 19,2 %) der älteren Menschen wurden in den ersten drei Belastungsklassen bis 25 % gezählt. Zwischen 25 und 35 % Mietbelastung war es noch einmal ein Viertel (24,1 %), während in der höchsten Klasse über 35 % auch noch knapp ein Fünftel (17,6 %) ausgewiesen wurde. Im Durchschnitt wurden 22,2 % des Nettoeinkommens für die Miete aufgewendet.

Die älteren Einpersonenhaushalte hatten eine ungünstigere Belastungsstruktur. Gut zwei Fünftel (41,2 %) mußten bis zu 25 % Belastung tragen, während es bei den Mehrpersonenhaushalten in diesem Bereich schon drei Viertel (75,2 %) waren. In der höchsten Klasse über 35 % lagen im September 1993 über ein Viertel (28,1 %) der alleinlebenden Menschen, bei den Mehrpersonenhaushalten waren es weit unter einem Zehntel (7,4 %). Die durchschnittliche Mietbelastung lag bei 27,1 gegenüber 18,8 %.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Mietbelastung im Durchschnitt bei 15,2 %, ein gutes Fünftel (23,2 %) trug zwischen 15 und 20 %, gut jeder zehnte noch 20 bis 25 % und in den höheren Belastungsklassen über 25 % waren noch 15,4 % der älteren Menschen erfaßt.

Auch hier waren die älteren Einpersonenhaushalte relativ höher belastet als die Mehrpersonenhaushalte. Sie mußten im Schnitt 19,6 % ihres Einkommens für die Mietzahlung aufwenden, gegenüber nur 12,6 % bei den Mehrpersonenhaushalten.

Wohnsituation und Infrastruktur

In der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe zum Stichtag 30. September 1993 wurden auch Fragen zum Wohnumfeld gestellt. Dazu gehörten die drei folgenden Komplexe: Erreichbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel, Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe der Wohnung und die ärztliche Versorgung. Es zeigte sich, daß der überwiegende Teil der älteren Menschen (86,6 %) offenbar sehr nah, nämlich innerhalb 15 Minuten Fußweg, an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel wohnte, ein Zehntel von ihnen (9,4 %) benötigte bis 30 Minuten. Diese Feststellungen

Tabelle 9: Ältere Menschen in Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden¹⁾ nach Wohnsituation und Infrastruktur

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von . . bis unter . . Jahren	Ins- gesamt ²⁾	Länge des Fußweges zu nächstgelegener(n)											
		Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel				Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf				ärztlichen Versorgung			
		unter 15	15 bis unter 30	30 und mehr	ohne Angabe	unter 15	15 bis unter 30	30 und mehr	ohne Angabe	unter 15	15 bis unter 30	30 und mehr	ohne Angabe
		Minuten				Minuten				Minuten			
1000		% (jeweils von Spalte 1)											
Deutschland													
In Einpersonenhaushalten zusammen . . .	4 224,2	87,0	8,9	1,6	2,4	73,0	18,0	6,8	2,3	60,2	23,2	12,7	3,9
65 — 70	888,1	88,4	8,0	1,4	2,2	74,6	17,2	6,6	1,7	61,1	22,7	12,7	3,5
70 — 75	1 119,4	87,9	8,6	1,5	2,0	73,6	17,9	6,6	2,0	60,0	23,3	13,0	3,7
75 und älter	2 216,6	86,0	9,5	1,7	2,8	72,1	18,4	6,9	2,7	59,9	23,3	12,6	4,2
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	7 299,9	86,4	9,6	2,1	1,8	68,3	19,5	10,3	1,9	55,2	23,5	17,9	3,3
Bezugsperson unter 65	976,0	83,7	10,6	3,5	2,1	62,4	19,4	15,7	2,5	46,7	23,2	26,2	4,0
65 und älter	6 323,8	86,8	9,5	1,9	1,8	69,2	19,6	9,4	1,8	56,5	23,6	16,7	3,2
Insgesamt	11 524,1	86,6	9,4	1,9	2,1	70,0	19,0	9,0	2,1	57,0	23,4	16,0	3,5
65 — 70	3 857,8	87,6	8,8	1,8	1,8	70,1	19,0	9,1	1,7	57,0	23,5	16,4	3,1
70 — 75	3 235,8	87,0	9,3	1,9	1,8	70,0	18,9	9,2	1,9	57,0	23,3	16,2	3,5
75 und älter	4 430,5	85,5	10,0	2,1	2,4	69,9	18,9	8,7	2,4	57,1	23,5	15,6	3,9
Früheres Bundesgebiet													
In Einpersonenhaushalten zusammen	3 405,6	87,5	8,3	1,6	2,6	72,4	18,4	6,8	2,4	60,9	22,7	12,3	4,1
65 — 70	703,8	88,5	7,4	1,5	2,6	73,6	17,6	6,8	1,9	61,4	22,5	12,5	3,7
70 — 75	894,7	88,3	7,9	1,5	2,2	72,8	18,3	6,7	2,2	60,6	22,6	12,7	4,0
75 und älter	1 807,0	86,7	8,9	1,6	2,9	71,7	18,8	6,8	2,8	60,8	22,7	12,1	4,3
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	6 097,9	86,3	9,4	2,2	2,0	67,5	20,0	10,5	2,0	55,5	23,2	17,9	3,4
Bezugsperson unter 65	803,5	83,1	10,8	3,8	2,3	61,4	19,8	16,3	2,5	46,3	23,1	26,5	4,1
65 und älter	5 294,3	86,8	9,2	2,0	2,0	68,4	20,0	9,6	2,0	56,9	23,3	16,6	3,3
Zusammen	9 503,4	86,7	9,0	2,0	2,2	69,2	19,4	9,2	2,2	57,4	23,0	15,9	3,7
65 — 70	3 151,4	87,5	8,5	2,0	2,1	69,2	19,6	9,3	1,9	57,2	23,2	16,3	3,3
70 — 75	2 667,2	87,1	9,0	1,9	2,0	69,1	19,4	9,5	2,0	57,4	22,8	16,1	3,7
75 und älter	3 684,9	85,9	9,5	2,1	2,6	69,3	19,3	8,8	2,5	57,6	23,1	15,4	4,0
Neue Länder und Berlin-Ost													
In Einpersonenhaushalten zusammen	818,6	85,2	11,5	1,7	1,6	75,6	16,2	6,7	1,5	57,1	25,5	14,3	3,1
65 — 70	184,3	87,9	10,3	/	/	78,1	15,4	5,9	/	60,0	23,7	13,8	2,5
70 — 75	224,7	86,3	11,0	/	/	76,6	16,2	6,1	/	57,3	25,9	14,2	2,5
75 und älter	409,6	83,4	12,3	2,1	2,2	73,8	16,6	7,4	2,2	55,7	26,0	14,6	3,7
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	1 202,0	86,8	10,5	1,7	0,9	72,3	17,2	9,1	1,4	54,0	25,3	18,3	2,7
Bezugsperson unter 65	172,5	86,6	9,7	/	/	67,0	17,7	12,6	/	48,3	23,4	24,6	3,7
65 und älter	1 029,5	86,8	10,7	1,7	0,9	73,2	17,1	8,5	1,2	54,9	25,3	17,3	2,5
Zusammen	2 020,6	86,1	10,9	1,7	1,2	73,6	16,8	8,1	1,5	55,2	25,2	16,7	2,9
65 — 70	706,4	88,0	9,9	1,3	0,8	74,3	16,5	8,2	1,0	56,0	24,8	16,8	2,4
70 — 75	568,6	86,7	10,7	1,7	0,9	74,0	16,9	7,7	1,4	55,3	25,4	16,9	2,4
75 und älter	745,6	84,0	12,1	2,1	1,8	72,7	17,0	8,3	2,0	54,5	25,4	16,5	3,6

¹⁾ Ohne Wohnheime. — ²⁾ Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohneinheiten.

gelten so für ganz Deutschland, zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost ergaben sich keine merklichen Unterschiede.

Die Einkaufsmöglichkeiten von Gütern für den täglichen Bedarf scheinen ähnlich gut zu sein. Hier waren es 70 % der älteren Menschen, die innerhalb 15 Minuten zu Fuß zum Beispiel einen Lebensmittelladen erreichen konnten, 19 % brauchten schon bis zu 30 Minuten. Nur wenig schlechter war die Lage im früheren Bundesgebiet, die Anteile entsprachen sich weitgehend. Nur in den neuen Ländern war die Struktur, wenn auch nur geringfügig, anders. Knapp drei Viertel (73,6 %) der älteren Menschen hier

benötigten höchstens 15 Minuten zum Einkaufen, weniger als ein Fünftel (16,8 %) mußte schon bis 30 Minuten gehen.

Eine gut erreichbare ärztliche Versorgung ist für ältere Menschen sehr wichtig. In ganz Deutschland haben mehr als die Hälfte (57 %) aller älteren Menschen angegeben, daß sie einen Arzt innerhalb von 15 Minuten zu Fuß erreichen können. Da noch ein weiteres Viertel (23,4 %) nur bis zu 30 Minuten laufen mußte, war für vier Fünftel ein Arzt gut erreichbar. In diesem Bereich gab es im September 1993 zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern nur geringfügige Unterschiede.

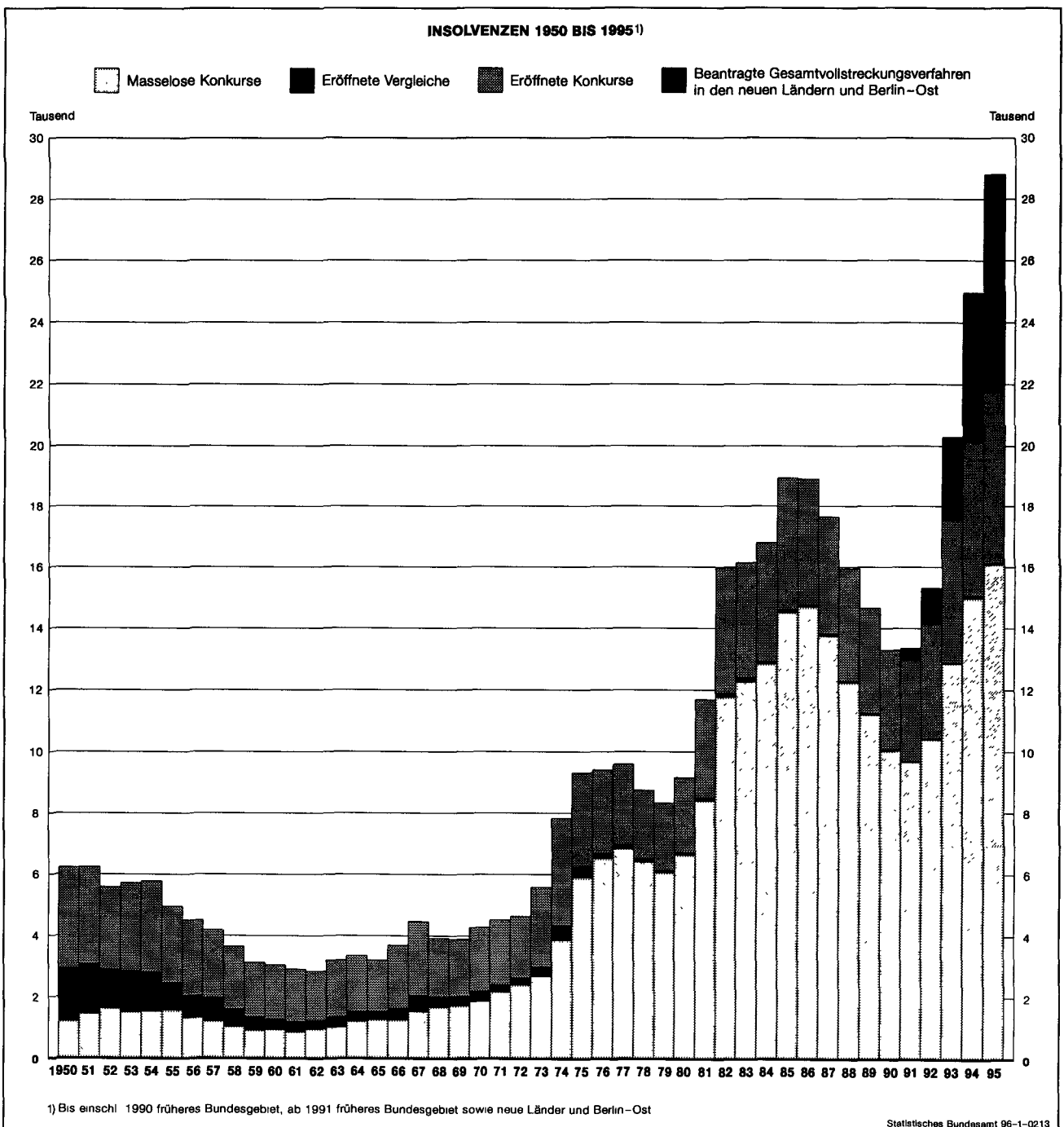
Dipl.-Volkswirt Peter Scheewe

Insolvenzen 1995

Vorbemerkung

Große Konkurse oder wachsende Insolvenzzahlen, die die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland kennzeichnen, sind häufig Anlaß nachzufragen, welchen Beitrag die amtliche Insolvenzstatistik zur Analyse des Insolvenzgeschehens zu leisten vermag. Hierzu ist anzumerken, daß diese Statistik auf Meldungen der Amtsgerichte beruht, die im Insolvenzfall für jede rechtlich selbständige Einheit ein Zählblatt ausfüllen. Mitgeteilt werden dabei die Rechtsform, der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit, die Unterscheidung des Unternehmens nach zwei bzw. drei Altersklassen (neue Länder) sowie die Höhe der voraus-

sichtlichen Forderungen. Erfaßt werden in den alten Bundesländern alle eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Konkursverfahren sowie alle eröffneten Vergleichsverfahren. Aus den neuen Ländern und Berlin-Ost, in denen noch die sogenannte Gesamtvollstreckungsordnung gilt, werden alle eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Gesamtvollstreckungsverfahren mitgeteilt. Für die eröffneten Insolvenzverfahren werden zudem von den Gerichten nach Beendigung des Verfahrens das finanzielle Ergebnis, das heißt die Forderungen der Gläubiger nach ihrem Rang, sowie die verbleibenden Vermögenswerte der Schuldner übermittelt. Die Veröffentlichung dieser Ergebnisse erfolgt in einem gesonderten Beitrag in dieser Zeitschrift, in der Regel etwa eineinhalb Jahre nach Ablauf des Berichtsjahres.



Die in der Statistik nachgewiesenen Merkmale geben wichtige Hinweise darauf, welche Rechtsform, welcher Wirtschaftszweig und welche Altersklasse besonders häufig von Zahlungsschwierigkeiten betroffen ist. Um ein differenzierteres Bild zu gewinnen, wären zusätzliche Informationen, beispielsweise über die Größe des Unternehmens, wünschenswert. Gewisse Anhaltspunkte über das Ausmaß eines Unternehmenszusammenbruchs und die zu befürchtenden Forderungsausfälle vermittelt zum Beispiel die Einteilung nach Forderungsgrößenklassen. Größere Aussagekraft hätten zweifellos die zuletzt erzielten Umsätze, das Bilanzvolumen oder insbesondere die Zahl der zuletzt beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie sie in Bayern erhoben wird. Diese Erhebungsmerkmale können jedoch nicht generell erfragt werden, weil es sich bei der Insolvenzstatistik um eine koordinierte Länderstatistik handelt, die auf Einzelanweisungen der Länderjustizministerien beruht.

Über die Ursachen von Insolvenzen kann die amtliche Insolvenzstatistik keine Antwort geben. Im Jahr 1992 hat die Deutsche Bundesbank eine Untersuchung über mögliche Insolvenzgründe veröffentlicht¹⁾, wobei als wichtigste Ursachen die schlechte Kapitalausstattung, ungenügende Absatzentwicklung und Managementfehler eingegrenzt wurden. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Insolvenzzahlen in jüngster Zeit könnte aber auch in der zunehmenden

den Verselbständigung von Betriebsteilen zu suchen sein. Was früher als ein Insolvenzfall gezählt wurde, kann damit heute zu mehreren Insolvenzen führen, wie zum Beispiel der Zusammenbruch einer Unternehmensgruppe mit selbständigen Niederlassungen. Andererseits bietet bei einem Konkurs die Ausgliederung von Betrieben die Möglichkeit, rentable Betriebsteile vor der Schließung zu bewahren.

Gesamtbild 1995

Im früheren Bundesgebiet war die Entwicklung der Insolvenzzahlen zu Beginn der 80er Jahre von den sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Mit jährlichen Zuwachsraten von bis zu 30 % stieg die Zahl der Insolvenzen bis zum Jahr 1985 schließlich auf knapp 19 000 Fälle. Dies war nicht nur die bis dahin höchste Insolvenzzahl in der Nachkriegszeit, das Niveau war auch mehr als doppelt so hoch wie zu Beginn der 80er Jahre. Etwa Mitte 1986 setzte ein Umschwung ein, der wieder sinkende Insolvenzzahlen brachte. Diese Entwicklung hielt bis 1991 an. In jenem Jahr wurden nur noch rund 13 000 Insolvenzfälle verzeichnet. Schon Mitte des Jahres 1991 zeichnete sich jedoch ein Ende dieser positiven Entwicklung ab. Nach anfänglich geringem Anstieg (1992: + 9 %) folgte 1993 eine Zunahme um ein Viertel und 1994 um weitere 15 %. Im Laufe des Jahres 1995 schwächten sich die monatlichen Zuwachsraten zusehends ab. Trotzdem wurde 1995 der bisherige Höchststand des Vorjahres erneut übertroffen, wobei die Gesamtzahl der Insolvenzen

¹⁾ Siehe Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Januar 1992, S. 33 ff

Tabelle 1: Entwicklung der Insolvenzen¹⁾

Jahr	Konkurse/Gesamtvollstreckungsverfahren				Vergleichsverfahren eröffnet	Insolvenzen			
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	zusammen	darunter Anschlußkonkurse		insgesamt	darunter Unternehmen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
								insgesamt	darunter Unternehmen
Anzahl						%			
Früheres Bundesgebiet									
1950	3 286	1 211	4 497	483	1 721	5 735	5 168	+ 35,7	+ 27,7
1960	1 742	947	2 689	74	343	2 958	2 358	- 2,2	- 2,3
1970	2 081	1 862	3 943	66	324	4 201	2 716	+ 10,3	+ 8,9
1980	2 420	6 639	9 059	13	94	9 140	6 315	+ 9,9	+ 15,2
1981	3 162	8 418	11 580	34	107	11 653	8 494	+ 27,5	+ 34,5
1982	4 043	11 764	15 807	83	152	15 876	11 915	+ 36,2	+ 40,3
1983	3 747	12 252	15 999	30	145	16 114	11 845	+ 1,5	- 0,6
1984	3 872	12 826	16 698	29	91	16 760	12 018	+ 4,0	+ 1,5
1985	4 292	14 512	18 804	33	105	18 876	13 625	+ 12,6	+ 13,4
1986	4 098	14 695	18 793	33	82	18 842	13 500	- 0,2	- 0,9
1987	3 800	13 743	17 543	38	84	17 589	12 098	- 6,7	- 10,4
1988	3 649	12 238	15 887	8	57	15 936	10 562	- 9,4	- 12,7
1989	3 403	11 204	14 607	21	57	14 643	9 590	- 8,1	- 9,2
1990	3 214	10 029	13 243	14	42	13 271	8 730	- 9,4	- 9,0
1991	3 236	9 667	12 903	20	39	12 922	8 445	- 2,6	- 3,3
1992	3 691	10 403	14 094	14	37	14 117	9 828	+ 9,2	+ 16,4
1993	4 629	12 853	17 482	18	73	17 537	12 821	+ 24,2	+ 30,5
1994	5 053	14 997	20 050	25	67	20 092	14 926	+ 14,6	+ 16,4
1995	5 616	16 072	21 688	30	56	21 714	16 470	+ 8,1	+ 10,3
Neue Länder und Berlin-Ost									
1991	328	73	401	x	x	401	392	x	x
1992	669	516	1 185	x	x	1 185	1 092	+ 195,5	+ 178,6
1993	1 213	1 548	2 761	x	x	2 761	2 327	+ 133,0	+ 113,1
1994	1 779	3 057	4 836	x	x	4 836	3 911	+ 75,2	+ 68,1
1995	2 408	4 663	7 071	x	x	7 071	5 874	+ 46,2	+ 50,2
Deutschland									
1991	3 564	9 740	13 304	20	39	13 323	8 837	x	x
1992	4 360	10 919	15 279	14	37	15 302	10 920	+ 14,9	+ 23,6
1993	5 842	14 401	20 243	18	73	20 298	15 148	+ 32,6	+ 38,7
1994	6 832	18 054	24 886	25	67	24 928	18 837	+ 22,8	+ 24,4
1995	8 024	20 735	28 759	30	56	28 785	22 344	+ 15,5	+ 18,6

¹⁾ Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren

um 8,1% auf 21 714 Fälle gestiegen ist. Die Mehrzahl der Insolvenzen, nämlich 16 470, betraf Unternehmen, für die sich ein Anstieg um 10,3% gegenüber 1994 ergab. Die Zahl der Insolvenzen von anderen Schuldern, zu denen insbesondere natürliche Personen (z. B. als Gesellschafter) und Nachlaßkonkurse zählen, lag nur um 1,5% höher als vor Jahresfrist.

Bei den insgesamt 21 714 gemeldeten Insolvenzfällen des Jahres 1995 handelt es sich nur in 56 Fällen um die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens. Voraussetzung für die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens ist, daß mindestens 35% der Forderungen der Gläubiger erfüllt werden können. Diese Bedingung war bei 21 688 zahlungsunfähigen Schuldern nicht gegeben, so daß nur die Stellung eines Konkursantrages übrigblieb. Aber selbst bei 30 Fällen, in denen das Vergleichsverfahren schon eröffnet wurde, stellten die Gerichte fest, daß die erwähnte Quote nicht erzielbar war, und leiteten ein Anschlußkonkursverfahren ein.

Auch von den beantragten Konkursverfahren konnten die wenigsten eröffnet werden. Nur bei einem Viertel versprach die erste Überprüfung durch die Gerichte, daß die Kosten für die Durchführung des Verfahrens vom Schuldner aufgebracht werden konnten. Aber selbst dieser Prozentsatz muß später regelmäßig nach unten korrigiert werden, da erfahrungsgemäß weitere 5% eröffneter Konkursverfahren nachträglich mangels Masse eingestellt werden. Letztlich bedeutet dies, daß bei 80% der Fälle von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung die Gläubiger ersatzlos auf ihre Außenstände verzichten müssen.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost gilt — wie schon erwähnt — die sogenannte Gesamtvollstreckungsordnung. Bei ihr ist der Vergleich Bestandteil des Verfahrens, das heißt ein eröffnetes Gesamtvollstreckungsverfahren kann mit einem Vergleich enden. Im ersten Jahr nach der deutschen Vereinigung wurden nur 400 Insolvenzen verzeichnet. Doch schon ab 1992 mußten die Gerichte erheblich mehr Anträge auf Eröffnung eines Gesamtvollstreckungsverfahrens entgegennehmen. Nach Verdoppelung bzw. Verdreifachung in den Jahren 1992 und 1993 und einem Anstieg im Jahr 1994 um 75% gegenüber dem Vorjahr fiel der Anstieg 1995 mit 46% insgesamt bzw. 50% bei den Unternehmensinsolvenzen etwas schwächer aus. Dies legt die Vermutung nahe, daß im Osten vorerst noch mit einem weiteren Anstieg der Insolvenzzahlen zu rechnen ist. Zudem ist die relative Insolvenzzahl, das heißt die Zahl der Insolvenzen gemessen am Bestand der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, zwischenzeitlich mehr als doppelt so hoch wie im Westen (siehe Tabelle 5). Den im Jahr 1995 gestellten 7 071 Anträgen auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wurde in 34% der Fälle entsprochen. Diese Eröffnungsquote ist zwar noch um 10% höher als im Westen, jedoch findet auch hier eine Annäherung an die Verhältnisse im früheren Bundesgebiet statt. In den Jahren 1991 und 1992 waren — wie aus Tabelle 1 ersichtlich — noch mehr Verfahren eröffnet als mangels Masse abgelehnt worden. Weiterhin geringer als im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der nichtunternehmensbezogenen Insolvenzen. Insbesondere die Zahl der Fälle, in denen ein überschuldeter Nachlaß mit einem

Tabelle 2: Zusammensetzung der Insolvenzen

Jahr	Ins-gesamt	Unter-nehmen		Ubrige Gemeinschaftsdner			
				natürliche Personen	Nach-lasse	son-stige ¹⁾	zu-sammen
Früheres Bundesgebiet							
1992	14 117	9 828	69,6	1 870	68	30,4	
1993	17 537	12 821	73,1	2 652	101	26,9	
1994	20 092	14 926	74,3	3 021	129	25,8	
1995	21 714	16 470	75,8	3 010	102	24,2	
Neue Länder und Berlin-Ost							
1992	1 185	1 092	92,2	68	21	7,8	
1993	2 761	2 327	84,3	359	45	15,7	
1994	4 836	3 911	80,9	791	73	19,1	
1995	7 071	5 874	83,1	988	131	16,9	

¹⁾ Organisationen ohne Erwerbszweck

Gesamtvollstreckungsverfahren geregelt wird, ist im Gegensatz zu den alten Bundesländern noch verschwindend gering (siehe Tabelle 2).

Die Gesamtzahl der Insolvenzen summiert sich 1995 in Deutschland auf 28 785 Fälle. Im Vergleich zu 1994 ist sie damit um 15,5% gestiegen.

Voraussichtliche Forderungen

Die Gerichte sind gehalten, bei der Entscheidung, ob ein Verfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird, auch Angaben über die Höhe der voraussichtlichen Forderungen zu machen. Liegen keine präzisen Angaben vor, sind die Schulden notfalls zu schätzen. Die Angaben über die voraussichtlichen Forderungen vermitteln zumindest einen ersten Hinweis über die Größenordnung des zu erwartenden finanziellen Schadens der Gläubiger. Diese Angaben liegen nur für eingeleitete Konkursverfahren, nicht jedoch für Vergleichsverfahren vor.

Bei mehr als 40% der Insolvenzfälle im früheren Bundesgebiet gaben die Amtsgerichte Forderungen von weniger als 100 000 DM an, bei einem weiteren Drittel Forderungen zwischen 100 000 und 500 000 DM. Bei etwa 15% aller Konkursanträge überschritten die Verbindlichkeiten die Millionengrenze. Der Anteil der besonders schwerwiegenden Fälle von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, bei denen Forderungen von mehr als 10 Mill. DM zu Buche stehen, belief sich auf 1,6%. Alle Forderungen zusammen ergeben eine Summe von knapp 24 Mrd. DM. Bei diesem Betrag handelt es sich zwar um die Außenstände der Gläubiger, ohne daß die bei den Schuldern vorhandenen realisierbaren Vermögenswerte berücksichtigt sind. Da aber einerseits die Forderungen im Zuge der genauen Feststellung erfahrungsgemäß höher ausfallen werden, andererseits die Schuldner normalerweise nur über vergleichsweise geringe Aktiva verfügen, ist davon auszugehen, daß die ungesicherten Gläubiger Verluste in Höhe des genannten Forderungsbetrages abschreiben müssen. Im Vorjahr waren die Forderungen der Gläubiger von den Gerichten auf knapp 29 Mrd. DM beziffert worden. Die durchschnittliche Forderung je Insolvenzfall belief sich demnach, wie aus Tabelle 3 zu ersehen, auf 1,1 Mill. DM und lag damit deutlich niedriger als im Vorjahr. Allerdings hatte seinerzeit der Zusammenbruch einer großen Immobiliengruppe die Situation bestimmt. Ließe man

Tabelle 3: Voraussichtliche Forderungen bei Insolvenzen

Forderungen	Einheit	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Früheres Bundesgebiet									
Forderungen	Mrd DM	3,8	12,7	6,8	8,0	10,9	23,5	28,9	23,8
Durchschnittliche Forderungen je Fall	Mill DM	0,5	0,7	0,6	0,7	0,8	1,4	1,5	1,1
Neue Länder und Berlin-Ost									
Forderungen	Mrd DM	x	x	x	4,4	4,2	5,5	6,1	8,9
Durchschnittliche Forderungen je Fall	Mill DM	x	x	x	11,0	3,5	2,0	1,3	1,3

diesen Fall aus dem Jahr 1994 unberücksichtigt, wäre die durchschnittliche finanzielle Bedeutung der Insolvenzen 1995 in etwa gleich geblieben.

In den neuen Ländern unterscheiden sich die Verhältnisse, was die Einteilung nach Forderungsgrößenklassen anbelangt. Bei 20% der beantragten Gesamtvollstreckungsverfahren lagen die Forderungen unter 100 000 DM, aber bei einem Viertel aller Verfahren wurde die Millionengrenze überschritten.

Tabelle 4: Struktur nach Forderungsgrößenklassen 1995
Prozent

Größenklassen der Forderungen von ... bis unter ... DM	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
unter 100 000	40,9	20,1
100 000 — 500 000	32,5	36,9
500 000 — 1 Mill.	11,0	17,5
1 Mill. und mehr	15,6	25,5
dar.: 10 Mill. und mehr	1,6	1,7

Die Fälle mit der größten finanziellen Tragweite (10 Mill. DM an Forderungen und mehr) haben mit 1,7% in etwa denselben Anteil wie im Westen. Die Gesamtsumme der ermittelten Forderungen belief sich auf knapp 9 Mrd. DM. Die durchschnittliche Forderungshöhe war 1995 mit 1,3 Mill. DM gleich hoch wie im Vorjahr.

Die im Zusammenhang mit einem Insolvenzantrag geltend gemachten Forderungen summieren sich somit 1995 in Deutschland auf knapp 33 Mrd. DM.

Rechtsform, Wirtschaftszweig und Alter der insolventen Unternehmen

Von den 16 470 Unternehmen, die 1995 im früheren Bundesgebiet den Gang zum Konkursgericht antreten mußten, waren 62% als GmbH ins Handelsregister eingetragen, weitere 5% als GmbH & Co. KG. Der Anteil der echten Personengesellschaften (OHG, KG) machte nur etwas mehr als 1% aus. Die ebenfalls den Personengesellschaften zugerechneten BGB-Gesellschaften sind nicht insolvenzfähig, das heißt im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts richtet sich der Insolvenzantrag gegen die Gesellschafter, die sowohl eine natürliche als auch eine juristische Person sein können.

Die Zuordnung nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der betroffenen Unternehmen erfolgt ab 1995 anhand der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93). Zuvor wurde die Systematik der Wirtschaftszweige 1979 (WZ 79) zugrunde gelegt. Um die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zu gewährleisten, wurden die Insolvenzen des Jahres 1994 zusätzlich auch nach der neuen Klassifikation geordnet. Ein Viertel der betroffenen Unternehmen war 1995 im Handel tätig, 22% im Baugewerbe und knapp 16% im Verarbeitenden Gewerbe. Die übrigen Insolvenzen verteilten sich auf Dienstleistungen aller Art (siehe Tabelle 5). Im Vergleich zu 1994 wurde 1995 im Baugewerbe mit + 24,5% der stärkste Anstieg verzeichnet, während im Verarbeitenden Gewerbe die Insolvenzzahlen stagnierten (- 0,9%). Auf den Nachweis von relativen Insolvenzzahlen nach Wirtschaftszweigen (Insolvenzhäufigkeit) wird in diesem Jahr verzichtet, da die Bezugszahl, also die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, für das Jahr 1994 noch nicht vorliegt und eine Gegenüberstellung zu den Unternehmenszahlen von 1992 wegen der veränderten Klassifikation nicht sinnvoll ist.

Bei der Unterscheidung nach dem Alter der insolventen Unternehmen bildet das achte Jahr die Grenze für zwei Altersklassen. Auf die Insolvenz eines acht Jahre und älteren Unternehmens kommen drei Insolvenzen von jün-

Tabelle 5: Insolvenzen nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen und Alter der Unternehmen 1995

Wirtschaftszweig Alter der Unternehmen	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost				
	insgesamt	Rechtsformen				insgesamt	Rechtsformen			
		Einzelunternehmen ¹⁾	Personengesellschaften	GmbH	übrige Rechtsformen		Einzelunternehmen ¹⁾	Personengesellschaften	GmbH	übrige Rechtsformen
Unternehmen insgesamt	16 470	5 135	981	10 261	93	5 874	1 938	156	3 672	108
Insolvenzhäufigkeit ²⁾	75 ³⁾					160 ⁴⁾				
nach Wirtschaftszweigen										
Verarbeitendes Gewerbe	2 572	609	299	1 650	14	776	162	40	562	12
Baugewerbe	3 649	1 465	125	2 054	5	1 893	547	40	1 285	21
Handel	4 146	1 152	272	2 714	8	1 438	537	42	841	18
Gastgewerbe	899	554	24	319	2	336	241	1	91	3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 043	431	64	547	1	414	236	5	169	4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	125	30	2	89	4	15	4	—	11	—
Sonstige Dienstleistungen	3 758	696	183	2 820	59	873	163	24	670	16
Übrige Wirtschaftsbereiche	278	198	12	68	—	129	48	4	43	34
nach dem Alter der Unternehmen										
bis unter 8 Jahre	12 329	4 316	434	7 518	61	5 607	1 812	150	3 573	72
dar.: nach dem 30. 6. 1990 gegründet						5 215	1 647	148	3 358	62
8 Jahre und älter	4 141	819	547	2 743	32	267	126	6	99	36

1) Einschl. nicht ins Handelsregister eingetragener Unternehmen. — 2) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1992 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 25 000 DM) — 3) Einschl. Berlin-Ost — 4) Ohne Berlin-Ost

geren Unternehmen. Dieses Verhältnis ist seit Jahren konstant. Im Vergleich zum Vorjahr war allerdings der Anstieg der Insolvenzen von älteren Unternehmen mit + 16,8% etwa doppelt so stark wie der von jüngeren Unternehmen (+ 8,3%).

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden 62% aller insolventen Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH geführt. Reine Personengesellschaften machten weniger als 1% aus. Ein knappes Drittel waren nicht eingetragene Unternehmen, also Kleingewerbetreibende (Westen: 20%). Alle übrigen Rechtsformen spielten keine wesentliche Rolle.

Wie im Vorjahr waren Unternehmenszusammenbrüche im Baugewerbe besonders häufig. Auf diese Branche entfällt ein knappes Drittel aller Unternehmensinsolvenzen, gefolgt von Handelsunternehmen, die ein Viertel ausmachten. Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes waren nur zu 13% beteiligt.

Knapp 5% der insolventen Unternehmen in den neuen Ländern waren acht Jahre und älter. Knapp 90% waren jedoch in den letzten 5½ Jahren gegründet worden. Alle übrigen Unternehmen waren bis zu drei Jahren vor der deutschen Vereinigung entstanden.

Bezieher von Konkursausfallgeld

Nach § 141 des Arbeitsförderungsgesetzes haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bei einem Unternehmen beschäftigt sind, gegen das ein Insolvenzverfahren eingeleitet wurde, Anspruch auf Konkursausfallgeld. Es deckt rückständige Löhne und Gehälter bis zu maximal drei Monaten vor Konkursantrag ab. Mit dem Konkursausfallgeld sind auch die noch ausstehenden Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung zu gleichen. Die Leistungen werden von der Bundesanstalt für Arbeit gewährt, die auch die Zahl der Bewilligungen mitteilt. Die Zahl der Bezieher von Konkursausfallgeld wird hilfsweise auch verwendet, um die Zahl der von einem Insolvenzverfahren betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzuschätzen. Im Jahr 1995 haben im früheren Bundesgebiet 134 000 Personen, in den neuen Ländern 86 000 Personen Konkursausfallgeld bezogen. Auf die Zahl der Unternehmensinsolvenzen bezogen, wären dies im Westen acht Arbeitnehmer je Fall, im Osten dagegen mit fünfzehn beinahe doppelt so viele. Die Auswirkungen einer Insolvenz auf die Beschäftigung sind daher in den neuen Ländern schwerwiegender als im Westen.

Bezieher von Konkursausfallgeld¹⁾ 1000

Früheres Bundesgebiet						Neue Länder und Berlin-Ost			
1975	1980	1990	1992	1993	1994	1995	1993	1994	1995
98	62	117	64	126	128	134	41	62	86

¹⁾ Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Insolvenzentwicklung in den Bundesländern

Tabelle 6 zeigt, daß die Entwicklung der Insolvenzzahlen 1995 teilweise unterschiedlich verlaufen ist. In allen neuen Ländern war die Zunahme deutlich stärker ausgeprägt als

Tabelle 6: Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten nach Ländern

Land	Insolvenzen ¹⁾				Häufigkeiten ²⁾ der Unternehmensinsolvenzen	Veränderung der Insolvenzen 1995 gegenüber 1994
	insgesamt		darunter Unternehmen			
	1994	1995	1994	1995	Anzahl	%
Baden-Württemberg ...	3 111	3 374	1 907	2 195	59	+ 8,5
Bayern ...	2 955	3 445	2 396	2 733	60	+ 16,6
Berlin ...	1 407	1 653	1 243	1 439	146	+ 17,5
Brandenburg ...	806	1 101	731	1 023	172	+ 36,6
Bremen ...	247	271	167	163	78	+ 9,7
Hamburg ...	771	644	562	505	70	- 16,5
Hessen ...	2 047	2 283	1 516	1 734	83	+ 11,5
Mecklenburg-Vorpommern ...	436	692	302	514	130	+ 58,7
Niedersachsen ...	2 041	2 302	1 389	1 677	76	+ 12,8
Nordrhein-Westfalen ...	5 893	6 018	4 536	4 695	81	+ 2,1
Rheinland-Pfalz ...	1 008	1 163	765	922	67	+ 15,4
Saarland ...	379	322	307	281	85	- 15,0
Sachsen ...	1 495	2 185	1 047	1 836	166	+ 46,2
Sachsen-Anhalt ...	643	1 194	508	841	144	+ 85,7
Schleswig-Holstein ...	754	877	616	707	81	+ 16,3
Thüringen ...	935	1 261	845	1 079	172	+ 34,9
Deutschland ...	24 928	28 785	18 837	22 344	85	+ 15,5

¹⁾ Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren. — ²⁾ Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1992 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 25 000 DM).

in jedem der elf alten Bundesländer. Zum stärksten Anstieg überhaupt kam es in Sachsen-Anhalt, wo sich die Zahl der Insolvenzen nahezu verdoppelt hat (+ 86%). Der geringste Anstieg der Insolvenzen in den neuen Bundesländern wurde in Thüringen verzeichnet (+ 35%). In Berlin-West wurden rund 15% und in Berlin-Ost 23% mehr Insolvenzfälle gezählt als im Vorjahr, daraus ergibt sich für Berlin eine Gesamtzunahme um 18%. In Hamburg (- 17%) und im Saarland (- 15%) lagen die Insolvenzzahlen deutlich unter denen des Vorjahres. In Nordrhein-Westfalen wurde das Niveau des Vorjahres nur geringfügig überschritten (+ 2,1%). In den alten Bundesländern fiel der Anstieg in Bayern mit knapp 17% am stärksten aus.

Bezieht man die Unternehmensinsolvenzen auf die Zahl der im jeweiligen Land ansässigen und umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, so gibt es ebenfalls deutliche Unterschiede. Unter den neuen Ländern weisen Brandenburg und Thüringen mit je 172 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen die höchsten Häufigkeitswerte auf, Mecklenburg-Vorpommern mit 130 den niedrigsten. In den alten Bundesländern gibt es — abgesehen von Berlin, dessen Unternehmensbestände nicht in Ost und West aufteilbar sind — im Saarland mit 85 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen die relativ meisten Unternehmenszusammenbrüche. Am geringsten ist die Insolvenzgefährdung in Baden-Württemberg mit 59 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen.

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Der Steuerwert als Kontrollinstrument der Intrahandelsstatistik

Vorbemerkung

Im Rahmen dieser Zeitschrift wurden während der vergangenen drei Jahre in verschiedenen Beiträgen die Neuerungen beschrieben, die auf die Außenhandelsstatistik durch die Einführung des Europäischen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 in Form der Intrahandelsstatistik zugekommen sind. Diese Aufsätze sollen allen Interessierten das gegenüber der früheren Außenhandelsstatistik geänderte Konzept, die neue Erhebungsform, den Umgang mit dem Unternehmensregister, aber auch die Schwierigkeiten und Probleme, die mit dieser gravierenden Umstellung verbunden waren, näher bringen. Diese Informationsreihe wird mit dem folgenden Beitrag fortgesetzt, der die enge Verbindung zwischen der Finanzverwaltung und der Statistik aufzeigt, die für den Bereich der Intrahandelsstatistik die traditionsreiche und klassische Verbindung zwischen Zollverwaltung und Statistik abgelöst hat. Auch diese Darstellung soll verdeutlichen, daß die Lösung von Problemen in der Intrahandelsstatistik ein breites Spektrum von neuen Denkansätzen erfordert. Damit geht einher, daß sich die früheren Ansprüche an die Außenhandelsstatistik infolge der stark veränderten Rahmenbedingungen ebenfalls an die neuen Gegebenheiten anpassen müssen.

1 Die Finanzverwaltung als Partner der Intrahandelsstatistik

Bereits in einem früheren Beitrag in dieser Zeitschrift¹⁾ wurde ausführlich über die Beweggründe, Überlegungen, Bemühungen und Schritte berichtet, zur Sicherung der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik das Erhebungsverfahren in ein anderes Verwaltungsverfahren zu integrieren. Nachdem feststand, daß auf Grund des Wegfalls der Förmlichkeiten — und damit auch der Warenbegleitpapiere — im grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die Zollverwaltung im Intrahandel als Partner nicht mehr verfügbar war, mußte sich die amtliche Statistik nach einem neuen Partner umsehen. Zwei Tatbestände erleichterten die Suche.

Zum ersten gingen mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes auf Grund von Änderungen im Steuerbereich Aufgaben, die bisher der Zollverwaltung oblagen, auf die Steuerverwaltung über. So wurde beispielsweise die Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer bei den innergemeinschaftlichen Warenverkehren, die bis Ende 1992 über die Erklärungen und Angaben in den Zollpapieren von der

Zollverwaltung vorgenommen wurde, ab 1993 durch die Besteuerung der sogenannten innergemeinschaftlichen Erwerbe ersetzt. Die innergemeinschaftlichen Erwerbe werden seitdem in den Umsatzsteuer-Voranmeldungen angemeldet, womit sie in das Besteuerungsverfahren der Finanzverwaltung integriert wurden.

Zum zweiten war man im Statistischen Bundesamt gehalten, zur Sicherung der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik vor dem 1. Januar 1993 ein Unternehmensregister aufzubauen.²⁾ Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Steuerverwaltung bereits über ein umfangreiches Register der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, das beim Aufbau dieses statistischen Unternehmensregisters wertvolle Dienste leisten konnte. Diese Tatsache führte dazu, daß die Steuerverwaltung im Bereich der innergemeinschaftlichen Warenverkehre als Partner für die Statistik an die Stelle der Zollverwaltung trat.

Dennoch ist diese neue Partnerschaft anders geartet als jene mit der Zollverwaltung. Die Zollverwaltung konnte auf Grund des seinerzeitigen Anmeldeverfahrens vor Ort durch die Entgegennahme, Prüfung und Kontrolle der Anmeldepapiere aktive Hilfe für die Außenhandelsstatistik leisten. Anmeldefehler oder andere Unzulänglichkeiten wurden zu großen Teilen bereits im Benehmen zwischen der die Anmeldepapiere entgegennehmenden Zollstelle und dem Zollbeteiligten (in der Regel dem Ausführer oder Einführer von Waren) erhoben. Im Statistischen Bundesamt konnte man sich mehr auf die Feinheiten der Fehlerbereinigung konzentrieren. Dieses Zusammenspiel führte insgesamt über Jahrzehnte hinweg zu einem überall anerkannt hohen Qualitätsniveau der deutschen Außenhandelsstatistik.

Im Gegensatz hierzu ist die Partnerschaft mit der Steuerverwaltung passiver Natur. Sie besteht darin, daß die Steuerverwaltung der Statistik bestimmte, im folgenden Abschnitt näher beschriebene Informationen zur Verfügung stellt, anhand derer im Statistischen Bundesamt die zur Sicherung der Anmeldung in der Intrahandelsstatistik notwendigen Kontrollen und Maßnahmen durchgeführt werden können. Im Gegensatz zu früher müssen also die Statistiker selbst Sorge tragen, daß insbesondere die Vollständigkeit und Vollzähligkeit der Intrahandelsstatistik gewährleistet sind. Da die Auskunftspflichtigen die monatlichen Daten zur Intrahandelsstatistik dem Statistischen Bundesamt direkt ohne Beteiligung anderer Verwaltungsstellen anmelden müssen, kann die Steuerverwaltung diesbezüglich keine Hilfestellung leisten. Zwar wurde im Vorfeld der Konzipierung der Intrahandelsstatistik auch in Erwägung gezogen, bei der Erhebung die Institutionen der Steuerverwaltung mit einzubeziehen, wie dies beispielsweise derzeit in Frankreich und Italien praktiziert wird, doch scheiterten derartige Überlegungen zum einen an Fragen des Datenschutzes und zum anderen daran, daß seinerzeit weder die Wirtschaft noch die Steuerverwaltung die Umsatzsteuer-Voranmeldung mit aus steuerlicher Sicht artfremden Angaben aus der Intrahandelsstatistik

¹⁾ Siehe Müller, K. „Das Unternehmensregister als Instrument der Intrahandelsstatistik“ in WiSta 4/1994, S. 270 ff.

²⁾ Siehe Fußnote 1

überfrachten wollten. Nachdem eine direkte Einbindung der Steuerverwaltung in den Erhebungsweg nicht möglich bzw. nicht durchsetzbar war, konzentrierte man sich darauf, die von der Steuerverwaltung zu liefernden Daten wirksam als Instrumente zur Sicherung und Kontrolle der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik einzusetzen.

2 Der von der Steuerverwaltung gelieferte Datenkranz

Damit die statistischen Ämter der einzelnen Mitgliedstaaten der EU überhaupt von den jeweiligen nationalen Steuerverwaltungen Daten erhalten konnten, um diese später als Kontrollinstrumente einsetzen zu können, bedurfte es in Anbetracht der Sensibilität dieses Sachverhalts einer sicheren Rechtsgrundlage. Nach langen Diskussionen und Verhandlungen gelang es schließlich, die Lieferung der Daten von der Steuerverwaltung an die Statistik im Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3 330/91 des Rates vom 7. November 1991 über die Statistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten (Amtsbl. EG Nr. L 316, S. 1) rechtlich zu verankern. Danach werden die Steuerverwaltungen der einzelnen Mitgliedstaaten verpflichtet, ab 1993 den statistischen Ämtern mindestens vierteljährlich folgende Daten zu liefern:

- die Steuernummern und Anschriften der Umsatzsteuerpflichtigen, die in diesem Zeitraum gegenüber der Steuerverwaltung die Abwicklung innergemeinschaftlicher Warenverkehre erklärt haben;
- die wertmäßigen Beträge, die die Umsatzsteuerpflichtigen in der Umsatzsteuer-Voranmeldung für die steuerfreien innergemeinschaftlichen Lieferungen bzw. die steuerpflichtigen innergemeinschaftlichen Erwerbe der Steuerverwaltung gemeldet haben.

Die unter dem ersten Punkt genannten Daten stellen reine Ordnungsmerkmale dar, die im Rahmen dieses Beitrages nicht näher beleuchtet werden. Weitere Betrachtung finden hingegen die unter dem zweiten Punkt genannten Daten, die im folgenden verkürzt als „Steuerwerte“ bezeichnet werden. Es handelt sich hierbei um Werte, die die Umsatzsteuerpflichtigen gegenüber der Steuerverwaltung als Bemessungsgrundlage für die Steuerfestsetzung anzumelden haben, wenn innergemeinschaftliche Warenlieferungen bzw. innergemeinschaftliche Warenbezüge getätigt wurden. Genau hier ist der Ansatzpunkt für und die Parallele zur Intrahandelsstatistik.

Auch zur Intrahandelsstatistik müssen die auskunftspflichtigen Unternehmen die innergemeinschaftlichen Warenverkehre (Versendungen und Eingänge) anmelden. Was lag also für die Statistik näher, als sich diese Eigenschaft, daß der gleiche Tatbestand sowohl für Steuerzwecke als auch für Zwecke der Intrahandelsstatistik anzumelden ist, zunutze zu machen. Unterstellt man darüber hinaus, daß sich die Angaben gegenüber der Steuerverwaltung durch einen hohen Grad an Seriosität und Genauigkeit auszeichnen, so wurde der Intrahandelsstatistik damit ein geeignetes und praktikables Kontrollinstrument zur Sicherung der Vollständigkeit und Vollzähligkeit der Anmeldung an die Hand gegeben.

3 Die für die Intrahandelsstatistik relevanten Steuerwerte in der Umsatzsteuer-Voranmeldung

Für die Anmeldung der betrieblichen Umsätze, die als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Umsatzsteuer dienen, ist die Umsatzsteuer-Voranmeldung zu verwenden. Dort sind von den Unternehmen die verschiedensten, nach den allgemeinen Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes zu versteuernden Umsätze zu erklären. Die Voranmeldung ist eine Vorausveranlagung für die später zu entrichtende Jahresumsatzsteuer. Abgesehen von den Fällen, in denen die für das vorangegangene Kalenderjahr zu entrichtende Steuer unter 6 000 DM (ab 1996: unter 12 000 DM) gelegen hat — hier genügt die vierteljährliche Abgabe des Vordrucks —, ist die Umsatzsteuer-Voranmeldung in der Regel jeweils für einen Kalendermonat bis zum 10. Tag des nachfolgenden Monats beim Finanzamt abzugeben.

Selbstverständlich sind nicht alle in der Umsatzsteuer-Voranmeldung zu deklarierenden Umsätze geeignet, um als Kontrollgrößen für Zwecke der Intrahandelsstatistik herangezogen werden zu können. So sind beispielsweise sämtliche steuerpflichtigen Inlandsumsätze für diese Betrachtungsweise nicht von Bedeutung. Bedeutsam sind jedoch alle anzumeldenden Umsätze, die im Zusammenhang mit der Lieferung bzw. dem Bezug von Waren in andere bzw. aus anderen Mitgliedstaaten der EU stehen. Nur bei solchen Umsätzen gibt es eine Verknüpfung zur Intrahandelsstatistik, bei der der grenzüberschreitende Warenverkehr zu den anderen EU-Mitgliedstaaten erhoben wird. Derart relevante Umsätze sind von den Unternehmen in den Zeilen 22, 33, 39 und 40 der Umsatzsteuer-Voranmeldung anzumelden. Nur die dort eingetragenen Werte werden dem Statistischen Bundesamt neben den zuvor genannten Ordnungsmerkmalen von der Steuerverwaltung für Zwecke der Intrahandelsstatistik übermittelt. Auf die Modalitäten der Übermittlung wurde bereits in einem früheren Beitrag eingegangen.³⁾

In die Zeile 22 ist der Wert der innergemeinschaftlichen Lieferungen für den jeweiligen Voranmeldungszeitraum einzutragen. Innergemeinschaftliche Lieferungen sind steuerfreie Umsätze. Eine solche innergemeinschaftliche Lieferung liegt sinngemäß und vereinfacht dargestellt vor, wenn

- der Unternehmer oder Abnehmer den Gegenstand der Lieferung in das übrige Gemeinschaftsgebiet befördert oder versendet;
- der Abnehmer
 - ein Unternehmer ist, der den Gegenstand der Lieferung für sein Unternehmen erworben hat,
 - eine juristische Person ist, die nicht Unternehmer ist oder die den Gegenstand der Lieferung nicht für ihr Unternehmen erworben hat,

und

³⁾ Siehe Fußnote 1

1996

Zelle
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

- Bitte weiße Felder ausfüllen oder X ankreuzen, Anleitung beachten -

Fallart					Unterfallart
11	0				56

30 Eingangsstempel oder -datum

Finanzamt

Umsatzsteuer-Voranmeldung 1996

Unternehmen – Art und Anschrift – Telefon

Voranmeldungszeitraum

bei monatlicher Abgabe bitte ankreuzen

9601	Jan.	<input type="checkbox"/>	9607	Juli	<input type="checkbox"/>
9602	Feb.	<input type="checkbox"/>	9608	Aug.	<input type="checkbox"/>
9603	März	<input type="checkbox"/>	9609	Sept.	<input type="checkbox"/>
9604	April	<input type="checkbox"/>	9610	Okt.	<input type="checkbox"/>
9605	Mai	<input type="checkbox"/>	9611	Nov.	<input type="checkbox"/>
9606	Juni	<input type="checkbox"/>	9612	Dez.	<input type="checkbox"/>

bei vierteljährlicher Abgabe bitte ankreuzen

9641	I. Kalender- vierteljahr	<input type="checkbox"/>
9642	II. Kalender- vierteljahr	<input type="checkbox"/>
9643	III. Kalender- vierteljahr	<input type="checkbox"/>
9644	IV. Kalender- vierteljahr	<input type="checkbox"/>

Berichtigte Anmeldung (falls ja, bitte eine „1“ eintragen) 10

I. Anmeldung der Umsatzsteuer-Vorauszahlung

Lieferungen, sonstige Leistungen und Eigenverbrauch

Steuerfreie Umsätze mit Vorsteuerabzug
innergemeinschaftliche Lieferungen (§ 4 Nr. 1 b UStG)
 an Abnehmer mit USt-IdNr

neuer Fahrzeuge an Abnehmer ohne USt-IdNr.

neuer Fahrzeuge außerhalb eines Unternehmens (§ 2 a UStG)

Weitere steuerfreie Umsätze mit Vorsteuerabzug
 (z. B. Ausfuhrlieferungen, Umsätze nach § 4 Nr. 2 bis 7 UStG)

Steuerfreie Umsätze ohne Vorsteuerabzug

Umsätze nach § 4 Nr. 8 bis 28 UStG

Steuerpflichtige Umsätze
 (Lieferungen, sonstige Leistungen und Eigenverbrauch)

zum Steuersatz von 15 v. H.

zum Steuersatz von 7 v. H.

Umsätze, die anderen Steuersätzen unterliegen

Umsätze land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach § 24 UStG
 Lieferungen in das übrige Gemeinschaftsgebiet
 an Abnehmer mit USt-IdNr

Umsätze, für die eine Steuer nach § 24 UStG zu entrichten ist (Sägewerkserzeugnisse, Getränke und alkohol. Flüssigkeiten, z. B. Wein)

Innergemeinschaftliche Erwerbe

Steuerfreie innergemeinschaftliche Erwerbe

Erwerbe nach § 4 b UStG

Steuerpflichtige innergemeinschaftliche Erwerbe
 (§ 1 a UStG)

zum Steuersatz von 15 v. H.

zum Steuersatz von 7 v. H.

neuer Fahrzeuge
 von Lieferanten ohne USt-IdNr zum Steuersatz von 15 v. H.

Steuer infolge Wechsels der Besteuerungsart/-form
 sowie Nachsteuer auf versteuerte Anzahlungen wegen Steuersatzerhöhung

Umsatzsteuer

	Bemessungsgrundlage ohne Umsatzsteuer		Steuer	
	volle DM	<input checked="" type="checkbox"/>	DM	Pf
41		<input checked="" type="checkbox"/>		
44		<input checked="" type="checkbox"/>		
49		<input checked="" type="checkbox"/>		
43		<input checked="" type="checkbox"/>		
48		<input checked="" type="checkbox"/>		
50		<input checked="" type="checkbox"/>		
86		<input checked="" type="checkbox"/>		
35		<input checked="" type="checkbox"/>	36	
77		<input checked="" type="checkbox"/>		
76		<input checked="" type="checkbox"/>	80	
91		<input checked="" type="checkbox"/>		
92		<input checked="" type="checkbox"/>		
93		<input checked="" type="checkbox"/>		
94		<input checked="" type="checkbox"/>		
			65	
43	zu übertragen in Zeile 45			

422 OFD Frankfurt am Main
11 96 (226)

- der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat den Vorschriften der Umsatzbesteuerung unterliegt.

Neben den vorgenannten innergemeinschaftlichen Lieferungen werden noch die in Zeile 33 der Umsatzsteuer-Voranmeldung einzutragenden Lieferungen von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in andere Mitgliedstaaten der EU als Kontrolldaten für einen Vergleich mit den zur Intrahandelsstatistik gemeldeten Warensendungen in andere EU-Ländern herangezogen.

Parallel hierzu dienen die in den Zeilen 39 und 40 der Umsatzsteuer-Voranmeldung anzugebenden innergemeinschaftlichen Erwerbe als Kontrollinstrumente für einen Vergleich mit den Wareneingängen aus anderen EU-Ländern. Im Gegensatz zu den innergemeinschaftlichen Lieferungen sind die innergemeinschaftlichen Erwerbe steuerpflichtige Umsätze, wobei Zeile 39 die zu einem Steuersatz von 15 % und Zeile 40 die zu einem Steuersatz von 7 % enthält. Ein innergemeinschaftlicher Erwerb liegt vereinfacht dargestellt grundsätzlich dann vor, wenn ein Unternehmer oder eine juristische Person von einem anderen Unternehmer einen Gegenstand erwirbt und dieser Gegenstand vom Gebiet eines anderen Mitgliedstaates der EU nach Deutschland gelangt.

Sowohl die Begriffsabgrenzung der innergemeinschaftlichen Lieferungen als auch die der innergemeinschaftlichen Erwerbe wurden vorstehend nur sehr vereinfacht und abstrakt wiedergegeben. Eine genauere Beschreibung und weitergehende Erläuterungen hierzu würden in Anbetracht der Fülle und des Schwierigkeitsgrades der umfangreichen steuerlichen Vorschriften und Bestimmungen die Grenzen dieses Beitrages überschreiten.

Nachdem in diesem Abschnitt aufgezeigt wurde, welche Informationen von der Steuerverwaltung dem Statistischen Bundesamt für jedes Unternehmen unter Angabe dessen Steuernummer zur Verfügung gestellt werden, soll im folgenden Abschnitt dargestellt werden, welche Daten aus der Intrahandelsstatistik als adäquate Kontrollinstrumente herangezogen werden.

4 Die aus der Intrahandelsstatistik für einen Vergleich mit den Steuerwerten verwendeten Daten

Aus den Anmeldungen zur Intrahandelsstatistik werden die Informationen über die Steuernummer, die Firmenanschrift, den Anmeldezeitraum sowie den Rechnungswert und den Statistischen Wert genutzt, um im Vergleich mit den von der Finanzverwaltung gelieferten Steuerwerten die Anmeldung zur Intrahandelsstatistik hinsichtlich Vollständigkeit und Vollständigkeit zu sichern. Bei den drei erstgenannten Daten handelt es sich um Ordnungsmerkmale, die zwar für einen Vergleich mit den Daten von der Steuerverwaltung von großer Bedeutung sind, auf die im Rahmen dieses Beitrages jedoch nicht weiter eingegangen wird. Das Augenmerk richtet sich vielmehr auf die Wertangaben, die von den Unternehmen in den Anmeldungen zur Intrahandelsstatistik anzumelden sind. Inwieweit der Statistische Wert oder der Rechnungswert geeig-

net sind, um mit den Steuerwerten verglichen werden zu können, soll im folgenden aufgezeigt werden.

4.1 Der Statistische Wert

In allen Meldungen zur Intrahandelsstatistik ist der Wert der Waren beim Grenzübertritt anzumelden. Er wird daher oft auch als Grenzübergangswert bezeichnet. Der Statistische Wert umfaßt sowohl bei der Versendung als auch beim Eingang alle Vertriebskosten (insbesondere Fracht- und Versicherungskosten) bis zur deutschen Grenze. In den Statistischen Wert sind unter anderem auch Zölle, Abschöpfungen und Abgaben mit Ausnahme der Umsatzsteuer bei der Versendung sowie der Erwerbsteuer und der Verbrauchsteuer beim Eingang einzubeziehen. Beim Eingang sind auch eventuelle Kosten, die für die Lagerung der Waren außerhalb Deutschlands entstanden sind, im Statistischen Wert zu berücksichtigen.

Der Statistische Wert ist jedoch nicht nur bei den entgeltlichen, sondern auch bei den unentgeltlichen Warenverkehren anzumelden. Mangels eines echten Wertes ist als Statistischer Wert in solchen Fällen ein Betrag anzumelden, wie er unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs in einem gleichgelagerten Geschäft zwischen Verkäufer und Käufer erzielt worden wäre. Dasselbe Verfahren ist zur Berechnung des Statistischen Wertes für Geschäfte zwischen verbundenen Vertragspartnern anzuwenden, wenn die Verbundenheit zu einem anderen Preis geführt hat, als wenn die Vertragspartner nicht verbunden gewesen wären.

Das Prinzip, sich für jeglichen anmeldepflichtigen Warenverkehr einen auf die Ware bezogenen Statistischen Wert anmelden zu lassen, wird auch bei der Anmeldung der wirtschaftlichen Lohnveredelungsverkehre erkennbar. Solche wirtschaftlichen Veredelungsverkehre sind nämlich grundsätzlich nach dem Bruttoprinzip anzumelden, das heißt, daß nach erfolgter Be- oder Verarbeitung einer Ware beim anschließenden grenzüberschreitenden Warenverkehr als Statistischer Wert der ursprüngliche Wert der unveredelten Ware zuzüglich aller für die Veredelung der Waren entstandenen Kosten zur Intrahandelsstatistik anzumelden sind.

Aus den vorgenannten Beschreibungen wird deutlich, daß der Statistische Wert eine fiktive Größe ist, die nach bestimmten methodischen Grundsätzen berechnet wird. Ausgangspunkt für die verschiedenen Umrechnungsverfahren, die zum Statistischen Wert führen, ist in der Regel der Rechnungsbetrag. Statistischer Wert und Rechnungsbetrag sind nur bei Lieferungen oder Bezügen frei deutsche Grenze identisch. In allen anderen Fällen weichen sie voneinander ab.

Der Grund, weshalb die Unternehmen eine fiktive Größe in Form des Statistischen Wertes zur Intrahandelsstatistik anmelden müssen, liegt darin begründet, daß man auf einen methodisch exakt definierten Wert zurückgreifen können muß, anhand dessen sich die grenzüberschreitenden Warenverkehre vergleichbar darstellen lassen. So wird bei der Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse aus der Außenhandelsstatistik sowohl im Warenverkehr mit den Ländern der EU als auch im Warenverkehr mit

den Drittländern stets mit dem Statistischen Wert gearbeitet. Auch im internationalen Konzept ist der Statistische Wert die einzige wertmäßige Vergleichsgröße für die Außenhandelsstatistiken verschiedener Länder, die nach einheitlichen methodischen Gesichtspunkten gebildet wurde.

Nach diesen Ausführungen wird deutlich, daß ein durch Um- und Berechnungen erzeugter Wert kaum geeignet sein dürfte, um als Vergleichsgröße zu den im Abschnitt zuvor beschriebenen Steuerwerten herangezogen werden zu können. Zwar ist es nicht uninteressant oder gar abwegig, Vergleiche zwischen diesen beiden Wertpaaren anzustellen, jedoch können sie allenfalls für globale Betrachtungen zugrunde gelegt werden. Für die praktische Anwendung im Rahmen der Sicherung der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik, weswegen die Daten von der Steuerverwaltung dem Statistischen Bundesamt hauptsächlich übermittelt werden, ist der Vergleich zwischen dem Statistischen Wert und dem Steuerwert wenig hilfreich.

4.2 Der Rechnungsbetrag

Da der Rechnungsbetrag Bemessungsgrundlage für die Steuerfestsetzung ist und als Ausgangsgröße für die Anmeldung der innergemeinschaftlichen Lieferungen bzw. Erwerbe in der Umsatzsteuer-Voranmeldung dient, war bei der Konzipierung der Sicherung der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik bereits sehr früh klar, daß er für diesen Zweck wertvolle Hilfestellung leisten kann. Man war sich im Vorfeld durchaus der Tatsache bewußt, daß die Anmeldung zweier Wertangaben zur Intrahandelsstatistik Kritik hervorrufen könnte. Diese Sorge galt um so mehr, da bei den innergemeinschaftlichen Warenverkehren — im Gegensatz zu den Warenverkehren mit den Drittländern — der Begriff der Warensendung entfallen ist und der Rechnungsbetrag nicht mehr nur einmal je Sendung, sondern je Anmeldeposition (also pro Warenart) von den Unternehmen angemeldet werden muß. Die Entscheidung, dennoch den Rechnungswert neben dem Statistischen Wert in den Datenkranz für die Intrahandelsstatistik aufzunehmen, wurde durch eine im Herbst 1991 vom Statistischen Bundesamt im Benehmen mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften bei verschiedenen deutschen Unternehmen durchgeführte Studie erleichtert. Ein Ergebnis dieser Studie belegte, daß die Unternehmen den Rechnungspreis meist problemlos auf die einzelnen Warenarten aufschlüsseln können.

Diesen Überlegungen folgend ist seit 1993 bei der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik der Rechnungswert warenbezogen anzugeben. Dahingehende Überlegungen, etwa nur den Rechnungsbetrag und nicht den Statistischen Wert zu erheben, wurden nicht weiter verfolgt. Die Gründe hierfür waren, daß der Statistische Wert, wie im Abschnitt zuvor beschrieben, eine Art methodisches Dogma bildet. Nur der Statistische Wert garantiert eine methodisch saubere, international abgestimmte Abgrenzung der wertmäßigen Darstellung von Ergebnissen aus den Außenhandelsstatistiken.

Als Rechnungsbetrag ist in den Anmeldungen zur Intrahandelsstatistik der im Warenverkehr mit den Partnern in

den anderen Ländern der EU vereinbarte Rechnungspreis der Waren ohne Umsatz- bzw. Erwerbsteuer in DM anzugeben. Lautet die Rechnung auf eine ausländische Währung, ist der Rechnungsbetrag in DM umzurechnen. Für die Wahl des Umrechnungskurses gibt es keine verbindlichen Vorschriften, jedoch wird empfohlen, beispielsweise den Devisenkurs laut Tagespresse oder den für Zollzwecke festgelegten Briefkurs zu verwenden.

Während bei kostenlosen innergemeinschaftlichen Warenverkehren stets ein Statistischer Wert anzumelden ist, entfällt bei diesen Transaktionen die Angabe des Rechnungsbetrages. Da solche nicht berechneten Warenverkehre auch in der Umsatzsteuer-Voranmeldung nicht als innergemeinschaftliche Lieferungen bzw. Erwerbe anzumelden sind, ergibt sich hier eine weitere methodische Übereinstimmung zwischen den Steuerwerten und dem Rechnungsbetrag.

Ähnlich stellt sich die Übereinstimmung bei der Anmeldung der aktiven und passiven Veredelungsverkehre dar. So ist beispielsweise bei der Versendung einer Ware in einen anderen EU-Mitgliedstaat zum Zwecke der Be- oder Verarbeitung weder bei der Anmeldung zur Intrahandelsstatistik ein Rechnungsbetrag anzugeben, noch ist dieser Vorgang in der Umsatzsteuer-Voranmeldung als innergemeinschaftliche Lieferung anzumelden. Wird diese Ware nach erfolgter Veredelung im Partnerland wieder nach Deutschland eingeführt, so ist bei der statistischen Anmeldung des Eingangs als Rechnungsbetrag nur der für die Veredelung einschließlich eventueller Nebenkosten in Rechnung gestellte Betrag (also nicht der Warenwert) anzumelden. Ebenso war zwischen 1993 und 1995 diese in einen anderen Mitgliedstaat ausgeführte innergemeinschaftliche Lohnveredelung steuerrechtlich als innergemeinschaftlicher Erwerb zu behandeln und mußte infolgedessen in der Umsatzsteuer-Voranmeldung mit dem für die Veredelung in Rechnung gestellten Betrag als solcher angemeldet werden. Im Gegensatz zum Statistischen Wert, der bei diesen Veredelungsverkehren auf der Versendungsseite als Wert der Ware frei deutsche Grenze und auf der Eingangsseite mit eben diesem Wert zuzüglich des für die Lohnveredelung einschließlich Nebenkosten in Rechnung gestellten Betrags anzumelden ist, weisen der Steuerwert und der Rechnungsbetrag somit auch bei diesen besonderen Warenverkehren Übereinstimmung auf. Eine solche Kongruenz liegt auch dann vor, wenn gemäß dem vorgenannten Beispiel umgekehrt eine Ware aus einem anderen Mitgliedstaat der EU nach Deutschland zum Zweck der Be- und Verarbeitung eingeführt und anschließend nach dort wieder ausgeführt wird.

Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 wurde die steuerrechtliche Behandlung bei den innergemeinschaftlichen Lohnveredelungen dahingehend geändert, daß eine innergemeinschaftliche Lohnveredelung in einem anderen Mitgliedstaat der EU bzw. eine in Deutschland ausgeführte innergemeinschaftliche Lohnveredelung nach der jeweiligen Be- oder Verarbeitung der Ware nicht mehr als innergemeinschaftlicher Erwerb bzw. Lieferung zu behandeln sind. Das hat zur Folge, daß solche Warenverkehre nach erfolgter Be- oder Verarbeitung seit diesem Zeitpunkt nicht mehr in den im Abschnitt 4 bezeichneten Feldern, sondern

als sonstige Leistungen in der Umsatzsteuer-Voranmeldung anzumelden sind. Damit enthalten die dem Statistischen Bundesamt von der Steuerverwaltung ab 1996 übermittelten Daten auch keine Werte mehr für die innergemeinschaftlichen Lohnveredelungen. Dies ist jedoch nicht weiter problematisch, da vom Statistischen Bundesamt im Hinblick auf diese Änderung ab 1996 beim Vergleich des Rechnungsbetrages mit den Steuerwerten die innergemeinschaftlichen Lohnveredelungen, die in der Intrahandelsstatistik über das anzumeldende Verfahren bzw. über die anzumeldende Art des Geschäftes erkennbar sind, nicht berücksichtigt werden.

Die vorgenannten Ausführungen zeigen, daß der zur Intrahandelsstatistik anzumeldende Rechnungsbetrag im Zusammenwirken mit den Steuerwerten ein methodisch weitgehend übereinstimmendes, wirksames Instrument zur Sicherung der statistischen Anmeldung ist. Wie dieses gesamte Instrumentarium in der Praxis bisher eingesetzt wurde und welche Erfahrungen dabei gemacht wurden, wird im folgenden beschrieben.

5 Der Einsatz der Kontrollinstrumente in der Praxis

5.1 Der globale Vergleich

Für eine erste Untersuchung, wie viele umsatzsteuerpflichtige Unternehmen eine Anmeldung zur Intrahandelsstatistik abgeben müssen und ob diese Unternehmen auch tatsächlich ihrer Auskunftspflicht nachgekommen sind, eignet sich eine globale, mehrere Anmeldezeiträume umfassende Betrachtung der zuvor beschriebenen Wertangaben. Danach belief sich der von der Steuerverwaltung dem Statistischen Bundesamt für 1993 übermittelte Wert der innergemeinschaftlichen Lieferungen auf 295,5 Mrd. DM und der Wert der innergemeinschaftlichen Erwerbe auf 274,2 Mrd. DM. Darin sind nur die jeweiligen Werte der Umsatzsteuerpflichtigen enthalten, die in jenem Jahr für mehr als 200 000 DM innergemeinschaftliche Lieferungen oder Erwerbe in der Umsatzsteuer-Voranmeldung angemeldet haben. Diese Einschränkung wurde vollzogen, weil seit 1993 nur die Umsatzsteuerpflichtigen eine Anmeldung zur Intrahandelsstatistik abgeben müssen, deren Versendungen nach anderen Mitgliedstaaten der EU oder — davon getrennt betrachtet — deren Wareneingänge aus diesen Ländern im Vorjahr über 200 000 DM gelegen hatten. Da die Steuerverwaltung dem Statistischen Bundesamt aber für 1992 noch keine diesbezüglichen Werte übermitteln mußte, wurde die Abschneidegrenze hilfsweise auf die Werte des Jahres 1993 bezogen. Im übrigen lagen 1993 etwa 65 000 Umsatzsteuerpflichtige mit den entsprechenden Werten über der Schwelle von 200 000 DM.

Den von der Steuerverwaltung übermittelten Werten oberhalb der Schwelle standen im Jahr 1993 zur Intrahandelsstatistik angemeldete Rechnungsbeträge in Höhe von 274,9 Mrd. DM bei der Versendung und 253,2 Mrd. DM beim Eingang gegenüber. In beiden Verkehrsrichtungen waren also die Rechnungsbeträge für die statistisch tatsächlich erhobenen Warenverkehre deutlich niedriger als die Steuerwerte. Auch unter Berücksichtigung, daß viel-

fach grenzüberschreitende Dienstleistungen sowie sogenannte Dreiecksgeschäfte in der Umsatzsteuer-Voranmeldung versehentlich als innergemeinschaftliche Warenverkehre angemeldet werden, bleibt eine beträchtliche Differenz

Aus dieser globalen Betrachtung kann man also ablesen, daß im Jahr 1993 Unternehmen ihre innergemeinschaftlichen Warenverkehre überhaupt nicht oder nur unvollständig zur Intrahandelsstatistik angemeldet haben. Um diese Meldeausfälle bei der Darstellung der Ergebnisse aus der Intrahandelsstatistik auszugleichen, wurden vom Statistischen Bundesamt im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und der Deutschen Bundesbank zu den tatsächlich erhobenen Daten Werte hinzugeschätzt.⁴⁾ Diese Schätzwerte beliefen sich 1993 bei der Versendung auf 14,0 Mrd. DM und beim Eingang auf 18,0 Mrd. DM.

Während im Jahr 1993 noch 14,0 Mrd. DM bei der Versendung und 18,0 Mrd. DM beim Eingang an Schätzwerten den tatsächlich erhobenen Intrahandelsergebnissen hinzugefügt werden mußten, konnten die Schätzwerte 1994 auf 9,2 Mrd. DM bzw. auf 10,5 Mrd. DM reduziert werden. Lagen 1993 die Anteile der geschätzten Werte innerhalb des Gesamtergebnisses der Intrahandelsstatistik bei der Versendung noch bei 4,5 % und beim Eingang bei 6,2 %, gingen sie 1994 auf 2,7 bzw. 3,3 % zurück. Dies zeugt von den Erfolgen, die das Statistische Bundesamt auf Grund der Mahnungen säumiger Auskunftspflichtiger, auf die im nächsten Abschnitt näher eingegangen wird, nach und nach erzielt hat. Es ist zu vermuten, daß die Schätzwerte im Jahr 1995 abermals reduziert werden können.

5.2 Die Mahnung säumiger Unternehmen

Mittels der im Abschnitt 2 benannten Daten, die die Steuerverwaltung dem Statistischen Bundesamt übermittelt, wird diesem ein Instrumentarium zur Verfügung gestellt, anhand dessen die Vollzähligkeit und Vollständigkeit der Anmeldungen zur Intrahandelsstatistik gesichert werden sollen. In der Praxis bedeutet dies, daß das Statistische Bundesamt alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, deren innergemeinschaftliche Lieferungen bzw. Erwerbe über der Anmeldeschwelle von 200 000 DM liegen, dahingehend prüfen muß, inwieweit diese ihrer Auskunftspflicht zur Intrahandelsstatistik nachgekommen sind. Für jedes dieser auskunftspflichtigen Unternehmen muß also festgestellt werden, ob für einen bestimmten Zeitraum überhaupt Meldungen zur Intrahandelsstatistik abgegeben worden sind und wenn ja, ob der Rechnungsbetrag dieser Anmeldungen in etwa die Größenordnung der vergleichbaren Steuerwerte erreicht. In Anbetracht von derzeit rund 70 000 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, die eine Anmeldung zur Intrahandelsstatistik abgeben müssen, kann dieses Kontrollverfahren nur mittels eines modernen, EDV-gestützten Unternehmensregisters durchgeführt werden, über dessen Funktion im Rahmen der Intrahan-

⁴⁾ Siehe Schmidt, P.: „Möglichkeiten und Grenzen der Schätzung von Ergebnissen über den Außenhandel“ in WiSta 3/1994, S. 188ff

delstatistik bereits in einem früheren Beitrag ausführlich berichtet wurde.⁵⁾

Nachdem das Unternehmensregister eingerichtet war, wurde im Herbst 1993 mit den Abgleichen zwischen den von der Steuerverwaltung übermittelten Steuerwerten und den aus der Intrahandelsstatistik resultierenden Rechnungsbeträgen begonnen. Diese wurden im Jahr 1994 fortgesetzt und im Jahr 1995 sehr stark intensiviert. Die Übersicht zeigt die im Jahr 1995 vom Statistischen Bundesamt praktizierten Maßnahmen zur Gewährleistung der Vollständigkeit und Vollzähligkeit der Ergebnisse in der Intrahandelsstatistik, die im folgenden kurz als „Mahnaktionen“ bezeichnet werden. Mahnaktionen deswegen, weil nach dem eigentlichen Abgleich zwischen Steuerwert und Rechnungsbetrag bei Vorliegen einer Säumigkeit die Anmahnung der fehlenden Anmeldung zur Intrahandelsstatistik bei den betroffenen auskunftspflichtigen Unternehmen eingeleitet wird.

Im Rahmen der Mahnaktionen Nr. 1 und 2 wurden im Jahr 1995 vereinfacht ausgedrückt alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, deren innergemeinschaftliche Lieferungen bzw. Erwerbe über der Anmeldeschwelle von 200 000 DM lagen und die für einen bestimmten Zeitraum in der jeweiligen Verkehrsrichtung keine Rechnungsbeträge zur Intrahandelsstatistik angemeldet hatten, angemahnt, ihrer Auskunftspflicht nachzukommen. Insgesamt betraf dies etwa 30 000 Unternehmen. Sicher ist es jedem verständlich, daß es bei Mahnaktionen dieser Größenordnung — selbst wenn sie sich im Zeitablauf über mehrere Monate erstrecken — großer organisatorischer Anstrengungen bedarf. Dabei war keineswegs der Versand der Mahnungen ein Problem, der durch das Unternehmensregister reibungslos abgewickelt werden konnte. Vielmehr mußten die Rückkopplung und die Reaktionen der angemahnten Un-

ternehmen aufgefangen, vermerkt und in weitere Schritte umgesetzt werden. Es galt eine Vielzahl von Telefongesprächen anzunehmen sowie den anfallenden Schriftverkehr einigermaßen zeitnah zu erledigen. In den Spitzenzeiten waren bis zu 40 Personen mit der Abwicklung dieser Mahnaktionen beschäftigt.

Die Mehrheit der im Rahmen der beiden vorgenannten Mahnaktionen angemahnten Unternehmen hatte bis zum Zeitpunkt der Mahnung noch keine Meldungen zur Intrahandelsstatistik abgegeben. Vielfach wurde darauf verwiesen, von einer derartigen Auskunftspflicht nichts gewußt zu haben, obwohl das Statistische Bundesamt im Vorfeld der Einführung der Intrahandelsstatistik und auch danach durch breitgestreute Informationsveranstaltungen und verschiedenartige Rundschreiben auf die Meldepflicht hingewiesen hatte. Den säumigen Unternehmen wurde eine Frist gesetzt, innerhalb derer die Anmeldungen nachträglich dem Statistischen Bundesamt zu übersenden waren. Diese Fristen wurden großzügig gehandhabt, weil die Unternehmen nach Erhalt der Erhebungsunterlagen zum Teil erhebliche Mühe hatten, die Anmeldungen für die gesamte aufgelaufene Zeit kurzfristig zu erstellen. Die meisten Unternehmen, die bislang keine Anmeldung zur Intrahandelsstatistik abgegeben hatten, holten dieses Versäumnis nach und melden nun fortwährend die Daten monatlich an. Die die Zeiträume für 1994 betreffenden Nachmeldungen konnten inzwischen im Rahmen von Jahreskorrekturen verarbeitet werden, wobei ein Teil der ursprünglichen Schätzwerte durch die nachträglich gemeldeten Daten ausgetauscht werden konnte. Ähnlich wird mit den die Zeiträume für 1995 betreffenden Nachmeldungen verfahren.

Im übrigen sei noch erwähnt, daß einige Unternehmen trotz mehrfacher Aufforderung ihrer Auskunftspflicht nicht nachkommen wollten. In diesen Fällen leitete das Statistische Bundesamt gegen die Betroffenen ein Ordnungswidrigkeitenverfahren ein. Einige dieser Verfahren endeten inzwischen mit der Festsetzung einer Geldbuße.

⁵⁾ Siehe Fußnote 1.

Maßnahmen zur Gewährleistung der Vollständigkeit und Vollzähligkeit der Ergebnisse in der Intrahandelsstatistik im Jahr 1995 (Mahnaktionen)

Nummer der Mahnaktion	Zeitraum, für den die Anmeldung angemahnt wurde	1. Bedingung, die für eine Mahnung zu erfüllen war	2. Bedingung, die für eine Mahnung zu erfüllen war	Sonstige Bedingungen für die Mahnung	Anzahl der gemahnten Unternehmen
1	Januar bis September 1994	Der Steuerwert lag beim Eingang über 500 000 DM und/oder bei der Versendung über 750 000 DM.	Zur Intrahandelsstatistik wurden in der jeweiligen Verkehrsrichtung keine Rechnungsbeträge angemeldet.		etwa 11 500
2	Januar bis Juni 1995	Der Steuerwert lag beim Eingang und/oder bei der Versendung über 200 000 DM.	Zur Intrahandelsstatistik wurden in der jeweiligen Verkehrsrichtung keine Rechnungsbeträge gemeldet.	Unternehmen wurde bei der Mahnaktion Nr. 1 noch nicht angemahnt.	etwa 18 500
3	Januar bis Dezember 1994	Der Steuerwert lag beim Eingang und/oder bei der Versendung über 100 Mill. DM.	Der zur Intrahandelsstatistik angemeldete Rechnungsbetrag lag zwischen 1 DM und 80 Mill. DM		91
4	Januar bis Dezember 1994	Der Steuerwert lag beim Eingang und/oder bei der Versendung zwischen 50 und 100 Mill. DM.	Der zur Intrahandelsstatistik angemeldete Rechnungsbetrag lag zwischen 1 DM und 40 Mill. DM.		161
5	Januar bis Dezember 1994	Der Steuerwert lag beim Eingang und/oder bei der Versendung zwischen 20 und 50 Mill. DM.	Der zur Intrahandelsstatistik angemeldete Rechnungsbetrag lag zwischen 1 DM und 15 Mill. DM.		414

Viele Unternehmen wurden im Rahmen der beiden Mahnaktionen angemahnt, obwohl sie die Anmeldungen zur Intrahandelsstatistik abgegeben hatten. Dies lag darin begründet, daß diese Unternehmen in ihrer statistischen Anmeldung eine unzutreffende Steuernummer angegeben hatten. Eine Zuordnung der zur Intrahandelsstatistik angemeldeten Rechnungsbeträge zu den von der Steuerverwaltung gelieferten Steuerwerten war somit aufgrund des falschen Ordnungsmerkmals „Steuernummer“ nicht möglich. Diese Unzulänglichkeiten ließen sich allerdings rasch klären. Den betroffenen Unternehmen wurde daraufhin die richtige Steuernummer mitgeteilt, unter der sie künftig die Anmeldungen zur Intrahandelsstatistik vornehmen sollen.

Schwieriger waren die Fälle zu klären, bei denen sogenannte Reihengeschäfte versehentlich als innergemeinschaftliche Lieferungen bzw. innergemeinschaftliche Erwerbe in der Umsatzsteuer-Voranmeldung angemeldet wurden. Bestellte und kaufte beispielsweise ein deutsches Unternehmen eine Ware in Frankreich und ließ diese direkt zu einem Kunden in den Niederlanden bringen, so wurde dieses Handelsgeschäft vielfach aus Versehen als ein innergemeinschaftlicher Erwerb aus Frankreich bzw. als eine innergemeinschaftliche Lieferung in die Niederlande angemeldet. Da die Ware in diesem Beispiel überhaupt nicht nach Deutschland gelangt, liegt auch aus statistischer Sicht kein grenzüberschreitender Warenverkehr vor. Dies hat zur Folge, daß der Warenverkehr auch nicht zur deutschen Intrahandelsstatistik anzumelden ist. Steuerwert und Rechnungsbetrag stimmten hier also nicht überein, was bei Unternehmen, die solche Reihengeschäfte in größerem Maße tätigen, zu bedeutenden Abweichungen führen kann. Im Rahmen der Mahnaktionen ist es im nachhinein oft sehr schwierig und zeitaufwendig, diese Differenzen zu klären.

Das letztgenannte Problem trat insbesondere bei den Mahnaktionen Nr. 3 bis 5 auf. Dort wurden solche Unternehmen angemahnt, deren innergemeinschaftliche Lieferungen bzw. Erwerbe gemäß Umsatzsteuer-Voranmeldung für einen gewissen Zeitraum über einem bestimmten Wert lagen und die entsprechenden Rechnungsbeträge gemäß den Anmeldungen zur Intrahandelsstatistik stark davon abwichen. Neben dem Problem der Reihengeschäfte kam bei diesen Mahnaktionen erschwerend hinzu, daß bei umsatzsteuerrechtlichen Organschaften stets der Organträger zentral die Daten an die Steuerverwaltung meldet. Zur Intrahandelsstatistik melden bei solchen Organschaften aber in der Regel die einzelnen Organgesellschaften dezentral selbständig an. Hatte ein Teil der Organschaften zur Intrahandelsstatistik angemeldet, ein anderer Teil jedoch nicht, so mußte die zwangsläufig entstehende Differenz zwischen dem vom Organträger zentral gemeldeten Steuerwert und den von den Organgesellschaften dezentral gemeldeten Rechnungsbeträgen zeitaufwendig geklärt werden. Diese Problematik in Verbindung mit den zuvor genannten Schwierigkeiten führte dazu, daß viele Vorgänge erst nach mehrmaliger Korrespondenz mit den betroffenen Stellen in den Unternehmen erledigt werden konnten.

Die verschiedenen Mahnaktionen sind unbeschadet der genannten Probleme als Erfolg zu werten. Viele Unterneh-

men wurden erst durch diese Aktionen auf ihre Auskunftspflicht aufmerksam gemacht. Die große Zahl von Nachmeldungen sowie der deutliche Rückgang der Antwortausfälle zeigen, daß die Aktionen der einzig gangbare und erfolgversprechende Weg zu einer Stabilisierung des Anmeldeverhaltens zur Intrahandelsstatistik sind. Dieser Weg wird vom Statistischen Bundesamt fortgesetzt, um mittelfristig die Vollständigkeit und Vollzähligkeit der Anmeldungen zur Intrahandelsstatistik wiederzugewinnen und damit die Qualität der gesamten Außenhandelsstatistik noch weiter zu verbessern.

6 Schlußbemerkung

Der vorliegende Aufsatz war ein weiterer Beitrag in der Reihe, allen Benutzern, Auskunftspflichtigen und weiteren Interessenten die Neuerungen in der Außenhandelsstatistik etwas näherzubringen. Vor allem soll dadurch auch Verständnis für diese Neuerungen geweckt werden, die die geänderten Rahmenbedingungen mit sich bringen. Das Statistische Bundesamt arbeitet unbeschadet der bereits erzielten Erfolge weiter intensiv daran, die sicher noch bestehenden Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten bei der Erhebung der Intrahandelsstatistik auszuräumen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, daß die Außenhandelsstatistik ein wichtiger Baustein im Gesamtsystem der amtlichen Statistiken ist.

Dipl.-Kaufmann Karl Müller

Öffentliche Finanzen 1995

Tabelle 1 Ausgaben, Einnahmen und Schulden
des öffentlichen Gesamthaushaltes
Deutschland

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen der Kassenstatistik der öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände [Gv.], Sozialversicherung und Finanzanteile der Europäischen Union [EU]). Er gibt einen aktuellen Überblick über die Entwicklung ihrer Ausgaben und Einnahmen sowie ihres Schuldenstandes. Die Finanzdaten der zur Kassenstatistik nicht berichtspflichtigen öffentlichen Einrichtungen (Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, kommunale Zweckverbände, gesetzliche Unfallversicherung) wurden hinzugeschätzt, ebenso die bis Redaktionsschluß noch nicht gemeldeten Ausgaben und Einnahmen der Kommunen Hessens und des Saarlandes. 1995 ist der Berichtskreis um den Erblastentilgungsfonds (tritt an die Stelle des Ende 1994 aufgelösten Kreditabwicklungsfonds), den Entschädigungsfonds und um die zur Sozialversicherung gehörende Pflegeversicherung erweitert worden. Bei den Gemeinden/Gv. wurde der Landeswohlfahrtsverband Sachsens 1995 erstmals nachgewiesen. Um die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zu sichern, sind in Tabelle 1 die Werte für 1995 nach alter, mit den Vorjahren vergleichbarer, sowie nach neuer Abgrenzung dargestellt. Die angegebenen Veränderungsraten sind — und soweit nicht anders vermerkt — grundsätzlich auf vergleichbarer Basis berechnet, also unter Ausschaltung der genannten Vergleichsstörungen. Nicht quantifiziert und damit auch nicht eliminiert werden konnten die Zins- und Tilgungsausgaben, die sich auf die vom Erblastentilgungsfonds 1995 übernommenen Schulden der Treuhandanstalt beziehen.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Die bereinigten Ausgaben der öffentlichen Haushalte waren mit 1 852,5 Mrd. DM im Jahr 1995 um 3,8 % höher als im Vorjahr. (Ohne die Zinsausgaben auf die Treuhandschulden ergibt sich eine etwas geringere Zuwachsrates.) Die bereinigten Einnahmen stiegen, vergleichbar umgerechnet, ebenfalls nur um 3,8 % auf 1 745,8 Mrd. DM. Das Finanzierungsdefizit (Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen einschl. interner Verrechnungen) belief sich 1995 auf 119,9 Mrd. DM. Mit 1994 vergleichbar waren es 127,2 Mrd. DM, das sind 15,3 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. Ursächlich für diese Entwicklung war, daß die Sozialversicherung nach einem Überschuß im Vorjahr (+2,8 Mrd. DM) 1995 mit einem Defizit von knapp 10 Mrd. DM abschloß. Beim Bund verblieb das Defizit mit —50,5 Mrd. DM in etwa auf dem Vorjahresniveau. Die Sondervermögen des Bundes schlossen 1995 auch ohne den erstmals erfaßten Entschädigungsfonds sogar mit einem leichten Finanzierungsüberschuß (+0,2 Mrd. DM; einschl. Entschädigungsfonds +0,5 Mrd. DM) ab, nachdem im Vorjahr noch ein Defizit (—10,6 Mrd. DM) zu verzeichnen war. Bei Ländern und Gemeinden/Gv. nahm das Defizit 1995 deutlich um 3,5 bzw. rund 2 Mrd. DM zu.

Ausgaben/Einnahmen	1995		1994	Veränderung 1995 (alt) gegenüber 1994
	neu	alt ¹⁾		
	Mill. DM			%
Bereinigte Ausgaben	1 852 464	1 841 680	1 774 583	+ 3,8
darunter				
Personalausgaben	386 943	386 638	376 549	+ 2,7
Laufender Sachaufwand	400 853	398 114	399 206	— 0,3
Zinsausgaben	131 143	131 143	115 205	+ 13,8
Renten, Unterstützungen u. ä.	627 787	619 604	574 050	+ 7,9
Baumaßnahmen	73 917	73 913	76 422	— 3,3
Erwerb von Sachvermögen	22 089	22 089	22 759	— 2,9
Bereinigte Einnahmen	1 745 750	1 727 697	1 664 130	+ 3,8
darunter				
Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 455 302	1 439 054	1 390 452	+ 3,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	37 670	37 670	39 381	— 4,3
Gebühren u. ä. Entgelte	112 711	112 711	112 883	— 0,2
Finanzierungssaldo ²⁾	—119 905	—127 174	—111 927	
Nettokreditaufnahme	94 236	94 237	82 290	+ 14,5
Schuldenaufnahme	398 658	398 658	256 370	+ 55,5
Schuldentilgung	304 422	304 422	174 080	+ 74,9
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	1 974 314	1 769 314 ³⁾	1 645 142	+ 7,5

¹⁾ Vergleichbar mit 1994 umgerechnet, d. h. ohne die Ausgaben und Einnahmen des Entschädigungsfonds, der Pflegeversicherung und ohne den Landeswohlfahrtsverband Sachsen. — ²⁾ Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen — ³⁾ Ohne Schulden der Treuhandanstalt

Die Schulden der öffentlichen Haushalte beliefen sich am 31. Dezember 1995 auf 1 974,3 Mrd. DM, das sind ohne die 1995 erstmals dem Erblastentilgungsfonds übertragenen Schulden der Treuhandanstalt 7,5 % mehr als im Jahr zuvor. Die Zinsausgaben sind mit 13,8 % auf 131,1 Mrd. DM weit über dem Durchschnitt gestiegen. Dies ist, wie erwähnt, im wesentlichen auf die Übernahme der Treuhandschulden durch den Erblastentilgungsfonds zurückzuführen. Überdurchschnittlich um +7,9 % auf 627,8 Mrd. DM erhöhten sich auch die sozialen Leistungen („Renten, Unterstützungen u. ä.“). Gründe hierfür waren vor allem die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und die gestiegene Zahl der Sozialhilfeempfänger, die zu kräftigen Mehrausgaben bei Bund und Kommunen führten. Der laufende Sachaufwand (—0,3 % auf 400,9 Mrd. DM) ging geringfügig zurück. Die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte nahmen 1995 mit +2,7 % (auf 386,9 Mrd. DM) nur unterproportional zu. Weiter rückläufig waren die Bauausgaben (—3,3 % auf 73,9 Mrd. DM). Die Hauptposition auf der Einnahmenseite, die Steuern und steuerähnlichen Abgaben (Anteil: 83,4 %), stiegen 1995 um 3,5 % auf 1 455,3 Mrd. DM. Allerdings wirkten sich hier vor allem steuerrechtliche Änderungen (Einführung des Solidaritätszuschlags und Anhebung des Versicherungssteuersatzes) einnahmeerhöhend aus. Die Entwicklung bei den großen Steuerquellen war dagegen eher verhalten bzw. sogar rückläufig. Unter den übrigen Einnahmen ergab sich allein ein nennenswerter Zuwachs durch die hohen Privatisierungserlöse des Bundes.

Bund

Die Haushaltsführung des Bundes war 1995 von Sparsamkeit geprägt. Den durch hohe Steuerausfälle verursachten

Mindereinnahmen setzte der Bund auf der Ausgabenseite den Erlaß einer Haushaltssperre im zweiten Halbjahr 1995 entgegen.

Die Ausgaben des Bundes nahmen 1995 gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % auf 492,6 Mrd. DM zu. Gleichzeitig stiegen die Einnahmen um 3,3 % auf 442,1 Mrd. DM, so daß das Finanzierungsdefizit auf dem Vorjahresniveau von 50,5 Mrd. DM blieb. Der Bund hat im Jahresverlauf 1995 Kredite in Höhe von 168,5 Mrd. DM neu aufgenommen (+31,7 %) und in Höhe von 118,4 Mrd. DM (+32,9 %) getilgt. Die Nettokreditaufnahme betrug somit im Jahr 1995 50,1 Mrd. DM, gut 11 Mrd. DM mehr als 1994.

Die Personalausgaben des Bundes in Höhe von 52,9 Mrd. DM erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,5 %. Während dabei die Ausgaben für die Dienstbezüge der Bundesbediensteten sogar um 0,6 % abnahmen, stiegen die Versorgungsausgaben deutlich um 4,8 %. Der laufende Sachaufwand des Bundes verminderte sich um 1,4 % auf 38,5 Mrd. DM. Ursächlich hierfür waren insbesondere weiter rückläufige Ausgaben für militärische Beschaffungen (-2,6 %). Die Zinsausgaben des Bundes in Höhe von 49,7 Mrd. DM sanken im Berichtszeitraum um 6,2 %, nachdem sie 1994 noch eine Steigerung von 15,8 % aufgewiesen hatten. Die Zinsausgabenquote reduzierte sich damit auf 10,1 %.

Den größten Ausgabenblock bildeten mit einem Volumen von 187,4 Mrd. DM die laufenden Zuweisungen (einschl. Schuldendiensthilfen) des Bundes an andere öffentliche Haushalte, die gegenüber 1994 um 3,6 % zunahmen. Seit 1995 werden die neuen Länder und Berlin gleichberechtigt in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen.

Dadurch hat sich das Volumen der vom Bund zu leistenden Zuweisungen sowie die Zahlungen für Bundesergänzungszuweisungen von 12,8 Mrd. DM im Vorjahr auf 24,7 Mrd. DM erhöht. Zugleich entfallen aber ab 1995 der Zuschuß zum Berliner Haushalt sowie der Zuschuß zum Fonds „Deutsche Einheit“. 1995 waren lediglich noch Mittel für den Schuldendienst des Fonds in Höhe von 9,5 Mrd. DM erforderlich. Die mit der ehemaligen DDR zusammenhängenden Schulden wurden im Erblastentilgungsfonds gebündelt, an den der Bund im Betrachtungszeitraum erstmals Schuldendiensthilfen in Höhe von 28,5 Mrd. DM leistete. Insgesamt beliefen sich die Schuldendiensthilfen des Bundes an andere öffentliche Haushalte auf 45,0 Mrd. DM.

An die Sozialversicherungsträger und an die Bundesanstalt für Arbeit leistete der Bund 1995 Zahlungen in Höhe von 95,4 Mrd. DM, 0,6 % mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundes für Renten und Unterstützungen stiegen aufgrund des starken Zuwachses bei der Arbeitslosenhilfe um 6,7 % auf 66,9 Mrd. DM.

Seine Ausgaben für Baumaßnahmen, von denen drei Viertel auf den Straßenbau entfielen, verzeichneten eine Zunahme um 3,0 % auf 10,3 Mrd. DM. Bei den im Vorjahr noch stark rückläufigen investiven Zuweisungen und Zuschüssen des Bundes war 1995 ein kräftiger Zuwachs zu verzeichnen, und zwar um 23,0 % auf 39,1 Mrd. DM. Der Grund hierfür liegt vor allem bei den investiven Zuweisungen an die neuen Länder und Berlin.

Der Rückgang bei den Darlehensgewährungen um 8,1 % resultierte insbesondere aus der stark rückläufigen Inanspruchnahme aus Gewährleistungen (-21,3 %).

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte
Deutschland

Ausgaben/Einnahmen	Bund			Sondervermögen des Bundes ¹⁾ und EU-Anteil			Sozialversicherung			Länder ²⁾		
	1995	1994	Veränderung	1995	1994	Veränderung ³⁾	1995	1994	Veränderung ⁴⁾	1995	1994	Veränderung
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Bereinigte Ausgaben	492 631	478 494	+ 3,0	110 018	128 700	- 15,3	756 192	706 285	+ 5,6	485 249	471 108	+ 3,0
darunter:												
Personalausgaben	52 933	52 666	+ 0,5	16 269	15 942	+ 2,1	20 351	19 042	+ 5,3	189 974	182 508	+ 4,1
Laufender Sachaufwand	38 522	39 084	- 1,4	7 332	6 839	+ 7,2	234 718	233 951	- 0,8	54 151	53 555	+ 1,1
Zinsausgaben	49 742	53 056	- 6,2	36 146	19 689	+ 83,6	1 538	377	- 408,0	31 572	29 952	+ 5,4
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ⁵⁾	187 431	180 989	+ 3,6	1 505	35 809	x	39 427	35 382	+ 9,1	98 076	88 852	+ 10,4
Renten, Unterstützungen u. ä.	66 942	62 736	+ 6,7	510	645	- 20,9	482 924	438 763	+ 16,7	18 350	17 854	+ 2,8
Baumaßnahmen	10 339	10 034	+ 3,0	3	3	0	1 005	861	+ 16,7	12 015	11 917	+ 0,8
Erwerb von Sachvermögen	1 931	1 961	- 1,5	3	1	+ 300,0	1 700	1 316	+ 29,2	6 075	6 467	- 6,1
Investive Zuweisungen und Zuschüsse	39 141	31 812	+ 23,0	1 069	128	- 27,3	10 889	10 311	+ 5,6	53 971	51 950	+ 3,9
Darlehensgewährung	15 617	16 987	- 8,1	10 624	11 291	- 5,9	1 532	665	+ 230,4	6 585	6 717	- 2,0
Bereinigte Einnahmen	442 102	427 882	+ 3,3	110 514	118 120	- 7,5	759 736	710 682	+ 4,5	438 612	427 928	+ 2,5
darunter:												
Steuern und steuerähnliche Abgaben	390 861	386 328	+ 1,2	40 158	40 978	- 2,0	637 453	601 486	+ 3,3	300 921	273 929	+ 9,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	15 241	17 603	- 13,4	213	272	- 21,7	447	404	+ 10,6	7 835	7 224	+ 8,5
Darlehensrückflüsse	3 616	3 692	- 2,1	7 774	8 477	- 8,3	688	637	+ 8,0	3 813	2 752	+ 38,6
Finanzierungssaldo ⁶⁾	-50 502	-50 588		+ 496	-10 581		- 9 725	+ 2 804		- 46 569	-43 090	
Nettokreditaufnahme	50 120	38 819	+ 29,1	626	3 168	x	-	-	-	33 839	32 140	+ 5,3
Schuldenaufnahme	168 492	127 909	+ 31,7	102 654	14 646	x	-	-	-	103 544	92 204	+ 12,3
Schuldentilgung	118 372	89 090	+ 32,9	102 028	11 478	x	-	-	-	69 705	60 064	+ 16,1
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	754 332	712 488	+ 5,9	528 546	291 148	+ 11,1 ⁷⁾	-	-	-	503 246	460 680	+ 9,2

¹⁾ Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseisenbahnvermögen, Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds (1995) und Entschädigungsfonds (1995). — ²⁾ Einschl. Krankenhäusern und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. — ³⁾ Vergleichbar umgerechnet, d. h. ohne die 1995 erstmals erfaßten Ausgaben und Einnahmen des Entschädigungsfonds. — ⁴⁾ Vergleichbar umgerechnet, d. h. ohne die 1995 erstmals erfaßten Ausgaben und Einnahmen der Pflegeversicherung. — ⁵⁾ Einschl. Schuldendiensthilfen — ⁶⁾ Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. — ⁷⁾ Vergleichbar umgerechnet, d. h. ohne Schulden der Treuhandanstalt.

Zu den Einnahmen des Bundes im Jahr 1995 trugen die Steuern mit einem Aufkommen von 390,9 Mrd. DM bei, das um 1,2 % über dem Vorjahreswert lag. Im einzelnen stieg das Volumen der Lohnsteuer im Betrachtungszeitraum um 6,1 %, während das Aufkommen der Einkommen- und der Körperschaftsteuer gegenüber dem Vorjahr kräftig um 45,1 bzw. 7,3 % fiel. Der zum Jahresbeginn 1995 neu erhobene 7,5 %ige Solidaritätszuschlag auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer erbrachte ein Aufkommen von 26,3 Mrd. DM. Stark rückläufig (—18,7 %) waren die Umsatzsteuereinnahmen des Bundes, da er aufgrund der Neuregelung des Finanzausgleichs ab 1995 sieben Umsatzsteuerpunkte an die Länder abgetreten hat. Die Erhöhung des Versicherungsteuersatzes zum 1. Januar 1995 von 12 auf 15 % führte dagegen zu einem im Vergleich zum Vorjahr um 23,7 % gestiegenen Aufkommen in Höhe von insgesamt 14,1 Mrd. DM.

Ursächlich für den Rückgang der Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit waren vor allem die gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Mrd. DM (—30,6 %) geringeren Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen sowie die 1995 letztmalig von der Deutschen Bundespost abzuführenden Konzessionsabgaben (—44,1 %).

Die Schulden des Bundes erhöhten sich im Berichtszeitraum um 5,9 % auf 754,3 Mrd. DM.

Sondervermögen des Bundes und EU-Anteile

Die Ausgaben der Sondervermögen des Bundes (Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseisenbahnvermögen sowie ab 1995 Erblastentilgungsfonds und Entschädigungsfonds) und die Finanzanteile an der Europäischen Union (EU) betragen im Jahr 1995 insgesamt 110,0 Mrd. DM. Ihnen standen Einnahmen in Höhe von 110,5 Mrd. DM gegenüber. Die Schulden der Sondervermögen des Bundes summierten sich zum Jahresende 1995 auf 528,5 Mrd. DM.

Die Struktur der Sondervermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr verändert: Nach der Vollendung der deutschen Einheit erhielten die neuen Länder und Berlin-Ost Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“, die mit der Einbeziehung der neuen Länder und von Berlin in den bundesstaatlichen Finanzausgleich 1995 eingestellt wurden. Der Fonds tritt damit in die Tilgungsphase ein. Auf der Einnahmenseite erhält er vom Bund und von den alten Ländern für Zins- und Tilgungsleistungen Schuldendiensthilfen in Höhe von 10 % der bis Ende 1994 insgesamt aufgenommenen Kredite von 95 Mrd. DM. Den Einnahmen standen Zinsausgaben von 7,2 Mrd. DM gegenüber. Schulden wurden in Höhe von 2,3 Mrd. DM getilgt.

Der zum 1. Januar 1995 errichtete Erblastentilgungsfonds bündelt die finanziellen Schulden der ehemaligen DDR durch Übernahme der Verbindlichkeiten des zum Jahresende 1994 aufgelösten Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt sowie der gekappten Altverbindlichkeiten von Wohnungsbauunternehmen der ehemaligen DDR. Der Fonds hat die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen und Tilgung übernommen. Er hatte 1995 Einnahmen von 28,8 Mrd. DM und Ausgaben von

21,5 Mrd. DM, fast ausschließlich für Zinszahlungen, zu verzeichnen. Die Schuldentilgung belief sich 1995 auf 95,9 Mrd. DM, die Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt auf 85,7 Mrd. DM. Die Finanzierung des Erblastentilgungsfonds erfolgt in erster Linie durch jährliche Zuführungen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 7,5 % der übernommenen Verbindlichkeiten sowie durch Überweisung des Teils des Bundesbankgewinns, der den im Haushaltsplan veranschlagten Betrag von 7 Mrd. DM überschreitet; dies waren 1995 3,2 Mrd. DM.

Das Bundeseisenbahnvermögen wurde 1993 im Rahmen der Bahnreform errichtet. Die Einnahmen dieses Sondervermögens beliefen sich im Jahr 1995 auf 19,4 Mrd. DM, von denen 6,7 Mrd. DM vom Bund überwiesen wurden. Von den Ausgaben in Höhe von 26,4 Mrd. DM, entfielen 61,6 % auf Personalausgaben und 19,3 % auf Zinszahlungen. Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Aufwendungen des Bundeseisenbahnvermögens sowie die Zins- und Tilgungsleistungen für die bis Ende 1993 entstandenen Schulden der Bahnen werden vom Bund getragen.

Die Ausgaben des 1994 aufgrund des Gesetzes über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage errichteten Entschädigungsfonds betragen 1995 1,0 Mrd. DM. Ihnen standen Einnahmen im Volumen von 1,3 Mrd. DM gegenüber. Die Ausgaben und Einnahmen des Entschädigungsfonds werden in den Tabellen erstmals 1995 bei den Sondervermögen des Bundes nachgewiesen. Aus Vergleichsgründen wurden sie bei der Berechnung der Veränderungsraten nicht berücksichtigt.

Die deutschen Anteile an den Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union fielen im Vergleich zum Vorjahr um jeweils 2,0 % (auf knapp 40,2 Mrd. DM) geringer aus. Bei den Einnahmen handelt es sich vorwiegend um den eigenen Umsatzsteueranteil, die BSP-Eigenmittel, die Zölle sowie die Abschöpfungs- und Produktionsabgaben.

Sozialversicherung

Die Ausgaben der Sozialversicherung (Gesetzliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte, Zusatzversorgungskassen, Bundesanstalt für Arbeit und Pflegeversicherung) beliefen sich 1995 auf 756,2 Mrd. DM. Ihnen standen Einnahmen in Höhe von 759,7 Mrd. DM gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Sozialversicherungsausgaben — ohne die erst zum Jahresbeginn 1995 eingeführte Pflegeversicherung — mit 5,6 % etwas stärker als die Einnahmen mit 4,5 %. Aus der Differenz der Ausgaben und Einnahmen sowie unter Berücksichtigung des (negativen) Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen ergibt sich ein Finanzierungsdefizit für die Sozialversicherung ohne die Pflegeversicherung von 16,7 Mrd. DM (1994: 2,8 Mrd. DM) und einschließlich des Finanzierungsüberschusses bei der Pflegeversicherung von 9,7 Mrd. DM.

Die Leistungen der Pflegeversicherung werden in Stufen eingeführt. Seit dem 1. April 1995 werden Leistungen bei häuslicher Pflege gewährt. Insgesamt betragen die Ausgaben der Pflegeversicherung 1995 9,7 Mrd. DM. Im einzelnen wurden von der Pflegeversicherung Pflegegelder in Höhe von 5,9 Mrd. DM (61,1 % der Gesamtausgaben) ausgezahlt, Pflegesachleistungen im Umfang von 1,3 Mrd. DM gewährt und an Beiträgen zur Rentenversicherung für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen 0,6 Mrd. DM geleistet. Die Ausgaben der Pflegeversicherung werden durch Beiträge der Mitglieder und der Arbeitgeber finanziert. Seit dem 1. Januar 1995 wird ein Beitragssatz von 1 % der beitragspflichtigen Einnahmen erhoben. Im Jahr 1995 hat die soziale Pflegeversicherung insgesamt 16,4 Mrd. DM eingenommen. Aufgrund der zunächst schrittweise anlaufenden Leistungen ergab sich 1995 noch ein Finanzierungsüberschuß von 6,7 Mrd. DM. Die zweite Stufe der Pflegeversicherung tritt am 1. Juli 1996 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt werden die Leistungen auf die stationäre Pflege ausgedehnt und der Beitragssatz auf 1,7 % der beitragspflichtigen Einnahmen erhöht.

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung stiegen 1995 um 6,3 % auf 242,1 Mrd. DM, die Einnahmen erhöhten sich ebenfalls um 6,3 % auf 247,4 Mrd. DM. Aufgrund eines negativen Finanzierungssaldos bei den haushaltstechnischen Verrechnungen ergibt sich für die gesetzliche Krankenversicherung ein Finanzierungsdefizit in Höhe von -7,4 Mrd. DM. Der erneute deutliche Ausgabenanstieg bei der gesetzlichen Krankenversicherung wurde vor allem durch höhere Aufwendungen für Heil- und Hilfsmittel (+10,1 % auf 16,5 Mrd. DM), für Arzneien, Verbände u. ä. aus Apotheken (+7,8 % auf 31,4 Mrd. DM), für Krankengeld (+15,3 % auf 18,4 Mrd. DM) sowie für Krankenhausbehandlung (+4,5 % auf 77,6 Mrd. DM) verursacht. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung erhöhten sich um 4,3 % auf 38,6 Mrd. DM. Die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung wuchsen 1995 hingegen nur um 0,8 %.

Der Ausgabenanstieg bei der Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte war 1995 mit +6,8 % stärker als der Zuwachs bei den Einnahmen (+4,9 %). Die Ausgaben summierten sich im Verlauf des Jahres 1995 auf 347,5 Mrd. DM. Ihnen stand auf der Einnahmenseite ein Betrag von 336,5 Mrd. DM gegenüber. Das Finanzierungsdefizit erhöhte sich von 4,6 Mrd. DM im Vorjahr auf 11,1 Mrd. DM im Jahr 1995. Mehr als 80 % der Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung resultierten aus den Beiträgen der Versicherten. Das Beitragsaufkommen hat sich 1995 trotz der Beitragssatzsenkung von 19,2 auf 18,6 % um 5,3 % erhöht, mit verursacht durch die Anhebung der Bemessungsgrundlage für Rentenversicherungsbeiträge bei Lohnersatzleistungen zum 1. Januar 1995. Der Anstieg bei den Ausgaben dürfte dagegen auf die gestiegene Anzahl der laufenden Altersrenten, vor allem aufgrund des Zuwachses bei den Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit, zurückzuführen sein. Ferner entrichtete die gesetzliche Rentenversicherung an Pflegeversicherungsbeiträgen für Rentnerinnen und Rentner knapp 1,4 Mrd. DM, denen auf der Einnahmenseite an Pflichtbeiträgen für diejenigen Pflegepersonen, die einen Pflege-

bedürftigen nicht erwerbsmäßig wenigstens 14 Stunden wöchentlich pflegen, ein Betrag von 0,5 Mrd. DM gegenüberstehen.

Die Bundesanstalt für Arbeit schloß das Haushaltsjahr 1995 erneut mit einem Finanzierungsdefizit ab, das jedoch mit einer Größenordnung von 6,9 Mrd. DM deutlich unter dem Niveau der Vorjahre lag (1994: -10,2 Mrd. DM, 1993: -24,4 Mrd. DM). Der Fehlbetrag wird durch Zuweisungen des Bundes abgedeckt. Die Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit stiegen 1995 — ohne die Bundeszuweisungen — um 3,1 % auf knapp 90,1 Mrd. DM. Maßgeblich für den Einnahmenanstieg war eine Zunahme beim Beitragsaufkommen von 3,5 %. Die Ausgaben in Höhe von knapp 97 Mrd. DM waren dagegen trotz eines Anstiegs beim Arbeitslosengeld leicht rückläufig (-0,7 %). Für das Arbeitslosengeld mußte die Bundesanstalt für Arbeit 48,2 Mrd. DM aufwenden (+5,1 %). Die Ausgaben für das Unterhaltsgeld an Teilnehmende an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen stieg um 15,3 % auf 9,8 Mrd. DM. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gab die Bundesanstalt für Arbeit 9,4 Mrd. DM aus. Stark rückläufig waren dagegen die Ausgaben beim Kurzarbeitergeld (-50,9 % auf 1,0 Mrd. DM) sowie bei den Leistungen nach dem Vorruhestands- und Altersteilzeitgesetz und beim Altersübergangsgeld (-75,3 % auf 2,2 Mrd. DM).

Länder

Das 1995 ins Stocken geratene Wirtschaftswachstum übte einen starken Druck auf die Haushaltsführung der Länder aus. Zahlreiche Länder leiteten Bewirtschaftungsmaßnahmen mit dem Ziel ein, noch weitere Einsparungen zu erreichen. Die Einnahmen der Länder erhöhten sich 1995 um 2,5 % auf 438,6 Mrd. DM. Der Anstieg der Ausgaben um 3,0 % auf 485,2 Mrd. DM lag trotz der Bemühungen um eine Konsolidierung deutlich über dem des Vorjahres (+1,8 %). Der Grund hierfür liegt vor allem in der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Der aus der Differenz von Ausgaben und Einnahmen resultierende Finanzierungssaldo erhöhte sich 1995 auf -46,6 Mrd. DM (+8,1 %).

Zur Deckung des Finanzierungsdefizits nahmen die Länder 1995 netto 33,8 Mrd. DM (+5,3 %) auf dem Kreditmarkt auf. 2,6 Mrd. DM entnahmen sie per saldo ihren Rücklagen. Die noch verbleibende Finanzierungslücke, die sich auf 10,2 Mrd. DM belief, wird kassenmäßig im Regelfall durch Nachfinanzierungen in der sogenannten Auslaufperiode geschlossen.

Die Entwicklung der Länderhaushalte in Ost und West war auch im fünften Jahr nach der deutschen Vereinigung unterschiedlich. In den Ländern des früheren Bundesgebietes (einschl. Berlin-Ost) stiegen die Ausgaben binnen Jahresfrist um 3,6 % auf 385,6 Mrd. DM. In den neuen Bundesländern lag das Wachstum der Ausgaben mit 0,8 % deutlich darunter; sie erreichten 1995 insgesamt 99,6 Mrd. DM. Der Anstieg der Einnahmen um 1,9 % auf 352,1 Mrd. DM lag in den westdeutschen Bundesländern deutlich unter dem Zuwachs auf der Ausgabenseite. In den

neuen Bundesländern stiegen die Einnahmen dagegen deutlich stärker (+ 5,1 %) und erreichten 86,6 Mrd. DM.

Der Finanzierungssaldo erhöhte sich 1995 in den alten Bundesländern von -26,6 Mrd. DM im Vorjahr auf -33,5 Mrd. DM (+ 25,8 %). Zur Deckung standen eine Nettokreditaufnahme von 21,1 Mrd. DM (+ 41,6 %) sowie Rücklagemittel in Höhe von netto 2,3 Mrd. DM zur Verfügung, so daß ein kassenmäßiger Fehlbetrag von 10,1 Mrd. DM verblieb. Dagegen konnten die neuen Länder ihr Finanzierungsdefizit von 13,1 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Fünftel reduzieren. Die Nettokreditaufnahme sank um 26,1 % auf 12,7 Mrd. DM; die Entnahme von Rücklagen betrug per saldo 0,4 Mrd. DM.

Die Personalausgaben der Länder wuchsen 1995 um 4,1 % auf insgesamt 190,0 Mrd. DM. In den Haushalten der westlichen Bundesländer bildeten die Personalausgaben mit einem Anteil von mehr als 42 % den wichtigsten Ausgabenposten. Ihre Begrenzung ist angesichts der angespannten Haushaltslage vordringlich. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Personalausgaben in den westlichen Ländern um 3,7 %, in den östlichen dagegen um 6,3 %. In den ostdeutschen Bundesländern lag der Personalkostenanteil 1995 bei 27,5 %. Die im Vergleich zu den westdeutschen Ländern geringere Quote dürfte vor allem auf die noch nicht abgeschlossene Angleichung der Ost- an die Westtarife sowie auf die bislang geringen Ausgaben für Versorgungsverpflichtungen zurückzuführen sein.

Die Ausgaben der Länder für den laufenden Sachaufwand erhöhten sich 1995 um 1,1 % auf 54,2 Mrd. DM. Die geringe Zuwachsrate, die unterhalb des Anstiegs beim Preisindex für die Lebenshaltung (+ 1,8 %) lag, dürfte auf die verstärkten Sparbemühungen zurückzuführen sein. Die Zinsausgaben nahmen — vor allem wegen des starken Anstiegs in den neuen Ländern — insgesamt um 5,4 % auf 31,6 Mrd. DM zu.

Die Zuweisungen der Länder beinhalten überwiegend Zahlungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.), die gegenüber dem Vorjahr mit 1,0 % auf 76,8 Mrd. DM leicht rückläufig waren. In den alten Bundesländern sanken die Zuweisungen an die Gemeinden/Gv. um 2,7 %, während sie in den neuen Bundesländern um 3,1 % anstiegen. Das Volumen der von den westdeutschen Bundesländern geleisteten Zahlungen im Rahmen des neugeordneten Länderfinanzausgleichs hat sich mit 10,9 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr beinahe verfünffacht.

Die Aufwendungen der Länder für Sachinvestitionen (Baumaßnahmen und Erwerb von Sachvermögen) verringerten sich 1995 erneut, und zwar um 1,6 % auf 18,1 Mrd. DM. Die Ausgaben für Baumaßnahmen erhöhten sich geringfügig um 0,8 % aufgrund einer positiven Entwicklung in den neuen Ländern. Ihre im Vorjahr noch rückläufigen Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen haben die Länder 1995 um 3,9 % auf knapp 54 Mrd. DM erhöht.

Seit der Einbeziehung in den bundesstaatlichen Finanzausgleich bilden auch bei den neuen Bundesländern die Steuern die Haupteinnahmenquelle. Auf sie entfielen 1995 54,0 % (alte Länder: 72,2 %). Insgesamt stiegen die Steuereinnahmen aller Länder 1995 um 9,9 % auf 300,9 Mrd. DM.

Diese Zuwachsrate resultierte vor allem aus dem hohen Mehraufkommen in den neuen Ländern (+ 58,1 %); in den Ländern des früheren Bundesgebietes erhöhten sich die Steuereinnahmen um 4,0 %.

Bei den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ergab sich 1995 ein Zuwachs von 8,5 % auf insgesamt 7,8 Mrd. DM.

Die Einnahmen aus Zuweisungen (einschl. Schuldendiensthilfen) anderer öffentlicher Haushalte hatten 1995 ein Volumen von 64,6 Mrd. DM. Im Vergleich zum Vorjahr waren sie stark rückläufig (-19,4 %). Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in der durch den Finanzausgleich veränderten Einnahmenstruktur der neuen Länder, bei der die Steuern ab 1995 die Zuweisungen als wichtigste Einnahmenquelle abgelöst haben. Die neuen Länder vereinnahmten 1995 dadurch nur noch 23,7 Mrd. DM (-35,4 %). In den alten Bundesländern sanken die Zuweisungen der öffentlichen Haushalte um 6,1 %.

Aus Vermögensübertragungen nahmen die Länder 1995 28,2 Mrd. DM ein. Der kräftige Anstieg (+ 25,7 %) erklärt sich aus den genannten höheren Zuweisungen des Bundes an die neuen Länder und Berlin.

Die Schulden der Länder erreichten 1995 eine Höhe von insgesamt 503,2 Mrd. DM (+ 9,2 %).

Kommunale Haushalte

Die ungünstige konjunkturelle Situation mit rückläufigen Steuereinnahmen bei gleichzeitig kräftig wachsenden Ausgabenbelastungen im Sozialbereich zwang die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) auch im Jahr 1995 zu erheblichen Sparmaßnahmen. Das Ergebnis dieser Bemühungen zeigte sich bei den Personalausgaben, dem sächlichen Verwaltungsaufwand und insbesondere bei den gesamtwirtschaftlich sehr bedeutsamen Sachinvestitionen, die im Zeichen knapper Finanzmittel erneut erheblich reduziert wurden. Trotz dieser Anstrengungen erhöhte sich aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Einnahmen das kommunale Finanzierungsdefizit gegenüber dem Vorjahr — zumindest bei den westdeutschen Gemeinden — spürbar weiter.

Insgesamt gaben die Gemeinden/Gv. 1995 335,5 Mrd. DM und damit nur 0,6 % mehr als 1994 aus. Da gleichzeitig ihre Einnahmen um 0,3 % auf 322,5 Mrd. DM zurückgingen, vergrößerte sich das Finanzierungsdefizit um 2,6 Mrd. DM auf 13,1 Mrd. DM. Der Fehlbetrag nahm in den alten Ländern sogar um 7,3 Mrd. DM zu, während die ostdeutschen Gemeinden ihren Negativsaldo um 4,7 Mrd. DM verringern konnten.

Zur Schließung der Finanzierungslücke nahmen die Kommunen unter anderem Kredite (nach Abzug der Tilgungszahlungen) von 8,6 Mrd. DM auf, wodurch sich der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. zum Jahresende 1995 auf 166,1 Mrd. DM erhöhte.

Den kräftigsten Zuwachs auf der Ausgabenseite wiesen mit +6,6 % auf 59,1 Mrd. DM die sozialen Leistungen auf. Darin spiegelt sich insbesondere die weiterhin sehr schwierige Arbeitsmarktlage wider, in der zunehmend Beschäftigungslose zu Sozialhilfebeziehern werden. Noch

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte
Deutschland

Ausgaben/Einnahmen	Gemeinden/Gemeindeverbände ¹⁾			Zweckverbände ¹⁾		
	1995	1994	Veränderung	1995	1994	Veränderung
	Mill DM	Mill DM	% ²⁾	Mill DM	Mill DM	%
Bereinigte Ausgaben	335 533	332 366	+ 0,6	12 579	11 924	+ 5,5
darunter						
Personalausgaben	104 338	103 263	+ 1,0	3 078	3 128	- 1,6
Laufender Sachaufwand	63 108	62 729	+ 0,6	3 023	3 049	- 0,9
Zinsausgaben	11 486	11 454	+ 0,3	659	676	- 2,5
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	69 594	66 990	+ 3,8	1 159	1 175	- 1,4
Renten, Unterstützungen u. a.	59 061	54 052	+ 6,6			
Baumaßnahmen	47 186	50 493	- 6,6	3 369	3 114	+ 8,2
Erwerb von Sachvermögen	12 000	12 617	- 4,9	382	397	- 3,8
Bereinigte Einnahmen	322 462	321 920	- 0,3	12 065	11 895	+ 1,4
darunter						
Steuern und steuerähnliche Abgaben	85 909	87 731	- 2,1	—	—	—
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	13 725	13 721	0	209	156	+ 34,0
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	138 052	134 208	+ 2,0	4 887	5 049	- 3,2
Gebühren u. ä. Entgelte	72 615	73 217	- 0,8	3 965	3 998	- 0,8
Investive Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	24 248	24 393	- 0,6	1 644	1 507	+ 9,1
Finanzierungssaldo ⁴⁾	- 13 088	- 10 444	.	- 514	- 29	.
Nettokreditaufnahme	8 607	7 580	+ 13,5	1 045	582	+ 79,6
Schuldenaufnahme	22 137	20 137	+ 9,9	1 831	1 473	+ 24,3
Schuldentilgung	13 530	12 557	+ 7,7	786	891	- 11,8
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	166 099	159 570	+ 4,1	22 091	21 256	+ 3,9

¹⁾ Einschl. Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen — ²⁾ Vergleichbar umgerechnet, d. h. ohne die 1995 erstmals nachgewiesenen Ausgaben und Einnahmen des Landeswohlfahrtsverbandes Sachsen. — ³⁾ Einschl. Schuldendiensthilfen. — ⁴⁾ Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

weit kräftiger als in Westdeutschland nahmen mit +13,3 % die Sozialausgaben der ostdeutschen Gemeinden/Gv. zu. Die Personalausgaben stiegen dagegen infolge moderater Tarifabschlüsse und personalwirtschaftlicher Maßnahmen mit 1,0 % auf 104,3 Mrd. DM vergleichsweise gering. In den neuen Ländern ergab sich sogar ein Rückgang um 2,0 %. Beim laufenden Sachaufwand verzeichneten die Gemeinden mit +0,6 % auf 63,1 Mrd. DM ebenfalls nur einen leichten Zuwachs, der allerdings nicht nur auf ihre Sparbemühungen zurückzuführen sein dürfte. Hier wirkten sich vermehrt die Ausgliederungen ursprünglich kommunaler Aufgaben aus den Gemeindehaushalten dämpfend aus. Die Zinsaufwendungen in Höhe von 11,5 Mrd. DM erhöhten sich mit 0,3 % noch geringfügiger — eine Folge der geringeren Nettoneuverschuldung und der günstigeren Zinsentwicklung am Kreditmarkt.

Am deutlichsten sichtbar wurden die kommunalen Sparbemühungen im investiven Bereich, wo die Gemeinden noch am ehesten autonom das Ausgabenvolumen bestimmen können. Insgesamt gingen die Sachinvestitionen um 6,2 % auf 59,2 Mrd. DM zurück, wobei die Baumaßnahmen in Höhe von 47,2 Mrd. DM um 6,6 % niedriger als 1994 lagen. Sie waren damit im dritten Jahr nacheinander rückläufig.

Auch der Erwerb von Sachvermögen lag mit 12,0 Mrd. DM um 4,9 % unter dem Vorjahresbetrag. In den neuen Ländern reduzierten die Gemeinden/Gv. ihre Sachinvestitionen mit -11,1 % noch weit kräftiger als die westdeutschen Kommunen (-4,1 %).

Die Einnahmen der Gemeinden/Gv. aus laufenden Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, insbesondere den von den Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gezahlten Schlüsselzuweisungen sowie den allgemeinen Umlagen von Gemeinden, erhöhten sich um 2,0 % auf 138,1 Mrd. DM, wobei auch hier die Kommunen der neuen Länder mit +5,7 % einen weit höheren Zuwachs

verzeichneten als die westdeutschen Gemeinden/Gv. (+0,9 %).

Die wichtigste originäre kommunale Einnahmenquelle, die Steuern, wies mit 85,9 Mrd. DM einen deutlichen Rückgang von 2,1 % im Vergleich zu 1994 auf. Dies war insbesondere auf einen Einbruch bei der stark konjunkturabhängigen Gewerbesteuer zurückzuführen, deren Aufkommen sich gegenüber dem Vorjahr um 10,0 % reduzierte. Dagegen erhöhten sich die Einnahmen aus der Grundsteuer um 8,8 % und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 1,4 %. Insgesamt gingen die Steuereinnahmen im früheren Bundesgebiet sogar um 3,5 % zurück, während die Kommunen der neuen Länder ihre Steuererträge, wenn auch auf noch vergleichsweise niedriger Basis, um 15,0 % steigern konnten.

Bei den Gebühreneinnahmen in Höhe von 72,6 Mrd. DM weisen die Kassenergebnisse einen Rückgang von 0,8 % aus. Dieser ergibt sich allerdings lediglich rechnerisch, da im Vergleich zu 1995 eine Reihe von Aufgaben, die im Vorjahr noch im Kommunalhaushalt ausgewiesen waren, inzwischen rechnungsmäßig verselbständigt oder vollständig privatisiert wurden. Realistischer erscheint ein Zuwachs der Gebühreneinnahmen, der nach Berechnungen des Deutschen Städtetages bei 6 % liegen dürfte.

Die für die Höhe der Gemeindeinvestitionen sehr bedeutsamen öffentlichen Zuweisungen für investive Zwecke gingen 1995 insgesamt um 0,6 % auf 24,2 Mrd. DM zurück. Die Kommunen im Westen hatten sogar ein starkes Einnahmenminus von 7,8 % zu beklagen, während die Gemeinden der neuen Länder um 12,3 % höhere Investitionszuweisungen erhielten.

Der Strukturvergleich zwischen den Gemeinden der alten und der neuen Bundesländer weist sowohl für die Ausgaben als auch für die Einnahmen noch immer erhebliche Unterschiede aus. Nach wie vor lag der Anteil der öffentlichen Zuweisungen bei den ostdeutschen Kommunen mit

58,0 % der gesamten Einnahmen erheblich über der entsprechenden Größe der westdeutschen Länder (39,0 %). Umgekehrt war die Situation im Steuerbereich: Einem Anteil von 25,5 % der westdeutschen Gemeinden standen lediglich 10,3 % im Osten gegenüber. Der Personalausgabenanteil an den Gesamtausgaben lag in den neuen Ländern trotz erheblichen Personalabbaus mit 30,3 % weiterhin über der Quote von 25,6 % im Westen. Andererseits war der Anteil der Baumaßnahmen im Osten des Bundesgebiets mit 19,4 % nahezu doppelt so hoch wie in Westdeutschland (10,3 %). Die Anteile der sozialen Leistungen bei den westdeutschen (15,8 %) und den ostdeutschen Kommunen (11,5 %) nähern sich dagegen.

Zweckverbände

Die kommunalen Zweckverbände gaben 1995 12,6 Mrd. DM und damit 5,5 % mehr aus als im Jahr zuvor. Da sich ihre Einnahmen nur um + 1,4 % auf 12,1 Mrd. DM erhöhten, vergrößerte sich ihr Finanzierungsdefizit auf 0,5 Mrd. DM. Die Nettokreditaufnahme der Zweckverbände betrug 1,0 Mrd. DM; ihr Schuldenstand erreichte am Jahresende 1995 22,1 Mrd. DM.

Die wichtigsten Einzelpositionen auf der Ausgabenseite waren mit 3,8 Mrd. DM die Sachinvestitionen, mit 3,1 Mrd. DM die Personalausgaben sowie der laufende Sachaufwand in Höhe von 3,0 Mrd. DM.

Auf der Einnahmenseite standen die laufenden Übertragungen vom öffentlichen Bereich mit 4,9 Mrd. DM (in erster Linie die Umlagen der Mitgliedsgemeinden) sowie die Gebühreneinnahmen in Höhe von 4,0 Mrd. DM im Mittelpunkt.

*Dipl.-Volkswirt Otto Dietz/
Dipl.-Volkswirtin Renate Schulze-Steikow/
Dipl.-Volkswirt Wolfgang Müller*

Ehrenamtliches Engagement in Deutschland

Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92

Vorbemerkung

Wie steht es um die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich freiwillig und ohne Bezahlung im Rahmen von öffentlichen Aufgaben, in Vereinen, bei Wohlfahrtsorganisationen und ähnlichen Einrichtungen für Dritte bzw. die Gesellschaft zu engagieren? Die in den letzten Jahren geführten Diskussionen um das ehrenamtliche Engagement sind unter anderem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung — steigende Anteile der älteren Menschen und der Zahl der 1-Personen-Haushalte — und dem Zwang der öffentlichen Haushalte zu Einsparungen zu sehen.¹⁾ Informationen über den Umfang ehrenamtlich geleisteter Arbeit gibt es jedoch nur wenige. Aussagen darüber, wieviele Personen in Deutschland ehrenamtlich engagiert sind und wieviel an Zeit sie für ihr Engagement aufwenden, werden nicht zuletzt durch die Vielfältigkeit ehrenamtlicher Aufgaben erschwert.

Durch eine erstmals 1991/92 vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder durchgeführte Zeitbudgeterhebung ist es möglich, einige repräsentative Ergebnisse zur Anzahl der an ehrenamtlichen Tätigkeiten beteiligten Personen und ihrer dafür aufgewendeten Zeit aufzuzeigen. Für die Zeitbudgeterhebung wurden im gesamten Bundesgebiet 7 200 Haushalte mit deutscher Bezugsperson nach ihrer täglichen Zeitverwendung befragt. Personen ab zwölf Jahren schrieben dazu an zwei aufeinanderfolgenden Tagen ihren Tagesablauf mit eigenen Worten in einem dafür konzipierten Tagebuch auf. Zusätzlich sind von allen Haushaltsmitgliedern Grunddaten wie Alter, Geschlecht, Erwerbsbeteiligung, Bildung sowie Informationen zum Haushalt in zwei begleitenden Interviews erfragt worden.²⁾ Die inhaltlichen Ziele der Erhebung waren vor allem der Aufbau eines Satellitensystems Haushaltsproduktion zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen³⁾ sowie die Darstellung von

Zeitverwendungsstrukturen von Bevölkerungsgruppen und Haushaltstypen für frauen- und familienpolitische Fragen⁴⁾

Die Darstellung des ehrenamtlichen Engagements ist sowohl ein Teilaspekt des Satellitensystems Haushaltsproduktion als auch der Zeitverwendung der Bevölkerung. Nach der Erörterung konzeptioneller Fragen im Zusammenhang mit der statistischen Erfassung ehrenamtlicher Arbeit werden Ergebnisse zum ehrenamtlichen Engagement nach soziodemographischen Merkmalen vorgestellt. Darüber hinaus wird der Versuch unternommen, den ökonomischen Wert ehrenamtlicher Arbeit in Deutschland zu schätzen.

1 Konzeption zur Erfassung ehrenamtlichen Engagements in der Zeitbudgeterhebung

Eine wesentliche Voraussetzung für jede statistische Erfassung ehrenamtlichen Engagements ist die Erstellung einer exakten und operationalen Definition anhand klarer Kriterien. Gerade die vielfältigen Formen des Engagements erschweren dies jedoch.⁵⁾ Drei Aspekte erscheinen bei der begrifflichen Abgrenzung sinnvoll. Bei ehrenamtlichen Arbeiten sollte es sich um

- unbezahlte Aktivitäten,
- Aktivitäten, die nicht für den eigenen Haushalt, sondern zugunsten von Dritten oder der Gesellschaft durchgeführt werden und um
- Aktivitäten, die im institutionellen Rahmen einer Organisation außerhalb des Haushalts durchgeführt werden,

handeln. Unter Aktivitäten ist dabei die aktive (Mit-)Arbeit zu verstehen und nicht eine rein passive Teilnahme an Veranstaltungen.

Durch den „institutionellen Charakter“ unterscheidet sich ehrenamtliches Engagement damit von dem als private Netzwerkhilfe bezeichneten Austausch von Hilfeleistungen zwischen Haushalten, der außerhalb eines institutionellen Rahmens geschieht.⁶⁾ Identische Aktivitäten, wie beispielsweise der Einkauf für eine pflegebedürftige Nachbarin, kann einmal private Netzwerkhilfe sein und ein anderes Mal ehrenamtliches Engagement, wenn der Einkauf im organisatorischen Rahmen eines Wohlfahrtsverbandes geschieht. Die folgende Übersicht stellt Formen unbezahl-

¹⁾ Siehe z. B. Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein: „Ehrenamtliche Arbeit von Frauen und Männern in Schleswig-Holstein“, 1994, S. 14f.; Notz, G.: „Arbeit ohne Geld und Ehre. Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit“, 1987, S. 41ff.; Backes, G.: „Frauen und soziales Ehrenamt. Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe“, 1987, S. 73ff.

²⁾ Zur Methode der Zeitbudgeterhebung siehe Blanke, K./Ehling, M.: „Methode und Durchführung der Zeitbudgeterhebung 1991/92“ in WiSta 9/1994, S. 717ff. und Bihler, W./Ehling, M.: „Das Stichprobenverfahren der Zeitbudgeterhebung“ in WiSta 6/1995, S. 425ff.

³⁾ Siehe Schafer, D./Schwarz, N.: „Wert der Haushaltsproduktion 1992“ in WiSta 8/1994, S. 597ff.

⁴⁾ Siehe Statistisches Bundesamt: „Die Zeitverwendung der Bevölkerung“ in Tabellenbände I bis IV zu Ergebnissen der Zeitbudgeterhebung 1991/92.

⁵⁾ Siehe u. a. Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein, a. a. O., S. 11f.; Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur? Freiwilliges soziales Engagement und lokale Infrastruktur“, 1992, S. 20ff.; Heinemann, K./Schubert, M.: „Ehrenamtlichkeit und Hauptamtlichkeit in Sportvereinen“ in Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Band 78, 1992.

⁶⁾ Zur privaten Netzwerkhilfe siehe Diwald, M.: „Private Netzwerke“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Datenreport 1989“, S. 460ff. und Borchers, A./Miera, S.: „Zwischen Einzelbetreuung und Altenpflege — Die mittlere Generation im Spiegel der Netzwerkforschung“, 1993.

ter Arbeit zugunsten Dritter bzw. der Gesellschaft gegenüber

Unbezahlte Arbeit für Dritte bzw. die Gesellschaft

Institutioneller Charakter		Außerhalb von Institutionen
Ehrenamtliches Engagement		Private Netzwerkhilfe = Hilfeleistungen zwischen Haushalten
Ehrenamtliche Tätigkeiten	Soziale Hilfe	

In der Zeitbudgeterhebung wird das ehrenamtliche Engagement in ehrenamtliche Tätigkeiten und soziale Hilfe unterteilt. Für die Befragung wurde folgende Abgrenzung festgelegt:

- Unter einer ehrenamtlichen Tätigkeit wird die Wahrnehmung von Aufgaben, die über eine einfache Mitgliedschaft hinausgehen, innerhalb von Institutionen, Verbänden, Vereinen usw. verstanden, die unentgeltlich und freiwillig von Personen ausgeführt werden (z. B. Schöffe, Schiedsmann, Vereinsvorstand, Schulleiterbeirat, Freiwillige Feuerwehr, organisatorische Tätigkeit in Wohlfahrtsverbänden). Ehrenamtliche Tätigkeiten gelten nicht als Erwerbstätigkeit.
- Als soziale Hilfe gelten alle unentgeltlichen Hilfeleistungen in Form von direkter Betreuung und Pflege von Personen, die im Rahmen von Institutionen wie zum Beispiel Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und ähnlichen Organisationen getätigt werden. Alle in Eigeninitiative stattfindenden oder selbstorganisierten Hilfeleistungen gehören zur privaten Netzwerkhilfe.

Aus der Umsetzung dieser Vorgaben ergeben sich für die Zuordnung von Aktivitäten Unschärfen. Beispielsweise läßt sich eine Grenzlinie zwischen passiver Beteiligung an Veranstaltungen oder Mitgliederversammlungen — passive Teilnahme sollte nicht unter ehrenamtliches Engagement fallen — und der aktiven Gestaltung einer Veranstaltung nicht immer klar ziehen. Der Besuch von politischen, religiösen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen sowie das Treffen von Selbsthilfegruppen wurden in der Zeitbudgeterhebung eigenständig erfaßt und nicht ehrenamtlichen Tätigkeiten/sozialer Hilfe zugeordnet. Auch die Bedingung, eine Aktivität müsse unentgeltlich geleistet werden, kann zu Abgrenzungsproblemen führen. Im allgemeinen ist darunter zu verstehen, daß nicht der Gelderwerb im Vordergrund steht. Kosten- oder Aufwandsentschädigungen sind in diesem Sinn nicht als eine Bezahlung zu verstehen. Inwieweit allerdings die zeitliche Ausübung eines Ehrenamtes während der bezahlten Arbeitszeit (z. B. Schöffe am Gericht während der Arbeitszeit) im Rahmen von bezahlten Freistellungen noch mit dem Aspekt der Unentgeltlichkeit zu vereinbaren ist, kann hier nicht geklärt werden. Durch die Zeitbudgeterhebung ist es einerseits nicht möglich, den Aspekt der Unentgeltlichkeit darzulegen, und andererseits sind auch keine Aussagen dazu möglich, ob und in welcher Höhe bei Personen Ausgaben im Zusammenhang mit ihrem ehrenamtlichen Engagement anfallen.

Bei der Erfragung ehrenamtlicher Tätigkeiten/sozialer Hilfe können zudem systematische Verzerrungen auftreten:

- Ausgehend von den Problemen, ehrenamtliche Tätigkeiten/soziale Hilfe genau zu definieren, stellt sich die Frage, wie die Befragten ihr Engagement einordnen. Bei „klassischen ehrenamtlichen Tätigkeiten“ — öffentlichen Aufgaben, Vereinstätigkeiten usw. —, die zumeist mit Funktionen wie Vorstandstätigkeiten verbunden sind, dürfte das Verständnis, „ehrenamtlich engagiert zu sein“ ausgeprägt sein. Bei weniger deutlich institutionell geprägten Tätigkeiten ist es jedoch fraglich, inwieweit diese von den Befragten als ehrenamtliches Engagement angesehen werden, insbesondere, wenn damit keine Funktion verbunden ist oder das Engagement nur sehr unregelmäßig erfolgt. Gerade die Grenzlinie zwischen sozialer Hilfe und privater Netzwerkhilfe dürfte für die Befragten nicht immer eindeutig gewesen sein, da identische Aktivitäten — je nachdem, ob mit institutionellem Charakter oder unabhängig von Institutionen — unterschiedlich einzuordnen sind. Zuverlässige Angaben zum Ausmaß derart bedingter Verzerrungen können aus der Zeitbudgeterhebung nicht gewonnen werden.
- Die explizite Befragung zu ehrenamtlichen Tätigkeiten/sozialer Hilfe kann dazu führen, daß aufgrund von Effekten „sozialer Erwünschtheit“ (positives Image) eine Überzeichnung erfolgt. Für die Zeitbudgeterhebung dürfte dies — da ehrenamtliches Engagement eher am Rande erfragt wurde — von geringerer Bedeutung sein.

Angaben zum ehrenamtlichen Engagement sind in der Zeitbudgeterhebung an zwei Stellen erhoben worden: Zum einen wurde im Zeittagebuch erfragt, „Für Wen“ die Hauptaktivität ausgeübt wurde. Eine von vier Kategorien war dabei für ehrenamtliche Tätigkeiten/soziale Hilfe vorgesehen. Zum anderen wurde im Schlußinterview der Zeitbudgeterhebung gefragt, ob Haushaltsmitglieder zur Zeit ein Ehrenamt ausüben und wie hoch der durchschnittliche Zeitaufwand je Woche für diese ehrenamtliche Tätigkeit ist. Nach der Ausübung sozialer Hilfe bzw. des Zeitaufwands dafür wurde im Schlußinterview nicht gefragt. Für die Analyse zu ehrenamtlichen Tätigkeiten/sozialer Hilfe ergeben sich daraus folgende Überlegungen:

- Der zeitliche Umfang von ehrenamtlichen Tätigkeiten und sozialer Hilfe läßt sich aus den Tagebuchaufzeichnungen ermitteln. Bei den Angaben zum durchschnittlichen wöchentlichen Zeitaufwand für ehrenamtliche Tätigkeiten aus dem Schlußinterview beeinträchtigen dagegen „Erwünschtheitseffekte“ und die „Erinnerungsproblematik“ die Qualität der Ergebnisse. Gerade bei den typischerweise unregelmäßig ausgeübten ehrenamtlichen Tätigkeiten (Erinnerungsproblematik) in Kombination mit dem — zumindest im allgemeinen — positiven Image können Verzerrungen bei ex-post-Befragungen von großer Bedeutung sein. Tagebuchaufzeichnungen dagegen sind aufgrund ihres „Protokollcharakters“ eine zuverlässige Methode zur Ermittlung von durchschnittlichen täglichen Zeitverwendungsstrukturen.
- Der Anteil der Personen, die sich ehrenamtlich engagieren (Beteiligungsgrad), ist nur aus dem Schlußinter-

view und nicht aus dem Tagebuch zu ermitteln ⁷⁾ Den Tagebuchaufzeichnungen liegt nur ein zufällig gewählter Zweitageszeitraum zugrunde. Insbesondere bei unregelmäßig ausgeübten Aktivitäten kann daraus nicht abgeleitet werden, wie hoch der Anteil der Personen ist, der gegenwärtig bzw. über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet ehrenamtlich engagiert ist. Da im Schlußinterview nur nach Ehrenämtern — im Sinne von ehrenamtlichen Tätigkeiten — gefragt wurde, können keine Aussagen zum Anteil der im Bereich sozialer Hilfe engagierten Personen gemacht werden. Zudem kann davon ausgegangen werden, daß bei der Frage, ob eine Person gegenwärtig ein Ehrenamt ausübt, die institutionalisierten Ehrenämter, das heißt die, die im allgemeinen mit einer Funktion bzw. einer festen Aufgabe verbunden sind, gut erfaßt wurden. Weniger institutionell geprägte Tätigkeiten (z. B. Bürgerinitiativen) oder auch nur sporadisch geleistete ehrenamtliche Arbeit dürften nicht in gleicher Qualität erfaßt worden sein. Im Gegensatz zu den Aufzeichnungen im Tagebuch, die von den jeweiligen Personen im Haushalt (ab 12 Jahren) selbst durchgeführt wurden, war darüber hinaus bei der Beantwortung der Fragen im Schlußinterview zwingend nur die Anwesenheit eines Haushaltsmitglieds notwendig, das dann die Frage nach der Ausübung eines Ehrenamtes für alle Haushaltsmitglieder ab 12 Jahren zu beantworten hatte. Als Fazit ist deshalb festzuhalten, daß die Aussagen zur Beteiligung an Ehrenämtern — zumindest wenn der Ehrenamts-Begriff nicht auf „klassische ehrenamtliche Tätigkeiten“ eingeschränkt ist — eher eine Untergrenze darstellen. Gerade bei 12- bis unter 20jährigen Personen ergaben sich bei der Analyse der Zeitbudgetdaten Hinweise auf signifikante — aber nicht genauer quantifizierbare — Untererfassungen. Ursache hierfür könnte der weniger institutionell geprägte Charakter ehrenamtlicher Tätigkeiten von Jugendlichen in Kombination mit der Beantwortung der Fragen im Schlußinterview durch einen Elternteil sein. Eltern wissen möglicherweise von ehrenamtlichen Tätigkeiten ihrer Kinder nichts bzw. sehen die Tätigkeiten ihrer Kinder (z. B. bei der Betreuung von Jugendgruppen oder im Sportverein) nicht als ehrenamtliche Tätigkeit an.

Diese statistischen und methodischen Probleme bzw. Einschränkungen sind bei der Analyse der Zeitbudgeterhebung zu ehrenamtlichen Tätigkeiten/sozialer Hilfe zu berücksichtigen. Auch kann die Zeitbudgeterhebung Angaben zu ehrenamtlichen Tätigkeiten/sozialer Hilfe in vielen Fällen nicht in der gewünschten soziodemographischen Tiefe bereitstellen, da hierzu die Größe der Stichprobe (7 200 Haushalte) nicht ausreicht. Nach den Formen ehrenamtlichen Engagements — kulturelle oder politische Tätigkeiten, bei Feuerwehr, in Wohlfahrtsverbänden oder Sportvereinen — kann nicht unterschieden werden, da in der Erhebung hiernach nicht differenziert wurde.

⁷⁾ Siehe zur Problematik des Beteiligungsgrades bei Ehrenämtern Exel, J. (Statistisches Zentralamt der Niederlande) "Participation in and time use on voluntary work" Paper presented on the workshop on time use studies in Mannheim, 1992

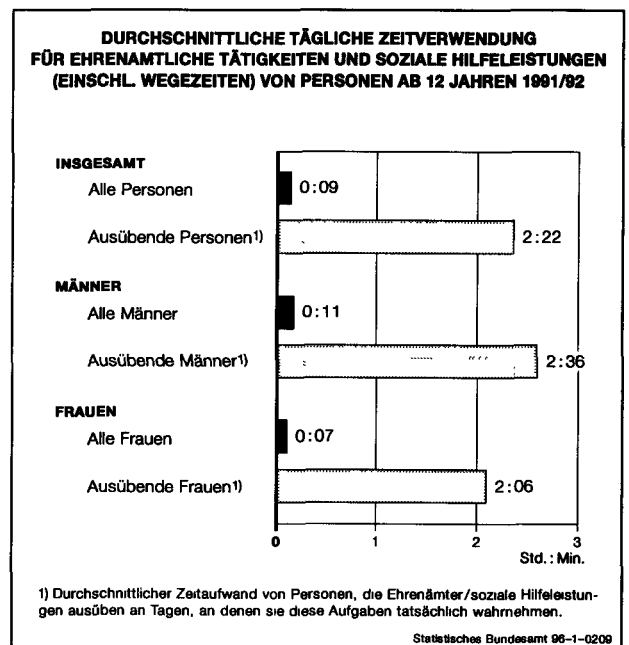
2 Ergebnisse

Da es nicht möglich ist, mit Hilfe der Zeitbudgeterhebung einen aussagefähigen Beteiligungsgrad für den Bereich soziale Hilfe zu ermitteln, beschränkt sich die Darstellung — nach einem kurzen Überblick über die tägliche Zeit für ehrenamtliche Tätigkeit und soziale Hilfe — auf die Analyse ehrenamtlicher Tätigkeiten. Nach soziodemographischen Merkmalen unterteilt, wird dabei die Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten der durchschnittlich wöchentlich dafür aufgewendeten Zeit gegenübergestellt.

2.1 Tägliche Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten und soziale Hilfe

Ehrenamtliche Tätigkeiten bzw. soziale Hilfeleistungen werden nur von einem Teil der Bevölkerung — und im allgemeinen auch nicht jeden Tag — ausgeübt. Daher kann es nicht überraschen, daß — bezogen auf die gesamte Bevölkerung ab 12 Jahren — der Zeit für Ehrenamt und soziale Hilfeleistungen eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Lediglich 9 Minuten am Tag — bei Männern etwas mehr als bei Frauen — werden im Durchschnitt für ehrenamtliches und soziales Engagement zugunsten Dritter bzw. der Gesellschaft in Deutschland aufgewendet (siehe Schaubild 1). Mehr als 90% davon werden für die

Schaubild 1



Wahrnehmung von ehrenamtlichen Tätigkeiten einschließlich dazugehöriger Wegezeiten und die verbleibenden 10% für die direkte Pflege und Betreuung im Rahmen der sozialen Hilfeleistungen aufgebracht. An den Tagen, an denen ehrenamtliche Tätigkeiten/soziale Hilfe wahrgenommen werden, belasten sie das Zeitkonto der Ausübenden jedoch mit durchschnittlich zwei bis zweieinhalb Stunden. Daran zeigt sich, wie wenig aussagefähig globale Durchschnittszahlen sein können.

2.2 Ehrenamtliche Tätigkeiten im Überblick

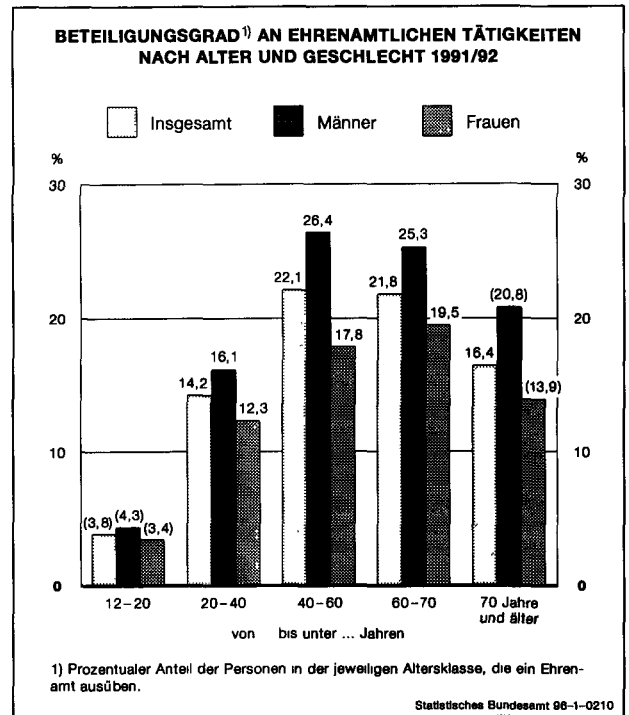
In Deutschland übten 1991/92 rund 12 Mill. Personen ab 12 Jahren ein Ehrenamt aus. Dies sind gut 17% der Bevölkerung. Männer sind mit 20% gegenüber Frauen (15%) stärker in ehrenamtliche Tätigkeiten eingebunden. Da Frauen bei sozialen Hilfeleistungen aktiver sind als Männer, dürfte der Beteiligungsgrad von Frauen für Ehrenamt und soziale Hilfe zusammen etwas näher am Beteiligungsgrad der Männer liegen.⁸⁾ In Wohngemeinden mit 2000 bis 10000 Einwohnern besteht bei einem Beteiligungsgrad von 20% die größte Neigung zu ehrenamtlichen Tätigkeiten. Dagegen sind in Großstädten mit über 500000 Einwohnern lediglich 14% der Bevölkerung engagiert.

Deutliche Unterschiede gab es 1991/92 zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Mit knapp 20% lag der Beteiligungsgrad an ehrenamtlichen Tätigkeiten im früheren Bundesgebiet mehr als doppelt so hoch wie in den neuen Bundesländern (9%). Dies dürfte auf den Umbruch der Lebensverhältnisse im Osten Deutschlands zurückzuführen sein. Sowohl in den neuen Ländern als auch im früheren Bundesgebiet sind Männer häufiger an ehrenamtlichen Tätigkeiten beteiligt als Frauen.

Die Personen ab 12 Jahren, die ehrenamtlich tätig sind, verwenden in Deutschland im Durchschnitt hierfür rund 4½ Stunden wöchentlich (ohne Wegezeiten), wobei Männer mit rund 5 Stunden mehr als eine Stunde länger als Frauen (3¾ Stunden) ein Ehrenamt ausüben. Die Wegezeiten im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Aufgabe erhöhen den wöchentlichen Zeitaufwand nochmals um durchschnittlich rund 20%. Eine genaue Zuordnung von Wegezeiten zu ehrenamtlichen Tätigkeiten ist nicht möglich, da Wegezeiten zu ehrenamtlichen Tätigkeiten und sozialer Hilfe nur zusammen erfaßt wurden.

2.3 Ehrenamtliche Tätigkeiten nach Altersklassen

Je nach Alter der Personen gibt es deutliche Unterschiede bei der Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten (siehe Schaubild 2). Im Alter von 40 bis unter 70 Jahren ist das Engagement am größten. Bei Männern sind die 40- bis unter 60jährigen am aktivsten (Beteiligungsgrad über 26%). Die jüngeren Männer (Altersklasse 20 bis unter 40 Jahren) sind dagegen mit einer Beteiligung von rund 16% weniger engagiert. Familiäre Belastungen in der Aufbauphase der Familie, die Positionierung im Beruf, aber auch das altersbedingte Freizeitverhalten dürften Gründe für das geringere Engagement in dieser Altersklasse sein. Für Frauen, die durchweg eine geringere Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten gegenüber Männern aufweisen, ist die Entwicklung im Altersverlauf ähnlich. Allerdings erreichen Frauen nach einem kontinuierlichen Anstieg erst in der Altersklasse von 60 bis unter 70 Jahren mit 19,5% ihren höchsten Beteiligungsgrad. Soziale Hilfeleistungen,



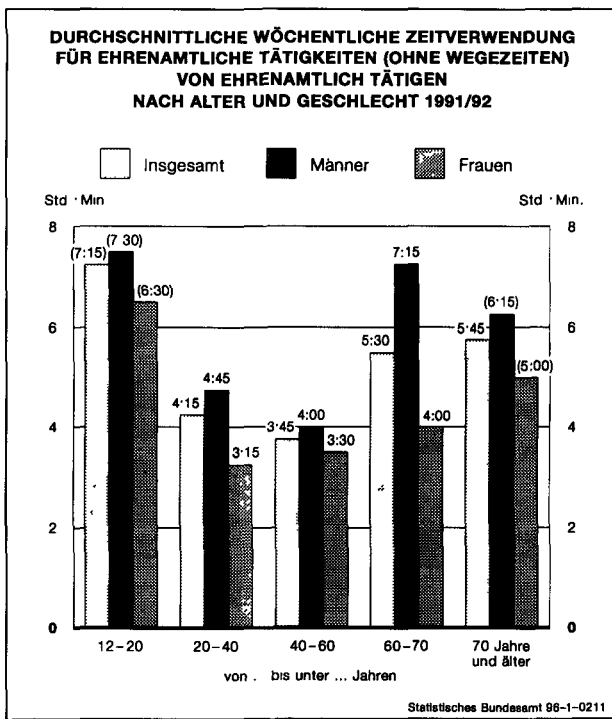
die vor allem bei Frauen zwischen 60 und 70 Jahren Gewicht haben, sind dabei nicht einmal berücksichtigt. Bei Frauen in dieser Altersklasse macht der durchschnittliche Zeitaufwand für soziale Hilfe rund ein Viertel — gegenüber lediglich 10% im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung — des Zeitaufwandes für soziale Hilfe und Ehrenamt zusammen aus. Nicht zuletzt die familiäre Situation — die Kinder sind in der Regel aus dem Haus — und auch die Suche nach neuen sozialen Kontakten dürften für das größere Engagement der 60- bis unter 70jährigen Frauen verantwortlich sein.⁹⁾ Entscheidend für den Rückgang der Beteiligung bei Personen ab 70 Jahren dürfte die nachlassende körperliche Belastbarkeit sein, wobei jedoch zu beachten ist, daß das Engagement in dieser Altersgruppe größer ist als bei den 20- bis unter 40jährigen.

Das Bild ändert sich, wenn statt des Beteiligungsgrades nach Altersklassen der durchschnittliche wöchentliche Zeitaufwand — ohne Wegezeiten — der ehrenamtlich Aktiven betrachtet wird (siehe Schaubild 3). Hier sind die Jugendlichen, gefolgt von den über 60jährigen, zeitlich am stärksten engagiert. Die über 60jährigen sind mit durchschnittlich rund 5½ Stunden durch ein Ehrenamt wesentlich stärker beansprucht als die 40- bis unter 60jährigen (3¾ Stunden). Es zeigt sich hier, daß zwar die Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Gruppe der 40- bis unter 60jährigen am höchsten ist, aber nicht zuletzt die zeitliche Beanspruchung durch Beruf und Familie dazu führt, daß die Beteiligten im Durchschnitt nicht soviel Zeit für Ehrenämter aufwenden wie die Älteren oder die Ju-

⁸⁾ Im Gegensatz zu ehrenamtlichen Tätigkeiten sind Frauen bei sozialer Hilfe im Sozial- und Gesundheitsbereich überdurchschnittlich engagiert. Siehe hierzu u. a. Institut für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, a. a. O., S. 20 und Roth, S./Simoneit, G.: „Vergesellschaftung durch ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich“, S. 145 ff., in Kohli, M. u. a. „Engagement im Ruhestand. Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby“, 1993

⁹⁾ Zu möglichen Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement siehe zum Beispiel Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): „Transferleistungen von Älteren“, 1995, S. 71 ff

Schaubild 3



gendlichen. Die Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten und der tatsächliche Zeitaufwand der Engagierten haben somit unterschiedliche Ursachen. Für den Zeitaufwand dürfte vor allem die zur Verfügung stehende Zeit, das heißt die nicht durch andere Aktivitäten gebundene Zeit, maßgebend sein; für den Beteiligungsgrad aber auch die Einbindung in soziale Bezüge — insbesondere durch Kinder. Durch die Gegenüberstellung von Zeit und Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten ermöglicht die Zeitbudgeterhebung ein zusätzliches Analysefeld. So sagt ein hoher Beteiligungsgrad nichts darüber aus, ob die tatsächlich ehrenamtlich Tätigen in der jeweiligen Personengruppe auch vergleichsweise viel an Zeit für ihr Engagement aufwenden.

2.4 Ehrenamtliche Tätigkeiten nach Haushaltstypen

Eine wichtige Voraussetzung für ehrenamtliche Tätigkeiten ist die (frei) verfügbare Zeit. Bei Menschen, deren Zeit zum Beispiel stark durch Erwerbsarbeit oder familiäre Verpflichtungen — wie die Betreuung von Kindern — beansprucht wird, dürfte weniger Zeit für andere Aktivitäten verbleiben. Wie anhand ausgewählter Haushaltstypen in Tabelle 1 gezeigt wird, führt dies jedoch nicht dazu, auf ehrenamtliche Aktivitäten zu verzichten. Im Gegenteil, Erwachsene im Haushaltstyp „Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren“ weisen im Durchschnitt mit 20,7% eine höhere Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten auf als Ehepartner ohne Kinder (18,2%) und Alleinlebende (19,9%). Ist das jüngste Kind unter 6 Jahre alt, so ist das Engagement der Erwachsenen mit 17,4% jedoch deutlich geringer. Die Doppelbelastung durch kleine Kinder und die Erwerbstätigkeit beider Ehepartner reduziert nochmals die Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten auf gut 16% aller Erwachsenen in Haushalten mit kleinen Kindern. Erwachsene im Haushalt von Ehepaaren mit jüngstem Kind zwi-

Tabelle 1. Beteiligungsgrad¹⁾ an ehrenamtlichen Tätigkeiten von Personen ab 18 Jahren nach ausgewählten Haushaltstypen und Geschlecht 1991/92

Prozent

Haushaltstyp	Insgesamt	Männer	Frauen
Alleinlebende	19,9	(23,4)	(18,4)
Ehepaare ohne Kinder	18,2	22,9	13,3
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren	20,7	22,7	18,4
Ehepaare mit jüngstem Kind			
6 bis unter 18 Jahren	23,1	24,5	21,4
darunter:			
ein Ehepartner erwerbstätig	24,3	24,8	23,9
beide Ehepartner erwerbstätig	22,5	24,8	(19,6)
Ehepaare mit jungstem Kind			
unter 6 Jahren	17,4	20,3	14,4
darunter:			
ein Ehepartner erwerbstätig	18,6	(23,5)	(14,5)
beide Ehepartner erwerbstätig	16,2	(18,1)	(13,6)
Alleinerziehende mit Kindern			
unter 18 Jahren	(17,4)	/	/

¹⁾ Prozentualer Anteil der Personen ab 18 Jahren im jeweiligen Haushaltstyp, die ein Ehrenamt ausüben.

schen 6 bis unter 18 Jahren sind dagegen zu gut 23% ehrenamtlich aktiv. Aufgrund der im Vergleich zu Ehepaaren ohne Kinder und Alleinlebenden überraschend hohen Bereitschaft zu ehrenamtlichen Tätigkeiten von Erwachsenen in Familien mit Kindern — dies gilt durchaus auch für Alleinerziehende — kann vermutet werden, daß sich trotz zeitlicher Belastung durch Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit die Kinder und die damit verbundene Einbindung in ein durch Kinder geprägtes soziales Umfeld positiv auf das Engagement für die Gesellschaft auswirken.¹⁰⁾ So dürften Kinder oft Auslöser für die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit der Eltern im Kindergarten, in der Schule oder auch in Vereinen sein.

Obwohl bei Ehepaaren mit Kindern im allgemeinen zumindest der Mann erwerbstätig ist, liegt der Beteiligungsgrad für Männer zumeist deutlich über dem der Frauen — vor allem bei Ehepaaren mit nur einem erwerbstätigen Ehepartner und Kindern unter 6 Jahren. Gründe hierfür dürften die Aufteilung der familiären Aufgaben und ein traditionelles Rollenverständnis sein. Außerhäusliche Funktionen werden eher von Männern wahrgenommen. In Haushalten von Ehepaaren ohne Kinder sind die geschlechterspezifischen Unterschiede noch größer.

Die durchschnittliche wöchentliche Zeitverwendung für ehrenamtliche Tätigkeiten von ehrenamtlich tätigen Erwachsenen liegt in Haushalten mit Kindern zumeist zwischen 3 und 5 Stunden in der Woche (siehe Tabelle 2 auf S. 264). Wegezeiten für die Ausübung eines Ehrenamtes, die die Zeit nochmals um rund 20% erhöhen würden, sind dabei nicht berücksichtigt. Ehrenamtlich tätige Erwachsene in Haushalten mit Kindern sind im allgemeinen zeitlich etwas kürzer ehrenamtlich engagiert als Alleinlebende und Ehepartner ohne Kinder. Alleinlebende sind durchschnittlich 4 Stunden wöchentlich und Ehepartner ohne Kinder 4½ Stunden ehrenamtlich tätig. Dagegen verwenden Erwachsene im Haushaltstyp „Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren“ mit 3¾ Stunden und Alleinerziehende mit

¹⁰⁾ Siehe auch Braun, J.: „Einschätzungen zum sozialen Engagement in der Bevölkerung“ in Sozialer Fortschritt 1—2/1987, S 24

Tabelle 2: Durchschnittliche wöchentliche Zeitverwendung für ehrenamtliche Tätigkeiten (ohne Wegezeiten) von ehrenamtlich Tätigen ab 18 Jahren nach ausgewählten Haushaltstypen und Geschlecht 1991/92
Stunden . Minuten

Haushaltstyp	Insgesamt	Männer	Frauen
Alleinlebende	4.00	(5:15)	(3:30)
Ehepaare ohne Kinder	4:30	5:00	3:45
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren	3:45	4:00	3:30
Ehepaare mit jungstem Kind 6 bis unter 18 Jahren	3:45	4:00	3:30
darunter:			
ein Ehepartner erwerbstätig	4:30	4:00	5:15
beide Ehepartner erwerbstätig	3:15	4:00	(2:15)
Ehepaare mit jungstem Kind unter 6 Jahren	3:30	3:45	3:15
darunter:			
ein Ehepartner erwerbstätig	3:45	(4:00)	(3:30)
beide Ehepartner erwerbstätig	3:15	(3:45)	(2:45)
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	(4:00)	/	/

4 Stunden in der Woche etwas weniger an Zeit für die Ausübung ihres Ehrenamtes. Ist das jüngste Kind bei Ehepaaren noch keine 6 Jahre alt, so reduziert sich die durchschnittliche Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten auf 3½ Stunden und bei der Erwerbstätigkeit beider Ehepartner dann sogar auf 3¼ Stunden wöchentlich. Auf den zeitlichen Umfang an ehrenamtlichen Tätigkeiten scheint sich die zeitliche Beanspruchung durch familiäre Verpflichtungen und erwerbsgebundene Zeiten — wenn auch in geringem Ausmaß — negativ auszuwirken. Wie der Beteiligungsgrad ist auch die durchschnittliche Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten bei Männern im allgemeinen höher als bei Frauen. Lediglich bei Ehepaaren mit Kindern von 6 bis unter 18 Jahren und nur einem erwerbstätigen Ehepartner sind Frauen zeitlich länger ehrenamtlich engagiert als Männer.

2.5 Ehrenamtliche Tätigkeiten nach sozialer Stellung

Im Durchschnitt sind Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten, mit gut 18% in größerem Umfang ehrenamtlich tätig als Personen, die nicht erwerbstätig sind oder nur einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen (siehe Tabelle 3). Innerhalb der

Tabelle 3: Beteiligungsgrad¹⁾ an ehrenamtlichen Tätigkeiten von Personen ab 12 Jahren nach sozialer Stellung und Geschlecht 1991/92
Prozent

Soziale Stellung	Insgesamt	Männer	Frauen
Erwerbstätige zusammen ²⁾	18,2	21,6	12,6
darunter:			
Selbständige	25,9	29,6	/
Beamten/Beamte	31,9	36,2	(23,2)
Angestellte	18,2	24,2	13,4
Arbeiter/-innen	15,0	16,9	/
Nichterwerbstätige zusammen ³⁾	16,0	16,9	15,6
darunter:			
Rentner/-innen, Pensionärinnen/Pensionäre	19,2	22,5	17,0
Arbeitslose	(12,7)	/	/
Hausfrauen/Hausmänner	18,6	/	18,6
Schüler/-innen, Studierende	(6,3)	(7,2)	(5,3)

¹⁾ Prozentualer Anteil der Personen ab 12 Jahren nach sozialer Stellung, die ein Ehrenamt ausüben. — ²⁾ Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit bestreiten. — ³⁾ Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus Erwerbstätigkeit bestreiten.

Gruppe der Erwerbstätigen gibt es je nach beruflicher Stellung jedoch deutliche Unterschiede: Mit einer Beteiligung von fast 32% sind Beamtinnen und Beamte, gefolgt von Selbständigen (26%), ehrenamtlich am engagiertesten Angestellte und Arbeiter/-innen beteiligen sich mit 18 bzw. 15% in geringerem Umfang an ehrenamtlichen Tätigkeiten. Gerade innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen gilt, daß Männer häufiger ehrenamtlich engagiert sind als Frauen: 21,6% der Männer sind ehrenamtlich aktiv gegenüber 12,6% der Frauen. Diese geschlechterspezifischen Unterschiede ziehen sich durch alle Berufsgruppen.

In der Gruppe der nichterwerbstätigen Personen sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gering: 17% der nichterwerbstätigen Männer und fast 16% der nichterwerbstätigen Frauen üben ehrenamtliche Tätigkeiten aus. Je nach sozialer Stellung gibt es allerdings deutliche Unterschiede. So sind 22,5% aller Rentner ehrenamtlich aktiv und 17% aller Rentnerinnen. Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen stellen mit einem Beteiligungsgrad von gut 19% zusammen mit Hausfrauen und Hausmännern (18,6%) unter den Nichterwerbstätigen die ehrenamtlich engagierteste Gruppe. Arbeitslose sind lediglich zu knapp 13% ehrenamtlich aktiv und Schüler/-innen und Studierende — bei denen jedoch vieles für eine signifikante Untererfassung spricht — nur zu gut 6%.

Die Neigung, sich ehrenamtlich zu betätigen, ist auch abhängig vom Bildungsabschluß. Zwischen 27 und 30% der Personen mit einer Meister- oder Techniker Ausbildung sowie einem Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluß engagieren sich. Dagegen liegt der Beteiligungsgrad bei einer Lehr- oder Anlernausbildung oder einem gleichwertigen Berufsfachschulabschluß nur bei 17%. Personen ohne beruflichen Ausbildungsabschluß — darunter fallen auch alle jungen Menschen ab 12 Jahre, die sich noch in der Ausbildung befinden — sind sogar nur zu 9% ehrenamtlich tätig.

Bei der Gruppe der ehrenamtlich engagierten Erwerbstätigen fällt auf, daß die Gruppe der Beamten im Durchschnitt mit 5½ Stunden wöchentlich — Männer 6 Stunden und Frauen 4 Stunden — weitaus mehr an Zeit für ehrenamt-

Tabelle 4: Durchschnittliche wöchentliche Zeitverwendung für ehrenamtliche Tätigkeiten (ohne Wegezeiten) von ehrenamtlich Tätigen ab 12 Jahren nach sozialer Stellung und Geschlecht 1991/92
Stunden . Minuten

Soziale Stellung	Insgesamt	Männer	Frauen
Erwerbstätige zusammen ¹⁾	3:45	4:00	2:45
darunter:			
Selbständige	3:15	3:15	/
Beamten/Beamte	5:30	6:00	(4:00)
Angestellte	3:15	4:00	2:15
Arbeiter/-innen	3:15	3:30	/
Nichterwerbstätige zusammen ²⁾	5:15	7:15	4:15
darunter:			
Rentner/-innen, Pensionärinnen/Pensionäre	5:30	7:15	3:45
Arbeitslose	(4:00)	/	/
Hausfrauen/Hausmänner	4:45	/	4:45
Schüler/-innen, Studierende	(6:00)	(7:00)	(5:00)

¹⁾ Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit bestreiten. — ²⁾ Personen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus Erwerbstätigkeit bestreiten.

liche Tätigkeiten aufwendet als Personen in anderen Berufsgruppen (siehe Tabelle 4) Ehrenamtlich tätige Arbeiter/-innen, Angestellte und Selbständige engagieren sich lediglich 3¼ Stunden. Rentnerinnen und Rentner, Pensionärinnen und Pensionäre sowie Schüler/-innen und Studierende sind in der Gruppe der Nichterwerbstatigen mit durchschnittlich 5½ bzw. 6 Stunden in der Woche zeitlich am längsten in ihrem Ehrenamt aktiv. In beiden Gruppen wenden Männer mehr Zeit für Ehrenämter auf als Frauen. Ehrenamtlich tätige Hausfrauen wenden im Durchschnitt 4¾ Stunden für ihr Ehrenamt auf.

3 Makroökonomische Bewertung ehrenamtlicher Tätigkeiten und sozialer Hilfe

Die durch das ehrenamtliche Engagement geleistete Arbeit ist in der im Bruttoinlandsprodukt ausgedrückten gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung genauso wenig enthalten wie andere von privaten Haushalten geleistete unbezahlte Arbeiten.¹¹⁾ Im Kontext der Diskussion um die gesellschaftliche Bewertung der Arbeiten im Haushalt wurde in den letzten Jahren jedoch zunehmend von politischer, wissenschaftlicher und öffentlicher Seite gefordert, unbezahlte Arbeit der privaten Haushalte in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzubeziehen. Bisher blieben diese Leistungen in der Wirtschaftsberichterstattung unsichtbar. Die Sichtbarmachung dieser Leistungen kann als ein Beitrag gesehen werden, der unbezahlten Arbeit mehr gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen. Nach den bisherigen Diskussionen besteht jedoch Konsens darin, auch in Zukunft die unbezahlten Arbeiten der privaten Haushalte nicht in die Inlandsproduktberechnung einzubeziehen. Eine Einbeziehung wäre nur mit großen statistischen Problemen und Fehlerspielräumen möglich, so daß das Inlandsprodukt dann für die kurz- und mittelfristige Wirtschaftsanalyse kaum noch aussagefähig wäre. Dagegen bietet das vom Statistischen Bundesamt konzipierte „Satellitensystem Haushaltsproduktion“ zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Möglichkeit, Haushaltsproduktion und Inlandsproduktberechnung monetär zu verknüpfen, ohne die bisherigen Verwendungszwecke des Sozialprodukts zu gefährden.

Zur Operationalisierung der unbezahlten Arbeit der privaten Haushalte (Haushaltsproduktion) wird international üblicherweise das Dritt-Personen-Kriterium verwandt. Danach gehören zur Haushaltsproduktion alle Aktivitäten, die auch von Dritten gegen Bezahlung übernommen werden können (Substitution).¹²⁾ Bezogen auf die in der Zeitbudgeterhebung erfaßten Aktivitäten sind dies hauswirtschaftliche und handwerkliche Tätigkeiten, die Pflege und Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie ehrenamtliche Tätigkeiten/soziale Hilfe. Durchschnittlich betrug der Umfang der unbezahlten Leistungen 1991/92 für alle Personen ab 12 Jahren im früheren Bundesgebiet knapp 4 Stunden täglich, wobei Frauen mit etwa 5 Stunden fast

doppelt soviel unbezahlte Arbeit leisteten wie Männer mit 2¾ Stunden. In den neuen Ländern und Berlin-Ost sind diese Zahlen ähnlich. Frauen arbeiteten im Durchschnitt gleichfalls knapp 5 Stunden unbezahlt und Männer 3 Stunden. Für das Jahr 1992 ergab sich für das gesamte Bundesgebiet ein Jahresvolumen von 95,5 Mrd. Stunden an unbezahlter Arbeit. Rund 4% davon entfielen auf ehrenamtliche Tätigkeiten und soziale Hilfe, 76% auf hauswirtschaftliche Tätigkeiten, 11% auf die Pflege und Betreuung von Personen und 9% auf handwerkliche Tätigkeiten. Der unbezahlten Arbeit standen 1992 in Deutschland 60 Mrd. Stunden an Erwerbsarbeit sowie 10 Mrd. Stunden an Wegezeiten und Arbeitsuche für die Erwerbstätigkeit gegenüber.

Die monetäre Bewertung von unentgeltlichen Leistungen ist ein schwieriges Unterfangen, bei dem es keine richtigen oder falschen, sondern mit Blick auf die Untersuchungsziele allenfalls zweckmäßige Bewertungsverfahren gibt. Im Satellitensystem Haushaltsproduktion steht die Bewertung unbezahlter Arbeit mit dem Ziel der monetären Quantifizierung der damit verbundenen Wertschöpfung im Vordergrund. Damit soll die Produktion von Waren und Dienstleistungen unabhängig vom „gesellschaftlichen Nutzen“ dieser Güter bewertet werden. So ist es im Satellitensystem nicht möglich, den „gesellschaftlichen Wert“ von ehrenamtlicher Altenpflege oder der Leitung von Selbsthilfegruppen wie den Anonymen Alkoholikern zu quantifizieren. Das Satellitensystem ist ungeeignet, wenn Wert im Sinne von Einsparungen bei Sozialleistungen, politischer Beteiligung oder Zufriedenheit der Gesellschaftsmitglieder verstanden wird. Eine umfassende politische Bewertung von ehrenamtlicher Arbeit kann somit im Satellitensystem nicht erbracht werden. Das Auseinanderfallen unterschiedlicher Wertebegriffe betrifft aber nicht nur den Bereich ehrenamtliche Tätigkeiten/soziale Hilfe, sondern auch die unbezahlte Arbeit für den eigenen Haushalt. Auch dort wird nur dem güterwirtschaftlichen Versorgungsaspekt Rechnung getragen. So interessiert beispielsweise bei einem selbstgebackenen Geburtstagskuchen allein der ökonomische (Tausch-)Wert, nicht dagegen die Freude am persönlich Geschaffenen. Die ökonomische Betrachtung der Haushaltsproduktion hat eindeutige Grenzen: Weder kann dem bedarfswirtschaftlichen, personalen und emotionalen Aspekt der Haushaltsproduktion vollständig Rechnung getragen werden, noch ermöglicht das Satellitensystem alleine eine umfassende gesellschaftliche bzw. politische Bewertung der unbezahlten Arbeit der privaten Haushalte.

Im Satellitensystem Haushaltsproduktion kann somit nur ein „Marktwert“ für die unbezahlte ehrenamtliche Arbeit geschätzt werden. Die Berechnung dazu erfolgt inputorientiert, das heißt die in der Zeitbudgeterhebung ermittelten Arbeitszeiten werden mit geeigneten Stundenlohnsätzen multipliziert. Aussagen zur Arbeitsproduktivität oder dazu, ob Haushalte effizienter produzieren als entsprechende Markteinheiten, können nicht gewonnen werden. Dazu wäre es notwendig, die im Haushalt produzierten Waren und Dienstleistungen mit entsprechenden Marktpreisen zu bewerten. Gerade bei ehrenamtlichen Tätigkeiten/sozialer Hilfe ist dies statistisch jedoch nur

¹¹⁾ Siehe Lutz, H. „Private Haushalte im makroökonomischen Nachweis“ in Rapin, H. (Hrsg.) „Der private Haushalt im Spiegel sozialempirischer Erhebungen“, 1990, S. 126ff.
¹²⁾ Siehe Fußnote 3, S. 598ff.

schwer — wenn überhaupt — zu realisieren, wie am Beispiel ehrenamtlich tätiger Politiker deutlich wird: Ein Marktpreis für die politische Selbstbestimmung als Element einer demokratischen Gesellschaft dürfte wohl kaum zu ermitteln sein.

Aus makroökonomischer Sicht sollte eine Bewertung der unbezahlten Arbeitszeit mit tatsächlich vorhandenen Marktlohnsätzen erfolgen. Es wird dabei eine Verlagerung der unbezahlten Arbeit auf bezahlte Arbeitskräfte unterstellt (Substitution). Die in der Zeitbudgeterhebung erfaßten unbezahlten Arbeiten sind jedoch sehr unterschiedlicher Art. Es gehören dazu typische hauswirtschaftliche Tätigkeiten wie Kochen, Waschen oder Putzen, Do-it-yourself-Tätigkeiten, die Betreuung von Kleinkindern sowie die Pflege von Schwerkranken und auch die vielfältigsten Formen ehrenamtlichen Engagements. Ein möglicher Ansatz, diese unterschiedlichen Arbeiten zu bewerten, besteht darin, die einzelnen Tätigkeiten mit entsprechenden Marktlohnsätzen von Berufstätigen, die ähnliche Tätigkeiten gegen Bezahlung ausüben, zu bewerten (z. B. Küchenangestellte, Handwerker/-innen, Erzieher/-innen, bezahlte Arbeitskräfte in Wohlfahrtsverbänden).

Neben dem Bewertungsansatz muß geklärt werden, welches Stundenlohnkonzept der Bewertung zugrunde gelegt werden soll. Dabei zeigt sich, daß der Auswahl des Stundenlohnkonzeptes quantitativ große Bedeutung zukommt. Ausgangspunkt der Berechnung sind die effektiven Jahreseinkommen, die auch unregelmäßige Lohnbestandteile (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Gratifikationen usw.) einschließen. Um aus den Jahreseinkommen Stundenlöhne zu ermitteln, werden die Jahreseinkommen durch die im Jahr 1992 tatsächlich von der jeweiligen Berufsgruppe geleistete jährliche Arbeitszeit dividiert. Entscheidend für die Höhe der Stundenlöhne ist, ob bei den effektiven Einkommen Brutto- oder Nettolöhne herangezogen werden. Dahinter verbergen sich zwei unterschiedliche Ansatzpunkte: Ausgehend vom Substitutionsgedanken könnte gefragt werden, was beispielsweise die Anstellung bezahlter Arbeitskräfte den Haushalt bzw. bei ehrenamtlichen Tätigkeiten/sozialer Hilfe die Gesellschaft kosten würde. Aus dieser Perspektive müßten zum Jahresbruttolohn sogar noch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung addiert werden, um die Lohnkosten von Ersatzkräften zu erfassen. Andererseits könnte gefragt werden, was Arbeitskräfte, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, netto dafür bekommen. Methodisch ist sowohl eine Bewertung der unbezahlten Arbeit mit effektiven Netto- als auch effektiven Bruttostundenlöhnen (einschl. der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) denkbar. Die beiden Stundenlohnkonzepte ergeben für die Bewertung ehrenamtlicher Arbeit deutliche quantitative Unterschiede.

Wie bereits erwähnt, sind die in der Zeitbudgeterhebung erfaßten ehrenamtlichen Arbeiten sehr unterschiedlicher Art. Sie reichen von Managementtätigkeiten über direkte Pflege und Betreuung von Personen bis hin zu Hilfstätigkeiten von Schülerinnen und Schülern in Sportvereinen. Als Hilfsgröße zur Bewertung dieser Tätigkeiten können die tatsächlich gezahlten Stundenlöhne an Arbeitskräfte aus den Bereichen von Organisationen der freien Wohl-

fahrtspflege, der Sport- und Jugendpflege sowie politischer Parteien und anderer Organisationen ohne Erwerbsscharakter herangezogen werden. Der durchschnittliche Nettostundenlohn von bezahlten Arbeitskräften aus diesen Bereichen beträgt nach einer auf der Beschäftigtenstatistik aufbauenden Modellrechnung im früheren Bundesgebiet im Jahr 1992 rund 23 DM und der durchschnittliche Bruttostundenlohn einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung rund 39 DM. Damit liegen diese Lohnsätze zum Teil deutlich höher als beispielsweise Marktlohnsätze zur Bewertung der — im Rahmen der Haushaltsproduktion — quantitativ erheblich gewichtigeren hauswirtschaftlichen Tätigkeiten (z. B. Löhne von Hausangestellten, Köchinnen/Köchen) oder auch von Arbeitskräften für den Bereich Pflege und Betreuung von Personen (z. B. Erzieher/-innen, Pflegeberufe).¹³⁾

Je nachdem, welches der beiden Stundenlohnkonzepte der Bewertung zugrunde gelegt wird, liegt der Schätzwert für die ehrenamtlich geleistete Arbeitszeit im Jahr 1992 im früheren Bundesgebiet bei rund 75 Mrd. DM bzw. rund 130 Mrd. DM. Aufgrund der geringeren zeitlichen Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements in den neuen Ländern und Berlin-Ost liegt der Schätzwert ehrenamtlicher Arbeit dort lediglich bei etwa 5% des Wertes im früheren Bundesgebiet.

Welches der beiden Konzepte drückt nun am besten den „ökonomischen Wert“ ehrenamtlicher Arbeit aus? Die Beantwortung dieser Frage ist abhängig vom Analyseziel. Wird nach einem Nettoeinkommen ehrenamtlich tätiger Personen gefragt, müßte eine Bewertung mit Nettostundenlöhnen zugrunde gelegt werden. Würde dagegen die Frage im Mittelpunkt stehen, wie hoch die Kosten wären, wenn die ehrenamtlich geleisteten Arbeiten auf bezahlte Arbeitskräfte verlagert werden müßten, so erscheint die Bewertung mit Bruttolöhnen (einschl. der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) von bezahlten Arbeitskräften, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, angemessener. Unabhängig vom Bewertungsansatz zeigt sich aber, daß dem ehrenamtlichen Engagement auch ökonomisch eine große Bedeutung zukommt. Die Beantwortung der Frage nach dem „gesellschaftlichen Wert“ der für ehrenamtliches Engagement aufgewendeten Zeit geht jedoch weit über die ökonomische Betrachtung hinaus.

Dipl.-Volkswirt Norbert Schwarz

¹³⁾ Siehe Fußnote 3, S. 605

Berechnung des Privaten Verbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach der Verwender- und der Lieferantenmethode

Vorbemerkung

Der Private Verbrauch umfaßt den Wert von Waren und Dienstleistungen, die inländische private Haushalte für ihren Verbrauch oder ihre Nutzung kaufen, sowie die von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unentgeltlich bereitgestellten Dienstleistungen. Er kann prinzipiell entweder anhand der Käufe privater Haushalte auf der Grundlage von Haushaltsbefragungen oder anhand von Angaben der Lieferanten über ihre Verkäufe an private Haushalte berechnet werden. Sinnvoll ist die Berechnung nach beiden Wegen. Als Ergebnis der ersten Variante erhält man unmittelbar die Angaben über die Käufe der inländischen Haushalte nach Verwendungszwecken. Die andere Variante erfordert eine Schätzung der Anteile der Käufe für den Privaten Verbrauch am Umsatz jedes Lieferanten. Dabei erhält man zunächst die Summe der Käufe im Inland. Von dieser Summe sind die Ausgaben ausländischer Haushalte im Inland abzuziehen und die Käufe der inländischen privaten Haushalte in der übrigen Welt hinzuzusetzen. Die von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unentgeltlich bereitgestellten Dienstleistungen werden in beiden Varianten getrennt berechnet und hinzugefügt.

Im früheren Bundesgebiet wird von jeher primär die Lieferantenmethode angewandt, da die Datenbasis über die Lieferbereiche besser ist als die aus Haushaltsbefragungen. Die im fünfjährigen Turnus stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) sind für die laufenden Rechnungen nicht nutzbar, da die Ergebnisse erst sehr spät vorliegen. Die laufenden Wirtschaftsrechnungen erfassen nur eng definierte Haushaltstypen und sind deshalb auch nur sehr eingeschränkt für die Berechnung des Privaten Verbrauchs verwendbar. Wie bereits erwähnt, ist die Zuverlässigkeit der Ergebnisse aus Unternehmensbefragungen im allgemeinen höher einzuschätzen als solche aus Haushaltsbefragungen. Insbesondere liegen für die wichtigsten Lieferanten des Privaten Verbrauchs, den Einzelhandel, das Handwerk und das Gastgewerbe, monatliche oder vierteljährliche Umsatzindikatoren vor. Insgesamt werden nach diesem Rechenansatz rund 350 Lieferbereiche unterschieden, die um neun Sonderrechnungen für bestimmte Güterarten ergänzt werden. Anschließend wird für jeden Lieferbereich eine Aufgliederung nach Verwendungszwecken entsprechend der Sy-

stematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA), Ausgabe 1983, vorgenommen.¹⁾

Diese umfangreiche Datenbasis, die fast das gesamte statistische System von monatlichen, vierteljährlichen oder jährlichen Erhebungen umfaßt, war unmittelbar nach der deutschen Vereinigung in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht vorhanden. Es gab vor allem im ersten Jahr nach der Vereinigung noch große Lücken im Datensystem, die eine Berechnung nach dem Lieferantenansatz nicht zuließen. So wurde in den neuen Ländern zunächst der Weg über die Auswertung der Haushaltsbefragungen gegangen. Parallel dazu wurden nach und nach die Grundlagen für den Lieferantenansatz geschaffen, um eine gesamtdeutsche Berechnung zu ermöglichen.

Berechnung des Privaten Verbrauchs in den neuen Ländern aufgrund von Ergebnissen der Haushaltsbefragungen

Im Statistikanpassungsgesetz vom 26. März 1991²⁾ war festgelegt worden, daß die Statistik des Haushaltsbudgets in den neuen Ländern und Berlin-Ost befristet bis Ende 1992 weiterzuführen war. Diese Statistik erfaßte schon in der ehemaligen DDR die Einnahmen der privaten Haushalte und ihre Ausgaben für den Kauf von Waren und Dienstleistungen nach Verwendungszwecken sowie die Veränderung der Spar- und anderer Guthaben anhand freiwillig auszufüllender Haushaltsbücher. In den Jahren 1991 und 1992 nahmen durchschnittlich 2500 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte, 400 Haushalte von ehemaligen Mitgliedern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und 600 Rentnerhaushalte ohne Arbeitseinkommen an der Haushaltsbudgeterhebung teil. Die Befragung wurde monatlich durchgeführt. Ein Ergebnis lag in der Regel drei bis vier Monate nach dem Erhebungsmonat vor. Die drei einbezogenen Haushaltstypen repräsentierten rund 85% aller Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Es fehlten im wesentlichen nur die Selbständigenhaushalte, sonstige Rentnerhaushalte und die Haushalte mit ausländischer Bezugsperson, wobei letztere in den neuen Ländern damals noch eine untergeordnete Rolle spielten.

Entscheidend für die Auswertung der Haushaltsbudgeterhebung als Basis für die Berechnung des Privaten Verbrauchs war, daß es im wesentlichen dieselben Haushalte waren, die schon vor der Vereinigung an der Statistik teilgenommen hatten. Da außerdem die Löhne und Gehälter sowie die Transferleistungen nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 im Verhältnis 1:1 weitergezahlt worden waren, waren die berechneten Angaben für den Privaten Verbrauch vor und nach der Währungsumstellung direkt vergleichbar.

Grundlage für die Hochrechnung von Haushaltsbefragungen sind im allgemeinen die Ergebnisse von Volks-

¹⁾ Siehe Bolleyer, R./Burghardt, M. „Privater Verbrauch im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost“ in WiSta 4/1994, S. 299ff. und Eichmann, W. „Die Berechnung des Privaten Verbrauchs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unter Berücksichtigung aller verfügbaren Quellen“, Sonderheft zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 13/1978

²⁾ Siehe Statistikanpassungsverordnung (StatAV) vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846ff.)

zählungen, die durch Mikrozensusserhebungen jährlich fortgeschrieben werden. Diese sonst übliche Vorgehensweise konnte für die neuen Länder zunächst nicht angewandt werden, da die letzte Volkszählung zu Zeiten der DDR im Jahr 1981 durchgeführt worden war. Statt dessen fand im Sommer 1990 eine Sonderauswertung des sogenannten Einwohnerdatenspeichers statt, die als Grundlage für die Hochrechnung über die Zahl der Haushalte und die Haushaltsgrößenverteilung Auskunft gab. Aus den Mikrozensusserhebungen für 1991 und 1992 erhielt man erste Angaben über die soziale Verteilung der Haushalte und deren Einkommen. In zweierlei Hinsicht mußte der Hochrechnungsrahmen korrigiert werden. Zum einen waren die Abgrenzungskriterien zwischen der Haushaltsbudgeterhebung und dem Mikrozensus in Übereinstimmung zu bringen, und zum anderen mußte der Hochrechnungsrahmen seinerzeit wegen des raschen sozialen Wandels vierteljährlich neu angepaßt werden. Die Haushaltsbudgeterhebung umfaßte Arbeiter-/Angestelltenhaushalte, Haushalte von Mitgliedern ehemaliger landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, Ein- und Zweipersonenhaushalte von Altersrentnern ohne Arbeitseinkommen und schließlich auch Arbeitslosenhaushalte, die sich aus den vorgenannten Haushalten ergaben, wenn die Bezugsperson arbeitslos geworden war. Der Mikrozensus 1991 und 1992 wurde nach diesen vier Haushaltstypen ausgewertet; 1991 repräsentierten sie 86 % aller privaten Haushalte. Die übrigen 14 % entfielen auf Haushalte ehemaliger Produktionsgenossenschaftsmitglieder (zumeist Handwerker), Selbständige, andere Rentenbezieher und sonstige Haushalte, bei denen die Bezugsperson in Vorruhestand war, Altersübergangsgeld bezog oder auch Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Sozialhilfe, BAföG, eigenem Vermögen u.ä. Sie wurden bei der Hochrechnung so gut wie möglich schätzungsweise berücksichtigt, so zum Beispiel die Selbständigen anhand der höheren Nettoeinkommensgruppe der Arbeiter-/Angestelltenhaushalte. Weitaus schwieriger waren die Anpassungen aufgrund des sozialen Wandels. Die infolge der Vereinigung und der Einführung der Marktwirtschaft erhebliche Verschiebung der Sozialstruktur und insbesondere auch

der Haushaltsnettoeinkommensgruppierung ließen eine ausschließliche Anwendung der Stichtagsergebnisse des Mikrozensus für die Hochrechnung nicht sinnvoll sein (siehe Tabelle 1). Deshalb wurde über eine Fort- bzw. Rückbeschreibung anhand von Angaben über die Bevölkerungsbewegung und die Erwerbstätigkeit quartalsweise ein eigener Hochrechnungsrahmen geschätzt.

Das hochgerechnete Ergebnis der Haushaltsbudgeterhebung mußte in einem weiteren Arbeitsschritt an die Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angeglichen werden. Hierbei geht es sowohl um die sogenannten unterstellten Käufe, die durch eine Haushaltsbefragung nicht erfaßt werden können, als auch um jene Bestandteile, die herausgerechnet werden müssen, weil sie zwar von dem einzelnen Haushalt aus gesehen Ausgaben darstellen, gesamtwirtschaftlich aber konsolidiert werden, da sie sich innerhalb des Sektors „Private Haushalte“ abspielen. Bedeutsam sind hier die Käufe bzw. Verkäufe von gebrauchten Gütern, und hier vor allem von gebrauchten Personenkraftwagen. In den Haushaltsbefragungen werden alle Ausgaben für diese Pkw ausgewiesen, unabhängig davon, ob der Kauf bei einem anderen privaten Haushalt oder bei einem Unternehmen, dem Staat oder bei einer Privaten Organisation ohne Erwerbzweck erfolgte. Andererseits wird auf der Einnahmenseite der Wert für die Verkäufe nachgewiesen. Für den Nachweis im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist es erforderlich, die Ausgaben für den Kauf bei einem anderen privaten Haushalt zu eliminieren. Aufgrund der territorial getrennten Abrechnung mußte zusätzlich beachtet werden, daß nur die Käufe bei einem ostdeutschen Haushalt herauszurechnen waren. Grundlage für diese Berechnungen waren die Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes über die Ströme der Besitzumschreibungen. Detailliert wies das Kraftfahrt-Bundesamt die Anzahl der gebrauchten Personenkraftwagen, die zwischen den privaten Haushalten in den alten und neuen Ländern und jeweils zwischen privaten Haushalten auf der einen Seite und den Unternehmen, dem Staat oder einer Privaten Organisation ohne Erwerbzweck auf der anderen Seite

Tabelle 1: Anzahl der Privathaushalte nach der Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf der Bezugsperson sowie Struktur des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens

Neue Länder und Berlin-Ost
Ergebnisse des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Privathaushalte	Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM						Selbständige Landwirte, ohne Angabe
		unter 1000	1000 — 1800	1800 — 2500	2500 — 3000	3000 — 4000	4000 und mehr	
		%						
Mai 1992								
Selbständige	283	3,9	10,6	15,5	11,7	18,7	22,3	17,3
Angestellte und Beamte/Beamtinnen	1 625	2,3	17,2	18,3	13,9	25,7	18,1	4,5
Arbeiter/-innen	1 710	2,7	18,4	27,0	18,6	21,8	7,4	4,1
Erwerbslose	550	28,5	27,5	19,8	8,7	7,3	1,8	6,4
Nichterwerbspersonen	2 489	25,2	39,3	21,7	5,5	3,8	1,2	3,2
Insgesamt ..	6 657	13,3	26,3	21,8	11,4	14,7	8,1	4,4
April 1991								
Selbständige	247	7,7	18,6	20,2	13,4	15,4	8,9	15,8
Angestellte und Beamte/Beamtinnen	1 795	6,8	24,2	27,3	16,6	15,8	6,2	3,1
Arbeiter/-innen	1 999	8,4	29,4	34,0	13,9	9,3	2,5	2,6
Erwerbslose	407	35,6	30,7	17,7	5,9	2,2	0,0	7,9
Nichterwerbspersonen	2 224	50,0	33,0	11,2	2,6	1,5	0,3	1,5
Insgesamt ...	6 672	23,5	28,9	23,1	10,3	8,4	3,1	2,7

gekauft bzw. verkauft worden sind, nach Diese sich daraus für die privaten Haushalte ergebenden sogenannten Nettokäufe wurden mit Durchschnittspreisen bewertet.

Eine andere Form der „Netto“-Rechnung bezieht sich auf die Versicherungsleistungen sowie das Wett- und Lotteriewesen. Bei den Versicherungsleistungen und dem Wett- und Lotteriewesen wird als Privater Verbrauch nur der Saldo aus den Ausgaben für die Prämie bzw. für die Lottoscheine und den rückfließenden Einnahmen aus den Zahlungen der Versicherungsfälle bzw. den Gewinneinlösungen angesehen. In den Haushaltsbefragungen werden ähnlich wie bei den Pkw-Käufen alle Ausgaben, das heißt die Prämienzahlungen und der Wert der Lottoscheine, im Abschnitt Privater Verbrauch nachgewiesen, während die Zahlungen der Versicherungsfälle und die Gewinnausschüttungen auf der Einnahmenseite ausgewiesen werden. Diese Ausgabenpositionen werden deshalb gesondert berechnet und im Ergebnis der Haushaltsbefragung ersetzt.

Entsprechend den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind alle Aufwendungen der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen aus dem Privaten Verbrauch ausgeschlossen, da die Wohnungsvermietung als unternehmerische Tätigkeit angesehen wird. Schönheitsreparaturen zu Lasten der Mieter gehen dagegen in den Privaten Verbrauch ein. Die Statistik des Haushaltsbudgets schloß alle Ausgaben für Tapeten, Farben, Baustoffe und fremde Bauleistungen ein, unabhängig davon, ob es sich um Ausgaben von Eigentümern oder von Mietern handelte. Um einen Schätzansatz für einen getrennten Nachweis der Schönheitsreparaturen und der anderen Aufwendungen zu finden, wurde eine Sonderauswertung der Statistik des Haushaltsbudgets durchgeführt. Es wurde unterstellt, daß die Ausgaben der Mieter den Schönheitsreparaturen und die Ausgaben der Wohnungseigentümer den Vorleistungen der Wohnungswirtschaft bzw. den Investitionen des Wohnungsbaus zugerechnet werden können.

Nachdem diese ersten konzeptionellen Anpassungsschritte getan worden waren, wurden im nächsten Schritt die unterstellten Käufe, die den Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entnommen wurden, hinzugerechnet. Das waren

- der Eigenverbrauch der Landwirtschaft,
- die Bekleidung der Bundeswehr,
- die unterstellte Miete für Eigentümerwohnungen,
- die anteilige private Nutzung von Firmenwagen und
- die „Netto“-Rechnungsergebnisse für die Versicherungsleistungen sowie für das Wett- und Lotteriewesen.

Das so korrigierte hochgerechnete Ergebnis der Haushaltsbudgeterhebung einschließlich der unterstellten Käufe müßte theoretisch dem Privaten Verbrauch entsprechen. Wie aber auch internationale Erfahrungen zeigen, fallen Berechnungen des Privaten Verbrauchs nach dem Lieferantenansatz stets um 10 bis 30% höher aus als die nach der direkten Befragung ermittelten Angaben. Für diese Abweichung gibt es eine

Reihe von Gründen, von denen hier nur einige genannt werden

- ungenauer und fehlerhafter Hochrechnungsrahmen,
- Freiwilligkeit der Teilnahme an Haushaltsbefragungen; dadurch werden Haushalte mit sehr hohem Einkommen und Haushalte von jungen Familien, aber auch Haushalte von Pflegebedürftigen nicht ausreichend repräsentiert,
- die Teilnahme an der Erhebung führt zu mehr Sparbarkeit; die Haushalte kontrollieren ihre Ausgaben,
- Haushalte verschweigen bestimmte Ausgaben, wie zum Beispiel solche für Tabak, Alkohol, Spielbankbesuche usw.,
- Haushalte vergessen kleinere Ausgaben.

Anhand der Ergebnisse von Totalerhebungen mit Auskunftspflicht bei den Lieferanten an private Haushalte wurde für das Jahr 1989 für das Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost der Private Verbrauch berechnet. Dabei wurden entsprechend den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des früheren Bundesgebietes die Daten des Einzelhandels, des dienstleistenden Handwerks, des Verkehrswesens, der Wohnungswirtschaft usw. der ehemaligen DDR aufbereitet und Absatzquoten für den Anteil der Käufe der privaten Haushalte angelegt. Im Ergebnis war der so berechnete Private Verbrauch um fast 23% höher als das hochgerechnete Ergebnis nach der Haushaltsbudgeterhebung.

Für 128 Ausgabenpositionen der Statistik des Haushaltsbudgets wurde der entsprechende Private Verbrauch anhand der Lieferantenmethode ermittelt. Aus dem Vergleich ergaben sich Anpassungskoeffizienten, die angeben, um das Wievielfache das Ergebnis der Haushaltsbefragung zu korrigieren war. Testrechnungen für 1987 und 1988 kamen zu ähnlichen Ergebnissen für diese Positionen. Die meisten Koeffizienten lagen bei einem Durchschnittswert von 1,2, aber auch Werte von 0,9 bis 5,0 kamen vor. Die höchsten Anpassungskoeffizienten errechneten sich mit fast 5,0 bei Getränken in Gaststätten und mit 3,5 bei Arzneimitteln. Es gab auch einige Positionen, deren hochgerechnetes Ergebnis der Haushaltsbefragungen geringfügig größer war als nach der Lieferantenmethode. Das traf bei den Ausgaben für Kaffee, Damenoberbekleidung und Schuhe zu. Der Faktor wich aber nur wenig vom Wert 1 ab, so daß diese Abweichung auch vom Stichprobenfehler herrühren könnte.

Bezogen auf die Berichtsjahre 1991 und 1992 wurden zunächst diese Koeffizienten angewandt, da davon ausgegangen wurde, daß sich die Gründe für die Abweichung nicht geändert haben. Das heißt konkret, die Ergebnisse der Haushaltsbudgeterhebung wurden anhand dieser Anpassungskoeffizienten korrigiert. Wegen des grundlegenden ökonomischen Wandels der Volkswirtschaft in den neuen Ländern wurden aber Überlegungen angestellt, inwieweit dieser Wandel Einfluß auf die Höhe des Koeffizienten haben könnte, das heißt ob sich eine Änderung des Verbraucherverhaltens ergeben hat. Als Ergebnis dieser Überlegungen wurden von den 128 berechneten Koeffizienten 35 korrigiert. Das galt vor allem für Waren und Dienstleistungen, die vor der Vereinigung stark subventio-

niert waren. Die Subventionspolitik in der ehemaligen DDR und die damit verbundenen niedrigen Verbraucherpreise bei Nahrungsmitteln hatten nämlich dazu geführt, daß Produkte wie Kartoffeln, Milch und Brot besonders auf dem Lande im Einzelhandel gekauft worden waren und oftmals an das Vieh verfüttert wurden. Auch die niedrigen Fahrpreise führten dazu, deren Ausgaben nicht regelmäßig einzutragen. Mit dem Wegfall der Subventionen dürfte sich die Genauigkeit dieser Angaben in der Haushaltsbudgeterhebung erhöht haben, so daß der Korrekturfaktor vermindert wurde.

Berechnung des Privaten Verbrauchs über die Lieferbereiche

In den Jahren 1991 bis 1993 gab es zunächst relativ wenige statistische Informationen, um den Privaten Verbrauch nach der Lieferantenmethode hinreichend genau berechnen zu können. Erst im Sommer 1994 lagen die Ergebnisse der erstmaligen Umsatzsteuerstatistik für die neuen Länder und Berlin-Ost für das Jahr 1992 vor. Damit ergab sich die Möglichkeit, auf der Basis der nun auch verfügbaren Umsätze für den Einzelhandel, das Gastgewerbe und die Dienstleistungsbereiche eine erste Rechnung nach dem Lieferantenansatz vorzunehmen. Auf der Grundlage der Umsatzsteuerstatistik wurden die Umsätze von 140 Wirtschaftszweigen für 1992 berechnet. Dabei war zu berücksichtigen, daß die Umsatzsteuerstatistik nur die Umsätze der Steuerpflichtigen mit Sitz in den neuen Ländern nachwies. Für jeden Wirtschaftszweig mußten Überlegungen bezüglich der Umsätze, die von Unternehmen mit Sitz im früheren Bundesgebiet in den neuen Ländern getätigt worden waren, vorgenommen werden. Besonders wichtig war hierbei der Einzelhandelsumsatz westdeutscher Unternehmen in den neuen Ländern. Zur Schätzung dieser Umsätze wurden die Angaben der Mehrländerunternehmen aus der monatlichen Einzelhandelsstatistik verwendet.

An die so ermittelten Umsätze der Wirtschaftszweige wurden Absatzquoten für die Verkäufe an die privaten Haushalte angelegt. Für den Einzelhandel, der 1992 in den neuen Ländern als Lieferbereich mehr als die Hälfte des Privaten Verbrauchs ausmachte, lagen Absatzquoten aus den Jahreserhebungen 1991 und 1992 vor. Für die anderen Wirtschaftszweige wurden die Absatzquoten aus dem früheren Bundesgebiet übernommen. Das Ergebnis dieser Berechnungen war der Private Verbrauch im Inland.

Um den Privaten Verbrauch nach dem Inländerkonzept zu erhalten, wurden die Käufe in der übrigen Welt hinzu- und die Käufe der Gebietsfremden im Inland herausgerechnet. Relativ hoch war der Anteil der Käufe der ostdeutschen privaten Haushalte in den alten Bundesländern. Für die Ermittlung dieser Käufe waren im früheren Bundesgebiet umfangreiche Berechnungen vorgenommen worden, die sich vor allem auf das zweite Halbjahr 1990 konzentrierten. So konnten die ostdeutschen Bürger nach der Grenzöffnung im November 1989 zwar den anderen Teil Deutschlands besuchen, aber die Kaufkraft war aufgrund der für DDR-Bürger nur beschränkt verfügbaren D-Mark sehr eingeschränkt. Erst mit der Einführung der einheitlichen Währung ab dem 1. Juli 1990 begann ein

regelrechter Einkaufsboom im früheren Bundesgebiet, der sich zunächst vor allem im grenznahen Raum und in Berlin-West abspielte. Um dieses Einkaufsvolumen abschätzen zu können, wurden langfristige Auswertungen der Umsatzentwicklungen der grenznahen und grenzferneren Einzelhandelsunternehmen auf dem Gebiet des früheren Bundesgebietes durchgeführt. Die Käufe wurden auf der Ebene der SEA 2-Steller für das zweite Halbjahr 1990 geschätzt. In Anlehnung an die unterschiedliche Entwicklung der Umsatzwerte im Einzelhandel der grenznahen und der grenzferneren Unternehmen im früheren Bundesgebiet und an die Entwicklung des Handels in den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden diese Werte in den Folgejahren 1991 und 1992 allmählich reduziert. Die Käufe für den Privaten Verbrauch der westdeutschen Haushalte in den neuen Ländern wurden auf der Grundlage einer Befragung über die touristischen Ströme der westdeutschen und ostdeutschen Haushalte in das jeweils andere Gebiet eingeschätzt. Die Ausgaben der ostdeutschen Bürger im Ausland wurden auf der Grundlage der Ergebnisse der Haushaltsbefragungen und in Abstimmung mit der Zahlungsbilanz der Deutschen Bundesbank ermittelt. Ebenfalls über die Zahlungsbilanz wurde der Private Verbrauch der Gebietsfremden aus dem Ausland berechnet.

Als Ergebnis dieser Berechnungen und unter Einschluß der Sonderrechnungen für ausgewählte Güter, die in ähnlicher Weise wie im früheren Bundesgebiet für das Gebiet der neuen Länder durchgeführt wurden, erhielt man den Privaten Verbrauch für die neuen Länder und Berlin-Ost für das Jahr 1992. Dieser Private Verbrauch nach der Lieferantenmethode war um 2 Mrd. DM höher als der Private Verbrauch, der über die Haushaltsbudgeterhebung berechnet worden war. Die Abweichung beider Resultate betrug nur 1 %.

Für 1991 wurde ähnlich vorgegangen wie für 1992 beschrieben. Die Umsatzangaben der Lieferbereiche (außer für den Einzelhandel) wurden durch Rückschreibungen der Angaben von 1992 ermittelt, wobei teilweise geschätzt werden mußte. Die Umsatzwerte für den Einzelhandel wurden im wesentlichen als Saldo aus dem hochgerechneten Haushaltsbudgetergebnis und der Summe der übrigen Lieferanten einschließlich des Außenbeitrages eingeschätzt.

Im weiteren Rechenablauf wird der Private Verbrauch nach Verwendungszwecken entsprechend der SEA aufgegliedert. Für die meisten Lieferbereiche ist in der Regel eine gute Zuordnung zu einem Verwendungszweck möglich, weil durch den stark aufgegliederten Nachweis der Wirtschaftszweige der Umsatz ein relativ homogenes Gut (Verwendungszweck) widerspiegelt. Die Käufe im Einzelhandel wurden mit Hilfe der Erhebung über das Warensortiment im Einzelhandel in den neuen Ländern des Jahres 1991 auf Verwendungszwecke geschlüsselt. Mangels besserer Informationen mußten die Käufe im Gastgewerbe in den neuen Ländern anhand der Struktur aus dem früheren Bundesgebiet aufgegliedert werden. Anschließend wurden die Käufe in der übrigen Welt und die Käufe der Gebietsfremden im Inland nach Verwendungszwecken geschätzt, um den Privaten Verbrauch für die Jahre 1991

und 1992 mit den Ergebnissen aus den Haushaltsbefragungen vergleichen zu können

Vergleich der beiden Rechenansätze

Tabelle 2 zeigt für die acht „Hauptgruppen“ der SEA die Ableitung der Ergebnisse. Der Quotient aus der Differenz zwischen dem Lieferantenansatz und den Haushaltsbefragungen ergibt den Anpassungskoeffizienten. Bevor die Ergebnisse aus der korrigierten Berechnung über die Haushaltsbudgeterhebungen mit dem Lieferantenansatz verglichen werden konnten, mußte noch eine Korrektur erfolgen, die nicht den Gesamtwert des Privaten Verbrauchs beeinflusste, aber die Verteilung auf die Hauptgruppen. Bei Haushaltsbefragungen werden gewöhnlich Fragen nach den Ausgaben für Reisen in einem gesonderten Teil erhoben. Speziell sind hier die Ausgaben bei Pauschalreisen hervorzuheben. Nach dem Lieferantenansatz sind aber die Kostenbestandteile einer Pauschalreise, wie Verkehrs-, Übernachtungs-, Verpflegungs- oder Freizeitleistungen, ein Teil des Umsatzes des jeweiligen Wirtschaftszweiges, das heißt des Verkehrs- und Beherbergungsunternehmens, des Gaststättengewerbes usw. Aus den Geschäftsberichten der Reisebüros wurden Anteile für diese Kostenbestandteile ermittelt und damit die Pauschalreisen aufgliedert. Die Haushaltsbudgeterhebung in den neuen Ländern erfragte die Ausgaben getrennt nach Inlands- und Auslandsreisen. Bei den Inlandsreisen wurden im wesentlichen die Pauschalreisen nachgewiesen. Die Ausgaben bei Auslandsreisen umfaßten die Pauschalreisen und den Umtausch von Geld in eine andere Währung, das heißt, daß diese Ausgabenkategorie auch die Einkäufe von Waren und Leistungen einschloß. Die Ausgabenbeträge mußten aufgeteilt und den Hauptgruppen zugeordnet werden.

Der relativ hohe Zuschlag von 25 % bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ergab sich vor allem aus der Untererfassung von Ausgaben im Gaststättenbereich, Kaufen von alkoholischen Getränken und von Tabakwaren. Bei der Hauptgruppe Bekleidung und Schuhe ergaben sich kaum Differenzen. Hier wurden als unterstellte Kaufe die Bekleidung der Bundeswehr einbezogen. In der Hauptgruppe Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe) ergab sich nur ein Unterschied im konzeptionellen Bereich. Die Haushaltsbudgeterhebung in den neuen Ländern schloß keine unterstellte Miete für Eigentümerwohnungen ein, wie das bei der Aufbereitung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im früheren Bundesgebiet vorgesehen ist. Das Ergebnis der Haushaltsbefragung für Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung wurde konzeptbedingt um die Ausgaben der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen verringert. Der Anpassungskoeffizient ergab sich vor allem aus einer Untererfassung der Käufe für Haushaltskleingeräte wie Geschirr, Werkzeuge, Besen usw. Hier wie auch bei anderen Verwendungszwecken, die viele Kleinwaren umfassen, zeigten sich oft größere Abweichungen, was darauf hindeutet, daß die privaten Haushalte diese kleineren Ausgaben in den Haushaltsbefragungen vergessen. Der größte Zuschlag ergab sich für die Gruppe Güter für die Gesundheits- und Körperpflege. Da angenommen werden kann, daß Haushalte mit erheblichen gesundheitlichen Problemen nicht für eine Befragung gewonnen werden können, bestehen wahrscheinlich erhebliche Probleme bezüglich der Repräsentation dieser Haushalte. Für den Vergleich der Ausgaben bei Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung ergaben sich eine Reihe von Schätzproblemen. Zunächst bedeute-

Tabelle 2: Vergleich der Ergebnisse der Berechnung des Privaten Verbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost anhand der Haushaltsbudgeterhebung bzw. der Lieferantenmethode

Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Haushaltsbudget- erhebung (hochgerechnetes Ergebnis)	Haushaltsbudget- erhebung (konzeptionell angepaßt)	Summe der Lieferbereiche einschließlich Außenbeitrag	Absolute Differenz (Sp. 3—2)	Anpassungs- koeffizient (Sp. 4:2)
	1	2	3	4	5
	Mrd. DM				
	1992				
1 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	47,2	48,3	60,5	12,2	25
2 Bekleidung, Schuhe	13,9	14,0	14,2	0,2	1
3 Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	22,6	29,9	29,9	0,0	0
4 Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	25,2	19,9	22,8	2,9	15
5 Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	6,6	6,6	9,5	2,9	44
6 Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	28,4	31,7	41,4	9,7	31
7 Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	15,6	17,6	22,5	4,9	28
8 Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	10,0	11,2	12,1	0,9	8
Insgesamt	169,5	179,2	212,9	33,7	19
	1991				
1 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	43,2	44,2	55,1	10,9	25
2 Bekleidung, Schuhe	13,0	13,1	13,3	0,2	2
3 Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	13,4	16,9	16,9	0,0	0
4 Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	19,5	16,4	19,5	3,1	19
5 Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	5,2	5,2	6,8	1,6	31
6 Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	29,1	30,6	37,9	7,3	24
7 Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	13,9	15,2	20,2	5,0	33
8 Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	7,3	8,7	9,3	0,6	7
Insgesamt	144,6	150,3	179,0	28,7	19

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis.

te die konzeptionelle Anpassung das Herausrechnen der Käufe der gebrauchten Pkw zwischen den privaten Haushalten und das Hinzusetzen der anteiligen privaten Nutzung von Personenkraftwagen, die von Unternehmen gekauft worden sind. Auffallend ist der steigende Koeffizient von 24 auf 31 % zwischen 1991 und 1992, was vor allem auf den Zuschlagsfaktor bei den Käufen von Pkw zurückzuführen war. Ein genauerer Vergleich der Ergebnisse der Haushaltsbefragung mit der Sonderrechnung Pkw für den Zeitraum nach der Währungsunion bis Dezember 1992 nach Quartalen zeigte, daß die Ergebnisse im zweiten Halbjahr 1990 und im ersten Halbjahr 1991 recht gut übereinstimmten, danach gingen die Käufe laut Haushaltsbudget ständig zurück, obwohl die Zulassungszahlen weiterhin anstiegen. Zum einen ist zu vermuten, daß der Stichprobenfehler bei Haushaltsbefragungen für Pkw-Käufe relativ hoch ist, zum anderen läßt die wachsende Abweichung der Ergebnisse die Vermutung zu, daß die haushaltsbuchführenden Haushalte ihren Pkw-Bedarf schneller gedeckt haben als die anderen Haushalte. In der Hauptgruppe Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit wurde konzeptbedingt der Saldo aus dem Wett- und Lotterietrieb hinzugesetzt. Für diese Hauptgruppe ergab sich ebenfalls ein relativ hoher Anpassungskoeffizient, der sich auf fast alle Verwendungszwecke bezog. In dieser Hauptgruppe sind auch die meisten Kleinausgaben, die oft so „nebenbei“ gekauft werden, enthalten, wie Bürobedarf, Spielwaren, Zeitungen, Blumen usw. Der Vergleich für die Hauptgruppe Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art war besonders schwierig. Für diese Hauptgruppe ergab sich wenig Übereinstimmendes zwischen der Klassifikation der Haushaltsbudgeterhebung in den neuen Ländern und der SEA als westdeutscher Klassifikation. Bei jedem 2-Steller der SEA mußten mehr oder weniger große Umgruppierungen geschätzt werden, die das Gesamtergebnis dieser Gruppe wesentlich beeinflussten. Die nach der SEA vorgesehenen Dienstleistungsarten, wie Dienstleistungen der Beerdigungsinstitute, Rechtsberatung, Bankgebühren, Zeitungsinserte und andere wurden in der Haushaltsbudgeterhebung nicht gesondert erfaßt. Dann mußten die Ausgaben für die Inlands- und Auslandsreisen wie oben beschrieben aufgliedert werden. In der Hauptgruppe 8 verblieben nur die Beherbergungsleistung und die Vermittlungsgebühr der Reiseveranstalter bzw. -vermittler. Und schließlich wurden konzeptbedingt die Versicherungsleistungen hinzugesetzt. Der in Tabelle 2 ausgewiesene Koeffizient beinhaltet deshalb nur eine Untererfassung der Käufe von Schmuck und Uhren.

Die geringe Gesamtabweichung im Jahr 1992 von nur 1 % zwischen dem Privaten Verbrauch nach dem Lieferantenansatz und dem Ergebnis auf der Grundlage der Haushaltsbefragungen unter Einbeziehung von Anpassungskoeffizienten läßt die Herangehensweise bei der Berechnung des Privaten Verbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost für die Jahre 1991 und 1992 plausibel erscheinen.

Dipl.-Wirtschaftler Michael Burghardt

Preise im März 1996

Ausgewählte Preisindizes

1991 = 100

Im März 1996 zeigten die Preisindizes in Deutschland auf der Erzeuger- und auf der Verbraucherstufe lediglich geringe Veränderungen gegenüber dem Vormonat, während die Großhandelsverkaufspreise spürbar anstiegen (+ 0,5 %). Dennoch liegen sie ebenso wie die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte unter dem Niveau vom März 1995, während sich die Einzelhandelspreise und die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in diesem Zeitraum um 0,9 bzw. 1,7 % erhöht haben.

Die Auswirkungen der Preisentwicklung von Mineralöl-erzeugnissen und Saisonwaren in Deutschland auf die jeweiligen Gesamtindizes zeigt die folgende Tabelle:

	Veränderungen März 1996 gegenüber	
	Februar 1996	März 1995
	%	
Deutschland		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	- 0,1	- 0,3
ohne Mineralöl-erzeugnisse	-	- 0,5
Mineralöl-erzeugnisse	- 1,1	+ 5,5
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,5	- 1,1
ohne Mineralöl-erzeugnisse	+ 0,5	- 1,5
Mineralöl-erzeugnisse	+ 0,3	+ 3,6
ohne Saisonwaren	+ 0,2	- 1,2
Saisonwaren	+ 7,1	+ 1,7
Index der Einzelhandelspreise		
insgesamt	+ 0,1	+ 0,9
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,1	+ 0,7
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,1	+ 7,9
ohne Saisonwaren	+ 0,1	+ 0,9
Saisonwaren	+ 2,0	+ 1,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,1	+ 1,7
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,1	+ 1,5
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,4	+ 5,4
ohne Saisonwaren	-	+ 1,6
Saisonwaren	+ 2,2	+ 1,3

Ohne Mineralöl-erzeugnisse stiegen die Indizes gegenüber März 1995 weniger kräftig an (Einzelhandel und Lebenshaltung) bzw. gingen stärker zurück (Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und Großhandelsverkaufspreise). Im Vergleich zum Vormonat sind im März 1996 dagegen weder preistreibende noch preisdämpfende Effekte größeren Ausmaßes zu nennen.

Die Auswirkungen der Preisänderungen von Saisonwaren auf die Jahresraten der Indizes waren ebenfalls gering. Das gilt beim Einzelhandelspreisindex und beim Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auch für den Vergleich mit dem Vormonat. Der Gesamtindex der Großhandelsverkaufspreise stieg allerdings gegenüber Februar 1996 deutlich stärker an (+ 0,5 %) als in der Berechnung ohne Saisonwaren (+ 0,2 %), weil sich diese um 7,1 % gegenüber dem Vormonat verteuert haben.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte in Deutschland (Inlandsabsatz) ermäßigte sich von Februar 1996 (Indexstand 103,5; 1991 = 100) auf März 1996 (103,4) geringfügig um 0,1 % und lag damit um 0,3 % unter dem Stand von März 1995 (103,7). Im Februar 1996 hatte die Jahresveränderungsrate - 0,2 % betragen, während der Index im Januar 1996 gegenüber

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- ver- kaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Fruheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
1992 D	101,4	100,1	102,6	105,1	104,0	113,5
1993 D	101,6	99,2	104,7	109,8	107,7	125,4
1994 D	102,2	101,6	105,8	112,8	110,6	130,0
1995 D	104,0	103,7	106,7	114,8	112,5	132,7
1995 Jan	103,4	103,5	106,4	113,8	111,5	131,2
Febr	103,7	104,3	106,6	114,3	112,1	131,8
März	103,7	104,5	106,6	114,3	112,1	131,7
April	104,0	104,7	106,8	114,6	112,4	132,0
Mai	104,0	104,8	106,9	114,6	112,4	132,1
Juni	104,1	104,8	107,0	115,0	112,8	132,4
Juli	104,1	104,0	106,8	115,2	113,1	132,2
Aug	104,1	103,4	106,5	115,3	112,9	133,6
Sept	104,2	103,5	106,6	115,2	112,8	133,5
Okt	104,1	102,1	106,6	115,1	112,7	133,7
Nov	104,1	102,0	106,7	115,1	112,7	133,7
Dez	104,1	102,2	106,8	115,4	113,0	133,9
1996 Jan	103,4	102,4	107,1	115,5	113,1	134,6
Febr	103,5	102,8	107,5	116,1	113,7	135,2
März	103,4	103,3	107,6	116,2	113,7	135,3
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
1995 Jan	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5
Febr	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5
März	-	+ 0,2	-	-	-	- 0,1
April	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Mai	-	+ 0,1	+ 0,1	-	-	+ 0,1
Juni	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2
Juli	-	- 0,8	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2
Aug	-	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 1,1
Sept	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Okt	- 0,1	- 1,4	-	- 0,1	- 0,1	+ 0,1
Nov	-	- 0,1	+ 0,1	-	-	-
Dez	-	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1
1996 Jan	- 0,7	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5
Febr	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
März	- 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 0,1
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1992 D	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 5,1	+ 4,0	+ 13,5
1993 D	+ 0,2	- 0,9	+ 2,0	+ 4,5	+ 3,6	+ 10,5
1994 D	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,7
1995 D	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1
1995 Jan	+ 1,6	+ 4,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9
Febr	+ 1,8	+ 4,4	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
März	+ 1,8	+ 4,4	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
April	+ 2,0	+ 4,3	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9
Mai	+ 1,9	+ 3,5	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7
Juni	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Juli	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,4
Aug	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,5
Sept	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,5
Okt	+ 1,6	- 0,4	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,6
Nov	+ 1,3	- 0,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,6
Dez	+ 1,2	- 0,6	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,6
1996 Jan	-	- 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,6
Febr	- 0,2	- 1,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,6
März	- 0,3	- 1,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,7

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer. — ²⁾ Einschl Umsatzsteuer.

dem vergleichbaren Vorjahresmonat konstant geblieben war.

Innerhalb des Erzeugerpreisindex gaben die Preise für Grundstoff- und Produktionsgüter im März um 0,1 % und die Preise für Verbrauchsgüter um 0,2 % gegenüber dem Februar 1996 nach. Der Teilindex für Investitionsgüter veränderte sich binnen Monatsfrist nicht. Im Vergleich zum März 1995 haben sich dagegen die Preise für Verbrauchsgüter um 1,8 % sowie für Investitionsgüter um 1,5 % erhöht und für Grundstoff- und Produktionsgüter um 1,6 % ermäßigt. Dieser Rückgang ist überwiegend auf den Wegfall

AUSGEWÄHLTE PREISINDIZES
Deutschland

PREISINDEX
1991 = 100

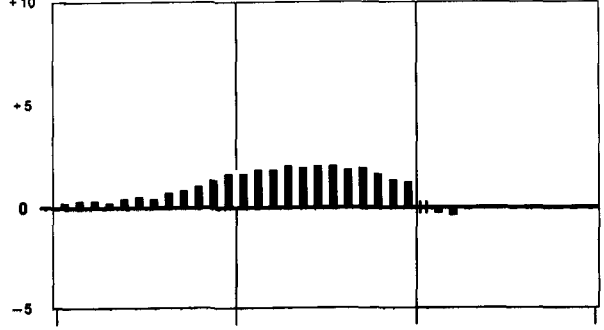
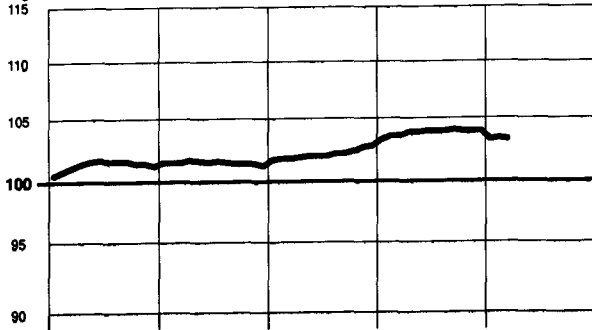
VERÄNDERUNG GEGENÜBER DEM VORJAHR IN %

Log. Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

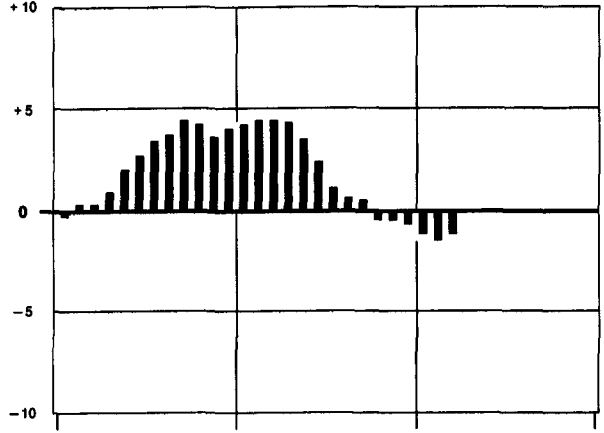
Arithm. Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



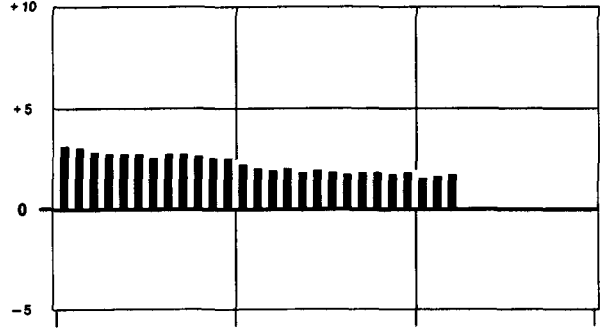
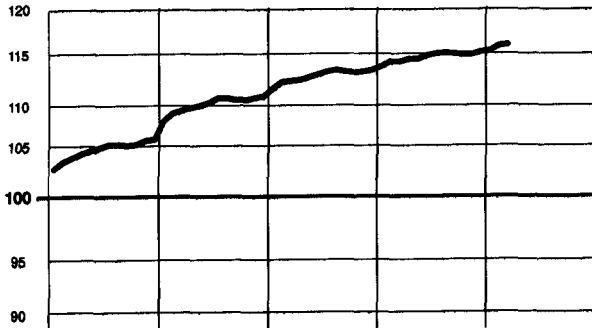
Großhandelsverkaufspreise

Großhandelsverkaufspreise



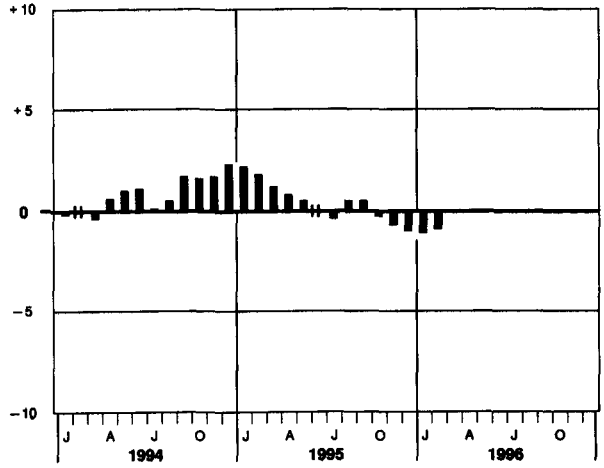
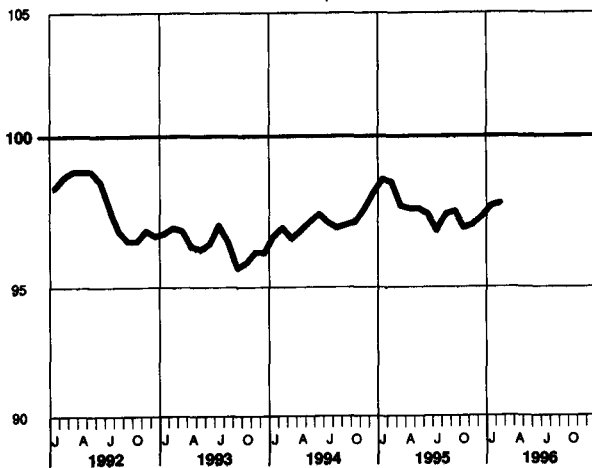
Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



Einfuhrpreise

Einfuhrpreise



des „Kohlepfennigs“ im früheren Bundesgebiet zurückzuführen.

Der für Deutschland errechnete Index der Großhandelsverkaufspreise stieg von Februar 1996 (Indexstand 102,8; 1991 = 100) auf März 1996 (103,3) um 0,5 %. Das ist die höchste monatliche Veränderungsrate seit einem Jahr. Der Index lag damit aber immer noch um 1,1 % unter dem Stand von März 1995. Im Februar bzw. Januar 1996 hatten die Jahresveränderungsraten – 1,4 bzw. – 1,1 % betragen.

Die Preissteigerung im Berichtsmonat ist vor allem auf die Preisanhebungen um durchschnittlich 2,0 % beim Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren zurückzuführen. Dadurch verteuerten sich die Güter des Großhandels mit Fertigwaren um 0,7 %, während der Indexanstieg beim Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren schwächer ausfiel (+ 0,1 %). Hier gingen die Preise gegenüber dem März des Vorjahres im Durchschnitt sogar um 2,4 % zurück. Das lag vor allem am Preisverfall beim Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen (– 32,9 %) sowie beim Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw. (– 14,1 %).

Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich von Februar bis März 1996 um 0,1 % auf einen Stand von 107,6 (Basis 1991 = 100) und lag um 0,9 % über dem Stand vom März 1995. Die Jahresveränderungsrate hat sich damit erneut leicht erhöht (Februar 1996: + 0,8 %; Januar 1996: + 0,7 %).

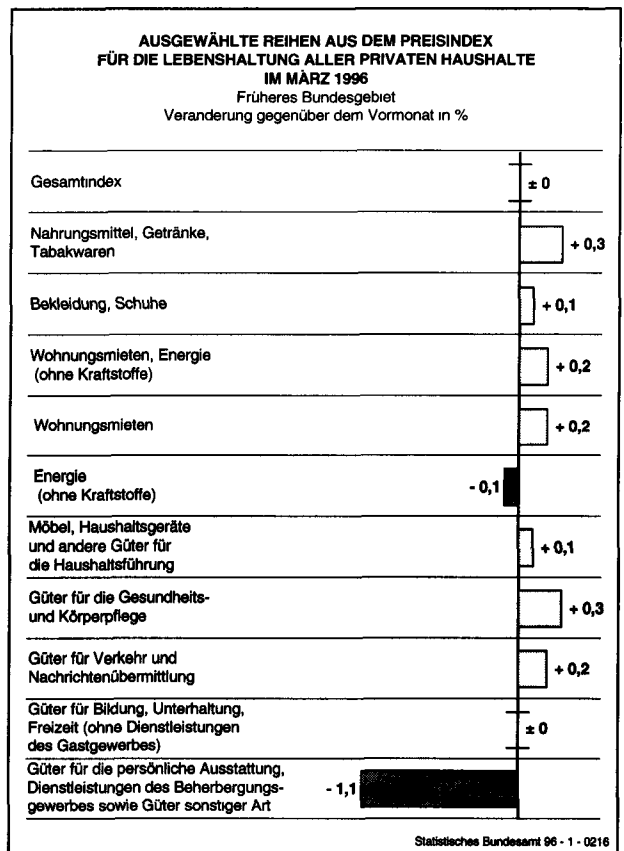
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland ist im März 1996 um 0,1 % auf einen Stand von 116,2 (Basis 1991 = 100) gestiegen. Gegenüber dem März 1995 betrug der Anstieg 1,7 %.

Für fast alle nach dem Verwendungszweck gegliederten Gütergruppen haben sich recht moderate Veränderungsrate zum Vormonat ergeben; am höchsten waren sie mit jeweils + 0,3 % bei Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren sowie bei den Gütern für die Gesundheits- und Körperpflege. Der Gruppenindex der Güter für die persönliche Ausstattung, Beherbergungsleistungen, Güter sonstiger Art sank sogar um 1,1 %, weil die Preise für Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes um 2,8 % und für Pauschalreisen um 2,7 % zurückgingen. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind vor allem die Wohnungsmieten (+ 4,0 %) und daneben die Preise der Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+ 2,3 %) sowie für Gesundheits- und Körperpflege (+ 1,9 %) kräftiger angestiegen.

Der sogenannte Kraftfahrer-Preisindex (Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung) erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 0,3 % und gegenüber März 1995 um 1,7 %. Die größten Veränderungen ergaben sich dabei für Kraftstoffe, die innerhalb eines Monats um 0,7 % und innerhalb von zwölf Monaten um 3,5 % teurer wurden, sowie für die Kfz-Versicherung, deren Prämien sich binnen eines Jahres um 7,2 % ermäßigten.

Für das frühere Bundesgebiet zeigte der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im März 1996 keine Veränderung zum Vormonat. Gegenüber

Schaubild 2



dem März 1995 hat sich dieser Index um 1,4 % erhöht. Damit ist er etwas schwächer als der für Deutschland insgesamt berechnete Index angestiegen. Die für spezielle Haushaltstypen berechneten Preisindizes für das frühere Bundesgebiet wiesen folgende Veränderungen auf:

Früheres Bundesgebiet	Veränderungen März 1996 gegenüber	
	Februar 1996	März 1995
	%	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	—	+ 1,4
von 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	+ 0,1	+ 1,7
von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	+ 0,1	+ 1,4
von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	+ 0,1	+ 1,1

Die Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost fielen im Berichtsmonat mit + 0,1 % gegenüber Februar 1996 und mit + 2,7 % gegenüber März 1995 wiederum höher als im früheren Bundesgebiet aus. Die unterschiedliche Entwicklung im Vorjahresvergleich resultiert vor allem aus kräftigen Steigerungen der Wohnungsmieten und der Energiepreise (ohne Kraftstoffe, + 9,6 bzw. + 1,4 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost gegenüber + 3,2 bzw. – 2,7 % im früheren Bundesgebiet). Weniger ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet sind in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Unterschiede in den Jahresveränderungsraten der für spezielle Haushaltstypen errechneten Preisindizes:

	Veränderungen März 1996 gegenüber	
	Februar 1996	März 1995
	%	
Neue Länder und Berlin-Ost		
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 0,1	+ 2,7
von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit höherem Einkommen	+ 0,1	+ 2,6
von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	+ 0,2	+ 2,6
von 2-Personen-Rentnerhaushalten	—	+ 2,7

In der folgenden Übersicht sind die Ergebnisse für Deutschland insgesamt, das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost — gegliedert nach dem Verwendungszweck der Güter — gegenübergestellt:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1991 = 100

Verwendungszweck	Veränderungen in %					
	März 1996 gegenüber					
	Febr. 1996	März 1995	Febr. 1996	März 1995	Febr. 1996	März 1995
	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Gesamtdindex	+ 0,1	+ 1,7	—	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	—
Bekleidung, Schuhe	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,2	—
Wohnungsmieten, Energie ¹⁾	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,1	—	+ 8,0
Wohnungsmieten	+ 0,1	+ 4,0	+ 0,2	+ 3,2	—	+ 9,6
Energie ¹⁾	— 0,1	— 2,2	— 0,1	— 2,7	+ 0,1	+ 1,4
Möbel, Haushalts- geräte u. ä.	—	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,2	—	+ 0,6
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,1	+ 2,1
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,2	+ 2,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	+ 2,9
Güter für Bildung, Unter- haltung, Freizeit	—	+ 1,1	—	+ 1,0	+ 0,1	+ 2,0
Güter für persönliche Ausstattung, Beherber- gungsleistungen, Güter sonstiger Art	— 1,1	+ 0,4	— 1,1	+ 0,3	— 1,2	+ 1,4

¹⁾ Ohne Kraftstoffe.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im einzelnen folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. zum entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen März 1996 gegenüber	
	Februar 1996	März 1995
	%	
Deutschland		
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Eisen und Stahl	— 0,9	— 3,2
Papier- und Pappwaren	— 1,0	— 0,3
Mineralölzeugnisse	— 1,1	+ 5,5
Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe	— 2,6	— 3,5
Großhandelsverkaufspreise		
Frische Eier	+ 13,6	+ 25,4
Frische Zitrus- und tropische Früchte	+ 11,5	— 0,1
Frischgemüse	+ 10,6	— 9,0
Schweres Heizöl	+ 4,4	— 4,6
Rohkaffee	+ 3,6	— 28,3
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	+ 3,2	+ 4,3
Lebende Schlachtschweine	+ 3,0	— 0,6
Gekühltes Fleisch	+ 2,3	— 2,4
Motorenbenzin	+ 1,1	+ 1,6
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	— 1,0	— 2,5
Butter	— 1,5	+ 3,9
Leichtes Heizöl	— 1,7	+ 8,2
Kunststoffzeugnisse	— 2,2	— 6,3
Geräte und Einrichtungen für die Datenverarbeitung	— 5,8	— 14,2

Dipl.-Volkswirt Gerd Ströhl

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Vorschläge des Statistischen Beirats für ein Rahmenkonzept zur Neuordnung der amtlichen Statistik	4	219
Überprüfung des Programms der Bundesstatistik	3	141
Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung	3	147
Die Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe am 31. März 1996	2	86
Zur Einstellung der Statistik der Aktienmärkte	1	25
Der Steuerwert als Kontrollinstrument der Intrahandelsstatistik	4	244
Ehrenamtliches Engagement in Deutschland	4	259
Die neue Krankenhausdiagnosestatistik	2	75
Der „Interimsindex“ — ein Zwischenschritt auf dem Weg zum europäischen Verbraucherpreisindex	3	187
Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1991	3	193
Berechnung des privaten Verbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach der Verwender- und Lieferantenmethode	4	267
Luftemissionsentwicklung der Produktionsbereiche	1	40
Bevölkerung		
Entwicklung der Privathaushalte bis 2015	2	90
Wohnverhältnisse älterer Menschen	4	000
Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung	3	147
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung	3	147
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1994	3	181
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1994	1	35
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Insolvenzen 1995	4	239
Produzierendes Gewerbe		
Die Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe am 31. März 1996	2	86
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohnverhältnisse älterer Menschen	4	228
Kaufwerte für Bauland 1994	1	18
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Branchen, Standorte und Verkaufsfläche im Einzelhandel	3	156
Außenhandel		
Der Steuerwert als Kontrollinstrument der Intrahandelsstatistik	4	244
Außenhandel im ersten Halbjahr 1995 sowie endgültige Ergebnisse 1994	2	97
Verkehr		
Transport wassergefährdender Stoffe	2	105
Geld und Kredit		
Zur Einstellung der Statistik der Aktienmärkte	1	25
Bildung und Kultur		
Erste Ergebnisse der Gasthörerstatistik	1	31
Methodik zur Abgrenzung, Gliederung und Ermittlung der Bildungsausgaben in Deutschland	3	166
Gesundheitswesen		
Die neue Krankenhausdiagnosestatistik	2	75
Sozialleistungen		
Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe 1993	2	111

	Heft	Seite
Finanzen und Steuern		
Methodik zur Abgrenzung, Gliederung und Ermittlung der Bildungsausgaben in Deutschland	3	166
Finanzplanung von Bund und Ländern 1995 bis 1999	2	120
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1994	3	181
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1994	1	35
Öffentliche Finanzen 1995	4	252
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Ehrenamtliches Engagement in Deutschland	4	259
Preise		
Der „Interimsindex“ — ein Zwischenschritt auf dem Weg zum europäischen Verbraucherpreisindex	3	187
Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1991	3	193
Kaufwerte für Bauland 1994	1	18
Preise im Jahr 1995	1	53
Januar 1996	2	126
Februar 1996	3	200
März 1996	4	273
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Berechnung des Privaten Verbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach der Verwender- und der Lieferantenmethode	4	267
Bruttoinlandsprodukt 1995	1	9
Umwelt		
Luftemissionsentwicklung der Produktionsbereiche	1	40

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	186*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	212*	“
Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen	215*	“
 Ausgewählte Tabellen		
Erwerbstätigkeit		
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen	216*	vierteljährlich
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Insolvenzen nach Wirtschaftszweigen 1995	219*	einmalig
Produzierendes Gewerbe		
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	220*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen	226*	“
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe	227*	“
Bautätigkeit und Wohnungen		
Ältere Menschen in Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach Fläche der Wohnung und Einzugsjahr; ältere Menschen in Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach Mieten und Mietbelastung	231*	einmalig
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern	237*	vierteljährlich
Preise		
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	239*	monatlich
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	240*	“
Preisindex für die Lebenshaltung	246*	“
Preisindizes für Bauwerke	251*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995			1996		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Bevölkerung ¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit ²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	35 213p	34 957p	34 864p	35 138p	35 039p	34 853p	34 406p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	1 000	35 213p	34 953p	34 836p	35 101p	35 009p	34 833p	34 401p
Früheres Bundesgebiet										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	29 005p	28 654p	28 458p	28 659p	28 570p	28 415p	28 098p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	6 208p	6 303p	6 406p	6 479p	6 469p	6 438p	6 308p
Arbeitsmarkt ⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	1 000	3 419	3 698	3 612	3 526	3 579	3 791	4 159	4 270p	4 141p
dar.: Männer	1 000	1 692	1 863	1 851	1 771	1 817	1 981	2 272	2 393p	2 294p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	90	92	95	99	98	99	104	108p	105p
Ausländer	1 000	359	421	436	436	451	472	501	512p	509p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,8	10,6	10,4	10,2	10,3	10,9	12,0	12,3p	11,9p
Offene Stellen	1 000	279	285	321	289	273	256	296	327p	369p
Kurzarbeiter	1 000	948	372	199	179	211	231	294	403p	420p
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitslose	1 000	2 270	2 556	2 565	2 492	2 536	2 678	2 901	2 961p	2 869p
dar.: Männer	1 000	1 277	1 462	1 464	1 394	1 427	1 543	1 722	1 786p	1 709p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	67	73	75	77	78	79	83	86p	84p
Ausländer	1 000	345	409	424	424	439	460	488	498p	494p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,2	9,2	9,3	9,0	9,2	9,7	10,5	10,7p	10,4p
Offene Stellen	1 000	243	234	267	231	215	211	251	277p	305p
Kurzarbeiter	1 000	767	275	128	122	151	167	213	286p	294p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitslose	1 000	1 149	1 142	1 047	1 034	1 043	1 113	1 257	1 310p	1 273p
dar. Männer	1 000	414	401	387	377	389	438	550	606p	585p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	23	19	20	22	20	20	21	22p	21p
Ausländer	1 000	15	12	12	12	12	13	14	14p	14p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	15,8	16,0	14,9	14,7	14,8	15,8	17,9	18,6p	18,1p
Offene Stellen	1 000	36	51	55	58	58	45	45	50p	64p
Kurzarbeiter	1 000	181	97	71	58	60	64	81	117p	126p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	Anzahl	.	24 928	28 785	2 350	2 477	2 695	2 343
Unternehmen	Anzahl	.	18 837	22 344	1 878	1 939	2 174	1 868
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	3 183	3 348	284	277	317	295
Baugewerbe	Anzahl	.	3 971	5 542	467	492	556	559
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchs- gütern	Anzahl	.	4 824	5 584	464	485	518	441
Gastgewerbe	Anzahl	.	1 006	1 235	114	108	129	113
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	.	5 853	6 635	549	577	654	460
Übrige Gemeinschuldner ⁷⁾	Anzahl	.	6 091	6 441	472	538	521	475
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	Anzahl	.	20 092	21 714	1 757	1 847	1 931	1 697
dar.: Unternehmen	Anzahl	.	14 926	16 470	1 357	1 385	1 510	1 308
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	Anzahl	.	4 836	7 071	593	630	764	646
dar.: Unternehmen	Anzahl	.	3 911	5 874	521	554	664	560
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	190 032	170 782	170 204	13 141	13 152	13 549
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	119 557	119 300	131 187	10 218	10 770	13 085

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 212* ff. dargestellt. – 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen – 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost (Inlandskonzept) – 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). – Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986. – 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit – 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose). – 7) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	März 96	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	März 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	März 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
Bevölkerung 1)										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit 2)										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 0,7p	- 0,3p	- 0,6p	- 0,8p	- 0,5p	- 1,3p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	- 0,7p	- 0,3p	- 0,6p	- 0,8p	- 0,5p	- 1,2p
Früheres Bundesgebiet										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 1,2p	- 0,7p	- 0,8p	- 0,8p	- 0,5p	- 1,1p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	+ 1,5p	+ 1,6p	+ 0,2p	- 0,4p	- 0,5p	- 2,0p
Arbeitsmarkt 5)										
Deutschland										
Arbeitslose	+ 8,2	- 2,3	+ 6,5	+ 8,0	+ 11,6p	+ 12,7p	+ 5,9	+ 9,7	+ 2,7p	- 3,0p
dar.: Männer	+ 10,1	- 0,7	+ 9,1	+ 11,8	+ 18,3p	+ 19,7p	+ 9,0	+ 14,7	+ 5,3p	- 4,1p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 2,7	+ 3,0	+ 14,6	+ 14,8	+ 15,5p	+ 17,1p	+ 1,4	+ 5,3	+ 3,5p	- 3,3p
Ausländer	+ 17,1	+ 3,6	+ 10,4	+ 10,4	+ 12,7p	+ 14,4p	+ 4,6	+ 6,2	+ 2,2p	- 0,7p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 1,9	+ 12,8	- 2,7	+ 1,6	+ 0,6p	+ 2,9p	- 6,3	+ 15,7	+ 10,5p	+ 12,8p
Kurzarbeiter	- 60,7	- 46,7	+ 31,5	+ 40,7	+ 64,4p	+ 68,0p	+ 9,4	+ 27,3	+ 37,2p	+ 4,1p
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitslose	+ 12,6	+ 0,4	+ 5,2	+ 5,7	+ 8,9p	+ 9,9p	+ 5,6	+ 8,4	+ 2,0p	- 3,1p
dar.: Männer	+ 14,5	+ 0,1	+ 5,7	+ 6,6	+ 11,7p	+ 12,7p	+ 8,1	+ 11,6	+ 3,7p	- 4,3p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 8,4	+ 3,2	+ 13,1	+ 13,5	+ 13,5p	+ 14,6p	+ 2,0	+ 5,2	+ 3,3p	- 2,8p
Ausländer	+ 18,6	+ 3,8	+ 10,4	+ 10,3	+ 12,5p	+ 14,2p	+ 4,7	+ 6,1	+ 2,2p	- 0,8p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	- 4,0	+ 14,1	- 0,3	+ 3,6	+ 1,5p	+ 1,7p	- 1,7	+ 19,1	+ 10,3p	+ 9,9p
Kurzarbeiter	- 64,1	- 53,5	+ 42,8	+ 53,8	+ 78,7p	+ 87,3p	+ 10,5	+ 27,6	+ 34,7p	+ 2,6p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitslose	- 0,6	- 8,3	+ 9,7	+ 13,8	+ 18,3p	+ 19,7p	+ 6,7	+ 13,0	+ 4,1p	- 2,8p
dar.: Männer	- 3,1	- 3,6	+ 23,3	+ 32,0	+ 43,6p	+ 46,3p	+ 12,4	+ 25,7	+ 10,2p	- 3,6p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 14,5	+ 2,5	+ 20,8	+ 19,8	+ 24,0p	+ 28,3p	- 1,0	+ 5,4	+ 4,5p	- 5,3p
Ausländer	- 19,3	+ 0,1	+ 12,6	+ 14,6	+ 19,2p	+ 23,4p	+ 3,9	+ 7,5	+ 3,9p	+ 2,0p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 41,3	+ 7,2	- 12,8	- 8,6	- 4,2p	+ 8,7p	- 23,2	- 0,1	+ 11,8p	+ 28,9p
Kurzarbeiter	- 46,6	- 27,2	+ 9,3	+ 15,2	+ 37,6p	+ 35,5p	+ 6,9	+ 26,5	+ 43,8p	+ 7,7p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	+ 15,5	+ 5,5	+ 7,7	+ 8,8	- 13,1
Unternehmen	+ 18,6	+ 10,0	+ 13,3	.	.	+ 12,1	- 14,1
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,2	- 0,9	+ 28,3	.	.	+ 14,4	- 6,9
Baugewerbe	+ 39,6	+ 31,4	+ 20,8	.	.	+ 13,0	+ 0,5
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	+ 15,8	+ 1,0	- 2,4	+ 6,8	- 14,9
Gastgewerbe	+ 22,8	+ 4,9	+ 25,6	.	.	+ 19,4	- 12,4
Sonstige Wirtschaftszweige	+ 13,4	+ 9,5	- 5,7	.	.	+ 13,3	- 29,7
Übrige Gemeinschaftner ⁷⁾	+ 5,7	- 9,9	- 9,7	- 3,2	- 8,8
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	+ 8,1	- 7,4	- 2,2	+ 4,5	- 12,1
dar.: Unternehmen	+ 10,3	- 5,9	+ 1,6	+ 9,0	- 13,4
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	+ 46,2	+ 62,9	+ 47,2	.	.	+ 21,3	- 15,4
dar.: Unternehmen	+ 50,2	+ 78,5	+ 54,7	+ 19,9	- 15,7
Gewerbeanmeldungen	- 10,1	- 0,3	- 5,7	+ 3,0
Gewerbeabmeldungen	- 0,2	10,0	14,7	21,5

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S 212* ff dargestellt - 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen. - 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost (Inlandskonzept) - 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986. - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zwilten Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose). - 7) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					
					Juli	Aug.	Sept	Okt.	Nov.	Dez.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kalber)	1 000	15 897	15 962	15 890	15 890
Schweine	1 000	26 075	24 698	23 737	.	24 466	.	.	.	23 737
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	4 662	4 188	4 104p	272	372	372	397	404	320
Kälber	1 000	503	493	480p	36	35	39	43	43	48
Schweine	1 000	39 790	38 922	38 359p	3 084	3 212	3 192	3 370	3 326	3 116
Schlachtmenge	1 000 t	5 200	4 967	4 885p	372	414	414	441	438	393
dar.: Rinder	1 000 t	1 496	1 343	1 302p	87	118	118	124	125	102
Kalber	1 000 t	64	63	58p	4	4	5	5	5	6
Schweine	1 000 t	3 620	3 540	3 505p	279	290	290	309	306	284
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	571 315	583 740	.	46 668	51 270	47 429	45 029	43 614	43 987
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	552 744	582 256	.	45 614	50 802	49 306	49 465	52 860	45 928
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kalber)	1 000	13 086	13 066	12 971	12 971
Schweine	1 000	22 101	21 331	20 572	.	21 205	.	.	.	20 572
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	4 407	3 876	3 776p	252	340	344	367	371	300
Kälber	1 000	491	483	470p	35	34	39	42	42	47
Schweine	1 000	35 123	33 645	32 778p	2 661	2 726	2 733	2 884	2 824	2 678
Schlachtmenge	1 000 t	4 702	4 401	4 287p	328	362	365	388	383	348
dar.: Rinder	1 000 t	1 421	1 251	1 207p	81	109	109	116	116	96
Kalber	1 000 t	63	62	58p	4	4	5	5	5	6
Schweine	1 000 t	3 199	3 069	3 005p	242	248	249	266	261	245
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	422 752	431 640	.	32 953	36 645	34 353	30 974	30 691	30 588
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	414 096	429 800	.	33 636	36 373	35 162	35 301	36 837	32 885
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kalber)	1 000	2 810	2 897	2 919	2 919
Schweine	1 000	3 974	3 367	3 164	.	3 261	.	.	.	3 164
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	255	312	328p	20	32	28	30	33	20
Kälber	1 000	12	10	9p	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000	4 666	5 276	5 581p	423	486	459	486	502	439
Schlachtmenge	1 000 t	499	566	598p	43	52	49	53	55	45
dar.: Rinder	1 000 t	76	92	96p	6	9	8	9	9	6
Kalber	1 000 t	1	1	1p	0	0	1	1	0	0
Schweine	1 000 t	421	472	500p	38	43	41	44	46	39
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	148 563	152 100	.	13 715	14 625	13 076	14 055	12 923	13 399
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	138 648	152 456	.	11 979	14 429	14 144	14 164	16 023	13 043
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gewerbe ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1991 = 100	91,9	94,8	94,1	92,3	85,7	98,7	99,9	99,3	91,5
Energieversorgung	1991 = 100	99,3	100,3	102,3	88,9	86,8	93,5	98,9	114,6	123,5
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	525 426	525 911	..	38 883	39 089	41 592	44 482	48 522	..
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	484 024	484 898	..	36 531	36 974	38 588	40 968	44 579	..
Gaserzeugung	Mill. kWh	332 885	344 641	..	27 081	26 665	28 031	27 328	31 794	..
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	801 770	840 714	..	40 744	43 732	54 349	62 530	101 169	..
Früheres Bundesgebiet										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	452 728	452 485	..	33 735	33 577	35 858	38 259	41 594	..
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	420 355	420 488	..	32 024	32 125	33 520	35 606	38 516	..
Gaserzeugung	Mill. kWh	309 654	323 697	..	25 430	24 866	26 106	25 406	29 718	..
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	725 895	753 253	..	36 436	40 363	48 812	54 831	90 582	..
Neue Länder und Berlin-Ost										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	72 698	73 426	..	5 148	5 511	5 734	6 223	6 929	..
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	63 669	64 410	..	4 507	4 850	5 068	5 362	6 063	..
Gaserzeugung	Mill. kWh	23 230	20 944	..	1 651	1 800	1 924	1 922	2 076	..
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	75 875	87 461	..	4 309	3 370	5 537	7 699	10 587	..

1) 1992 bis 1994 Viehzählung im Dezember - 2) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Sept. 94	Okt. 94	Nov. 94	Dez. 94	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	+ 0,4	- 0,5	.	.	.	- 0,5
Schweine	- 5,3	- 3,9	.	.	.	- 3,9
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 10,2	- 2,0p	- 4,2	+ 4,5	+ 5,0	- 4,7	+ 0,0	+ 6,5	+ 1,8	- 20,8
Kälber	- 1,9	- 2,8p	- 11,2	+ 2,7	- 1,7	- 0,5	+ 12,2	+ 9,5	- 0,8	+ 12,9
Schweine	- 2,2	- 1,4p	- 1,5	+ 1,2	- 1,2	- 6,7	- 0,6	+ 5,6	- 1,3	- 6,3
Schlachtmenge	- 4,5	- 1,7p	- 2,5	+ 1,4	- 0,4	- 6,7	- 0,1	+ 6,5	- 0,5	- 10,2
dar.: Rinder	- 10,2	- 3,0p	- 6,3	+ 1,6	+ 1,6	- 6,6	- 0,2	+ 5,6	+ 0,7	- 18,8
Kälber	- 0,5	- 7,9p	- 17,1	- 3,3	- 8,4	- 6,4	+ 13,0	+ 10,7	- 2,0	+ 11,5
Schweine	- 2,2	- 1,0p	- 0,6	+ 1,5	- 1,0	- 6,8	- 0,2	+ 6,8	- 1,0	- 7,2
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 2,2	.	- 5,0	+ 0,4	- 3,5	- 6,9	- 7,5	- 5,1	- 3,1	+ 0,9
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 5,3	.	- 1,4	+ 4,6	+ 3,8	- 11,4	- 2,9	+ 0,3	+ 6,9	- 13,1
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 0,2	- 0,7	.	.	.	- 0,7
Schweine	- 3,5	- 3,6	.	.	.	- 3,6
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 12,0	- 2,6p	- 4,3	+ 4,1	+ 4,6	- 3,1	+ 1,2	+ 6,6	+ 1,2	- 19,3
Kälber	- 1,6	- 2,7p	- 11,0	+ 2,5	- 1,9	- 0,2	+ 12,3	+ 9,3	- 0,9	+ 13,1
Schweine	- 4,2	- 2,6p	- 2,2	- 0,5	- 2,1	- 7,1	+ 0,2	+ 5,6	- 2,1	- 5,2
Schlachtmenge	- 6,4	- 2,6p	- 3,1	+ 0,2	- 1,0	- 6,5	+ 0,7	+ 6,4	- 1,2	- 9,2
dar.: Rinder	- 12,0	- 3,5p	- 6,4	+ 1,1	+ 1,2	- 5,2	+ 0,8	+ 5,7	+ 0,1	- 17,3
Kälber	- 0,7	- 7,6p	- 16,7	- 3,0	- 8,4	- 5,9	+ 13,0	+ 10,7	- 2,2	+ 11,7
Schweine	- 4,1	- 2,1p	- 1,2	- 0,1	- 1,8	- 7,0	+ 0,5	+ 6,7	- 1,8	- 6,1
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 2,1	.	- 8,4	- 6,1	- 5,5	- 7,4	- 6,3	- 9,8	- 0,9	- 0,3
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 3,8	.	- 3,9	- 0,0	+ 0,9	- 13,7	- 3,3	+ 0,4	+ 4,4	- 10,7
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	+ 3,1	+ 0,8	.	.	.	+ 0,8
Schweine	- 15,3	- 6,0	.	.	.	- 6,0
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 22,3	+ 5,1p	- 2,6	+ 10,8	+ 9,6	- 23,2	- 11,9	+ 5,2	+ 9,8	- 37,7
Kälber	- 12,2	- 9,2p	- 18,5	+ 12,2	+ 8,6	- 14,0	+ 10,0	+ 18,8	+ 3,8	+ 1,8
Schweine	+ 13,1	+ 5,8p	+ 2,8	+ 12,1	+ 3,7	- 4,4	- 5,5	+ 5,9	+ 3,3	- 12,6
Schlachtmenge	+ 13,5	+ 5,6p	+ 2,2	+ 11,5	+ 3,7	- 8,5	- 5,6	+ 6,9	+ 4,8	- 17,8
dar.: Rinder	+ 21,7	+ 4,0p	- 4,2	+ 8,1	+ 5,8	- 25,4	- 11,6	+ 5,0	+ 8,4	- 37,3
Kälber	+ 14,4	- 26,3p	- 43,2	- 26,5	- 12,1	- 32,0	+ 14,6	+ 16,4	+ 7,8	+ 0,0
Schweine	+ 12,1	+ 6,0p	+ 3,7	+ 12,3	+ 3,4	- 5,2	- 4,3	+ 7,2	+ 4,0	- 13,8
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 2,4	.	+ 5,2	+ 18,3	+ 1,3	- 5,8	- 10,6	+ 7,5	- 8,0	+ 3,7
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 10,0	.	+ 5,2	+ 18,2	+ 11,3	- 5,2	- 2,0	+ 0,1	+ 13,1	- 18,6
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gew. ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	+ 3,2	- 0,7	- 2,8	- 3,4	- 3,0	- 4,5	+ 15,2	+ 1,2	- 0,6	- 7,9
Energieversorgung	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,3	- 5,8	+ 9,7	+ 8,9	+ 7,7	+ 5,8	+ 15,9	+ 7,8
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	+ 0,1	...	+ 1,6	- 1,6	+ 4,1	...	+ 6,4	+ 6,9	+ 9,1	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 0,1	...	- 0,0	- 2,2	+ 4,0	...	+ 4,4	+ 6,2	+ 8,8	...
Gaserzeugung	+ 3,5	...	+ 10,0	- 0,7	+ 2,8	...	+ 5,1	- 2,5	+ 16,3	...
Inlandsversorgung mit Gas	+ 4,9	...	+ 7,7	- 15,7	+ 30,7	...	+ 24,3	+ 15,1	+ 61,8	...
Früheres Bundesgebiet										
Elektrizitätserzeugung	- 0,1	...	+ 1,5	- 1,8	+ 3,7	...	+ 6,8	+ 6,7	+ 8,7	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität	± 0,0	...	- 0,6	- 2,4	+ 3,7	...	+ 4,3	+ 6,2	+ 8,2	...
Gaserzeugung	+ 4,5	...	+ 8,7	- 1,2	+ 2,2	...	+ 5,0	- 2,7	+ 17,0	...
Inlandsversorgung mit Gas	+ 3,8	...	+ 8,5	- 18,2	+ 32,2	...	+ 20,9	+ 12,3	+ 65,2	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Elektrizitätserzeugung	+ 0,7	...	+ 1,7	- 0,6	+ 6,4	...	+ 4,0	+ 8,5	+ 11,3	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 0,9	...	+ 3,4	- 1,3	+ 6,1	...	+ 4,5	+ 5,8	+ 13,1	...
Gaserzeugung	- 9,8	...	+ 31,6	+ 6,6	+ 11,6	...	+ 6,9	- 0,1	+ 8,0	...
Inlandsversorgung mit Gas	+ 15,3	...	+ 1,1	+ 7,8	+ 19,2	...	+ 64,3	+ 39,1	+ 37,5	...

1) 1992 bis 1994: Viehzählung im Dezember. - 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
Deutschland										
Beschäftigte ²⁾	1 000	6 778	6 802	6 814	6 807	6 766	6 744	6 691
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 406	2 399	2 406	2 417	2 407	2 403	2 393
Arbeiter ⁴⁾	1 000	4 372	4 403	4 407	4 389	4 359	4 341	4 299
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	186	186	185	185	183	182	181
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 591	6 696	6 628	6 622	6 583	6 562	6 510
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	3 085	3 097	3 102	3 096	3 078	3 067	3 043
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 278	2 283	2 287	2 285	2 273	2 267	2 250
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	341	342	341	340	338	337	334
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	1 074	1 080	1 084	1 085	1 077	1 073	1 064
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	6 890	547	553	582	581	601	506
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	220 325	18 173	18 330	17 710	18 619	23 357	18 510
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	193 827	15 600	15 254	15 261	15 366	21 203	17 095
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t	49 952	.	.	11 399 ^{a)}	.	.	12 573 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	11 046	.	.	2 275 ^{a)}	.	.	3 058 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	Mill. kWh	330 000	.	.	69 892 ^{a)}	.	.	84 927 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	213 559	17 192	17 361	17 636	18 601	18 749	17 030
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte ²⁾	1 000	6 160	6 186	6 195	6 188	6 149	6 128	6 080
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 212	2 206	2 213	2 224	2 214	2 210	2 200
Arbeiter ⁴⁾	1 000	3 949	3 980	3 982	3 965	3 935	3 918	3 880
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000
Verarbeitendes Gewerbe	1 000
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 816	2 828	2 831	2 826	2 808	2 798	2 776
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 076	2 083	2 086	2 084	2 072	2 066	2 053
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	313	313	314	313	311	310	307
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	956	962	965	965	957	954	945
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	6 182	495	490	522	523	538	456
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	205 051	16 906	17 035	16 456	17 235	21 813	17 171
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	183 145	14 716	14 389	14 383	14 418	20 100	16 116
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t	36 951	.	.	8 706 ^{a)}	.	.	9 067 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	9 911	.	.	2 059 ^{a)}	.	.	2 758 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	Mill. kWh	286 745	.	.	61 406 ^{a)}	.	.	72 277 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	192 125	15 616	15 564	15 822	16 746	16 784	15 231
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte ²⁾	1 000	617	615	618	619	617	617	611
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	194	193	193	194	193	193	192
Arbeiter ⁴⁾	1 000	424	423	425	425	424	423	419
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000
Verarbeitendes Gewerbe	1 000
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	269	269	271	270	269	269	267
Investitionsgüterproduzenten	1 000	202	200	201	202	201	201	198
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	28	28	27	27	27	28	27
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	118	118	119	120	120	120	119
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	708	51	63	61	58	63	50
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	15 274	1 268	1 295	1 255	1 384	1 544	1 338
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	10 682	885	865	878	948	1 102	979
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t	13 001	.	.	2 692 ^{a)}	.	.	3 506 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	1 134	.	.	216 ^{a)}	.	.	300 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	Mill. kWh	43 255	.	.	8 487 ^{a)}	.	.	12 650 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	21 434	1 576	1 797	1 813	1 854	1 965	1 798

1) 1995 vorläufige Ergebnisse – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. – 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) Verbrauch im 3. Vj. – b) Verbrauch im 4. Vj.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Sept 95	Okt 95	Nov. 95	Dez. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Sept 94	Okt 94	Dez. 94	Dez. 94	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Deutschland										
Beschäftigte ²⁾	- 2,8	- 2,8	- 2,9	- 3,0	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,8
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	-	-	-	-	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,4
Arbeiter ⁴⁾	-	-	-	-	- 0,4	- 0,7	- 0,4	- 1,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 7,1	- 7,2	- 7,1	- 6,5	- 0,2	- 0,9	- 0,4	- 0,7
Verarbeitendes Gewerbe	- 2,7	- 2,7	- 2,8	- 3,0	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,2	- 1,2	- 1,4	- 1,3	- 0,2	- 0,6	- 0,4	- 0,8
Investitionsgüterproduzenten	- 3,4	- 3,4	- 3,4	- 3,3	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,7
Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,9	- 3,2	- 3,5	- 3,6	- 0,1	- 0,5	- 0,4	- 0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	- 6,2	- 6,1	- 6,1	- 6,7	+ 0,1	- 0,8	- 0,4	- 0,9
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	- 5,7	- 2,1	- 1,5	- 4,9	+ 5,4	- 0,3	+ 3,5	- 15,8
Bruttolohn- und -gehaltssumme ²⁾	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,4	- 1,8	+ 3,1	+ 31,1	- 20,0
Kohleverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 10,2 a)	.	.	+ 10,3 b)
Heizölverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 11,6 a)	.	.	+ 34,4 b)
Gasverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 12,6 a)	.	.	+ 21,5 b)
Stromverbrauch ²⁾	-	-	-	-	+ 1,6	+ 5,5	+ 0,8	- 9,2
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte ²⁾	- 2,5	- 2,5	- 2,6	- 2,8	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,8
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	-	-	-	-	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,4
Arbeiter ⁴⁾	-	-	-	-	- 0,4	- 0,8	- 0,4	- 1,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Verarbeitendes Gewerbe
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,0	- 1,0	- 1,2	- 1,1	- 0,2	- 0,6	- 0,4	- 0,8
Investitionsgüterproduzenten	- 2,7	- 2,7	- 2,8	- 2,6	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,7
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,9	- 2,3	- 2,9	- 3,0	± 0,0	- 0,6	- 0,6	- 0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	- 6,7	- 6,7	- 6,6	- 7,1	± 0,0	- 0,8	- 0,4	- 0,9
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	- 5,4	- 1,9	- 1,3	- 4,5	+ 6,5	+ 0,2	+ 2,9	- 15,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme ²⁾	± 0,0	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,0	- 1,9	+ 2,6	+ 32,4	- 20,5
Kohleverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 11,1 a)	.	.	+ 3,3 b)
Heizölverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 12,2 a)	.	.	+ 34,0 b)
Gasverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 12,2 a)	.	.	+ 17,7 b)
Stromverbrauch ²⁾	-	-	-	-	+ 1,7	+ 5,8	+ 0,2	- 9,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte ²⁾	- 6,0	- 5,6	- 5,6	- 6,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,9
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	-	-	-	-	+ 0,5	- 0,5	+ 0,1	- 0,5
Arbeiter ⁴⁾	-	-	-	-	± 0,0	- 0,2	- 0,2	- 1,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Verarbeitendes Gewerbe
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,3	- 3,2	- 3,4	- 3,3	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,8
Investitionsgüterproduzenten	- 10,2	- 9,8	- 10,0	- 10,3	+ 0,4	- 0,2	- 0,4	- 1,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 13,7	- 12,6	- 9,6	- 9,6	- 1,6	+ 0,7	+ 2,1	- 1,0
Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,1	- 1,3	- 1,0	- 3,0	+ 0,8	- 0,2	- 0,2	- 0,4
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	- 7,8	- 4,5	- 3,4	- 8,2	- 3,4	- 4,8	+ 8,7	- 20,1
Bruttolohn- und -gehaltssumme ²⁾	+ 2,0	+ 1,9	+ 3,1	+ 6,3	- 1,2	+ 9,3	+ 13,5	- 12,4
Kohleverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 7,3 a)	.	.	+ 26,0 b)
Heizölverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 6,5 a)	.	.	+ 38,6 b)
Gasverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 16,0 a)	.	.	+ 49,1 b)
Stromverbrauch ²⁾	-	-	-	-	+ 0,9	+ 2,3	+ 6,0	- 8,5

1) 1995 vorläufige Ergebnisse - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) 3 Vj 1995 gegenüber 2 Vj 1995 - b) 4. Vj 1995 gegenüber 3 Vj 1995

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftrageingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1991 = 100	90,5	98,0	99,8	104,5	97,7	101,8	92,7	98,6	98,7 ⁶⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	91,3	99,4	100,6	100,5	99,3	99,7	89,1	99,3	96,4 ⁶⁾
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	102,4	98,6	102,4	111,6	96,7	107,7	103,5	99,0	101,3 ⁶⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	84,1	91,3	91,1	92,9	94,5	100,6	84,2	96,8	94,0 ⁶⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	96,2	96,6	97,0	115,1	98,0	89,0	78,1	96,0	108,7 ⁶⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1) 2)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1991 = 100	92,8	97,0	97,2	102,6	103,7	103,5	94,2	88,0	89,8 ⁶⁾
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1991 = 100	85,7	82,8	79,2	83,5	86,3	82,9	74,1	72,4	70,4 ⁶⁾
Verarbeitendes Gewerbe	1991 = 100	90,1	93,9	94,9	100,3	100,2	100,2	93,6	87,6	90,1 ⁶⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	92,4	98,3	98,4	103,6	103,8	100,4	86,8	90,5	90,8 ⁶⁾
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	85,6	87,5	89,7	95,4	92,9	97,8	106,1	82,3	86,6 ⁶⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	85,9	89,8	89,0	97,4	98,4	98,9	80,3	82,6	87,7 ⁶⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	95,1	95,1	96,2	99,7	103,9	102,4	90,7	91,2	93,6 ⁶⁾
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	1 000 t	58 282	52 403	53 565	4 568	4 549	4 633	4 082	4 455	...
Braunkohle, roh (Förderung)	1 000 t	221 748	207 131	192 706	15 029	15 886	16 979	17 289	18 256	...
Erdöl, roh	1 000 t	3 051	2 946	2 959	242	255	245	255	227	...
Zement (ohne Zementklinker)	1 000 t	36 801	40 265	37 874	3 579	3 502	3 242	2 034r	1 335	...
Roheisen für die Stahlherzeugung	1 000 t	26 322	29 202	29 605	2 571	2 526	2 375	2 062	2 123	...
Stahlrohblöcke und -brammen	1 000 t
Flüssigstahl unlegiert	1 000 t	.	.	33 265	2 840	2 861	2 694	2 280	2 392	...
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	.	.	367	29	32	37	27	32	...
Motorenbenzin	1 000 t	26 733	26 419	23 820	2 158	1 988	1 955	1 898r	2 064	...
Heizöl	1 000 t	42 744	42 481	36 657	3 005	2 997	2 924	3 319r	3 488	...
Schnittholz	1 000 m ³	11 557	13 232	14 025	1 230	1 277	1 253r	905r	894	...
Personenkraftwagen										
mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	1 000 St.	.	.	708	65	50	65	50	66	...
von mehr als 1 500 cm ³	1 000 St.	.	.	2 863	222	248	268	210	232	...
mit Selbstzündung	1 000 St.	.	.	936	79	74	97	72	91	...
Fernsehempfangsgeräte 3)	1 000 St.	2 815	3 256	7 947	969	799	734	692	683	...
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St.	.	.	1 213	110	127	126	121	116	...
Digitale Verarbeitungseinheiten	1 000 St.	.	.	1 312	100	114	160	123	128	...
Ein- oder Ausgabeinheiten	1 000 St.	.	.	4 055	370	262	369	336	340	...
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	1 000 St.	.	.	64	5	6	6	6	8	...
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungs- geräte und ihre Einheiten	1 000 DM	.	.	2 288 318	185 748	179 875	208 460	208 715	242 301	...
Baumwollgarn	t	167 437	152 351	133 875	11 993	12 001	12 168	9 031	11 142	...
Würste u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	t	.	.	1 948 878	174 481	166 367	177 592	165 691	156 217	...
Zigaretten	Mill. St.	...	222 676	200 749	17 701	16 962	17 516	13 320	13 794	...
Gesamtumsatz 4) 5) 6)										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	40 612	3 302	3 416	3 549	3 669
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	2 034,7	180,1	173,3	180,4	170,9
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	962 952	84 868	81 734	81 916	71 352
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	634 574	56 482	53 208	59 755	64 328
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	86 384	8 031	7 783	8 310	6 844
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	391 408	33 981	33 983	33 955	32 019
dar.: Auslandsumsatz 7)	Mill. DM	589 825	52 002	50 167	52 299	50 635

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 2) Bauhauptgewerbe ab Januar 1996 geschätzt. – 3) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. – 5) Ohne Umsatzsteuer – 6) Vorläufige Ergebnisse. – 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragsingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	+ 8,3	+ 1,8	- 1,6	- 10,6	- 1,2	- 1,9 ⁶⁾	+ 4,2	- 8,9	+ 6,4	+ 0,16)
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,9	+ 1,2	- 6,9	- 13,2	- 4,9	- 6,6 ⁶⁾	+ 0,4	- 10,6	+ 11,4	- 2,9 ⁶⁾
Investitionsgüterproduzenten	+ 9,2	+ 3,9	+ 3,8	- 10,1	+ 2,2	+ 3,4 ⁶⁾	+ 11,4	- 3,9	- 4,3	+ 2,3 ⁶⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 8,6	- 0,2	+ 1,4	- 4,3	+ 4,0	+ 1,8 ⁶⁾	+ 6,5	- 16,3	+ 15,0	- 2,9 ⁶⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,4	+ 2,1	- 4,5	+ 0,8	- 0,16)	- 9,2	- 12,2	+ 22,9	+ 13,2 ⁶⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1) 2)										
Produzierendes Gewerbe										
(einschl. Bauhauptgewerbe)	+ 4,5	+ 0,2	- 1,8	- 4,0	+ 0,1	- 2,8 ⁶⁾	- 0,2	- 9,0	- 6,6	+ 2,0 ⁶⁾
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	- 3,4	- 4,3	- 10,0	- 11,4	- 1,6	- 2,1 ⁶⁾	- 3,9	- 10,6	- 2,3	- 2,8 ⁶⁾
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,2	+ 1,1	- 1,9	- 3,3	+ 0,8	- 1,2 ⁶⁾	± 0,0	- 6,6	- 6,4	+ 2,9 ⁶⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,4	+ 0,1	- 5,6	- 9,8	- 2,8	- 5,2 ⁶⁾	- 3,3	- 13,5	+ 4,3	+ 0,3 ⁶⁾
Investitionsgüterproduzenten	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,4	+ 5,5	+ 11,5	+ 5,0 ⁶⁾	+ 5,3	+ 8,5	- 22,4	+ 5,2 ⁶⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 4,5	- 0,9	- 2,4	- 10,3	- 4,6	- 3,4 ⁶⁾	+ 0,5	- 18,8	+ 2,9	+ 6,2 ⁶⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	± 0,0	+ 1,2	- 1,7	- 1,4	- 3,7	+ 0,9 ⁶⁾	- 1,4	- 11,4	+ 0,6	+ 2,6 ⁶⁾
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	- 10,1	+ 2,2	- 2,7	...	+ 1,8	- 11,9	+ 9,1	...
Braunkohle, roh (Förderung)	- 6,6	- 7,0	+ 5,6	...	+ 6,9	+ 1,8	+ 5,6	...
Erdöl, roh	- 3,4	+ 0,4	- 6,2	...	+ 1,2	+ 4,1	- 11,0	...
Zement (ohne Zementklinker)	+ 9,7	- 5,9	+ 0,9	...	- 7,4	- 27,5	- 34,4	...
Roheisen für die Stahlerzeugung	+ 10,9	+ 1,4	- 17,0	...	- 6,0	- 13,2	+ 3,0	...
Stahlrohblöcke und -brammen
Flüssigstahl unlegiert	- 16,5	...	- 5,8	- 15,4	+ 4,9	...
Synthetische Filamente und Spinnfasern	+ 5,6	...	+ 14,8	- 10,4	+ 21,0	...
Motorenbenzin	- 1,2	- 9,8	+ 2,0	...	- 1,7	- 2,8	+ 8,7	...
Heizöl	± 0,0	- 13,7	- 4,4	...	- 2,4	+ 6,6	+ 5,1	...
Schnittholz	+ 14,8	+ 6,0	- 1,9	- 27,8	- 1,2	...
Personenkraftwagen										
mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	+ 6,5	...	+ 30,0	- 23,1	+ 32,0	...
von mehr als 1 500 cm ³	- 3,3	...	+ 8,1	- 21,6	+ 10,5	...
mit Selbstzündung	+ 12,3	...	+ 31,1	- 25,8	+ 26,4	...
Fernsehempfangsgeräte 3)	+ 15,7	+ 144,1	+ 18,6	...	- 8,1	- 5,7	- 1,3	...
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	+ 107,1	...	- 0,8	- 4,0	- 4,1	...
Digitale Verarbeitungseinheiten	+ 18,5	...	+ 40,4	- 23,1	+ 4,1	...
Ein- oder Ausgabeeinheiten	+ 27,3	...	+ 40,8	- 8,9	+ 1,2	...
Anderer Geräte für die Datenverarbeitung	+ 60,0	...	± 0,0	± 0,0	+ 33,3	...
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungs- geräte und ihre Einheiten	+ 36,8	...	+ 15,9	+ 0,1	+ 16,1	...
Baumwollgam	- 9,0	- 12,1	- 17,4	...	+ 1,4	- 25,8	+ 23,4	...
Würste u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	+ 4,9	...	+ 6,7	- 6,7	- 5,7	...
Zigaretten	+ 8,8	- 16,1	...	+ 3,3	- 24,0	+ 3,6	...
Gesamtumsatz 4) 5) 6)										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 1,8	- 4,1	+ 4,1	- 5,1
Verarbeitendes Gewerbe	- 6,2	- 16,0	+ 3,9	+ 3,4
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,0	- 3,8	+ 4,1	- 5,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,6	- 5,7	+ 0,2	- 12,9
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,3	- 1,8	+ 12,3	+ 7,7
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 4,0	- 6,8	+ 6,8	- 17,6
dar.: Auslandsumsatz 7)	+ 1,8	- 0,3	+ 4,2	- 3,2

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. - 2) Bauhauptgewerbe ab Januar 1996 geschätzt - 3) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 5) Ohne Umsatzsteuer - 6) Vorläufige Ergebnisse - 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragsengangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1991 = 100	89,9	97,1	98,2	103,4	95,7	98,2	90,7	97,6	97,4 ⁵⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	90,9	98,4	98,7	98,4	97,5	97,6	87,4	97,5	94,5 ⁵⁾
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	89,7	98,0	100,7	111,8	93,6	101,0	100,8	99,0	100,7 ⁵⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	82,7	89,3	89,5	91,3	92,7	98,4	82,7	95,0	92,2 ⁵⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	96,7	97,0	97,1	115,6	98,1	88,2	77,8	95,6	108,9 ⁵⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1) 2)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1991 = 100	91,9	94,8	94,1	98,7	99,9	99,3	91,5	86,6	88,2 ⁵⁾
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1991 = 100	92,4	90,8	88,7	94,2	98,8	92,6	81,2	80,6	78,7 ⁵⁾
Verarbeitendes Gewerbe	1991 = 100	90,3	93,3	93,0	97,9	98,0	97,4	91,0	86,3	88,5 ⁵⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	93,7	98,8	97,3	102,0	102,1	98,2	86,3	90,4	90,6 ⁵⁾
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	84,6	86,0	88,1	93,1	91,5	96,0	104,2	81,0	85,2 ⁵⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	85,3	88,7	87,5	95,9	96,8	96,9	78,5	80,9	85,9 ⁵⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	93,8	93,3	92,8	95,9	99,2	97,6	86,3	86,9	89,0 ⁵⁾
Gesamtumsatz 3) 4) 5)	Mrd. DM	1 947,0	171,5	165,9	172,0	163,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	900 93	79 107	76 426	76 193	66 579
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	602 459	53 345	50 605	56 720	60 929
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	82 011	7 660	7 411	7 854	6 464
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	361 534	31 429	31 422	31 213	29 426
dar.: Auslandsumsatz ⁶⁾	Mill. DM	574 664	50 694	48 834	0 808	49 333
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragsengangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1991 = 100	104,9	122,6	140,7	132,0	148,7	190,6	141,4	125,0	130,6 ⁵⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	102,4	128,0	147,4	153,4	143,9	153,0	132,6	144,7	142,4 ⁵⁾
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	104,7	111,4	135,1	107,3	155,5	237,3	154,9	98,2	113,2 ⁵⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	162,3	212,4	198,4	202,6	213,8	242,7	188,1	219,5	220,1 ⁵⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	80,8	87,0	96,0	102,9	96,9	110,1	84,7	104,3	104,6 ⁵⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1) 2)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1991 = 100	111,1	130,6	137,2	149,0	155,4	158,7	134,9	113,5	115,6 ⁵⁾
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1991 = 100	65,4	82,0	55,1	57,5	56,5	68,9	56,4	51,6	53,8 ⁵⁾
Verarbeitendes Gewerbe	1991 = 100	110,1	131,7	146,0	160,8	165,1	171,3	156,4	126,1	127,8 ⁵⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	94,9	111,5	123,5	135,6	133,1	138,4	112,3	110,9	111,2 ⁵⁾
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	106,7	120,1	127,0	149,5	124,7	136,8	155,9	108,4	110,7 ⁵⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	140,3	168,4	229,5	250,9	253,3	266,9	219,6	232,5	234,4 ⁵⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	102,8	122,0	127,5	124,0	183,8	188,7	158,0	101,4	106,4 ⁵⁾
Gesamtumsatz 3) 4) 5)	Mrd. DM	128,3	11,8	10,8	12,0	11,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	61 959	5 761	5 309	5 723	4 773
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	32 115	3 137	2 603	3 034	3 399
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	4 373	371	373	456	380
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	29 874	2 552	2 562	2 742	2 592
dar.: Auslandsumsatz ⁶⁾	Mill. DM	15 161	1 308	1 333	1 491	1 302

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 2) Bauhauptgewerbe ab Januar 1996 geschätzt. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 – 4) Ohne Umsatzsteuer. – 5) Vorläufige Ergebnisse. – 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat				
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	
	gegenüber		gegenüber				gegenüber				
	1993	1994	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	
Produzierendes Gewerbe											
Früheres Bundesgebiet											
Index des Auftragseingangs für das											
Verarbeitende Gewerbe	+ 8,0	+ 1,1	- 3,6	- 11,6	- 1,2	- 2,3 ⁵⁾	+ 2,6	- 7,6	+ 7,6	- 0,2 ⁵⁾	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,3	+ 0,3	- 7,3	- 13,6	- 5,2	- 6,9 ⁵⁾	+ 0,1	- 10,5	+ 11,6	- 3,1 ⁵⁾	
Investitionsgüterproduzenten	+ 9,3	+ 2,8	- 1,6	- 12,0	+ 2,6	+ 2,4 ⁵⁾	+ 7,9	- 0,2	- 1,8	+ 1,7 ⁵⁾	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 8,0	+ 0,2	+ 2,1	- 3,9	+ 3,8	+ 1,7 ⁵⁾	+ 6,1	- 16,0	+ 14,9	- 2,9 ⁵⁾	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,7	- 4,9	+ 0,2	- 0,5 ⁵⁾	- 10,1	- 11,8	+ 22,9	+ 13,9 ⁵⁾	
Produktionsindex für das											
Produzierende Gewerbe 1) 2)											
Produzierendes Gewerbe	+ 3,2	- 0,7	- 3,0	- 4,5	- 0,3	- 2,1 ⁵⁾	- 0,6	- 7,9	- 5,4	+ 1,8 ⁵⁾	
(einschl. Bauhauptgewerbe)											
Bergbau und Gewinnung von											
Steinen und Erden	- 1,7	- 2,3	- 13,0	- 14,0	+ 0,8	- 0,8 ⁵⁾	- 6,3	- 12,3	- 0,7	- 2,4 ⁵⁾	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,3	- 0,3	- 3,3	- 4,4	- 0,2	- 1,3 ⁵⁾	- 0,6	- 6,6	- 5,2	+ 2,5 ⁵⁾	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,4	- 1,5	- 7,4	- 10,7	- 3,3	- 4,6 ⁵⁾	- 3,8	- 12,1	+ 4,8	+ 0,2 ⁵⁾	
Investitionsgüterproduzenten	+ 1,7	+ 2,4	+ 3,0	+ 5,6	+ 12,0	+ 5,3 ⁵⁾	+ 4,9	+ 8,5	- 22,3	+ 5,2 ⁵⁾	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 4,0	- 1,4	- 3,2	- 11,4	- 4,8	- 3,8 ⁵⁾	+ 0,1	- 19,0	+ 3,1	+ 6,2 ⁵⁾	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	- 0,5	- 3,3	- 3,0	- 5,6	- 0,4 ⁵⁾	- 1,6	- 11,6	+ 0,7	+ 2,4 ⁵⁾	
Gesamtumsatz 3) 4) 5)			+ 1,4	- 4,6			+ 3,7	- 5,0			
Bergbau und Gewinnung von											
Steinen und Erden											
Verarbeitendes Gewerbe											
Vorleistungsgüterproduzenten			- 0,2	- 6,2			- 0,3	- 12,6			
Investitionsgüterproduzenten			+ 5,5	- 2,0			+ 12,1	+ 7,4			
Gebrauchsgüterproduzenten			+ 3,6	- 7,2			+ 6,0	- 17,7			
Verbrauchsgüterproduzenten			- 2,7	- 5,4			- 0,7	- 5,7			
dar.: Auslandsumsatz 6)			+ 4,9	- 0,3			+ 4,0	- 2,9			
Neue Länder und Berlin-Ost											
Index des Auftragseingangs für das											
Verarbeitende Gewerbe	+ 16,9	+ 14,8	+ 28,7	+ 5,9	- 0,7	+ 7,7 ⁵⁾	+ 28,2	- 25,8	- 11,6	+ 4,5 ⁵⁾	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 25,0	+ 15,2	- 2,6	- 6,5	+ 0,3	- 2,9 ⁵⁾	+ 6,3	- 13,3	+ 9,1	- 1,6 ⁵⁾	
Investitionsgüterproduzenten	+ 6,4	+ 21,3	+ 80,3	+ 24,0	- 6,4	+ 22,2 ⁵⁾	+ 52,6	- 34,7	- 36,6	+ 15,3 ⁵⁾	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 30,9	- 6,6	- 8,4	- 5,2	+ 9,8	+ 13,8 ⁵⁾	+ 13,5	- 22,5	+ 16,7	+ 0,3 ⁵⁾	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 7,7	+ 10,3	+ 9,8	+ 2,5	+ 13,9	+ 16,9 ⁵⁾	+ 13,6	- 23,1	+ 23,1	+ 0,3 ⁵⁾	
Produktionsindex für das											
Produzierende Gewerbe 1) 2)											
Produzierendes Gewerbe	+ 17,6	+ 5,1	+ 3,8	+ 0,8	- 0,6	- 5,6 ⁵⁾	+ 2,1	- 15,0	- 115,9	+ 1,9 ⁵⁾	
(einschl. Bauhauptgewerbe)											
Bergbau und Gewinnung von											
Steinen und Erden	- 5,2	- 11,1	+ 1,9	- 3,8	- 7,4	+ 3,3 ⁵⁾	+ 21,9	- 18,1	- 8,5	+ 4,3 ⁵⁾	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 19,6	+ 10,9	+ 6,9	+ 6,8	+ 4,5	- 1,5 ⁵⁾	+ 3,8	- 8,7	- 19,4	+ 1,3 ⁵⁾	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 17,5	+ 10,8	+ 7,7	- 0,2	+ 1,3	- 2,3 ⁵⁾	+ 4,0	- 18,9	- 1,2	+ 0,3 ⁵⁾	
Investitionsgüterproduzenten	+ 12,6	+ 5,7	+ 6,3	+ 5,1	+ 5,9	- 2,4 ⁵⁾	+ 9,7	+ 14,0	- 30,5	+ 2,1 ⁵⁾	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 20,0	+ 36,3	+ 44,3	+ 43,0	- 1,0	+ 2,7 ⁵⁾	+ 5,4	- 17,7	+ 5,9	+ 0,8 ⁵⁾	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 18,7	+ 4,5	+ 0,6	+ 15,8	+ 6,1	+ 4,4 ⁵⁾	+ 2,7	- 16,3	- 35,8	+ 4,9 ⁵⁾	
Gesamtumsatz 3) 4) 5)			+ 7,8	+ 3,2			+ 10,2	- 6,8			
Bergbau und Gewinnung von											
Steinen und Erden											
Verarbeitendes Gewerbe											
Vorleistungsgüterproduzenten			+ 11,1	+ 2,5			+ 7,8	- 16,6			
Investitionsgüterproduzenten			+ 0,6	+ 2,5			+ 16,6	+ 12,0			
Gebrauchsgüterproduzenten			+ 10,0	+ 1,3			+ 22,4	- 16,7			
Verbrauchsgüterproduzenten			+ 9,6	+ 5,9			+ 7,1	- 5,5			
dar.: Auslandsumsatz 6)			+ 22,3	+ 0,2			+ 11,8	- 12,7			

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. - 2) Bauhauptgewerbe ab Januar 1996 geschätzt - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 4) Ohne Umsatzsteuer. - 5) Vorläufige Ergebnisse. - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 454	1 519	1 525	1 551	1 536	1 521	1 492
dar.: Angestellte	1 000	228	240	247	249	248	248	246
Arbeiter	1 000	1 169	1 219	1 216	1 240	1 227	1 212	1 185
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 827,9	1 950,4	1 870,8	172,8	171,9	171,5	107,5
im Hochbau	Mill. Std	1 236,4	1 350,5	1 309,7	119,0	118,2	118,1	75,7
dar.: Wohnungsbau	1 000 Std	659 051	779 577	768 520	70 555	69 923	68 918	42 971
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	429 812	428 892	401 983	35 660	35 225	35 641	24 170
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	135 200	130 504	126 331	11 455	11 622	12 275	7 811
im Tiefbau	1 000 Std	591 519	599 919	561 150	53 772	53 750	53 436	31 873
Straßenbau	1 000 Std	165 497	171 335	155 085	15 786	15 933	15 348	8 134
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	167 446	176 265	172 278	15 803	15 508	15 693	10 088
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	258 576	252 319	233 787	22 183	22 309	22 395	13 651
Bruttolohnsumme	Mill. DM	51 622	55 872	55 596	4 585	4 819	6 550	4 123
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	14 310	15 536	16 233	1 299	1 296	1 910	1 422
Index des Auftragseingangs ¹⁾	1991 = 100	120,6	131,8	127,6	146,8	126,1	119,5	113,4
Index des Auftragsbestands	1991 = 100	122,8	135,1	132,7	134,2	.	.	122,8
Produktionsindex ^{2) 3)}	1991 = 100	114,3	126,0	120,5	134,0	143,1	132,5	89,3	74,6	77,0 ⁶⁾
Gesamtumsatz	Mill. DM	223 939	250 010	250 489	22 954	23 106	24 874	26 465
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	219 593	245 787	246 425	22 585	22 724	24 457	26 100
Früheres Bundesgebiet										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte ⁴⁾	1 000	1 080	1 088	1 066	1 081	1 072	1 063	1 044
dar.: Angestellte ⁴⁾	1 000	177	181	183	184	184	184	183
Arbeiter ⁴⁾	1 000	852	855	830	845	836	826	809
Geleistete Arbeitsstunden ⁴⁾	Mill. Std	1 328,7	1 360,2	1 278,1	118,0	119,9	116,9	73,3
im Hochbau ⁴⁾	Mill. Std	912,9	952,7	900,7	81,7	82,8	80,9	51,4
dar.: Wohnungsbau	1 000 Std	534 493	589 202	554 046	50 379	50 939	49 371	30 638
Gewerblicher Hochbau ⁴⁾	1 000 Std	278 038	270 185	255 733	22 857	22 976	22 716	15 282
Öffentlicher Hochbau ⁴⁾	1 000 Std	92 267	85 830	82 423	7 606	7 917	7 947	5 056
im Tiefbau ⁴⁾	1 000 Std	415 805	407 511	377 442	36 285	37 095	35 975	21 854
Straßenbau ⁴⁾	1 000 Std	125 532	123 958	112 180	11 360	11 711	11 031	6 072
Gewerblicher Tiefbau ⁴⁾	1 000 Std	112 169	111 350	107 721	9 957	9 889	9 873	6 470
Sonstiger öffentlicher Tiefbau ⁴⁾	1 000 Std	178 104	172 203	157 541	14 968	15 495	15 071	9 312
Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mill. DM	40 905	42 726	41 501	3 383	3 568	5 242	3 052
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	Mill. DM	11 647	12 229	12 508	991	989	1 555	1 097
Index des Auftragseingangs ¹⁾	1991 = 100	108,4	113,3	106,8	123,5	104,5	99,8	98,4
Index des Auftragsbestands	1991 = 100	111,3	116,7	111,0	113,2	.	.	103,3
Produktionsindex ^{2) 3)}	1991 = 100	104,0	108,9	101,9	113,7	122,7	111,1	74,7	61,6	63,0 ⁶⁾
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mill. DM	175 771	186 318	182 645	16 534	16 916	18 044	19 297
dar.: Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mill. DM	172 679	183 189	179 606	16 252	16 619	17 723	19 013
Neue Länder und Berlin-Ost										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	374	431	459	470	464	458	448
dar.: Angestellte	1 000	51	59	64	65	64	64	63
Arbeiter	1 000	316	364	386	395	390	385	376
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	499,2	590,2	592,7	54,8	52,0	54,6	34,2
im Hochbau	Mill. Std	323,5	397,8	409,0	37,3	35,4	37,2	24,2
dar.: Wohnungsbau	1 000 Std	124 558	190 375	214 474	20 176	18 984	19 547	12 333
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	151 774	158 707	146 250	12 803	12 249	12 925	8 888
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	42 933	44 674	43 908	3 849	3 705	4 328	2 755
im Tiefbau	1 000 Std	175 714	192 408	183 708	17 487	16 655	17 461	10 019
Straßenbau	1 000 Std	39 965	47 377	42 905	4 426	4 222	4 317	2 062
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	55 277	64 915	64 557	5 846	5 619	5 820	3 618
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	80 472	80 116	76 246	7 215	6 814	7 324	4 339
Bruttolohnsumme	Mill. DM	10 716	13 146	14 095	1 202	1 251	1 308	1 071
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	2 663	3 306	3 725	308	308	355	325
Index des Auftragseingangs ¹⁾	1991 = 100	191,9	240,6	249,5	283,7	252,8	234,9	201,7
Index des Auftragsbestands	1991 = 100	221,9	291,9	318,2	314,2	.	.	290,2
Produktionsindex ^{2) 3)}	1991 = 100	157,2	199,1	201,8	224,0	240,4	227,1	151,3	129,1	138,1 ⁶⁾
Gesamtumsatz	Mill. DM	48 167	63 692	67 844	6 420	6 190	6 830	7 168
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	46 914	62 599	66 819	6 332	6 105	6 734	7 087
Früheres Bundesgebiet										
Handwerk ⁵⁾										
Beschäftigte	1 000	3 864,6	3 835,0	3 809,5	3 844,9	.	.	3 777,0
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	504 049	518 334	520 400	131 434	.	.	146 329

1) 1994 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. - 2) Arbeitstäglich bereinigter Wert Januar 1996 vorläufiges Ergebnis - 3) Bauhauptgewerbe ab Januar 1996 geschätzt. - 4) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt - 5) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen - 6) Vorläufiges Ergebnis

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	+ 4,5	+ 0,4	- 2,0	- 2,6	- 1,0	- 1,9
dar.: Angestellte	+ 5,3	+ 2,8	+ 1,2	+ 0,9	- 0,0	- 0,7
Arbeiter	+ 4,3	+ 0,3	- 2,9	- 3,6	- 1,2	- 2,2
Geleistete Arbeitsstunden	+ 6,7	- 4,1	- 3,7	- 21,1	- 0,2	- 37,3
im Hochbau	+ 9,2	- 3,0	- 3,9	- 20,1	- 0,1	- 35,9
dar.: Wohnungsbau	+ 18,3	- 1,4	- 4,7	- 21,9	- 1,4	- 37,6
Gewerblicher Hochbau	- 0,2	- 6,3	- 5,1	- 19,0	+ 1,2	- 32,2
Öffentlicher Hochbau	- 3,5	- 3,2	+ 3,3	- 13,2	+ 5,6	- 36,4
im Tiefbau	+ 1,4	- 6,5	- 3,1	- 23,5	- 0,6	- 40,4
Straßenbau	+ 3,5	- 9,5	- 5,3	- 31,0	- 3,7	- 47,0
Gewerblicher Tiefbau	+ 5,3	- 2,3	- 1,6	- 20,1	+ 1,2	- 35,7
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 2,4	- 7,3	- 2,6	- 20,8	+ 0,4	- 39,0
Bruttolohnsumme	+ 8,2	- 0,5	- 5,0	- 11,9	+ 35,9	- 37,1
Bruttogehaltsumme	+ 8,6	+ 4,5	+ 1,4	- 1,0	+ 47,4	- 25,6
Index des Auftragseingangs ¹⁾	+ 9,3	- 3,2	- 5,1	- 16,4	- 5,2 ^r	- 5,1
Index des Auftragsbestands	+ 10,0	- 1,8	.	- 5,3 ^{a)}	.	.	.	- 8,5 ^{b)}	.	.
Produktionsindex ^{2) 3)}	+ 10,2	- 4,4	- 4,7	- 15,0	- 9,0	- 25,4 ⁶⁾	- 7,4	- 32,8	- 16,5	+ 3,2 ⁶⁾
Gesamtumsatz	+ 11,6	+ 0,2	- 2,6	- 8,4	+ 7,7	+ 6,4
dar.: Baugewerblicher Umsatz	+ 11,9	+ 0,3	- 2,7	- 8,3	+ 7,6	+ 6,7
Früheres Bundesgebiet										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,7	- 2,1	- 3,8	- 4,2	- 0,9	- 1,7
dar.: Angestellte ⁴⁾	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5
Arbeiter ⁴⁾	+ 0,3	- 2,9	- 4,9	- 5,5	- 1,2	- 2,1
Geleistete Arbeitsstunden ⁴⁾	+ 2,4	- 6,0	- 5,1	- 21,9	- 2,5	- 37,3
im Hochbau ⁴⁾	+ 4,4	- 5,5	- 5,9	- 21,8	- 2,3	- 36,4
dar.: Wohnungsbau ⁴⁾	+ 10,2	- 6,0	- 7,9	- 25,0	- 3,1	- 37,9
Gewerblicher Hochbau ⁴⁾	- 2,8	- 5,3	- 4,7	- 17,8	- 1,1	- 32,7
Öffentlicher Hochbau ⁴⁾	- 7,0	- 4,0	+ 1,9	- 13,4	+ 0,4	- 36,4
im Tiefbau ⁴⁾	- 2,0	- 7,4	- 3,2	- 22,2	- 3,0	- 39,3
Straßenbau ⁴⁾	- 1,3	- 9,5	- 3,8	- 27,6	- 5,8	- 45,0
Gewerblicher Tiefbau ⁴⁾	- 0,7	- 3,3	- 0,2	- 18,6	- 0,2	- 34,5
Sonstiger öffentlicher Tiefbau ⁴⁾	- 3,3	- 8,5	- 4,7	- 20,8	- 2,7	- 38,2
Bruttolohnsumme ⁴⁾	+ 4,5	- 2,9	- 6,3	- 13,4	+ 46,9	- 41,8
Bruttogehaltsumme ⁴⁾	+ 5,0	+ 2,3	+ 0,5	- 2,8	+ 57,3	- 29,4
Index des Auftragseingangs ¹⁾	+ 4,5	- 5,7	- 2,9 ^r	- 14,3	- 4,5 ^r	- 1,4
Index des Auftragsbestands	+ 4,9	- 4,9	.	- 5,1 ^{a)}	.	.	.	- 8,7 ^{b)}	.	.
Produktionsindex ^{2) 3)}	+ 4,7	- 6,4	- 6,2	- 16,3	- 8,7	- 27,1 ⁶⁾	- 9,5	- 32,8	- 17,5	+ 2,3 ⁶⁾
Gesamtumsatz ⁴⁾	+ 6,0	- 2,0	- 3,5	- 8,8	+ 6,7	+ 6,9
dar.: Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	+ 6,1	- 2,0	- 3,8	- 8,8	+ 6,6	+ 7,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	+ 15,2	+ 6,5	+ 2,3	+ 1,4	- 1,2	- 2,2
dar.: Angestellte	+ 15,0	+ 9,0	+ 3,9	+ 3,4	- 0,3	- 1,1
Arbeiter	+ 15,1	+ 5,9	+ 1,8	+ 0,8	- 1,3	- 2,4
Geleistete Arbeitsstunden	+ 18,2	+ 0,4	- 0,5	- 19,4	+ 5,0	- 37,3
im Hochbau	+ 23,0	+ 2,8	+ 0,7	- 16,2	+ 5,1	- 34,9
dar.: Wohnungsbau	+ 52,8	+ 12,7	+ 4,7	- 13,1	+ 3,0	- 36,9
Gewerblicher Hochbau	+ 4,6	- 7,8	- 5,8	- 21,1	+ 5,5	- 31,2
Öffentlicher Hochbau	+ 4,1	- 1,7	+ 5,9	- 12,7	+ 16,8	- 36,3
im Tiefbau	+ 9,5	- 4,5	- 2,9	- 26,1	+ 4,8	- 42,6
Straßenbau	+ 18,5	- 9,4	- 8,9	- 39,5	+ 2,3	- 52,2
Gewerblicher Tiefbau	+ 17,4	- 0,6	- 3,9	- 22,6	+ 3,6	- 37,8
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 0,4	- 4,8	+ 1,8	- 20,7	+ 7,5	- 40,8
Bruttolohnsumme	+ 22,7	+ 7,2	+ 0,5	- 7,5	+ 4,6	- 18,1
Bruttogehaltsumme	+ 24,1	+ 12,7	+ 5,4	+ 5,5	+ 15,5	- 8,6
Index des Auftragseingangs ¹⁾	+ 25,4	+ 3,7	- 10,3	- 21,8	- 7,1	- 14,1
Index des Auftragsbestands	+ 31,5	+ 9,0	.	- 5,7 ^{a)}	.	.	.	- 7,6 ^{b)}	.	.
Produktionsindex ^{2) 3)}	+ 26,7	+ 1,4	- 0,5	- 13,0	- 8,4	- 21,1 ⁶⁾	- 5,5	- 33,4	- 14,7	+ 7,0 ⁶⁾
Gesamtumsatz	+ 32,2	+ 6,5	+ 0,0	- 7,3	+ 10,3	+ 5,0
dar.: Baugewerblicher Umsatz	+ 33,4	+ 6,7	+ 0,0	- 7,1	+ 10,3	+ 5,2
Früheres Bundesgebiet										
Handwerk⁵⁾										
Beschäftigte	- 0,8	- 0,7	.	- 2,4 ^{a)}	.	.	.	- 1,8 ^{b)}	.	.
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 2,8	+ 0,4	.	- 2,1 ^{a)}	.	.	.	+ 11,3 ^{b)}	.	.

1) 1994 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen - 2) Arbeitstäglich bereinigter Wert 1991 = 100, Januar 1996 vorläufiges Ergebnis. - 3) Bauhauptgewerbe ab Januar 1996 geschätzt. - 4) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt. - 5) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen. - 6) Vorläufiges Ergebnis.

a) 4. Vj 1995 gegenüber 4. Vj 1994. - b) 4. Vj 1995 gegenüber 3. Vj 1995

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bautätigkeit und Wohnungen¹⁾										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	208 065	242 772	207 595	16 022	16 257	14 368	17 280
Rauminhalt	1 000 m ³	266 777	313 620	271 965	20 342	20 662	19 634	25 322
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	108 589	133 312	120 458	9 152	9 195	8 814	11 446
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	42 262	41 079	40 730	3 419	3 479	3 471	3 460
Rauminhalt	1 000 m ³	247 314	243 540	228 725	17 523	19 839	16 618	22 022
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	67 179	69 594	64 824	4 473	5 116	4 366	6 595
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	606 612	712 636	639 101	48 635	49 004	48 523	65 216
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	205 642	261 919	264 275	11 320	15 573	13 964	156 846
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	220 383	222 547	222 395	11 203	12 775	11 891	133 714
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	455 451	572 883	603 035	26 594	36 214	32 871	353 990
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	175 878	197 422	152 149	11 172	11 532	9 915	10 772
Rauminhalt	1 000 m ³	232 374	262 921	203 739	15 055	15 543	14 098	15 549
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	94 517	111 014	89 232	6 751	6 860	6 310	6 925
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	32 129	32 555	31 982	2 620	2 738	2 631	2 440
Rauminhalt	1 000 m ³	165 674	162 196	155 517	12 487	13 935	10 684	13 432
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	45 746	46 389	43 595	3 210	3 523	2 901	3 987
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	524 083	586 548	458 763	34 621	35 515	33 548	37 687
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	195 070	232 750	222 242	9 291	12 670	11 680	131 024
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	174 615	158 404	152 287	6 322	7 827	8 909	91 593
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	431 853	505 179	498 810	21 424	28 749	27 044	289 544
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	32 187	45 350	55 446	4 850	4 725	4 453	6 508
Rauminhalt	1 000 m ³	34 404	50 699	68 226	5 287	5 119	5 536	9 773
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	14 072	22 298	31 226	2 401	2 335	2 504	4 521
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	10 133	8 524	8 748	799	741	840	1 020
Rauminhalt	1 000 m ³	81 640	81 344	73 208	5 036	5 904	5 934	8 590
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	21 433	23 204	21 229	1 263	1 593	1 465	2 608
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	82 529	126 088	180 338	14 014	13 489	14 975	27 529
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	10 572	29 169	42 033	2 029	2 903	2 284	25 822
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	45 768	64 144	70 108	4 881	4 948	2 982	42 121
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 598	67 704	104 225	5 170	7 465	5 827	64 446
Binnenhandel²⁾, Gastgewerbe²⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ³⁾⁴⁾	1991 = 100	95,2	97,1	99,5	103,2	104,8	107,4	94,9	88,1	90,5
Einzelhandel (Umsatzwerte) ⁴⁾	1991 = 100	99,5	99,7	98,7	98,0	96,0	107,0	123,5	89,2	89,2
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁵⁾	1 000	72 535	72 443	74 756	8 179	7 429	5 375	4 510	4 217	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	12 551	12 589	12 890	1 383	1 200	848	741	705	...
Übernachtungen ⁵⁾	1 000	259 312	255 331	259 479	27 720	24 549	15 463	14 437	14 270	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	29 224	28 886	29 305	2 964	2 724	1 902	1 676	1 648	..
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁵⁾	1 000	9 849	11 692	12 476	1 499	1 283	954	828	676	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	658	775	917	108	93	61	46	41	...
Übernachtungen ⁵⁾	1 000	29 679	35 758	41 142	4 340	3 766	2 653	2 450	2 095	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	1 845	2 295	2 721	306	269	194	153	135	...

1) 1995 vorläufiges Ergebnis. - 2) Vorläufiges Ergebnis. - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) In jeweiligen Preisen. - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt. 95	Nov. 95	Jan. 96	Jan. 96
Bautätigkeit und Wohnungen 1)										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 16,7	- 14,5	- 16,9	- 17,5	- 11,6	+ 20,3
Rauminhalt	+ 17,6	- 13,3	- 16,8	- 11,6	- 5,0	+ 29,0
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 22,8	- 9,6	- 14,0	- 7,7	- 4,1	+ 29,9
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 2,8	- 0,8	+ 3,9	- 5,9	- 0,2	- 0,3
Rauminhalt	- 1,5	- 6,1	- 24,1	- 7,5	- 16,2	+ 32,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 3,6	- 6,9	- 39,8	- 2,2	- 14,7	+ 51,1
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 17,5	- 10,3	- 15,2	- 6,3	- 1,0	+ 34,4
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 27,4	+ 0,9	+ 9,8	- 6,7	- 10,3	+1 023,2
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 1,0	- 0,1	+ 14,0	- 3,9	- 6,9	+1 024,5
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 25,8	+ 5,3	+ 13,6	- 1,3	- 9,2	+ 976,9
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 12,2	- 22,9	- 24,7	- 30,7	- 14,0	+ 8,6
Rauminhalt	+ 13,1	- 22,5	- 25,1	- 30,4	- 9,3	+ 10,3
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 17,5	- 19,6	- 22,2	- 27,7	- 8,0	+ 9,7
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 1,3	- 1,8	+ 0,3	- 11,9	- 3,9	- 7,3
Rauminhalt	- 2,1	- 4,1	- 34,1	- 16,9	- 23,3	+ 25,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 1,4	- 6,0	- 47,5	- 15,8	- 17,7	+ 37,4
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 11,9	- 21,8	- 24,7	- 29,2	- 5,5	+ 12,3
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 19,3	- 4,5	+ 4,5	- 11,6	- 7,8	+1 021,8
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 9,3	- 3,9	+ 20,0	- 8,1	+ 13,8	+ 928,1
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 17,0	- 1,3	+ 6,9	- 7,3	- 5,9	+ 970,6
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 40,9	+ 22,3	+ 8,0	+ 20,3	- 5,8	+ 46,1
Rauminhalt	+ 47,4	+ 34,6	+ 15,9	+ 54,8	+ 8,1	+ 76,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 58,5	+ 40,0	+ 16,9	+ 59,8	+ 7,2	+ 80,6
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 15,9	+ 2,6	+ 17,0	+ 12,8	+ 13,4	+ 21,4
Rauminhalt	- 0,4	- 10,0	+ 4,3	+ 12,1	+ 0,5	+ 44,8
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 8,3	- 8,5	- 15,1	+ 29,9	- 8,0	+ 78,0
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 52,8	+ 43,0	+ 18,3	+ 68,5	+ 11,0	+ 83,8
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 175,9	+ 44,1	+ 48,0	+ 30,4	- 21,3	+1 030,6
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 40,2	+ 9,3	- 0,9	+ 6,5	- 39,7	+1 312,5
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 186,9	+ 53,9	+ 60,8	+ 39,4	- 21,9	+1 006,0
Binnenhandel 2), Gastgewerbe 2), Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) 3) 4)	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,0	- 6,0	± 0,0	- 1,0	+ 2,5	- 11,6	- 7,2	+ 2,7
Einzelhandel (Umsatzwerte) 4)	+ 0,2	- 1,0	+ 2,0	- 2,0	± 0,0	+ 1,0	+ 11,5	+ 15,4	- 27,8	± 0,0
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte 5)	- 0,1	+ 3,2	+ 4,1	+ 4,0	- 1,6	...	- 27,6	- 16,1	- 6,5	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 0,3	+ 2,4	+ 5,1	+ 4,8	- 2,0	...	- 29,4	- 12,5	- 4,8	...
Übernachtungen 5)	- 1,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,1	- 2,8	...	- 37,0	- 6,6	- 1,2	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	- 1,2	+ 1,4	+ 4,1	+ 4,7	- 3,0	...	- 30,2	- 11,8	- 1,7	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte 5)	+ 18,9	+ 14,5	+ 12,6	+ 14,4	+ 6,3	...	- 25,6	- 13,2	- 18,4	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 17,9	+ 18,3	+ 11,3	+ 10,9	+ 8,8	...	- 34,4	- 24,3	- 11,8	...
Übernachtungen 4)	+ 20,7	+ 15,1	+ 12,1	+ 14,8	+ 5,4	...	- 29,6	- 7,7	- 14,5	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 24,5	+ 18,6	+ 5,9	+ 10,4	+ 11,0	...	- 27,7	- 21,4	- 11,7	...

1) 1995 vorläufiges Ergebnis. - 2) Vorläufiges Ergebnis. - 3) Ohne Umsatzsteuer. - 4) In jeweiligen Preisen. - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1992	1993	1994 ¹⁾	1995 1)					
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Außenhandel										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	637 546	566 495	616 955	54 475	51 444	48 132	53 892	56 059	55 291
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	69 631	59 265	66 245	5 691	5 329	5 108	5 377	5 904	5 297
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	559 232	482 008	532 198	47 149	44 309	41 009	46 416	48 400	48 151
Rohstoffe	Mill. DM	35 981	31 327	33 160	2 580	2 505	2 595	2 585	2 625	2 418
Halbwaren	Mill. DM	59 487	52 009	56 532	5 213	4 890	4 585	4 983	5 081	5 240
Fertigwaren	Mill. DM	464 364	398 671	442 505	39 356	36 914	33 829	38 848	40 694	40 493
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	380 319	317 515	343 376	30 521	28 333	25 078	29 256	30 434	29 312
EFTA-Länder	Mill. DM	34 830	33 621	37 344	3 369	3 213	2 806	3 288	3 589	3 831
NAFTA-Länder	Mill. DM	47 527	45 137	49 930	4 124	3 847	3 958	4 148	4 589	4 542
ASEAN-Länder	Mill. DM	13 474	14 574	16 684	1 409	1 154	1 353	1 474	1 440	1 545
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	671 203	628 387	690 573	63 470	57 632	55 702	62 024	64 571	65 531
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	36 972	34 699	37 211	3 163	3 005	2 956	3 503	3 348	3 264
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	631 626	577 235	641 800	59 607	53 440	51 330	57 312	60 306	61 666
Rohstoffe	Mill. DM	7 142	5 853	7 135	646	575	515	696	629	614
Halbwaren	Mill. DM	33 686	31 335	35 188	3 029	2 851	2 747	3 169	3 205	3 091
Fertigwaren	Mill. DM	590 798	540 047	599 477	55 932	50 014	48 068	53 448	56 373	57 962
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	424 905	367 818	400 596	37 556	32 193	30 612	36 897	37 069	35 493
EFTA-Länder	Mill. DM	41 538	39 182	43 262	3 823	3 693	3 605	3 972	3 918	4 080
NAFTA-Länder	Mill. DM	51 261	55 012	63 054	5 147	4 928	4 585	4 958	5 369	5 839
ASEAN-Länder	Mill. DM	12 234	13 792	17 441	1 705	1 692	1 746	1 685	1 874	1 965
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+33 656	+61 891	+73 617	+ 8 994	+ 6 188	+ 7 571	+ 8 132	+ 8 512	+10 240
Früheres Bundesgebiet										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	627 950	557 781	606 404	53 408	50 375	47 170	52 664	54 875	54 156
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	68 866	58 678	65 393	5 586	5 200	5 038	5 218	5 799	5 199
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	550 402	473 886	522 504	46 187	43 371	40 118	45 348	47 321	47 114
Rohstoffe	Mill. DM	33 422	29 936	31 864	2 450	2 369	2 442	2 437	2 451	2 244
Halbwaren	Mill. DM	57 262	50 076	54 501	5 014	4 692	4 367	4 784	4 873	5 006
Fertigwaren	Mill. DM	459 718	393 873	436 140	38 722	36 310	33 309	38 126	39 997	39 864
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	376 899	313 909	338 324	30 003	27 857	24 747	28 680	29 941	28 912
EFTA-Länder	Mill. DM	34 371	33 164	36 869	3 336	3 168	2 766	3 244	3 556	3 779
NAFTA-Länder	Mill. DM	47 134	44 952	49 663	4 083	3 791	3 898	4 065	4 507	4 469
ASEAN-Länder	Mill. DM	13 419	14 520	16 604	1 397	1 147	1 344	1 460	1 427	1 520
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	657 410	616 441	678 237	62 242	56 521	54 564	60 596	63 328	64 228
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	35 772	33 892	36 318	3 096	2 912	2 870	3 360	3 261	3 096
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	619 034	566 103	630 363	58 447	52 423	50 278	56 030	59 152	60 532
Rohstoffe	Mill. DM	6 938	5 730	7 002	624	550	507	677	615	588
Halbwaren	Mill. DM	32 490	30 575	34 552	2 961	2 783	2 676	3 081	3 224	3 026
Fertigwaren	Mill. DM	579 606	529 798	588 809	54 863	49 090	47 096	52 272	55 313	56 918
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	420 972	365 167	396 639	37 101	31 829	30 270	36 315	36 690	35 049
EFTA-Länder	Mill. DM	41 232	38 630	42 699	3 781	3 658	3 552	3 919	3 859	4 034
NAFTA-Länder	Mill. DM	51 048	54 718	62 583	5 085	4 882	4 518	4 898	5 302	5 794
ASEAN-Länder	Mill. DM	12 126	13 541	17 093	1 689	1 677	1 715	1 661	1 838	1 933
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+29 459	+58 659	+71 832	+ 8 833	+ 6 146	+ 7 393	+ 7 933	+ 8 453	+10 072
Index der tatsächlichen Werte										
Einfuhr	1980 = 100	183,9	157,1	177,6	187,7	177,1	165,8	185,1	192,9	190,4
Ausfuhr	1980 = 100	187,7	169,0	193,6	213,2	193,6	186,9	207,6	216,9	220,0
Index des Volumens										
Einfuhr	1980 = 100	180,6	163,2	181,9	183,8	178,0	166,8	182,2	189,8	189,0
Ausfuhr	1980 = 100	160,2	151,3	175,2	190,5	169,4	164,8	186,0	190,6	195,9
Index der Durchschnittswerte										
Einfuhr	1980 = 100	101,9	96,3	97,7	102,1	99,5	99,4	101,6	101,6	100,7
Ausfuhr	1980 = 100	117,1	111,7	110,5	112,9	114,3	113,4	111,6	113,8	112,3
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	1980 = 100	114,9	116,0	113,1	109,6	114,9	114,1	109,8	112,0	111,5
Neue Länder und Berlin-Ost										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	9 596	8 714	10 551	1 067	1 069	961	1 228	1 184	1 136
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	765	587	852	105	128	70	159	105	98
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	8 831	8 122	9 694	962	939	890	1 068	1 079	1 037
Rohstoffe	Mill. DM	1 959	1 391	1 296	130	136	152	148	174	174
Halbwaren	Mill. DM	2 226	1 933	2 032	199	198	218	199	208	234
Fertigwaren	Mill. DM	4 646	4 798	6 366	634	604	520	722	697	629
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	3 420	3 606	5 053	518	477	331	576	493	400
EFTA-Länder	Mill. DM	459	457	475	33	45	40	44	33	51
NAFTA-Länder	Mill. DM	393	185	267	41	56	61	83	82	73
ASEAN-Länder	Mill. DM	54	55	80	12	7	9	14	14	24
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	13 793	11 946	12 336	1 228	1 111	1 139	1 428	1 243	1 303
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	1 200	807	893	67	94	86	143	87	168
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	12 592	11 132	11 437	1 160	1 017	1 051	1 282	1 154	1 134
Rohstoffe	Mill. DM	203	122	133	22	25	8	19	14	25
Halbwaren	Mill. DM	1 197	760	636	68	68	71	88	81	65
Fertigwaren	Mill. DM	11 192	10 250	10 667	1 070	924	972	1 175	1 060	1 044
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	3 933	2 651	3 957	456	364	342	582	380	444
EFTA-Länder	Mill. DM	306	551	562	43	35	53	53	60	46
NAFTA-Länder	Mill. DM	213	294	472	63	47	67	60	67	45
ASEAN-Länder	Mill. DM	108	251	348	17	15	32	24	36	32
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+ 4 197	+ 3 232	+ 1 785	+ 161	+ 42	+ 177	+ 200	+ 59	+ 167

1) Einsch. nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1993	1994	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
1992	1993	Aug. 94	Sept. 94	Okt. 94	Nov. 94	Juli 95	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	
Außenhandel										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)	- 11,1	+ 8,9	+ 0,5	+ 2,2	+ 6,1	+ 3,0	- 6,4	+ 12,0	+ 4,0	- 1,4
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 14,9	+ 11,8	- 8,1	- 2,6	+ 4,8	- 6,4	- 4,1	+ 5,3	+ 9,8	- 10,3
Gewerbliche Wirtschaft	- 13,8	+ 10,4	+ 0,5	+ 1,7	+ 4,9	+ 3,8	- 7,4	+ 13,2	+ 4,3	- 0,5
Rohstoffe	- 11,5	+ 5,9	- 4,7	- 2,6	- 3,7	- 16,7	+ 3,6	- 0,4	+ 1,5	- 7,9
Halbwaren	- 12,6	+ 8,7	+ 5,6	+ 9,3	+ 3,3	+ 3,9	- 6,2	+ 8,7	+ 2,0	+ 3,1
Fertigwaren	- 14,1	+ 11,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 5,8	+ 5,3	- 8,4	+ 14,8	+ 4,8	- 0,5
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	- 16,5	+ 8,1	- 0,6	- 1,7	+ 1,8	- 1,1	- 11,5	+ 16,7	+ 4,0	- 3,7
EFTA-Länder	- 3,5	+ 11,1	+ 6,9	+ 0,3	+ 11,5	+ 7,9	- 12,7	+ 17,2	+ 9,1	+ 6,7
NAFTA-Länder	- 5,0	+ 10,6	+ 4,4	+ 10,6	+ 4,4	+ 6,4	+ 2,9	+ 4,8	+ 10,6	- 1,0
ASEAN-Länder	+ 8,2	+ 14,5	- 1,0	+ 10,3	+ 0,4	+ 5,0	+ 17,2	- 8,9	- 2,3	+ 7,2
Ausfuhr (Spezialhandel)	- 6,4	+ 9,9	+ 0,5	+ 6,4	+ 8,8	+ 7,9	- 3,3	+ 11,3	+ 4,1	+ 1,5
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 6,1	+ 7,2	- 4,4	+ 6,5	- 0,3	+ 2,6	- 1,6	+ 18,5	- 4,4	- 2,5
Gewerbliche Wirtschaft	- 8,6	+ 11,2	+ 0,5	+ 6,5	+ 8,3	+ 7,8	- 3,9	+ 11,7	+ 5,2	+ 2,3
Rohstoffe	- 18,1	+ 21,9	- 7,8	+ 16,0	- 7,0	+ 15,0	- 10,4	+ 35,0	- 9,6	- 2,4
Halbwaren	- 7,0	+ 12,3	- 13,7	+ 6,8	+ 10,2	- 1,4	- 3,7	+ 15,4	+ 4,3	- 6,5
Fertigwaren	- 8,6	+ 11,0	+ 1,5	+ 6,4	+ 8,3	- 8,3	- 3,9	+ 11,2	+ 5,5	+ 2,8
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	- 13,4	+ 8,9	- 0,1	+ 6,4	+ 5,3	+ 5,0	- 4,9	+ 20,5	+ 0,5	- 4,3
EFTA-Länder	- 5,7	+ 10,4	- 6,8	+ 10,4	- 3,7	+ 7,9	- 2,4	+ 10,2	- 1,3	+ 4,1
NAFTA-Länder	+ 7,3	+ 14,6	- 10,0	- 4,1	+ 1,1	- 3,5	- 7,0	+ 8,1	+ 8,3	+ 8,7
ASEAN-Länder	+ 12,7	+ 26,5	+ 9,2	+ 12,1	+ 48,3	+ 19,5	+ 3,2	- 3,5	+ 11,2	+ 4,9
Früheres Bundesgebiet										
Einfuhr (Spezialhandel)	- 11,2	+ 8,7	+ 0,2	+ 1,6	+ 5,6	+ 2,6	- 6,4	+ 11,6	+ 4,2	- 1,3
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 14,8	+ 11,4	- 8,3	- 4,0	+ 4,2	+ 6,9	- 3,1	+ 3,6	+ 11,1	- 10,3
Gewerbliche Wirtschaft	- 13,9	+ 10,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 4,4	+ 3,3	- 7,5	+ 13,0	+ 4,4	- 0,4
Rohstoffe	- 10,4	+ 6,4	- 6,4	- 4,8	- 5,8	- 19,9	+ 3,1	- 0,2	+ 0,6	- 8,5
Halbwaren	- 12,5	+ 8,8	+ 5,4	+ 9,3	+ 1,7	+ 1,5	- 6,9	+ 9,6	+ 1,8	+ 2,7
Fertigwaren	- 14,3	+ 10,7	- 0,1	+ 0,7	+ 5,5	+ 5,3	- 8,3	+ 14,5	+ 4,9	- 0,3
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	- 16,7	+ 7,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,7	- 1,0	- 11,2	+ 15,9	+ 4,4	- 3,4
EFTA-Länder	- 3,5	+ 11,2	+ 7,2	+ 0,4	+ 12,0	+ 7,7	- 12,7	+ 17,3	+ 9,6	+ 6,3
NAFTA-Länder	- 4,6	+ 10,5	+ 3,3	+ 9,1	+ 3,1	+ 5,2	+ 2,8	+ 4,3	+ 10,9	- 0,8
ASEAN-Länder	+ 8,2	+ 14,4	- 1,3	+ 9,8	- 0,1	+ 3,9	+ 17,2	+ 8,6	- 2,3	+ 6,6
Ausfuhr (Spezialhandel)	- 6,2	+ 10,0	+ 0,3	+ 5,8	+ 8,7	+ 7,9	- 3,5	+ 11,1	+ 4,5	+ 1,4
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 5,3	+ 7,2	- 5,3	+ 4,7	+ 0,2	- 0,0	- 1,4	+ 17,1	- 3,0	- 5,0
Gewerbliche Wirtschaft	- 8,6	+ 11,4	+ 0,3	+ 5,9	+ 8,1	+ 8,0	- 4,1	+ 11,4	+ 5,6	+ 2,3
Rohstoffe	- 17,4	+ 22,2	- 7,3	+ 15,1	- 7,3	+ 11,7	- 7,8	+ 33,5	- 9,1	- 4,4
Halbwaren	- 5,9	+ 13,0	- 14,8	+ 5,6	+ 9,6	- 1,7	- 3,8	+ 15,1	+ 4,6	- 6,1
Fertigwaren	- 8,6	+ 11,1	+ 1,4	+ 5,8	+ 8,2	+ 8,5	- 4,1	+ 11,0	+ 5,8	+ 2,9
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	- 13,3	+ 8,6	- 0,3	+ 5,8	+ 5,5	+ 4,8	- 4,9	+ 20,0	+ 1,0	- 4,5
EFTA-Länder	- 6,3	+ 10,5	- 7,3	+ 10,2	- 3,9	+ 8,0	- 2,9	+ 10,3	- 1,5	+ 4,5
NAFTA-Länder	+ 7,2	+ 14,4	- 10,6	- 4,5	+ 0,9	- 3,3	+ 7,5	+ 8,4	+ 8,2	+ 9,3
ASEAN-Länder	+ 11,7	+ 26,2	+ 7,8	+ 13,4	+ 46,7	+ 26,4	+ 2,2	- 3,1	+ 10,7	+ 5,2
Index der tatsächlichen Werte										
Einfuhr	- 14,6	+ 8,7	+ 0,2	+ 1,6	+ 5,6	+ 2,6	- 6,4	+ 11,6	+ 4,2	- 1,3
Ausfuhr	- 10,0	+ 10,0	+ 0,3	+ 5,8	+ 8,7	+ 7,9	- 3,5	+ 11,1	+ 4,5	+ 1,4
Index des Volumens										
Einfuhr	- 9,6	+ 7,6	- 3,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,6	- 6,3	+ 9,2	+ 4,2	- 0,4
Ausfuhr	- 5,6	+ 11,2	- 3,0	+ 3,9	+ 4,4	+ 5,2	- 2,7	+ 12,9	+ 2,5	+ 2,8
Index der Durchschnittswerte										
Einfuhr	- 5,5	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,5	+ 5,7	+ 3,2	- 0,1	+ 2,2	± 0,0	- 0,9
Ausfuhr	- 4,6	- 1,1	+ 3,5	+ 1,8	+ 4,1	+ 2,6	- 0,8	- 1,6	+ 2,0	- 1,3
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 1,0	- 2,2	- 0,1	+ 0,3	- 1,6	- 0,6	- 0,7	- 3,8	+ 2,0	- 0,4
Neue Länder und Berlin-Ost										
Einfuhr (Spezialhandel)	- 9,2	+ 21,1	+ 22,4	+ 35,0	+ 36,6	+ 27,9	+ 27,0	+ 27,8	- 3,6	- 4,1
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 23,2	+ 45,1	+ 8,9	+ 93,3	+ 52,0	+ 33,5	- 10,1	+ 127,5	- 34,2	- 6,3
Gewerbliche Wirtschaft	- 8,0	+ 19,3	+ 23,5	+ 29,2	+ 35,2	+ 27,3	- 45,6	+ 20,0	+ 1,0	- 3,9
Rohstoffe	- 29,0	- 6,8	+ 34,2	+ 55,2	+ 40,4	+ 51,7	- 5,1	- 2,9	+ 17,4	+ 0,2
Halbwaren	- 13,1	+ 5,1	+ 10,3	+ 8,9	+ 63,3	+ 115,2	+ 12,0	- 8,7	+ 4,6	+ 12,7
Fertigwaren	+ 3,3	+ 32,7	+ 26,9	+ 31,4	+ 27,5	+ 6,4	+ 9,8	+ 38,7	- 3,4	- 9,8
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	+ 5,4	+ 40,1	+ 6,0	+ 31,9	+ 13,5	- 11,5	- 30,5	+ 73,8	- 14,4	- 18,9
EFTA-Länder	- 0,5	+ 4,1	- 10,5	- 7,5	- 23,3	+ 25,8	- 10,9	+ 8,8	- 25,2	+ 56,1
NAFTA-Länder	- 53,1	+ 44,4	+ 183,5	+ 224,0	+ 208,3	+ 254,4	+ 8,8	+ 36,9	- 0,6	- 11,5
ASEAN-Länder	+ 0,6	+ 46,7	+ 106,3	+ 141,0	+ 147,8	+ 228,4	+ 19,0	+ 58,9	- 0,2	+ 77,9
Ausfuhr (Spezialhandel)	- 13,4	+ 3,3	+ 9,2	+ 42,9	+ 13,8	+ 6,8	+ 2,5	+ 25,4	- 12,9	+ 4,8
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 32,7	+ 10,7	+ 41,7	+ 76,6	- 17,5	+ 102,0	- 7,7	+ 65,3	- 38,7	+ 92,5
Gewerbliche Wirtschaft	- 11,6	+ 2,7	+ 7,1	+ 39,8	+ 17,1	- 0,3	+ 3,3	+ 22,0	- 10,0	- 1,7
Rohstoffe	- 39,9	+ 8,7	- 29,0	+ 61,2	+ 9,5	+ 257,0	- 66,1	+ 124,5	- 28,1	+ 85,4
Halbwaren	- 36,5	- 16,3	+ 72,0	+ 77,8	+ 42,7	+ 14,8	+ 3,7	+ 24,3	- 8,2	- 19,8
Fertigwaren	- 8,4	+ 4,1	+ 4,7	+ 37,3	+ 15,6	- 2,8	+ 5,2	+ 21,0	- 9,8	- 1,5
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	- 32,6	+ 49,3	+ 20,0	+ 56,8	- 15,3	+ 26,8	- 6,1	+ 70,4	- 34,8	+ 16,9
EFTA-Länder	+ 80,3	+ 2,0	+ 38,8	+ 30,4	+ 12,7	- 0,0	+ 52,3	+ 0,4	+ 12,6	- 22,6
NAFTA-Länder	+ 38,0	+ 60,4	+ 57,5	+ 63,8	+ 20,0	- 20,5	+ 44,8	- 11,5	+ 12,8	- 33,7
ASEAN-Länder	+ 131,3	+ 38,8	+ 240,4	- 38,1	+ 229,7	- 72,2	+ 111,8	- 24,4	+ 49,4	- 10,4

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Verkehr										
Deutschland										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 569,8	1 574,4
Straßenverkehr ¹⁾	Mill.	7 918,6	7 946,8
Luftverkehr	Mill.	76,8	83,0	90,0	9,2	8,9	6,4	5,8
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	1 000 t	327 131	336 754	...	28 681	29 283	29 235	23 744
Straßenverkehr										
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1 000 t	562 484
Binnenschiffahrt	1 000 t	218 331	235 007	...	20 730	20 476	19 904p	17 845p
Seeschiffahrt	1 000 t	180 571	193 320	207 295p	16 785	17 821p	16 784p	16 911p
Luftverkehr	1 000 t	1 471	1 666	1 773	148	159	159	155
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	83 378	87 437	81 699	6 986	7 118	6 173	6 706
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	3 690,1	3 711,9	3 820,1	306,9p	295,8p	288,1p	261,1p	301,8p	295,9p
dar.: Personenkraftwagen	1 000	3 194,2	3 209,2	3 314,1	272,2p	267,5p	262,2p	232,9p	275,6p	266,7p
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	8 436,8	8 437,3	8 337,4	667,8	688,0	658,0	555,8	676,9	638,4
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	385 384	392 754	389 449p	36 036r	34 051r	31 355p	26 781p	24 409p	...
Getötete	Anzahl	9 949	9 814	9 485p	823r	872r	762p	744p	661p	...
Schwerverletzte	Anzahl	125 854	126 723	513 057p	11 146r	10 619	41 339p	36 119p	32 526p	...
Leichtverletzte	Anzahl	379 737	389 692	...	36 400r	34 122
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 960,0	1 878,1	1 851,0p	156,4r	156,8r	173,4p	176,0p	156,2p	...
Früheres Bundesgebiet										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 253,7
Straßenverkehr ¹⁾	Mill.
Luftverkehr	Mill.	73,4	78,9	85,7	8,7	8,4	6,1	5,6
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	1 000 t	260 025	270 139	...	22 193	22 469	22 160	18 393
Straßenverkehr										
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1 000 t	504 165
Binnenschiffahrt	1 000 t	195 380	210 599	...	18 244	17 945
Seeschiffahrt	1 000 t	162 425	172 011	182 002p	14 820	15 721p	14 760p	14 683p
Luftverkehr	1 000 t	1 468	1 660	1 765	147	159	158	154
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	69 414	72 190	66 892	5 731	5 681	4 976	5 543
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	2 940,2	2 987,6	3 105,2	251,7p	241,6p	231,2p	203,7p	253,1p	243,8p
dar.: Personenkraftwagen	1 000	2 559,2	2 594,0	2 712,2	224,7p	219,9p	212,3p	185,6p	232,6p	220,6p
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	6 941,8	6 911,4	6 903,9	550,3	573,9	540,0	460,2	559,6	520,9
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	312 606	314 381	309 652p	28 145r	26 876r	24 712p	21 376p	19 434p	...
Getötete	Anzahl	6 926	6 800	6 561p	580r	597r	494p	528p	456p	...
Schwerverletzte	Anzahl	90 784	90 726	409 457p	7 826r	7 562	32 915p	29 228p	25 927p	...
Leichtverletzte	Anzahl	320 530	324 543	...	29 591r	27 833
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 522,9	1 420,7	1 388,2p	115,4r	116,2r	127,5p	133,2p	119,9p	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	Mill.	316,1
Straßenverkehr ¹⁾	Mill.
Luftverkehr	Mill.	3,3	4,1	4,4	0,5	0,5	0,2	0,2
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	1 000 t	83 356	78 013	...	7 055	7 318	7 537	6 277
Straßenverkehr										
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1 000 t	82 591
Binnenschiffahrt	1 000 t	6 984	7 528	...	864	926
Seeschiffahrt	1 000 t	18 147	21 308	25 293	1 965	2 100p	2 024p	2 228p
Luftverkehr	1 000 t	3	6	8	0,8	0,7	0,8	0,8
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	13 964	15 247	14 807	1 255	1 437	1 197	1 163
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	749,9	724,3	696,9	54,6p	53,5p	56,1p	54,6p	48,0p	51,5p
dar.: Personenkraftwagen	1 000	635,0	615,2	601,1	47,5p	47,4p	49,8p	47,3p	42,9p	45,9p
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	1 495,0	1 525,9	1 433,6	117,5	114,1	118,0	95,6	117,3	117,5
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	72 778	78 373	79 797p	7 891r	7 175r	6 643p	5 405p	4 975p	...
Getötete	Anzahl	3 023	3 014	2 924p	243r	275r	268p	216p	205p	...
Schwerverletzte	Anzahl	35 070	35 997	103 600p	3 320r	3 057	8 424p	6 891p	6 599p	...
Leichtverletzte	Anzahl	59 207	65 149	...	6 809r	6 289
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	437,1	457,4	462,8p	41,0r	40,6r	45,9p	42,8p	36,3p	...
Geld und Kredit										
Deutschland										
Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	212,0	225,9	237,5	226,7	225,8	230,8	237,5	230,7	232,0
Deutsche Bundesbank ²⁾										
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ³⁾	Mrd. DM	122,8	116,0	123,3	124,6	124,7	126,1	123,3	123,8	124,1
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	257,5	217,7	213,1	188,1	184,5	202,5	213,1	194,6	196,3

1) Beförderte Personen im öffentlichen Straßenverkehr, ohne Werkverkehr. - 2) Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. - 3) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
1993	1994	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	
Verkehr										
Deutschland										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	+ 0,3
Straßenverkehr ¹⁾
Luftverkehr	+ 8,1	+ 8,4	+ 8,5	+ 9,4	- 28,1	- 9,4
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	+ 2,9	...	- 8,1	- 11,2	- 0,2	- 18,8
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)
Binnenschifffahrt	+ 7,6	...	- 4,0	- 7,5	- 2,8	- 10,3
Seeschifffahrt	+ 7,1	+ 7,2	+ 2,7	+ 1,5	- 5,8	+ 0,8
Luftverkehr	+ 13,3	+ 6,4	+ 6,7	+ 2,0	± 0,0	- 2,5
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 4,9	- 6,6	- 15,9	- 11,2	- 13,3	+ 8,6
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 0,6	+ 2,9	+ 4,8	- 6,0	+ 9,9	+ 6,4	- 2,6	- 9,3	+ 15,6	- 2,0
dar.: Personenkraftwagen	+ 0,5	+ 3,3	+ 6,6	- 4,5	+ 11,8	+ 10,6	- 1,9	- 11,2	+ 18,3	- 3,2
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 0,0	- 1,2	+ 2,3	- 19,2	+ 6,8	- 2,2	- 4,4	- 15,5	+ 21,8	- 5,7
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	+ 1,9	- 0,8	- 3,6	- 16,5	- 3,1	...	- 7,9	- 14,6	- 8,9	...
Getötete	- 1,4	- 3,4	- 12,1	- 15,0	- 1,5	...	- 12,6	- 2,4	- 11,2	...
Schwerverletzte	+ 0,7	- 0,7	- 3,5	- 15,5	- 2,8	...	- 7,6	- 12,6	- 9,9	...
Leichtverletzte	+ 2,6	- 0,7	- 3,5	- 15,5	- 2,8	...	- 7,6	- 12,6	- 9,9	...
Unfälle mit nur Sachschaden	- 4,2	- 1,4	+ 3,5	+ 2,6	+ 0,6	...	+ 10,6	+ 1,5	- 11,3	...
Früheres Bundesgebiet										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr
Straßenverkehr ¹⁾
Luftverkehr	+ 7,5	+ 8,6	+ 8,9	+ 9,8	- 27,4	- 8,2
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	+ 3,9	...	- 10,8	- 13,6	- 1,4	- 17,0
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)
Binnenschifffahrt	+ 7,8
Seeschifffahrt	+ 5,9	+ 5,8	+ 2,9	- 3,4	- 6,1	- 0,5
Luftverkehr	+ 13,1	+ 6,3	+ 6,0	+ 2,0	- 0,6	- 2,5
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 4,0	- 7,3	- 16,6	- 11,3	- 12,4	+ 11,4
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 1,6	+ 3,9	+ 5,6	- 4,2	+ 13,2	+ 8,6	- 4,3	- 11,9	+ 24,3	- 3,7
dar.: Personenkraftwagen	+ 1,4	+ 4,6	+ 7,0	- 2,5	+ 13,7	+ 12,1	- 3,5	- 12,6	+ 25,3	- 5,2
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	- 0,4	- 0,1	+ 3,7	- 17,1	+ 6,9	- 2,7	- 5,9	- 14,8	+ 21,6	- 6,9
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	+ 0,6	- 1,5	- 2,9	- 15,8	- 3,7	...	- 8,1	- 13,4	- 9,1	...
Getötete	- 1,8	- 3,5	- 15,6	- 13,2	- 1,7	...	- 17,3	+ 6,9	- 13,6	...
Schwerverletzte	- 0,1	- 1,4	- 2,6	- 13,0	- 4,6	...	- 7,0	- 11,2	- 11,3	...
Leichtverletzte	+ 1,3	- 1,4	- 2,6	- 13,0	- 4,6	...	- 7,0	- 11,2	- 11,3	...
Unfälle mit nur Sachschaden	- 6,7	- 2,3	+ 2,1	+ 3,0	+ 0,3	...	+ 9,7	+ 4,5	- 10,0	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr
Straßenverkehr ¹⁾
Luftverkehr	+ 24,2	+ 7,3	± 0,0	± 0,0	- 60,0	± 0,0
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	- 6,4	...	- 7,4	- 2,1	+ 3,0	- 16,7
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)
Binnenschifffahrt	+ 7,8
Seeschifffahrt	+ 17,4	+ 18,7	+ 1,3	+ 52,5	- 3,6	+ 10,1
Luftverkehr	+ 96,7	+ 33,3	+ 14,3	+ 33,3	+ 14,3	± 0,0
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 9,2	- 2,9	- 13,1	- 10,3	- 16,7	- 2,8
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	- 3,4	- 3,8	+ 0,4	- 16,0	+ 0,2	- 0,2	+ 4,9	- 2,7	- 12,1	+ 7,3
dar.: Personenkraftwagen	- 3,1	- 2,3	+ 4,8	- 11,8	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,9	- 5,0	- 9,3	+ 7,0
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 2,1	- 6,0	- 3,9	- 27,9	+ 6,6	+ 0,0	+ 13,4	- 19,0	+ 22,7	+ 0,2
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	+ 7,7	+ 1,8	- 6,0	- 19,2	- 0,9	...	- 7,4	- 18,6	- 8,0	...
Getötete	- 0,3	- 3,0	- 5,0	- 19,1	- 1,0	...	- 2,5	- 19,4	- 5,1	...
Schwerverletzte	+ 2,6	+ 2,4	- 6,8	- 20,1	+ 4,8	...	- 9,9	- 18,2	- 4,2	...
Leichtverletzte	+ 10,0	+ 2,4	- 6,8	- 20,1	+ 4,8	...	- 9,9	- 18,2	- 4,2	...
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 4,6	+ 1,2	+ 7,7	+ 1,4	+ 1,7	...	+ 13,1	- 6,8	- 15,2	...
Geld und Kredit										
Deutschland										
Bargeldumlauf²⁾										
Deutsche Bundesbank ²⁾	+ 6,6	+ 5,1	+ 4,8	+ 5,1	+ 4,9	+ 5,8	+ 2,2	+ 2,9	- 2,9	+ 0,6
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ³⁾	- 5,5	+ 6,3	+ 1,2	+ 6,3	+ 6,3	+ 6,2	+ 1,1	- 2,2	+ 0,4	+ 0,2
Kredite an inländische Kreditinstitute	- 15,5	- 2,1	- 10,3	- 2,1	- 7,9	- 6,8	+ 9,8	+ 5,2	- 8,7	+ 0,9

1) Beförderte Personen im öffentlichen Straßenverkehr, ohne Werkverkehr - 2) Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt - 3) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Geld und Kredit										
Deutschland										
Kreditinstitute										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 826,4	4 137,2	4 436,9	4 309,2	4 348,2	4 393,5	4 436,9	4 458,5	4 486,5
an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 986,0	3 210,9	3 369,4	3 288,6	3 300,9	3 329,5	3 369,4	3 368,9	3 385,5
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	840,4	926,2	1 067,5	1 020,6	1 047,3	1 064,0	1 067,5	1 089,6	1 101,0
Einlagen inländischer Nichtbanken	Mrd. DM	2 788,1	2 875,7	3 021,1	2 889,8	2 897,9	2 945,8	3 021,1	3 004,8	3 031,1
dar.: Spareinlagen	Mrd. DM	859,4	940,5	1 046,1	986,5	996,6	1 006,6	1 046,1	1 061,0	1 074,2
Bausparkassen										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1 000	3 345,2	3 273,0	...	258,4	268,9	293,8	464,5
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	145,8	152,5	...	150,9	150,6	150,4	156,5
Baudarlehen (Bestände) ¹⁾	Mrd. DM	150,9	161,3	...	160,3	160,3	160,4	162,3
Wertpapiermarkt										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mrd. DM	733,1	627,3	620,1	57,5	63,6	61,0	56,7	96,8	70,5
Festverzinsliche Wertpapiere	Mrd. DM	5,2	6,1	5,7	0,4	0,4	0,4	0,3	0,5	0,4
Aktien (Nominalwert) ²⁾	Mrd. DM	5,2	6,1	5,7	0,4	0,4	0,4	0,3	0,5	0,4
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	6,4	6,7	6,5	6,1	6,1	5,8	5,5	5,3	5,7
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 888	1 913	1 780	1 686	1 675	1 736	1 784	2 061	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	759	950	982	982	968	985	989	1 032	...
Unterhaltsgeld ³⁾	1 000	X	X	X	X	X	X	X	448	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	7 093,0	7 471,5	7 517,5	7 124,8	7 482,4	7 604,2	10 309,2	7 392,9	...
dar.: Beiträge	Mill. DM	6 657,9	6 794,7	7 029,5	6 823,0	6 776,7	7 214,6	9 509,8	7 043,6	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	9 127,9	8 322,0	8 091,9	7 652,7	7 628,0	8 194,4	9 609,8	7 073,8	...
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	3 549,8	3 822,5	4 016,7	3 977,4	3 863,9	3 827,8	4 860,6	3 496,6	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	50 759 r	50 607 r	50 675	50 836	50 888	50 926	50 943
dar.: Pflichtmitglieder ⁴⁾	1 000	30 773 r	30 386 r	30 135	30 206	30 219	30 221	30 213
Rentner	1 000	14 467 r	14 682 r	14 813	14 938	14 960	14 979 r	14 997
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 174	1 276	1 216	1 142	1 128	1 169	1 192	1 364	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	523	627	661	653	648	664	669	698	...
Unterhaltsgeld ³⁾	1 000	272	222	230	220	235	251	250	244	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	6 793,0	7 175,0	7 182,9	6 778,7	7 152,7	7 258,1	9 896,6	7 066,5	...
dar.: Beiträge	Mill. DM	6 360,5	6 483,9	6 699,9	6 484,1	6 450,5	6 871,9	9 100,8	6 721,1	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	4 914,1	4 853,7	5 110,2	4 869,2	4 872,4	5 241,0	6 274,0	4 633,5	...
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	2 727,5	2 767,2	2 959,3	2 921,3	2 821,7	2 784,2	3 517,3	2 496,3	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	39 457 r	39 551 r	40 485	40 643	40 703	40 733	40 720
dar.: Pflichtmitglieder ⁴⁾	1 000	23 197 r	23 245 r	23 755	23 867	23 903	23 909	23 895
Rentner	1 000	11 370 r	11 449 r	11 705	11 727	11 735	11 744	11 739
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	713	637	564	545	547	568	591	697	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	236	323	321	329	320	321	320	335	...
Unterhaltsgeld ³⁾	1 000	X	X	X	X	X	X	X	204	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	300,0	315,4	334,6	346,2	329,7	346,1	412,7	326,5	...
dar.: Beiträge	Mill. DM	297,5	310,8	329,7	338,9	326,2	342,7	409,0	322,4	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	4 213,8	3 468,3	2 981,7	2 783,6	2 755,6	2 953,3	3 335,9	2 440,3	...
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 072,4	1 055,3	1 057,4	1 056,1	1 042,2	1 043,7	1 343,4	1 000,3	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	11 302 r	11 055 r	10 190	10 193	10 184	10 193	10 223
dar.: Pflichtmitglieder ⁴⁾	1 000	7 576 r	7 140 r	6 380	6 339	6 316	6 312	6 318
Rentner	1 000	3 097 r	3 213 r	3 107	3 211	3 225	3 236 r	3 257
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel ⁵⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	653 015	688 785	743 511	66 110	51 835	52 243	101 536
Lohnsteuer	Mill. DM	558 090	578 754	579 177	56 266	39 990	39 690	83 109
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	257 987	266 522	282 700	21 354	21 498	21 441	41 232
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	33 234	25 510	13 997	8 567	- 2 496	- 2 665	10 739
Zinsabschlag	Mill. DM	11 984	17 746	16 914	572	595	858	694
Körperschaftsteuer	Mill. DM	10 750	13 708	12 807	820	852	1 013	1 018
Umsatzsteuer	Mill. DM	27 830	19 569	18 136	6 818	- 711	- 1 664	8 695
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	174 491	195 265	198 496	15 305	16 989	17 802	17 315
Bundessteuern	Mill. DM	41 814	40 433	36 126	2 830	3 012	2 906	3 414
dar.: Versicherungsteuer	Mill. DM	93 758	105 486	134 066	11 469	10 370	10 262	21 459
Tabaksteuer	Mill. DM	9 290	11 400	14 104	638	625	960	528
Branntweinsteuer	Mill. DM	19 459	20 264	20 595	1 758	1 897	1 591	3 699
Mineralölsteuer	Mill. DM	5 133	4 889	4 837	380	326	352	835
Landessteuern	Mill. DM	56 300	63 847	64 888	5 295	5 563	5 393	11 220
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	34 720	36 551	36 602	2 345	2 395	4 083	2 294
Grundwerbsteuer ⁶⁾	Mill. DM	6 784	6 627	7 855	166	146	1 825	148
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	5 900	7 031	6 067	470	454	467	506
Biersteuer	Mill. DM	14 058	14 169	13 805	1 007	1 065	964	948
Zölle	Mill. DM	1 769	1 795	1 779	194	124	153	134
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ⁷⁾	Mill. DM	7 240	7 172	7 117	614	641	641	669
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁸⁾	Mill. DM	4 181	6 271	7 855	2	1 430	505	1 922
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse ⁹⁾	Mill. St	-44 973	-45 450	-46 041	- 4 587	- 2 990	- 2 938	- 7 918
Zigaretten (Menge)	1 000 hl	130 233	136 314	137 526	11 845	11 014	12 839	8 789	11 970	10 556
Bierabsatz	1 000 hl	112 141	115 660	115 164	8 872	9 323	8 868	8 914	7 747	8 007
Leichtöle: Benzin bleifrei	1 000 hl	369 996	370 595	379 428	31 646	33 382	32 221	30 824	29 824	29 271
Benzin bleihaltig	1 000 hl	45 720	30 023	20 929	1 610	1 575	1 463	1 373	1 165	1 070
Gasöle (Dieselkraftstoff)	1 000 hl	287 823	293 241	304 250	26 856	27 200	28 171	22 307	21 235	21 259
Heizöl (EL und L)	1 000 hl	417 577	395 425	392 076	30 293	25 784	32 192	36 141	44 529	45 643
Erdgas	GWh	720 429	731 114	806 546	47 464	55 820	89 813	113 426	122 231	110 390

1) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung - 2) Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Emittenten. - 3) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. - 4) Ohne Rentner - 5) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel. - 6) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. - 7) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage. - 8) 15% an Lohn- und veranl. Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag - 9) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
Geld und Kredit										
Deutschland										
Kreditinstitute										
Kredite an inländische Nichtbanken	+ 8,1	+ 7,2	+ 7,3	+ 7,2	+ 7,9	+ 7,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,6
an Unternehmen und Privatpersonen	+ 7,5	+ 4,9	+ 4,2	+ 4,9	+ 6,5	+ 6,5	+ 0,9	+ 1,2	- 0,0r	+ 0,5
an öffentliche Haushalte	+ 10,2	+ 15,3	+ 18,2	+ 15,3	+ 12,5r	+ 12,1	+ 1,6	+ 0,3	+ 2,1r	+ 1,0
Einlagen inländischer Nichtbanken	+ 3,1	+ 5,1	+ 4,1	+ 5,1	+ 6,0r	+ 6,7	+ 1,7	+ 2,6	- 0,5	+ 0,9
dar.: Spareinlagen	+ 9,4	+ 11,2	+ 10,9	+ 11,2	+ 12,5	+ 13,3	+ 1,0	+ 3,9	+ 1,4	+ 1,2
Bausparkassen										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	- 2,2	.	+ 5,9	+ 4,7	.	.	+ 9,3	+ 58,1	.	.
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 4,6	.	+ 2,8	+ 2,8	.	.	- 0,1	+ 4,1	.	.
Baudarlehen (Bestände) 1)	+ 6,9	.	+ 3,8	+ 3,4	.	.	+ 0,1	+ 1,2	.	.
Wertpapiermarkt										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	- 14,4	- 1,1	+ 13,8	- 27,9	+ 65,2	+ 42,7	- 4,1	- 7,0	+ 70,7	- 27,2
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 16,8	- 6,6	+ 33,3	+ 50,0r	- 16,7	- 33,3	± 0,0	- 25,0	+ 66,7	- 20,0
Aktien (Nominalwert) 2)	+ 4,7	- 3,0	- 21,6	- 25,7	- 29,3	- 21,9	- 4,9	- 5,2	- 3,6	+ 7,5
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 1,3	- 6,9	+ 1,3	+ 2,6	+ 6,3	.	+ 3,7	+ 2,7	+ 15,6	.
Arbeitslosenhilfe	+ 25,1	+ 3,4	+ 6,3	+ 6,3	+ 7,1	.	+ 1,8	+ 0,4	+ 4,4	.
Unterhaltsgeld 3)	X	X	X	X	X	.	X	X	X	.
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 5,3	+ 0,6	+ 4,8	- 2,5	+ 3,4	.	+ 1,6	+ 35,6	- 28,3	.
dar.: Beiträge	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,7	+ 1,6	+ 3,3	.	+ 6,5	+ 31,8	- 25,9	.
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 8,8	- 2,8	- 1,0	+ 2,0	- 0,8	.	+ 7,4	+ 17,3	- 26,4	.
dar.: Arbeitslosengeld	+ 7,7	+ 5,1	+ 13,2	+ 21,6	+ 4,5	.	- 0,9	+ 27,0	- 28,1	.
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	.	.	+ 0,1	+ 0,0	.	.
dar.: Pflichtmitglieder 4)	- 1,3	- 0,8	- 0,7	- 0,7	.	.	+ 0,0	- 0,0	.	.
Rentner	+ 1,3r	+ 1,0	+ 1,9r	+ 1,9	.	.	+ 0,1	+ 0,1	.	.
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 8,7	- 4,7	- 1,5	- 1,2	+ 1,5	.	+ 3,6	+ 2,0	+ 14,4	.
Arbeitslosenhilfe	+ 19,8	+ 5,5	+ 6,4	+ 5,8	+ 6,5	.	+ 2,5	+ 0,8	+ 4,3	.
Unterhaltsgeld 3)	- 18,4	+ 3,6	+ 4,5	+ 3,6	+ 6,5	.	+ 6,8	- 0,7	- 2,1	.
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 5,6	+ 0,1	+ 4,9	- 2,6	+ 3,5	.	+ 1,5	+ 36,4	- 28,6	.
dar.: Beiträge	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,8	+ 1,6	+ 3,5	.	+ 6,5	+ 32,4	- 26,1	.
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 1,2	+ 5,3	+ 7,7	+ 10,9	+ 5,5	.	+ 7,6	+ 19,7	- 26,1	.
dar.: Arbeitslosengeld	+ 1,5	+ 6,9	+ 10,3	+ 17,7	+ 0,0	.	- 1,3	+ 26,3	- 29,0	.
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5	.	.	+ 0,1	- 0,0	.	.
dar.: Pflichtmitglieder 4)	+ 0,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	.	.	+ 0,0	- 0,1	.	.
Rentner	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,4	.	.	+ 0,1	- 0,0	.	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 10,7	- 11,4	+ 7,7	+ 11,1	+ 17,3	.	+ 3,8	+ 4,2	+ 17,9	.
Arbeitslosenhilfe	+ 36,9	- 0,7	+ 6,1	+ 7,4	+ 8,3	.	+ 0,3	- 0,4	+ 4,6	.
Unterhaltsgeld 3)	X	X	X	X	X	.	X	X	X	.
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 5,1	+ 6,1	+ 3,1	+ 1,5	+ 0,5	.	+ 5,0	+ 19,2	- 20,9	.
dar.: Beiträge	+ 4,5	+ 6,1	+ 3,3	+ 1,7	+ 0,6	.	+ 5,1	+ 19,3	- 21,2	.
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 17,7	- 14,0	- 16,2	- 11,3	- 10,9	.	+ 7,2	+ 13,0	- 26,8	.
dar.: Arbeitslosengeld	- 1,6	+ 0,2	+ 21,6	+ 33,0	+ 17,8	.	+ 0,1	+ 28,3	- 25,5	.
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 2,2	- 7,8	- 7,6	- 7,3	.	.	+ 0,1	+ 0,3	.	.
dar.: Pflichtmitglieder 4)	- 5,7r	- 10,7	- 10,8	- 10,6	.	.	- 0,1	+ 0,1	.	.
Rentner	+ 3,7r	- 3,3	- 0,3r	+ 0,3	.	.	+ 0,0	+ 0,7	.	.
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel 5)										
Gemeinschaftsteuern	+ 3,7	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,3	.	.	- 0,7	+ 109,4	.	.
Lohnsteuer	+ 3,3	+ 6,1	+ 6,0	+ 3,8	.	.	- 0,3	+ 92,3	.	.
Veranlagte Einkommensteuer	- 23,2	- 45,1	X	- 4,0	.	.	X	X	.	.
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	+ 48,1	- 4,7	- 32,1	- 58,1	.	.	+ 44,3	- 19,2	.	.
Zinsabschlag	+ 27,5	- 6,6	+ 1,1	- 2,0	.	.	+ 18,9	+ 0,5	.	.
Körperschaftsteuer	- 29,7	- 7,3	X	+ 4,9	.	.	X	X	.	.
Umsatzsteuer	+ 11,9	+ 1,7	+ 4,6	+ 5,1	.	.	+ 4,8	- 2,7	.	.
Einfuhrumsatzsteuer	- 3,3	- 10,7	- 13,7	- 24,4	.	.	- 3,5	+ 17,5	.	.
Bundessteuern	+ 12,5	+ 27,1	+ 20,0	+ 29,9	.	.	- 1,0	+ 109,1	.	.
dar.: Versicherungssteuer	+ 22,7	+ 23,7	+ 36,6	- 7,0	.	.	+ 53,6	- 45,0	.	.
Tabaksteuer	+ 4,1	+ 1,6	- 3,8	+ 4,9	.	.	- 16,1	+ 132,5	.	.
Branntweinsteuer	- 4,8	- 1,1	+ 4,8	- 1,3	.	.	+ 8,2	+ 136,9	.	.
Mineralölsteuer	+ 13,4	+ 1,6	- 2,9	+ 1,9	.	.	- 3,1	+ 108,0	.	.
Landesteuern	+ 5,3	+ 0,1	+ 8,0	- 14,3	.	.	+ 70,5	- 43,8	.	.
dar.: Vermögensteuer	- 2,3	+ 18,5	+ 24,1	- 26,9	.	.	X	- 91,9	.	.
Grundwerbsteuer 6)	+ 19,2	- 13,7	- 15,3	- 17,7	.	.	+ 2,8	+ 8,5	.	.
Kraftfahrzeugsteuer	+ 0,8	- 2,6	- 6,4	- 12,1	.	.	- 9,5	- 1,6	.	.
Biersteuer	+ 1,5	- 0,9	+ 11,2	- 9,4	.	.	+ 23,4	- 12,8	.	.
Zölle	- 0,9	- 0,8	+ 17,6	- 8,0	.	.	+ 0,0	+ 4,4	.	.
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage 7)	+ 50,0	+ 25,3	+ 49,6	+ 24,9	.	.	- 64,6	+ 280,3	.	.
Gemeindeanteil an Einkommensteuer 8)	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,0	.	.	- 1,7	+ 169,5	.	.
Verbrauchsbesteuerter Erzeugnisse 9)										
Zigaretten (Menge)	+ 4,7	+ 0,9	+ 7,1	- 5,7	- 0,8	- 5,2	+ 16,6	- 31,5	+ 36,2	- 11,8
Bierabsatz	+ 3,2	- 0,4	- 5,5	- 8,7	+ 0,2	+ 0,2	- 4,9	+ 0,5	- 13,1	+ 3,4
Leichtöle: Benzin bleifrei	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,7	- 3,4	+ 6,5	+ 3,8	- 3,5	- 4,3	- 3,2	- 1,9
Benzin bleihaltig	- 34,3	- 30,3	- 31,6	- 38,6	- 34,1	- 38,5	- 7,1	- 6,1	- 15,1	- 8,2
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 1,9	+ 3,8	+ 3,9	- 8,0	+ 3,0	- 1,5	+ 3,6	- 20,8	- 4,8	+ 0,1
Heizöl (EL und L)	- 5,3	- 0,8	+ 14,7	+ 12,0	+ 25,9	+ 56,1	+ 24,9	+ 12,3	+ 23,2	+ 2,5
Erdgas	+ 1,5	+ 10,3	+ 27,1	+ 27,6	+ 19,0	+ 38,8	+ 60,9	+ 26,3	+ 7,8	- 9,7

1) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung - 2) Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Emittenten - 3) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 4) Ohne Rentner - 5) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel. - 6) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. - 7) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage. - 8) 15% an Lohn- und veranl. Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag. - 9) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					
					Juli	Aug.	Sept.	Okt	Nov.	Dez.
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	529 145	539 837	538 674	39 231	37 806	52 833	36 858	36 653	77 138
Lohnsteuer	Mill. DM	236 738	241 885	255 259	22 504	20 932	19 161	19 308	19 158	37 392
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	34 541	26 478	17 206	- 3 054	- 2 592	8 627	- 1 701	- 2 144	10 439
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	11 612	17 031	16 182	2 098	1 843	518	569	828	610
Zinsabschlag	Mill. DM	10 621	13 554	12 678	443	717	811	842	1 003	1 010
Körperschaftsteuer	Mill. DM	28 286	18 622	18 767	- 1 085	- 1 545	6 749	- 602	- 1 395	8 470
Umsatzsteuer	Mill. DM	166 309	182 675	183 431	15 566	15 509	14 203	15 537	16 367	15 939
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	41 037	39 593	35 151	2 759	2 941	2 764	2 906	2 836	3 279
Landessteuern	Mill. DM	31 183	32 307	32 431	2 214	3 710	2 019	2 106	3 767	1 956
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	6 785	6 627	7 857	153	1 671	166	147	1 825	148
Grundwerbsteuer ¹⁾	Mill. DM	4 961	5 500	4 501	338	383	366	352	345	386
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	11 910	11 996	11 784	1 036	937	855	920	814	788
Biersteuer	Mill. DM	1 551	1 560	1 535	131	137	164	106	132	117
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ²⁾	Mill. DM	4 092	6 031	7 650	1 400	482	2	1 409	479	1 880
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	Mill. DM	- 41 747	- 41 618	- 41 167	- 2 971	- 2 715	- 4 266	- 2 742	- 2 551	- 7 296
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	28 946	38 917	40 503	2 792	3 293	3 433	3 132	3 037	5 971
Lohnsteuer	Mill. DM	21 249	24 637	27 442	2 294	2 400	2 192	2 190	2 283	3 841
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	- 1 307	- 968	- 3 209	- 515	- 552	- 59	- 544	- 521	301
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	372	716	732	55	30	54	26	31	84
Zinsabschlag	Mill. DM	128	154	129	8	8	9	10	9	9
Körperschaftsteuer	Mill. DM	- 456	- 974	- 631	- 207	- 48	70	-109	- 269	226
Umsatzsteuer	Mill. DM	8 182	12 591	15 065	1 079	1 376	1 102	1 453	1 435	1 376
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	777	840	975	79	80	65	106	70	135
Landessteuern	Mill. DM	3 536	4 244	4 171	329	351	326	289	315	339
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	- 2	0	- 1	- 0	0	- 0	- 0	- 0	0
Grundwerbsteuer ¹⁾	Mill. DM	939	1 531	1 565	123	149	105	102	121	121
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	2 148	2 173	2 021	160	160	151	145	150	160
Biersteuer	Mill. DM	218	235	244	21	24	30	18	21	16
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	89	240	205	15	53	0	21	26	42
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	Mill. DM	- 3 226	- 3 832	- 4 875	- 268	- 400	- 321	- 248	- 387	- 622
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers.-Haush. von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	DM	2 093,50	2 169,76	..	2 321,27	2 294,98	2 210,53
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	533,57	533,43	..	546,00	562,09	535,62
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	158,20	159,52	..	171,12	161,47	155,14
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	3 986,62	3 957,97	..	4 339,61	4 165,41	3 782,02
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	876,33	870,32	..	1 005,44	984,45	867,31
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	201,27	217,52	..	224,27	216,88	210,20
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	5 782,86	5 854,91	..	6 317,16	6 449,99	5 481,49
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	1 123,76	1 137,38	..	1 243,15	1 300,52	1 101,13
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	245,95	247,24	..	257,77	265,16	238,16
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen in der Industrie⁶⁾										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	38,0	38,3	..	38,9
Index	1985 = 100	93,2	94,1	..	95,4
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	23,93	24,66	..	25,68
Index	1985 = 100	144,8	149,5	..	156,0
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	909	949	..	998
Index	1985 = 100	134,8	140,3	..	148,5
Angestellte in Industrie⁶⁾ und Handel										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	5 102	5 247	..	5 468
Index	1985 = 100	138,5	141,8	..	147,9
Tariffentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	1985 = 100	94,9	94,2	93,8	93,9	93,1
Index der tariflichen Stundenlöhne	1985 = 100	144,4	148,2	152,8	154,5	155,9
Index der tariflichen Monatsgehälter	1985 = 100	135,8	138,0	141,9	143,8	144,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen in der Industrie⁶⁾										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	41,2	40,1	..	40,3
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	15,57	16,95	..	18,46
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	644	683	..	743
Angestellte in Industrie⁶⁾ und Handel										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 322	3 702	..	4 107

1) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 2) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. - 3) 15% an Lohn- und veranl. Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag - 4) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 6) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Sept. 94	Okt. 94	Nov. 94	Dez. 94	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 2,0	- 0,2	+ 1,0	+ 3,1	+ 2,0	- 0,0	+ 39,7	- 30,2	- 0,6	+ 110,5
Lohnsteuer	+ 2,2	+ 5,5	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,8	+ 3,7	- 8,5	+ 0,8	- 0,8	+ 95,2
Veranlagte Einkommensteuer	- 23,3	- 35,0	- 5,3	X	X	- 2,8	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 46,7	- 5,0	- 58,5	- 51,2	- 32,4	- 61,1	- 71,9	+ 9,9	+ 45,4	- 26,3
Zinsabschlag	+ 27,6	- 6,5	+ 3,4	- 0,1	+ 1,1	- 2,0	+ 13,1	+ 3,8	+ 19,2	+ 0,6
Körperschaftsteuer	- 34,2	+ 0,8	+ 5,8	X	X	+ 5,2	X	X	X	X
Umsatzsteuer	+ 9,8	+ 0,4	+ 7,3	+ 5,4	+ 3,3	+ 4,1	- 8,4	+ 9,4	+ 5,3	- 2,6
Einfuhrumsatzsteuer	- 3,5	- 11,2	- 15,0	- 1,3	- 13,9	- 25,5	- 6,0	+ 5,1	- 2,4	+ 15,6
Landessteuern	+ 3,6	+ 0,4	- 9,9	- 1,5	+ 9,5	- 13,1	- 45,6	+ 4,3	+ 78,9	- 48,1
dar.: Vermögensteuer	- 2,3	+ 18,6	+ 74,3	- 18,0	+ 24,2	- 26,9	- 90,1	- 11,2	X	- 91,9
Grundwerbsteuer ¹⁾	+ 10,9	- 18,2	- 9,5	- 15,5	- 16,5	- 13,0	- 4,5	- 3,7	- 1,9	+ 11,7
Kraftfahrzeugsteuer	+ 0,7	- 1,8	- 8,8	- 0,3	- 6,6	- 10,7	- 8,7	+ 7,6	- 11,6	- 3,2
Biersteuer	+ 0,6	- 1,6	+ 8,6	- 3,1	+ 11,8	- 7,0	+ 19,9	- 35,3	+ 24,4	- 11,3
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ²⁾	+ 47,4	+ 26,9	+ 23,5	+ 18,6	+ 44,4	+ 26,8	- 99,6	X	- 66,0	+ 292,2
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	- 0,3	- 1,1	+ 1,4	+ 3,5	+ 0,7	+ 2,1	+ 57,1	- 35,7	- 7,0	+ 186,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 34,4	+ 4,1	- 2,7	+ 8,8	+ 6,3	+ 4,4	+ 4,2	- 8,8	- 3,0	+ 96,6
Lohnsteuer	+ 15,9	+ 11,4	+ 12,7	+ 8,9	+ 7,7	+ 4,5	- 8,7	- 0,1	+ 4,2	+ 68,3
Veranlagte Einkommensteuer	X	X	X	X	X	- 31,9	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 92,4	+ 2,4	+ 100,7	- 20,6	- 23,1	- 8,1	+ 80,5	- 52,6	+ 19,2	+ 174,4
Zinsabschlag	+ 20,2	- 16,5	- 12,8	- 18,0	- 5,1	- 2,9	+ 9,3	+ 11,4	- 5,7	- 6,0
Körperschaftsteuer	- 307,8	X	- 67,5	X	X	- 4,1	X	X	X	X
Umsatzsteuer	+ 53,9	+ 19,6	+ 1,1	+ 24,5	+ 22,0	+ 19,5	- 19,9	+ 31,8	- 1,2	- 4,1
Einfuhrumsatzsteuer	+ 8,1	+ 16,0	+ 10,5	+ 68,0	- 4,5	+ 17,9	- 18,1	+ 62,8	- 33,9	+ 92,9
Landessteuern	+ 20,0	- 1,7	- 7,2	- 5,4	- 6,8	- 20,8	- 7,1	- 11,5	+ 9,2	+ 7,4
dar.: Vermögensteuer	- 112,0	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Grundwerbsteuer ¹⁾	+ 63,0	+ 2,2	- 19,6	- 10,6	- 11,7	- 29,7	- 29,6	- 2,7	+ 19,1	- 0,6
Kraftfahrzeugsteuer	+ 1,2	- 7,0	- 1,1	- 4,9	- 5,1	- 18,4	- 5,6	- 4,2	+ 3,2	+ 7,2
Biersteuer	+ 7,5	+ 3,9	+ 24,9	+ 15,7	+ 7,4	+ 23,6	+ 24,4	- 39,8	+ 17,1	- 22,3
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	+ 170,7	- 14,7	- 95,2	- 57,8	+ 339,0	- 23,7	- 100,0	X	+ 23,1	+ 61,5
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	+ 18,8	+ 27,2	+ 0,1	- 5,7	+ 18,5	+ 0,6	- 19,7	- 22,7	+ 56,0	+ 60,8
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers.-Haush. von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	+ 3,6	...	- 13,5	- 3,7
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	- 0,0	...	- 2,8	- 4,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,8	...	+ 0,8	- 3,9
4-Pers.-Arbeitermerhaushalte mit mittlerem Einkommen	- 0,7	...	+ 1,8	- 9,2
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	- 0,7	...	+ 3,1	- 11,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 8,1	...	- 7,2	- 3,1
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 1,3	...	+ 1,1	- 15,0
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 1,2	...	- 1,8	- 15,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,5	...	- 15,7	- 10,2
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen in der Industrie⁶⁾										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	+ 0,8
Index	+ 1,0
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 3,1
Index	+ 3,2
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 4,4
Index	+ 4,1
Angestellte in Industrie⁶⁾ und Handel										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 2,8
Index	+ 2,4
Tarifentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	- 0,7	- 0,4	...	- 1,1	- 0,9 a)
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 2,6	+ 3,1	...	+ 4,4	+ 0,9 a)
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 1,6	+ 2,8	...	+ 3,4	+ 0,1 a)
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen in der Industrie⁶⁾										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 2,7
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 8,9
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 6,1
Angestellte in Industrie⁶⁾ und Handel										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 11,4

1) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 2) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage. - 3) 15% an Lohn- und veranl. Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag, Zerlegung berücksichtigt. - 4) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtsgebietes sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 6) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk

a) Oktober 1995 gegenüber Juli 1995

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995			1996		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Preise										
Früheres Bundesgebiet										
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1985 = 100	99,6	100,9	102,2	100,6	101,2	102,2	103,2	104,3p	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1985 = 100	93,0	94,2	95,4	93,2	93,9	95,2	96,4	97,6p	...
Neubauten und neue Maschinen	1985 = 100	128,2	130,0	131,7	132,4	132,3	132,5	132,8	132,9p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	84,7	86,5	87,1	84,6	85,4	86,6	86,3p	86,2p	...
Pflanzliche Produkte	1985 = 100	84,1	91,5	94,6	88,7	89,6	90,3	91,3	91,1	...
Tierische Produkte	1985 = 100	85,0	84,7	84,2	83,0	83,8	85,3	84,5p	84,4p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	1985 = 100	79,7	86,9	94,9	86,6	86,7	89,6	90,8	88,0	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes²⁾	1985 = 100	88,1	89,3	91,8	91,4	91,1	91,2	90,7	90,4	...
Inländischer Herkunft	1985 = 100	98,3	99,4	102,3	102,1	101,8	101,7	100,8	100,7	...
Ausländischer Herkunft	1985 = 100	68,2	69,6	71,3	70,5	70,5	70,8	71,0	70,5	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1991 = 100	101,4	102,0	103,7	103,8	103,8	103,8	103,1	103,1	103,0
Investitionsgüter ³⁾	1991 = 100	104,4	104,8	106,1	106,5	106,6	106,7	107,1	107,3	107,3
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1991 = 100	104,4	106,0	106,8	106,8	106,9	107,5	107,6	108,2	108,1
Elektrizität, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1991 = 100	102,2	103,5	103,9	103,8	103,8	103,8	95,8	95,7	95,7
Bergbauische Erzeugnisse	1991 = 100	94,8	93,1	90,0	88,9	88,7	88,8	88,6	88,7	88,7
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1991 = 100	101,7	102,4	104,6	104,8	104,7	104,8	104,8	104,9	104,7
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1991 = 100	96,2	98,4	102,3	102,0	101,7	101,7	101,2	101,3	100,7
dar.: Mineralölzeugnisse	1991 = 100	97,8	103,9	103,0	101,6	102,2	105,6	105,8	109,3	107,7
Eisen und Stahl	1991 = 100	90,8	92,9	98,9	98,8	99,4	98,6	97,5	96,2	95,3
Chemische Erzeugnisse	1991 = 100	96,0	96,8	101,7	101,8	100,7	99,9	99,3	98,8	98,4
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	104,0	104,2	105,6	105,9	106,0	106,1	106,5	106,7	106,8
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1991 = 100	106,0	106,8	108,8	109,4	109,5	109,7	110,2	110,4	110,5
Straßenfahrzeuge ⁶⁾	1991 = 100	106,1	106,5	108,0	108,2	108,3	108,3	108,9	109,4	109,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	1991 = 100	101,3	101,3	101,6	101,6	101,7	101,7	101,9	102,1	102,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1991 = 100	102,9	102,5	104,2	104,6	104,6	104,6	105,0	105,0	105,1
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	102,0	102,3	105,5	106,1	106,0	105,9	105,8	105,7	105,5
dar.: Textilien	1991 = 100	101,0	101,5	102,6	102,5	102,5	102,4	102,3	102,1	102,0
Bekleidung und konfektionierte Textilien	1991 = 100	104,6	105,0	105,1	105,1	104,8	104,9	105,0	105,2	105,1
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1991 = 100	103,2	103,4	104,1	104,3	104,3	104,3	104,3	104,2	104,1
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1991 = 100	104,2	105,5	107,0	107,8	107,6	107,8	107,9	108,0	108,1
Investitionsgüter ³⁾	1991 = 100	101,7	102,7	104,7	105,9	106,0	105,9	106,1	105,5	105,8
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1991 = 100	106,0	111,1	112,4	113,8	113,9	115,4	114,6	115,8	115,9
Elektrizität, hergestelltes Gas, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1991 = 100	109,2	110,3	112,3	113,7	113,8	113,8	114,2	114,4	114,7
Bergbauische Erzeugnisse	1991 = 100	107,2	106,8	102,8	103,4	104,0	103,9	104,1	104,3	104,4
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1991 = 100	101,9	103,4	105,8	106,4	106,0	106,3	106,3	106,3	106,3
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1991 = 100	100,6	104,9	108,2	108,1	106,7	107,7	107,5	107,8	107,7
dar.: Mineralölzeugnisse	1991 = 100	105,6	113,4	111,5	112,5	109,6	113,1	113,9	115,9	117,4
Eisen und Stahl	1991 = 100	94,8	96,1	105,9	108,2	107,2	107,3	105,4	103,0	102,2
Chemische Erzeugnisse	1991 = 100	99,4	101,6	109,9	106,8	105,5	105,1	105,3	104,7	103,5
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	100,9	101,1	102,9	103,8	103,9	103,9	104,1	103,7	103,9
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1991 = 100	101,9	103,1	105,7	106,3	106,2	106,3	106,6	106,7	106,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	1991 = 100	99,6	98,2	98,7	98,9	99,1	99,1	99,1	98,9	98,9
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1991 = 100	100,3	99,3	101,5	103,2	103,2	103,2	103,1	103,3	103,4
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	104,9	106,9	111,1	112,4	112,3	112,3	112,3	112,3	112,5
dar.: Textilien	1991 = 100	102,9	103,6	104,3	104,4	104,4	104,3	104,4	104,4	104,3
Bekleidung und konfektionierte Textilien	1991 = 100	106,0	103,8	104,5	104,9	104,8	104,8	105,0	105,7	105,7
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1991 = 100	103,0	103,0	104,2	104,9	104,8	104,9	104,9	104,9	104,8

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Bei Elektrizität, Gas und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverleiher. - 5) Einschl. Ackerschleppern. - 6) Ohne Ackerschlepper.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	März 96	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	März 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	März 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
Preise										
Früheres Bundesgebiet										
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,7p	...	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1p	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,3p	..	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2p	...
Neubauten und neue Maschinen	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5p	...	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1p	...
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	+ 2,1	+ 0,7	- 1,0	- 3,1p	- 6,4p	...	+ 1,4	- 0,3p	- 0,1p	...
Pflanzliche Produkte	+ 8,8	+ 3,4	- 6,5	- 9,8	- 12,5	...	+ 0,8	+ 1,1	- 0,2	...
Tierische Produkte	- 0,4	- 0,6	+ 1,3	- 0,1p	- 3,7p	...	+ 1,8	- 0,9p	- 0,1p	...
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	+ 9,1	+ 9,3	- 6,3	- 8,1	- 11,6	..	+ 3,3	+ 1,3	- 3,1	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes 2)	+ 1,4	+ 2,8	+ 0,1	- 1,2	- 2,0	...	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	...
Inländischer Herkunft	+ 1,1	+ 2,9	+ 0,8	- 1,0	- 1,6	...	- 0,1	- 0,9	- 0,1	...
Ausländischer Herkunft	+ 2,1	+ 2,4	- 1,5	- 2,1	- 2,6	...	+ 0,4	+ 0,3	- 0,7	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,1	- 0,1	- 0,3	- 0,5	± 0,0	- 0,7	± 0,0	- 0,1
Investitionsgüter 3)	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 0,1
Elektrizität, Fernwärme, Wasser 4)	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,2	- 7,7	- 7,9	- 7,9	± 0,0	- 7,7	- 0,1	± 0,0
Bergbauliche Erzeugnisse	- 1,8	- 3,3	- 3,1	- 2,7	- 2,7	- 2,7	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	± 0,0
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	- 0,2
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 2,3	+ 4,0	+ 1,0	- 0,5	- 1,0	- 1,4	± 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,6
dar.: Mineralerzeugnisse	+ 6,2	- 0,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 5,0	+ 5,7	+ 3,3	+ 0,2	+ 3,3	- 1,5
Eisen und Stahl	+ 2,3	+ 6,5	+ 3,5	± 0,0	- 1,8	- 3,3	- 0,8	- 1,1	- 1,3	- 0,9
Chemische Erzeugnisse	+ 0,8	+ 5,1	+ 0,7	- 1,1	- 2,8	- 3,4	- 0,8	- 0,6	- 0,5	- 0,4
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 5)	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Straßenfahrzeuge 6)	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	± 0,0	+ 0,6	+ 0,5	± 0,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	± 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	± 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	- 0,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	± 0,0	+ 0,4	± 0,0	+ 0,1
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,3	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2
dar.: Textilien	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2	- 0,4	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Bekleidung und konfektionierte Textilien	+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1	- 0,1
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Investitionsgüter 3)	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,3	+ 1,5	+ 1,8	- 0,1	+ 0,2	- 0,6	+ 0,3
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	+ 4,8	+ 1,2	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,6	+ 1,3	- 0,7	+ 1,0	+ 0,1
Elektrizität, hergestelltes Gas, Fernwärme, Wasser 4)	+ 1,0	+ 1,8	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,1	± 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
Bergbauliche Erzeugnisse	- 0,4	- 3,7	- 1,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 4,3	+ 3,1	+ 0,9	+ 0,1	- 1,6	- 1,3	+ 0,9	- 0,2	+ 0,3	- 0,1
dar.: Mineralerzeugnisse	+ 7,4	- 1,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 2,0	+ 4,0	+ 3,2	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,3
Eisen und Stahl	+ 1,4	+ 10,2	+ 9,2	+ 2,7	- 0,8	- 2,9	+ 0,1	- 1,8	- 2,3	- 0,8
Chemische Erzeugnisse	+ 2,2	+ 8,2	- 3,5	- 5,6	- 6,8	- 8,0	- 0,4	+ 0,2	- 0,6	- 1,1
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,6	± 0,0	+ 0,2	- 0,4	+ 0,2
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 5)	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	- 1,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,5	± 0,0	± 0,0	- 0,2	± 0,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	- 1,0	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,9	± 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,9	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,3	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,2
dar.: Textilien	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	± 0,0	- 0,1
Bekleidung und konfektionierte Textilien	- 2,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,2	± 0,0	+ 0,2	+ 0,7	± 0,0
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	± 0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	- 0,1

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Bei Elektrizität, Gas und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverleiher. - 5) Einschl. Ackerschleppern. - 6) Ohne Ackerschlepper.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995			1996		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1991 = 100	111,7	114,3	117,1	.	117,4	.	.	117,2	.
Bürogebäude ²⁾	1991 = 100	110,2	112,6	115,4	.	115,8	.	.	115,7	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1991 = 100	109,8	112,0	114,5	.	115,0	.	.	115,0	.
Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	107,7	108,1	109,1	.	108,9	.	.	108,2	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	108,1	109,6	111,0	.	111,0	.	.	110,7	.
Ortskanäle ¹⁾	1991 = 100	110,5	111,8	112,9	.	112,6	.	.	111,8	.
Kläranlagen ¹⁾	1991 = 100	110,7	112,8	115,2	.	115,6	.	.	115,4	.
Früheres Bundesgebiet										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1991 = 100	110,5	112,8	115,4	.	115,7	.	.	115,4	.
Bürogebäude ²⁾	1991 = 100	109,2	111,4	114,0	.	114,3	.	.	114,2	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1991 = 100	108,6	110,6	113,1	.	113,6	.	.	113,5	.
Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	107,7	107,9	108,9	.	108,8	.	.	108,3	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	107,3	108,5	110,0	.	110,0	.	.	109,6	.
Ortskanäle ¹⁾	1991 = 100	109,6	110,6	111,7	.	111,5	.	.	110,7	.
Kläranlagen ¹⁾	1991 = 100	109,8	111,7	113,9	.	114,3	.	.	114,2	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1991 = 100	118,7	123,3	127,0	.	127,4	.	.	127,3	.
Bürogebäude ²⁾	1991 = 100	116,0	120,0	123,5	.	124,0	.	.	124,4	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1991 = 100	116,8	119,9	122,9	.	123,4	.	.	123,8	.
Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	107,7	109,6	109,8	.	108,8	.	.	107,8	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	113,0	115,8	117,1	.	116,9	.	.	116,9	.
Ortskanäle ¹⁾	1991 = 100	116,2	119,0	119,6	.	118,9	.	.	118,4	.
Kläranlagen ¹⁾	1991 = 100	116,3	119,8	122,5	.	122,9	.	.	122,8	.
Deutschland										
Index der Großhandelsverkaufspreise²⁾	1991 = 100	99,2	101,6	103,7	102,1	102,0	102,2	102,4	102,8	103,3
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1991 = 100	97,7	102,4	102,5	100,6	100,2	101,1	101,0	102,4	104,4
Index der Einzelhandelspreise¹⁾	1991 = 100	104,7	105,8	106,7	106,6	106,7	106,8	107,1	107,5	107,6
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1991 = 100	109,8	112,8	114,8	115,1	115,1	115,4	115,5	116,1	116,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	105,2	106,9	108,4	107,8	107,8	107,9	108,5	109,0	109,3
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	105,5	106,8	107,7	108,0	108,1	108,1	108,1	108,2	108,3
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	118,1	123,0	126,9	128,3	128,5	128,9	128,5	129,0	129,1
Wohnungsmieten	1991 = 100	121,7	128,1	133,4	135,3	135,5	135,8	136,4	136,8	137,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	106,1	105,6	104,9	104,7	104,9	105,4	102,0	102,6	102,5
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1991 = 100	105,9	107,8	109,3	109,6	109,8	109,8	109,9	110,1	110,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	107,6	110,8	112,7	113,2	113,2	113,2	113,7	114,1	114,4
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	109,0	112,2	113,4	113,5	113,5	113,9	114,9	115,3	115,5
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	1991 = 100	106,8	108,9	110,5	111,0	111,2	111,4	111,3	111,5	111,5
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1991 = 100	114,4	119,3	122,5	121,8	119,9	121,6	119,9	123,3	122,0
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1991 = 100	107,7	110,6	112,5	112,7	112,7	113,0	113,1	113,7	113,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	105,4	107,1	108,6	108,1	108,1	108,3	108,9	109,4	109,7
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	105,9	107,4	108,4	108,7	108,8	108,8	108,9	109,0	109,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	109,5	113,5	117,0	117,8	118,0	118,4	117,9	118,3	118,5
Wohnungsmieten	1991 = 100	111,6	116,7	121,3	122,4	122,7	123,0	123,4	123,8	124,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	102,0	102,2	101,4	101,1	101,2	101,8	98,2	98,8	98,7
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1991 = 100	106,2	108,2	109,9	110,3	110,4	110,5	110,6	110,7	110,8
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	106,2	108,9	110,6	111,0	111,1	111,1	111,6	112,0	112,3
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	108,5	111,8	113,0	113,1	113,1	113,4	114,4	114,7	114,9
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	1991 = 100	106,5	108,4	109,8	110,2	110,5	110,6	110,5	110,7	110,7
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1991 = 100	113,9	118,5	121,7	120,8	118,8	120,6	118,9	122,4	121,1
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	1991 = 100	96,1	96,9	97,3	96,7	96,8	97,1	97,5	97,6	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	1991 = 100	96,2	96,2	97,2	96,8	96,9	97,4	97,5	97,8	...
Güter aus Drittländern	1991 = 100	96,0	97,6	97,4	96,5	96,6	96,9	97,4	97,3	...
Index der Ausfuhrpreise	1991 = 100	100,7	101,6	103,3	103,5	103,3	103,2	103,4	103,4	...
dar.: Güter für EU-Länder	1991 = 100	99,9	100,6	102,6	102,6	102,4	102,2	102,2	102,2	...
Güter für Drittländer	1991 = 100	101,6	102,8	104,2	104,4	104,4	104,5	104,7	104,8	...

1) Einschl. Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	März 96	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	März 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	März 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	+ 2,3	+ 2,4	.	.	+ 0,9	.	.	.	- 0,2 ^{a)}	.
Bürogebäude ²⁾	+ 2,2	+ 2,5	.	.	+ 1,1	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	+ 2,0	+ 2,2	.	.	+ 1,2	.	.	.	± 0,0 ^{a)}	.
Straßenbau ¹⁾	+ 0,4	+ 0,9	.	.	- 0,4	.	.	.	- 0,6 ^{a)}	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	+ 1,4	+ 1,3	.	.	+ 0,3	.	.	.	- 0,3 ^{a)}	.
Ortskanäle ¹⁾	+ 1,2	+ 1,0	.	.	- 0,4	.	.	.	- 0,7 ^{a)}	.
Kläranlagen ¹⁾	+ 1,9	+ 2,1	.	.	+ 1,0	.	.	.	- 0,2 ^{a)}	.
Früheres Bundesgebiet										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	+ 2,1	+ 2,3	.	.	+ 1,0	.	.	.	- 0,3 ^{a)}	.
Bürogebäude ²⁾	+ 2,0	+ 2,3	.	.	+ 1,1	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	+ 1,8	+ 2,3	.	.	+ 1,2	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.
Straßenbau ¹⁾	+ 0,2	+ 0,9	.	.	± 0,0	.	.	.	- 0,5 ^{a)}	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	+ 1,1	+ 1,4	.	.	+ 0,3	.	.	.	- 0,4 ^{a)}	.
Ortskanäle ¹⁾	+ 0,9	+ 1,0	.	.	- 0,3	.	.	.	- 0,7 ^{a)}	.
Kläranlagen ¹⁾	+ 1,7	+ 2,0	.	.	+ 1,1	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	+ 3,9	+ 3,0	.	.	+ 1,0	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.
Bürogebäude ²⁾	+ 3,4	+ 2,9	.	.	+ 1,5	.	.	.	+ 0,3 ^{a)}	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	+ 2,7	+ 2,5	.	.	+ 1,4	.	.	.	+ 0,3 ^{a)}	.
Straßenbau ¹⁾	+ 1,8	+ 0,2	.	.	- 2,3	.	.	.	- 0,9 ^{a)}	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	+ 2,5	+ 1,1	.	.	± 0,0	.	.	.	± 0,0 ^{a)}	.
Ortskanäle ¹⁾	+ 2,4	+ 0,5	.	.	- 1,0	.	.	.	- 0,4 ^{a)}	.
Kläranlagen ¹⁾	+ 3,0	+ 2,3	.	.	+ 0,7	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.
Deutschland										
Index der Großhandelsverkaufspreise²⁾	+ 2,4	+ 2,1	- 0,6	- 1,1	- 1,4	- 1,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 4,8	+ 0,7	- 1,7	- 2,3	- 2,4	- 1,1	+ 0,9	- 0,1	+ 1,4	+ 2,0
Index der Einzelhandelspreise¹⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3
Bekleidung, Schuhe	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 0,3	- 0,3	+ 0,4	+ 0,1
Wohnungsmieten	+ 5,3	+ 4,1	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 0,5	- 0,7	+ 0,2	- 3,1	- 2,5	- 2,2	+ 0,5	- 3,2	+ 0,6	- 0,1
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	± 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Güter für Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2	± 0,0
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	+ 4,3	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,4	- 1,4	+ 2,8	- 1,1
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	± 0,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3
Bekleidung, Schuhe	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,3	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2
Wohnungsmieten	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,2	- 0,8	- 0,1	- 3,6	- 2,9	- 2,7	+ 0,6	- 3,5	+ 0,6	- 0,1
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	± 0,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	± 0,0
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	+ 4,0	+ 2,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,5	- 1,4	+ 2,9	- 1,1
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	+ 0,8	+ 0,4	- 0,9	- 1,0	- 0,8	...	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	± 0,0	+ 1,0	+ 0,1	- 0,4	- 0,2	...	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	...
Güter aus Drittländern	+ 1,7	- 0,2	- 1,8	- 1,7	- 1,6	...	+ 0,3	+ 0,5	- 0,1	...
Index der Ausfuhrpreise	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	...	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	...
dar.: Güter für EU-Länder	+ 0,7	+ 2,0	+ 0,5	± 0,0	- 0,3	...	- 0,2	± 0,0	± 0,0	...
Güter für Drittländer	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	...	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	...

1) Einschl. Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes

a) Februar 1996 gegenüber November 1995

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995 ¹⁾	1995 ¹⁾		1995 ¹⁾		1996 ¹⁾	
					2. Vj	3. Vj	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	81 338	81 539	...	81 642	81 759
dar.: Ausländer	1 000	6 878	6 991	7 174	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	442 605	440 244	429 650	141 407	141 403	21 164	38 757	11 663	16 286
Ehescheidungen	Anzahl	156 425	166 052
Lebendgeborene	Anzahl	798 447	789 603	759 529	183 726	204 871	62 498	58 337	62 151	62 047
dar.: Ausländer	Anzahl	102 874	100 728	...	24 443	26 195
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	118 284	118 460	...	28 728	32 871
Gestorbene ²⁾	Anzahl	897 270	884 661	875 071	217 966	205 983	72 494	77 936	96 184	81 331
dar.: Ausländer	Anzahl	11 884	12 383	...	3 125	2 989
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	4 665	4 309	...	1 017	956
Totgeborene ³⁾	Anzahl	2 467	3 113	3 342	919	859	262	265	292	251
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 98 823	-115 058	-115 542	- 34 240	- 1 112	- 9 996	- 19 599	- 34 033	- 19 284
Deutsche	Anzahl	-189 813	-203 403	...	- 55 558	- 24 318
Ausländer	Anzahl	+ 90 990	+ 88 345	...	+ 21 318	+ 23 206
Wanderungen										
Zuzüge	Anzahl	1 268 004	1 070 037	...	261 207	304 027
dar.: Ausländer	Anzahl	986 872	773 929	...	187 873	219 867
Fortzüge	Anzahl	796 859	740 526	...	144 444	183 492
dar.: Ausländer	Anzahl	710 240	621 417	...	118 287	152 705
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+471 145	+329 511	...	+116 763	+120 535
dar.: Ausländer	Anzahl	+276 632	+152 512	...	+ 69 586	+ 67 162
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer	% der Bevölkerung	8,5	8,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	5,5	5,4	5,3	7,0	...	3,2 ⁵⁾	5,6 ⁵⁾	1,7 ⁵⁾	2,5 ⁵⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	19,3	20,4
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	9,8	9,5	9,3	9,0	...	9,3 ⁵⁾	8,4 ⁵⁾	9,0 ⁵⁾	9,6 ⁵⁾
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer	15,0	14,4
	% aller Lebendgeb.	12,9	13,1	...	13,3	12,8
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 278	1 243	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	14,8	15,4	...	15,6	16,0
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,1	10,9	10,7	10,7	...	10,8 ⁵⁾	11,2 ⁵⁾	13,9 ⁵⁾	12,5 ⁵⁾
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,7	1,8
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,6	0,6	...	0,6	0,5
Wanderungen										
Zuzüge										
dar.: Ausländer	% aller Zuzüge	77,8	72,3	...	71,9	72,3
Fortzüge										
dar.: Ausländer	% aller Fortzüge	89,1	83,9	...	81,9	83,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,4	+ 0,2	...	+ 0,3	+ 0,3
dar.: Ausländer	%	+ 5,9	+ 1,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 2,4	- 0,5	- 1,8	+ 3,2	- 6,4	- 9,2	- 3,4	- 12,0	+ 3,9
Ehescheidungen	%	+ 15,9	+ 6,2
Lebendgeborene	%	- 1,3	- 3,6	- 0,8	- 5,3	+ 2,1	+ 2,1	- 5,7	+ 2,3	+ 7,9
dar.: Ausländer	%	+ 2,8	- 2,1	...	- 5,2	+ 2,4
Gestorbene ²⁾	%	+ 1,3	- 1,4	- 0,5	+ 2,3	- 4,8	+ 1,0	+ 5,8	+ 22,0	+ 19,6
Wanderungen										
Zuzüge	%	- 14,9	- 15,6	...	+ 2,0	+ 2,6
dar.: Ausländer	%	- 18,3	- 21,6	...	+ 2,2	+ 5,2
Fortzüge	%	+ 13,6	- 7,1	...	- 18,8	- 8,1
dar.: Ausländer	%	+ 15,5	- 12,5	...	- 18,5	- 6,6

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm) - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 5) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995 ¹⁾	1995 ¹⁾		1995 ¹⁾		1996 ¹⁾	
					2. Vj	3. Vj	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	65 740	66 007	...	66 140	66 265
dar.: Ausländer ²⁾	1 000
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	393 353	387 815	375 473	121 907	122 429	19 010	35 168	10 432	14 369
Ehescheidungen	Anzahl	138 064	143 144
Lebendgeborene	Anzahl	717 915	690 905	677 366	163 991	182 165	55 449	51 748	54 919	55 259
dar.: Ausländer	Anzahl	100 345	98 307	...	23 885	25 592
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	85 191	85 847	...	20 607	23 395
Gestorbene ³⁾	Anzahl	711 625	703 262	699 283	173 926	164 783	57 482	61 410	76 152	65 788
dar.: Ausländer	Anzahl	11 523	11 991	...	3 039	2 879
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	4 150	3 819	...	894	843
Totgeborene ⁴⁾	Anzahl	2 192	2 743	2 915	808	748	232	228	258	221
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 6 290	- 12 357	- 21 917	- 9 935	+ 17 382	- 2 033	- 9 662	- 21 233	- 10 529
Deutsche	Anzahl	- 82 532	- 98 673	...	- 30 781	- 5 331
Ausländer	Anzahl	+ 88 822	+ 86 316	...	+ 20 846	+ 22 713
Wanderungen										
Zuzüge	Anzahl	1 124 852	950 083	...	230 826	268 784
dar.: Ausländer	Anzahl	888 597	689 773	...	163 817	193 582
Fortzüge	Anzahl	730 722	682 841	...	129 749	169 370
dar.: Ausländer	Anzahl	655 586	571 572	...	106 386	139 676
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 394 130	+ 267 242	...	+ 101 077	+ 99 414
dar.: Ausländer	Anzahl	+ 233 011	+ 118 201	...	+ 57 431	+ 53 906
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer ²⁾	% der Bevölkerung
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,0	5,9	5,7	7,4	...	3,5 ⁶⁾	6,3 ⁶⁾	1,9 ⁶⁾	2,7 ⁶⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	21,1	21,7
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	11,0	10,5	10,2	10,0	...	10,2 ⁶⁾	9,2 ⁶⁾	9,8 ⁶⁾	10,5 ⁶⁾
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer
	% aller Lebendgeb.	14,0	14,2	...	14,6	14,0
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾		1 393	1 347	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	11,9	12,4	...	12,6	12,8
Gestorbene ³⁾	je 1 000 Einwohner	10,9	10,7	10,6	10,6	...	10,6 ⁶⁾	10,9 ⁶⁾	13,6 ⁶⁾	12,5 ⁶⁾
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,6	0,6	...	0,5	0,5
Wanderungen										
Zuzüge										
dar.: Ausländer	% aller Zuzüge	79,0	72,6	...	80,0	72,0
Fortzüge										
dar.: Ausländer	% aller Fortzüge	89,7	83,7	...	82,0	82,5
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,7	+ 0,4	...	+ 0,4	+ 0,5
dar.: Ausländer ²⁾	%
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 2,9	- 1,4	- 2,5	+ 1,3	- 7,2	- 8,8	- 3,0	- 11,5	+ 4,3
Ehescheidungen	%	+ 10,7	+ 3,7
Lebendgeborene	%	- 0,4	- 3,8	- 1,5	- 6,0	+ 1,1	+ 1,0	- 6,5	+ 1,3	+ 7,3
dar.: Ausländer	%	+ 2,4	- 2,0	...	- 5,0	+ 2,5
Gestorbene ³⁾	%	+ 2,4	- 1,2	- 0,1	+ 2,8	- 4,2	+ 0,6	+ 4,1	+ 21,4	+ 21,1
Wanderungen										
Zuzüge	%	- 18,0	- 15,5	...	+ 1,4	+ 1,8
dar.: Ausländer	%	- 20,8	- 22,4	...	+ 0,2	+ 3,6
Fortzüge	%	+ 8,4	- 6,6	...	- 20,8	- 9,3
dar.: Ausländer	%	+ 11,3	- 12,8	...	- 21,0	- 7,7

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ergebnisse der Auszählungen des Ausländerzentralregisters. - 3) Ohne Totgeborene - 4) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm) - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995 ¹⁾	1995 ¹⁾		1995 ¹⁾		1996 ¹⁾	
					2. Vj	3. Vj	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	15 598	15 531	...	15 503	15 494
dar.: Ausländer	1 000
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	49 252	52 429	54 177	19 500	18 974	2 154	3 589	1 231	1 917
Ehescheidungen	Anzahl	18 361	22 908
Lebendgeborene	Anzahl	80 532	78 698	82 163	19 735	22 706	7 049	6 589	7 232	6 788
dar.: Ausländer	Anzahl	2 529	2 421	...	558	603
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	33 093	32 613	...	8 121	9 476
Gestorbene ²⁾	Anzahl	185 645	181 399	175 788	44 040	41 200	15 012	16 526	20 032	15 543
dar.: Ausländer	Anzahl	361	392	...	86	110
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	515	490	...	123	113
Totgeborene ³⁾	Anzahl	275	370	427	111	111	30	37	34	30
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 105 113	- 102 701	- 93 625	- 24 305	- 18 494	- 7 963	- 9 937	- 12 800	- 8 755
Deutsche	Anzahl	- 107 281	- 104 730	...	- 24 777	- 18 987
Ausländer	Anzahl	+ 2 168	+ 2 029	...	+ 472	+ 493
Wanderungen										
Zuzüge	Anzahl	143 152	119 954	...	30 381	35 243
dar.: Ausländer	Anzahl	98 275	84 155	...	24 056	26 285
Fortzüge	Anzahl	66 137	57 685	...	14 695	14 122
dar.: Ausländer	Anzahl	54 654	49 845	...	11 901	13 029
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 77 015	+ 62 269	...	+ 15 686	+ 21 121
dar.: Ausländer	Anzahl	+ 43 621	+ 34 311	...	+ 12 155	+ 13 256
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer	% der Bevölkerung
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	3,1	3,4	3,5	5,0	...	1,7 ⁵⁾	2,7 ⁵⁾	0,9 ⁵⁾	1,6 ⁵⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	11,7	14,7
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	5,1	5,1	5,3	5,1	...	5,5 ⁵⁾	5,0 ⁵⁾	5,5 ⁵⁾	5,5 ⁵⁾
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer
	% aller Lebendgeb.	3,1	3,1	...	2,8	2,7
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		775	772	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	41,1	41,4	...	41,2	41,7
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,9	11,7	11,3	11,4	...	11,8 ⁵⁾	12,6 ⁵⁾	15,2 ⁵⁾	12,6 ⁵⁾
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,6	0,6	...	0,6	0,5
Wanderungen										
Zuzüge										
dar.: Ausländer	% aller Zuzüge	68,7	70,2	...	79,2	74,6
Fortzüge										
dar.: Ausländer	% aller Fortzüge	82,6	86,4	...	81,0	92,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	- 0,6	- 0,4	...	- 0,4	- 0,3
dar.: Ausländer	%
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	+ 2,1	+ 6,4	+ 3,6	+ 16,9	- 1,2	- 13,3	- 7,4	- 15,7	+ 1,1
Ehescheidungen	%	+ 78,1	+ 24,8
Lebendgeborene	%	- 8,8	- 2,3	+ 5,5	+ 1,2	+ 10,5	+ 11,8	+ 0,5	+ 10,5	+ 13,4
dar.: Ausländer	%	+ 17,4	- 4,3	...	- 13,8	- 2,1
Gestorbene ²⁾	%	- 2,4	- 2,3	- 2,0	+ 0,7	- 7,2	+ 2,5	+ 12,5	+ 24,5	+ 13,5
Wanderungen										
Zuzüge	%	+ 21,9	- 16,2	...	+ 7,7	+ 9,7
dar.: Ausländer	%	+ 15,0	- 14,4	...	+ 19,2	+ 19,2
Fortzüge	%	+ 139,8	- 12,8	...	+ 3,6	+ 7,7
dar.: Ausländer	%	+ 110,4	- 8,8	...	+ 13,1	+ 6,8

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 g). - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 5) Bevölkerung geschätzt

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1992	1993	1994	1995	1995			
					1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
in jeweiligen Preisen								
Mrd. DM								
Entstehung des Inlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung ²⁾	2 845,54	2 909,26	3 055,34	3 192,57	760,18	786,35	810,04	836,00
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	40,61	36,33	35,98	37,21	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	1 117,00	1 077,72	1 126,99	1 157,68	283,80	295,20	288,05	290,63
Handel und Verkehr	438,31	439,75	450,18	461,96	112,07	116,36	116,20	117,33
Dienstleistungsunternehmen	958,67	1 050,13	1 129,58	1 206,96	289,79	298,82	308,01	310,34
Staat, private Haushalte ³⁾	427,79	449,24	459,31	479,59	108,99	110,60	118,24	141,76
Verwendung des Inlandsprodukts								
Privater Verbrauch	1 754,52	1 834,41	1 902,37	1 972,02	473,43	487,70	486,16	524,73
Staatsverbrauch	617,21	631,68	646,19	675,40	153,11	157,89	164,94	199,46
Anlageinvestitionen	709,36	689,22	729,66	751,09	166,76	196,65	193,36	194,32
Ausrüstungen	301,79	261,48	257,83	262,71	58,52	65,43	62,76	76,00
Bauten	407,57	427,74	471,83	488,38	108,24	131,22	130,60	118,32
Vorratsveränderung	- 2,84	- 12,71	24,62	25,39	25,52	1,03	27,45	- 28,61
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	- 2,65	12,30	17,46	35,70	8,18	7,93	2,59	17,00
Ausfuhr ⁴⁾	728,78	695,88	752,69	795,65	193,47	197,14	193,19	211,85
Einfuhr ⁴⁾	731,43	683,58	735,23	759,95	185,29	189,21	190,60	194,85
Bruttoinlandsprodukt	3 075,60	3 154,90	3 320,30	3 459,60	827,00	851,20	874,50	906,90
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	3 094,50	3 161,50	3 312,40	3 445,60	822,50	852,40	871,40	899,30
Volkseinkommen								
insgesamt	2 366,08	2 392,26	2 499,92	2 616,02	616,38	645,58	663,71	690,35
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 740,34	1 775,64	1 815,00	1 873,46	427,33	447,96	464,45	533,72
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 7,8	+ 2,2	+ 5,0	+ 4,5	+ 5,6	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 1,0	- 10,5	- 1,0	+ 3,4	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	+ 3,7	- 3,5	+ 4,6	+ 2,7	+ 6,1	+ 3,5	+ 1,8	- 0,2
Handel und Verkehr	+ 5,4	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,6	+ 1,7
Dienstleistungsunternehmen	+ 13,8	+ 9,5	+ 7,6	+ 6,9	+ 6,9	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,6
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 10,5	+ 5,0	+ 2,2	+ 4,4	+ 2,9	+ 4,7	+ 5,9	+ 4,1
Privater Verbrauch	+ 7,7	+ 4,6	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 4,8	+ 3,2	+ 3,4
Staatsverbrauch	+ 10,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 4,5	+ 2,7	+ 4,3	+ 5,6	+ 5,3
Anlageinvestitionen	+ 8,1	- 2,8	+ 5,9	+ 2,9	+ 6,2	+ 4,2	+ 2,3	- 0,3
Ausfuhr ⁴⁾	+ 0,7	- 4,5	+ 8,2	+ 5,7	+ 8,0	+ 3,4	+ 4,3	+ 7,3
Einfuhr ⁴⁾	+ 0,6	- 6,5	+ 7,6	+ 3,4	+ 6,8	+ 3,9	+ 1,7	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 7,8	+ 2,6	+ 5,2	+ 4,2	+ 4,9	+ 4,7	+ 4,2	+ 3,2
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	+ 7,4	+ 2,2	+ 4,8	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,4	+ 3,0
Volkseinkommen	+ 6,4	+ 1,1	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,8	+ 5,5	+ 5,1	+ 3,4
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 8,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,4	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,1
in Preisen von 1991								
Mrd. DM								
Entstehung des Inlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung ²⁾	2 695,51	2 664,35	2 734,03	2 794,29	676,15	696,98	710,26	710,90
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48,09	45,29	43,69	45,28	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	1 065,15	1 004,06	1 037,14	1 045,11	255,91	265,78	259,13	264,29
Handel und Verkehr	424,93	422,17	425,02	432,89	104,32	108,16	109,23	111,18
Dienstleistungsunternehmen	889,91	926,12	965,53	1 008,03	245,60	252,82	255,49	254,12
Staat, private Haushalte ³⁾	395,57	401,01	404,42	409,22	102,71	102,43	102,23	101,85
Verwendung des Inlandsprodukts								
Privater Verbrauch	1 675,51	1 683,73	1 698,06	1 726,24	414,14	428,86	427,59	455,65
Staatsverbrauch	584,60	581,40	585,28	597,79	142,99	146,92	147,62	160,26
Anlageinvestitionen	679,27	640,91	668,19	678,36	151,08	176,79	174,03	176,46
Ausrüstungen	296,15	254,51	251,55	256,56	57,10	63,73	61,53	74,20
Bauten	383,12	386,40	416,64	421,80	93,98	113,06	112,50	102,26
Vorratsveränderung	- 1,99	- 6,81	28,08	26,71	24,61	2,72	25,43	- 26,05
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	- 20,99	- 16,63	- 14,51	- 6,30	0,98	- 2,99	- 9,27	4,98
Ausfuhr ⁴⁾	721,87	687,95	739,78	768,13	187,61	190,55	185,77	204,20
Einfuhr ⁴⁾	742,86	704,58	754,29	774,43	186,63	193,54	195,04	199,22
Bruttoinlandsprodukt								
insgesamt	2 916,40	2 882,60	2 965,10	3 022,80	733,80	752,30	765,40	771,30
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	104	105	109	111	108	111	112	113
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	2 934,50	2 888,90	2 958,10	3 010,60	729,80	753,40	762,70	764,70
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 2,1	- 1,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 17,2	- 5,8	- 3,5	+ 3,6	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	- 1,1	- 5,7	+ 3,3	+ 0,8	+ 4,5	+ 1,4	- 0,4	- 2,1
Handel und Verkehr	+ 2,2	- 0,6	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,6
Dienstleistungsunternehmen	+ 5,6	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,1
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2
Privater Verbrauch	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,1	+ 2,9	+ 1,2	+ 1,4
Staatsverbrauch	+ 5,0	- 0,5	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 3,2
Anlageinvestitionen	+ 3,5	- 5,6	+ 4,3	+ 1,5	+ 4,6	+ 2,5	+ 0,9	- 1,3
Ausfuhr ⁴⁾	- 0,3	- 4,7	+ 7,5	+ 3,8	+ 6,2	+ 1,5	+ 2,1	+ 5,6
Einfuhr ⁴⁾	+ 2,2	- 5,2	+ 7,1	+ 2,7	+ 4,8	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt								
insgesamt	+ 2,2	- 1,2	+ 2,9	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,0
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	+ 4,1	+ 0,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,5
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	+ 1,8	- 1,6	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,8

1) Ab 1991 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand März 1996) – 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. – 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 4) Von Waren und Dienstleistungen.

Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen
und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

Früheres Bundesgebiet

1 000

Jahr Stichtag	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie-wirtschaft und Wasser-versorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)						
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoff-industrie) und Mineralöl- verarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glas-gewerbe	Eisen- und NE-Metall-erzeugung, Gießerei und Stahl-verformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeug-bau ³⁾	Elektro-technik ⁴⁾ , Fein-mechanik und Optik; Herst. von EBM-Waren, Musikin-strumenten, Sport-geräten, Spiel- und Schmuck-waren
Insgesamt										
1990 JD	22 441,6	214,5	444,4	8 585,2	639,1	414,7	313,8	658,5	2 696,7	1 818,5
1991 JD	23 215,4	217,4	437,3	8 752,1	643,4	433,4	321,8	658,6	2 751,5	1 847,8
1992 JD	23 534,3	215,5	428,3	8 635,5	635,5	432,5	324,9	638,2	2 716,2	1 817,2
1993 JD	23 174,5	210,3	417,3	8 134,1	605,3	403,0	316,4	587,8	2 540,5	1 702,4
1994 JD	22 828,8	207,5	403,4	7 704,7	579,2	384,0	310,4	541,2	2 386,7	1 598,3
1994 31. März	22 722,1	204,5	405,9	7 721,9	583,7	384,4	308,1	541,6	2 390,9	1 604,9
30. Juni	22 755,3	215,7	402,4	7 666,3	577,9	383,9	313,4	538,8	2 365,0	1 590,8
30. Sept.	23 030,3	217,5	401,7	7 701,2	574,8	384,2	316,1	539,2	2 384,7	1 591,3
31. Dez.	22 705,2	193,0	397,6	7 592,8	566,7	379,3	303,9	534,6	2 359,1	1 574,8
1995 31. März	22 556,4	200,6	392,2	7 526,8	556,0	380,2	306,6	534,4	2 343,3	1 561,6
30. Juni	22 597,3	209,3	389,1	7 507,6	553,6	381,0	309,9	535,0	2 341,1	1 555,5
Männlich	12 916,6	148,5	335,9	5 489,3	398,7	269,7	248,1	456,3	1 982,4	1 033,7
Weiblich	9 680,7	60,8	53,2	2 018,3	155,0	111,3	61,8	78,7	358,7	521,8
dar.: ausländische Arbeitnehmer/-innen										
1990 JD	1 774,7	16,1	31,4	916,3	47,2	65,2	32,7	105,0	269,1	209,2
1991 JD	1 891,2	17,5	30,5	949,8	48,2	68,8	34,7	105,8	273,8	214,1
1992 JD	2 030,3	21,2	29,4	966,2	48,6	70,8	37,5	104,5	276,0	212,8
1993 JD	2 169,2	25,0	28,1	944,9	48,6	67,3	39,3	98,2	268,1	203,8
1994 JD	2 141,4	25,4	25,8	884,5	46,9	63,1	38,4	90,2	246,6	189,2
1994 31. März	2 127,1	24,7	26,3	885,1	47,1	63,4	38,0	89,6	247,3	189,9
30. Juni	2 140,5	28,1	25,7	879,4	46,8	63,0	38,9	89,7	243,2	188,3
30. Sept.	2 168,0	28,0	25,4	884,2	46,7	62,8	39,3	90,4	246,0	187,5
31. Dez.	2 109,7	21,0	24,5	870,3	46,1	62,1	37,4	89,8	242,7	186,8
1995 31. März	2 099,3	25,3	24,0	863,6	45,5	62,3	37,7	90,7	240,6	185,3
30. Juni	2 128,7	28,4	23,7	867,3	45,5	62,9	38,6	91,0	241,9	185,6
Männlich	1 407,5	24,1	22,4	653,0	35,0	46,5	33,6	81,7	215,1	111,7
Weiblich	721,2	4,3	1,3	214,3	10,5	16,4	5,0	9,4	26,8	73,8
Ausländerquote ⁵⁾	9,4	13,6	6,1	11,6	8,2	16,5	12,5	17,0	10,3	11,9

Jahr Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe			Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kredit-institute und Versiche-rungsgewerbe
	Holz-, Papier- und Druck-gewerbe	Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	Nahrungs- und Genuß-mittel-	zu-sammen	Bauhaupt-gewerbe	Ausbau- und Bauhilfs-gewerbe		zu-sammen	Eisen-bahnen	Deutsche Bundes-post	Verkehr (ohne Eisen-bahnen und Deutsche Bundes-post)	
Insgesamt												
1990 JD	821,6	513,1	709,1	1 460,5	988,2	472,4	3 078,6	1 105,8	117,0	222,4	766,5	900,4
1991 JD	856,2	504,7	734,9	1 511,0	1 023,0	487,9	3 246,1	1 166,9	117,0	232,1	817,8	929,3
1992 JD	863,2	470,6	737,1	1 553,4	1 049,3	504,2	3 335,2	1 197,2	118,4	236,4	842,4	955,0
1993 JD	838,6	419,9	720,2	1 578,5	1 062,2	516,3	3 326,6	1 182,5	119,3	233,0	830,1	972,2
1994 JD	819,2	380,9	704,8	1 601,7	1 077,1	524,6	3 287,6	1 157,8	115,6	222,4	819,7	976,5
1994 31. März	818,7	388,2	701,3	1 549,6	1 041,2	508,4	3 289,5	1 157,7	118,2	224,8	814,7	974,4
30. Juni	815,5	379,6	701,4	1 606,5	1 085,0	521,5	3 267,0	1 155,7	115,2	220,5	820,0	968,7
30. Sept.	823,8	373,5	713,7	1 664,2	1 116,2	548,0	3 304,6	1 162,5	113,8	221,6	827,1	985,0
31. Dez.	812,4	365,1	696,8	1 604,6	1 076,9	527,7	3 265,8	1 142,4	110,7	214,8	816,9	975,9
1995 31. März	802,7	355,8	686,1	1 559,6	1 042,2	517,4	3 241,9	1 125,4	107,8	209,5	808,2	965,6
30. Juni	798,7	348,0	684,7	1 592,1	1 066,3	525,8	3 225,9	1 132,1	105,7	210,2	816,2	959,0
Männlich	596,7	139,9	363,9	1 426,7	978,2	448,5	1 478,8	798,4	92,9	97,6	607,8	442,8
Weiblich	202,0	208,2	320,8	165,4	88,1	77,3	1 747,2	333,7	12,8	112,6	208,3	516,1
dar.: ausländische Arbeitnehmer/-innen												
1990 JD	65,9	66,7	55,4	141,9	114,8	27,1	140,7	74,4	12,3	7,5	54,6	15,0
1991 JD	72,5	67,3	64,8	152,2	122,0	30,2	162,7	83,2	12,2	9,6	61,3	16,4
1992 JD	77,8	64,7	73,5	176,3	138,4	37,8	187,5	92,5	12,7	11,7	68,1	18,2
1993 JD	80,7	60,2	78,9	205,1	157,9	47,2	216,6	101,3	13,2	13,3	74,9	21,7
1994 JD	78,5	53,8	77,8	212,6	163,2	49,4	219,8	101,8	12,7	13,1	76,0	22,9
1994 31. März	78,3	55,0	76,5	202,5	155,2	47,3	220,2	101,8	13,1	13,1	75,6	22,8
30. Juni	78,6	53,6	77,4	214,3	165,7	48,6	217,2	101,2	12,7	12,8	75,7	22,6
30. Sept.	78,7	52,6	80,2	225,0	172,5	52,5	221,5	101,8	12,4	12,9	76,5	23,1
31. Dez.	77,5	51,5	76,3	211,3	161,7	49,7	217,4	101,4	12,0	13,2	76,2	23,1
1995 31. März	76,6	50,3	74,5	203,9	155,9	48,1	215,1	100,2	11,7	12,8	75,7	22,7
30. Juni	76,9	49,0	75,8	211,5	162,1	49,3	214,9	101,6	11,4	13,4	76,8	22,5
Männlich	61,3	24,9	43,2	205,1	158,7	46,4	121,9	80,9	10,8	7,8	62,3	8,9
Weiblich	15,6	24,2	32,6	6,3	3,4	2,9	93,0	20,7	0,7	5,6	14,5	13,6
Ausländerquote ⁵⁾	9,6	14,1	11,1	13,3	15,2	9,4	6,7	9,0	10,8	6,4	9,4	2,3

Fußnoten siehe folgende Seite.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen
und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾
Früheres Bundesgebiet
1 000**

Jahr Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	darunter				zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	
		Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinär- wesen					
Insgesamt									
1990 JD	4 687,1	363,1	935,5	1 328,5	505,8	1 456,7	1 266,1	190,6	2,4
1991 JD	4 952,1	377,7	962,2	1 389,9	530,4	1 471,9	1 270,8	201,2	1,0
1992 JD	5 178,5	390,6	987,1	1 456,3	554,5	1 480,4	1 270,1	210,4	0,7
1993 JD	5 316,0	392,4	1 000,3	1 500,9	569,6	1 466,8	1 253,5	213,2	0,7
1994 JD	5 450,0	391,3	1 009,0	1 552,4	585,9	1 453,2	1 237,4	215,8	0,6
1994 31. März	5 385,9	388,2	1 005,2	1 540,6	579,9	1 452,3	1 237,6	214,7	0,6
30. Juni	5 437,5	387,8	1 003,2	1 543,3	582,8	1 452,1	1 237,9	214,2	0,7
30. Sept.	5 542,6	397,9	1 014,4	1 570,6	592,0	1 458,5	1 240,6	217,8	0,6
31. Dez.	5 498,9	391,2	1 016,9	1 577,2	598,0	1 435,7	1 218,2	217,4	0,6
1995 31. März	5 522,4	388,1	1 019,2	1 581,1	598,5	1 422,9	1 203,9	219,0	0,6
30. Juni	5 565,5	387,7	1 016,1	1 580,4	598,4	1 417,8	1 199,6	218,2	0,6
Männlich	1 938,5	91,9	375,3	288,2	199,1	658,4	586,0	72,5	0,2
Weiblich	3 627,1	295,8	640,8	1 292,2	399,3	759,4	613,6	145,8	0,4
dar.: ausländische Arbeitnehmer/-innen									
1990 JD	367,7	58,0	50,1	72,1	21,5	49,7	47,4	2,3	0,2
1991 JD	405,3	65,9	52,4	79,4	23,0	50,6	47,9	2,7	0,2
1992 JD	460,9	77,0	55,4	89,8	25,8	52,2	49,1	3,1	0,1
1993 JD	540,6	89,3	60,8	104,3	30,6	55,2	51,5	3,7	0,1
1994 JD	563,0	91,9	61,8	109,5	32,5	53,3	49,3	3,9	0,0
1993 31. Dez.	553,0	92,0	62,8	109,3	32,3	54,7	50,8	3,9	0,0
1994 31. März	557,5	91,2	61,9	109,3	32,2	54,0	50,1	3,9	0,0
30. Juni	566,3	91,0	61,5	108,5	31,9	53,7	49,8	3,9	0,0
30. Sept.	572,8	93,3	61,8	110,3	32,9	53,2	49,2	4,0	0,0
31. Dez.	557,5	92,0	61,6	110,4	33,5	49,7	45,7	4,0	0,0
1995 31. März	562,3	91,6	60,9	109,7	33,2	49,0	44,9	4,1	0,0
30. Juni	577,1	92,0	61,2	109,5	33,1	48,7	44,6	4,1	0,0
Männlich	253,1	26,5	26,8	19,7	13,6	24,5	23,6	1,0	0,0
Weiblich	324,0	65,5	34,4	89,8	19,5	24,2	21,1	3,1	0,0
Auslanderquote ⁵⁾	10,4	23,7	6,0	6,9	5,5	3,4	3,7	1,9	0,0

1) Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. - 2) Systematik der Wirtschaftszweige - Fassung für die Berufszählung 1970. - 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung - 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. - 5) Anteil der Ausländer an den Beschäftigten insgesamt in Prozent.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen
und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1 000

Jahr Stichtag	Insgesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie- wirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)						
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlen- wertstoff- industrie) und Mineralöl- verarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glas- gewerbe	Eisen- und NE-Metall- erzeugung, Gießerei und Stahl- verformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeug- bau ³⁾	Elektro- technik ⁴⁾ , Fein- mechanik und Optik; Herst. von EBM-Waren, Musikin- strumenten, Sport- geräten, Spiel- und Schmuck- waren
1994 JD	5 510,1	184,5	137,1	1 055,1	49,7	31,6	73,6	68,3	357,7	182,3
1994 31. März	5 405,8	178,9	140,7	1 047,8	50,9	30,8	72,0	67,2	355,4	182,3
30. Juni	5 482,9	187,2	138,0	1 043,8	48,8	31,4	74,0	67,6	352,8	180,6
30. Sept.	5 613,5	190,6	131,8	1 062,1	48,6	32,2	75,2	68,8	359,8	181,8
31. Dez.	5 581,7	181,7	128,0	1 057,0	47,1	33,0	74,3	68,2	359,5	182,0
1995 31. März	5 506,0	180,3	121,2	1 041,1	45,1	33,5	74,0	67,4	351,7	180,4
30. Juni	5 520,8	183,9	119,2	1 039,1	43,5	34,3	75,4	67,8	348,2	181,3
Männlich	2 960,3	115,9	86,5	725,8	25,9	23,2	58,8	56,1	292,2	120,9
Weiblich	2 560,5	68,0	32,7	313,4	17,6	11,1	16,7	11,7	56,0	60,4

Jahr Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe			Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe
	Holz-, Papier- und Druck- gewerbe	Leder-, Textil- und Beklei- dungs- gewerbe	Nahrungs- und Genuß- mittel-	zu- sammen	Bauhaupt- gewerbe	Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe		zu- sammen	Eisen- bahnen	Deutsche Bundes- post	Verkehr (ohne Eisen- bahnen und Deutsche Bundes- post)	
1994 JD	103,2	53,6	135,0	786,1	573,4	212,7	585,6	396,8	143,6	96,3	156,9	103,3
1994 31. März	101,3	54,4	133,5	749,6	546,7	202,9	576,4	397,3	146,1	97,1	154,0	102,6
30. Juni	102,1	53,0	133,6	782,4	572,5	209,8	581,0	393,8	142,1	94,4	157,3	102,2
30. Sept.	106,0	52,8	137,0	827,7	602,7	225,0	596,9	388,8	133,7	95,3	159,8	104,5
31. Dez.	105,2	51,9	135,7	827,7	601,7	226,0	596,6	389,5	134,7	96,8	158,0	104,1
1995 31. März	105,5	50,7	132,8	818,7	593,4	225,3	592,6	380,9	131,5	91,5	157,9	103,2
30. Juni	105,0	49,7	133,4	832,5	602,7	229,8	591,2	378,5	125,9	90,0	162,6	102,7
Männlich	77,2	16,4	55,1	741,1	538,9	202,2	250,7	255,2	88,3	35,8	131,1	28,1
Weiblich	28,3	33,3	78,3	91,4	63,8	27,6	340,5	123,4	37,6	54,2	31,5	74,5

Jahr Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinär- wesen		zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	
1994 JD	1 326,4	122,3	370,9	290,9	186,5	746,0	668,1	77,9	2,7
1994 31. März	1 282,2	119,1	357,6	287,4	171,5	755,9	673,5	82,4	2,9
30. Juni	1 315,9	121,2	361,0	288,7	185,3	750,5	676,0	74,5	2,7
30. Sept.	1 370,3	125,6	379,9	295,2	198,4	739,6	663,9	75,7	2,8
31. Dez.	1 387,5	127,4	404,7	298,2	212,2	695,4	622,0	73,4	2,1
1995 31. März	1 387,0	127,6	401,1	299,8	209,4	669,5	596,4	73,1	2,1
30. Juni	1 400,4	128,2	396,6	299,9	209,3	662,5	589,5	73,0	1,5
Männlich	490,4	29,7	148,8	41,7	69,5	196,6	182,5	14,1	0,7
Weiblich	910,0	98,5	247,8	258,2	139,8	466,0	407,1	58,9	0,8

1) Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. - 2) Systematik der Wirtschaftszweige - Fassung für die Berufszählung 1970 - 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. - 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Unternehmen und Arbeitsstätten

Zum Aufsatz: „Insolvenzen“

Insolvenzen nach Wirtschaftszweigen 1995

Deutschland

Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Beantragte Konkurs-/ Gesamtvollstreckungsverfahren				Eröffnete Vergleichs- verfahren	Insolvenzen 1)			
	Eröffnete Verfahren	mangels Masse ab- gelehnte Konkurs- anträge	zusammen	darunter Anschluß- konkurse		insgesamt	dagegen Vorjahr	Verän- derung gegenüber dem Vorjahr	
									Anzahl
Unternehmen und Freie Berufe zusammen	6 779	15 537	22 316	27	55	22 344	18 837	+ 18,6	
dar.: Handwerk ²⁾	857	1 324	2 181	2	7	2 186	1 821	+ 20,0	
Land- und Forstwirtschaft	128	253	381	-	-	381	328	+ 16,2	
Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	126	233	359	-	-	359	309	+ 16,2	
Forstwirtschaft	2	20	22	-	-	22	19	+ 15,8	
Fischerei und Fischzucht	2	1	3	-	-	3	2	+ 50,0	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5	10	15	-	-	15	16	- 6,3	
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	-	-	-	-	-	-	2	- 100,0	
Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen	1	-	1	-	-	1	2	- 50,0	
Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erzbergbau	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	4	10	14	-	-	14	12	+ 16,7	
Verarbeitendes Gewerbe	1 444	1 896	3 340	11	19	3 348	3 183	+ 5,2	
Ernährungsgewerbe	111	168	279	1	3	281	247	+ 13,8	
Tabakverarbeitung	-	-	-	-	-	-	1	- 100,0	
Textilgewerbe	51	49	100	3	-	97	100	- 3,0	
Bekleidungsgewerbe	62	89	151	-	-	151	159	- 5,0	
Ledergewerbe	13	10	23	-	-	23	30	- 23,3	
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	92	134	226	-	-	226	189	+ 19,6	
Papiergewerbe	16	16	32	-	-	32	40	- 20,0	
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	130	220	350	-	2	352	330	+ 6,7	
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen	1	-	1	-	-	1	1	± 0,0	
Chemische Industrie	26	32	58	-	-	58	56	+ 3,6	
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	69	67	136	-	-	136	90	+ 51,1	
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	53	61	114	1	-	113	86	+ 31,4	
Metallerzeugung und -bearbeitung	45	40	85	-	-	85	84	+ 1,2	
H. v. Metallerzeugnissen	249	356	605	-	1	606	620	- 2,3	
Maschinenbau	266	231	497	2	3	498	474	+ 5,1	
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen	14	21	35	2	2	35	31	+ 12,9	
H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	40	61	101	-	3	104	138	- 24,6	
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	22	54	76	1	-	75	88	- 14,8	
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	53	93	146	-	1	147	155	- 5,2	
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	23	24	47	1	2	48	51	- 5,9	
Sonstiger Fahrzeugbau	9	19	28	-	1	29	26	+ 11,5	
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	83	107	190	-	1	191	157	+ 21,7	
Recycling	16	44	60	-	-	60	31	+ 93,5	
Energie- und Wasserversorgung	4	4	8	-	-	8	2	+ 300,0	
Energieversorgung	3	3	6	-	-	6	2	+ 200,0	
Wasserversorgung	1	1	2	-	-	2	-	X	
Baugewerbe	1 806	3 734	5 540	5	7	5 542	3 971	+ 39,6	
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. und Gebrauchsgütern	1 481	4 093	5 574	4	14	5 584	4 824	+ 15,8	
Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz; Tankstellen	222	533	755	1	1	755	633	+ 19,3	
Handelsvermittlung und Großhandel (o. Kfz)	717	1 718	2 435	2	7	2 440	2 038	+ 19,7	
Einzelhandel (o. Handel mit Kfz u. Tankstellen), Reparatur v. Gebrauchsgütern	542	1 842	2 384	1	6	2 389	2 153	+ 11,0	
Gastgewerbe	149	1 085	1 234	-	1	1 235	1 006	+ 22,8	
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	347	1 110	1 457	2	2	1 457	1 321	+ 10,3	
Landverkehr; Transport in Rohrleitungen	130	552	682	1	-	681	655	+ 4,0	
Schifffahrt	8	19	27	-	-	27	21	+ 28,6	
Luftfahrt	1	3	4	-	-	4	10	- 60,0	
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	199	500	699	1	2	700	590	+ 18,6	
Nachrichtenübermittlung	9	36	45	-	-	45	45	± 0,0	
Kredit- und Versicherungsgewerbe	40	99	139	1	2	140	146	- 4,1	
Kreditgewerbe	11	20	31	1	2	32	8	+ 300,0	
Versicherungsgewerbe	-	2	2	-	-	2	-	X	
Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe	29	77	106	-	-	106	138	- 23,2	
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen usw.	1 171	2 650	3 821	4	8	3 825	3 314	+ 15,4	
Grundstücks- und Wohnungswesen	286	653	939	3	3	939	668	+ 40,6	
Vermietung beweglicher Sachen, ohne Bedienungspersonal	48	114	162	-	-	162	155	+ 4,5	
Datenverarbeitung und Datenbanken	128	265	393	-	2	395	425	- 7,1	
Forschung und Entwicklung	11	10	21	-	-	21	18	+ 16,7	
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	698	1 608	2 306	1	3	2 308	2 048	+ 12,7	
Erziehung und Unterricht	26	101	127	-	-	127	130	- 2,3	
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	43	55	98	-	1	99	99	± 0,0	
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	133	446	579	-	1	580	495	+ 17,2	
Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	21	26	47	-	-	47	49	- 4,1	
Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	4	13	17	-	-	17	5	+ 240,0	
Kultur, Sport und Unterhaltung	59	178	237	-	1	238	210	+ 13,3	
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	49	229	278	-	-	278	231	+ 20,3	
Übrige Gemeinschuldner ³⁾	1 245	5 198	6 443	3	1	6 441	6 091	+ 5,7	
Insgesamt	8 024	20 735	28 759	30	56	28 785	24 928	+ 15,5	

1) Ohne Anschlußkonkurse - 2) In die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen. - 3) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse, Organisationen ohne Erwerbscharakter

Produzierendes Gewerbe

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe Deutschland 1991 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ²⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe (ohne Herstellung von Leder- bekleidung)	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
		güterproduzenten							
1993	90,5	91,3	90,3	84,1	96,2	85,3	90,0	97,8	97,8
1994	98,0	99,4	98,6	91,3	96,6	83,1	84,9	99,5	105,3
1995	99,8	100,6	102,4	91,1	97,0	80,6	81,3	96,3	101,6
1994 Okt.	98,8	102,4	96,9	92,7	95,5	84,9	68,1	133,6	115,0
Nov.	103,5	107,1	103,8	99,2	87,2	86,7	48,0	92,2	119,4
Dez.	103,7	102,6	115,1	88,0	81,8	69,9	40,6	63,4	97,4
1995 Jan.	99,8	104,4	96,9	93,1	95,2	84,6	74,4	83,9	102,6
Febr.	100,6	103,2	98,0	92,3	108,8	89,8	134,8	100,6	99,6
März	116,7	117,0	117,7	107,3	125,0	102,9	146,9	142,9	113,2
April	92,9	97,4	90,5	86,2	86,8	76,1	58,9	99,1	97,8
Mai	102,7	104,4	106,3	94,9	87,4	80,9	45,6	84,0	105,7
Juni	99,8	103,0	102,1	88,0	86,7	74,7	42,5	68,3	104,5
Juli	96,2	95,2	104,5	82,2	86,8	66,9	65,2	74,5	96,7
Aug.	92,6	93,5	93,7	77,1	107,4	72,6	125,8	106,0	96,4
Sept.	104,5	100,5	111,6	92,9	115,1	88,3	123,5	137,1	104,3
Okt.	97,7	99,3	96,7	94,5	98,0	85,3	73,5	109,7	105,3
Nov.	101,8	99,7	107,7	100,6	89,0	82,6	47,0	93,4	107,3
Dez.	92,7	89,1	103,5	84,2	78,1	62,2	37,0	56,0	85,2
1996 Jan.	98,6	99,3	99,0	96,8	96,0	80,0	72,3	82,2	85,6
Febr. ⁴⁾	98,7	96,4	101,3	94,0	108,7	86,1	125,0	99,9	84,2

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ³⁾
1993	88,4	95,9	92,9	87,7	94,5	95,6	103,8	85,1	83,4
1994	95,5	95,4	100,3	98,1	101,5	103,3	112,6	101,0	104,4
1995	106,5	98,4	105,1	105,4	106,3	107,2	107,0	96,3	93,6
1994 Okt.	97,4	99,5	102,9	103,3	108,4	110,5	121,1	99,9	99,7
Nov.	104,3	107,6	102,9	103,8	111,9	113,7	119,2	110,2	110,9
Dez.	105,9	105,1	103,1	106,8	93,9	95,9	102,0	102,7	106,5
1995 Jan.	109,5	95,7	109,9	113,8	105,3	107,3	102,3	110,2	113,6
Febr.	110,5	92,1	104,9	110,5	105,7	107,6	100,3	112,1	119,4
März	123,3	107,3	118,4	120,2	121,6	122,5	119,8	124,6	125,7
April	102,1	90,5	102,7	106,0	102,5	103,7	106,4	93,8	94,1
Mai	112,9	95,1	111,1	113,3	112,1	114,5	115,1	100,1	97,3
Juni	113,0	95,3	111,3	112,5	110,2	111,1	111,9	95,5	85,2
Juli	100,7	92,9	100,7	100,8	102,3	103,3	108,5	90,1	83,6
Aug.	99,3	94,3	99,6	98,3	103,4	104,0	106,4	85,4	77,8
Sept.	103,6	100,6	104,7	101,7	108,5	108,4	110,0	88,0	82,6
Okt.	105,4	105,8	103,0	100,7	109,4	109,9	110,8	89,3	86,4
Nov.	107,8	110,9	100,6	96,0	108,1	106,9	109,9	90,9	83,3
Dez.	90,2	100,4	94,3	91,2	85,9	86,6	82,2	76,0	74,4
1996 Jan.	109,5	97,8	107,1	105,6	99,2	99,4	91,9	97,0	98,1
Febr. ⁴⁾	103,4	95,1	103,2	100,7	98,1	98,2	85,6	95,0	93,1

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

1) Auftragsgang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 3) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. – 4) Vorläufiges Ergebnis

**Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau				Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen	
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen		Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.
1993	93,1	101,2	90,9	94,9	93,1	80,4	89,7	81,4
1994	100,3	106,6	99,3	105,2	102,1	91,5	101,5	90,3
1995	104,9	112,1	98,7	106,8	99,9	93,5	109,0	88,7
1994 Okt.	102,6	106,0	104,6	110,9	103,9	92,4	103,8	75,9
Nov.	105,9	103,2	105,1	110,1	110,3	99,1	107,8	86,1
Dez.	98,5	107,7	113,2	111,7	121,6	118,8	120,8	114,7
1995 Jan.	101,0	89,5	97,3	108,6	97,1	91,2	102,6	92,9
Febr.	100,0	96,2	98,3	112,8	97,2	94,0	100,0	93,4
März	117,5	125,5	114,2	124,1	133,2	105,1	122,1	102,0
April	98,9	111,3	90,0	101,0	91,4	82,3	95,8	68,8
Mai	107,6	119,0	103,3	107,4	104,4	95,1	133,2	80,0
Juni	109,4	124,1	99,9	115,5	95,8	92,4	115,1	83,7
Juli	102,8	111,5	95,7	102,4	96,1	97,0	109,8	75,5
Aug.	103,1	120,7	93,3	95,2	94,9	85,4	98,7	82,1
Sept.	118,4	115,6	102,6	123,9	100,3	97,1	113,6	109,5
Okt.	103,5	112,9	93,9	97,0	97,7	87,6	102,4	83,7
Nov.	105,2	110,9	97,6	98,2	98,4	96,3	98,9	95,0
Dez.	91,8	108,2	98,3	95,8	92,7	98,4	116,3	97,4
1996 Jan.	106,0	100,6	95,5	107,2	92,1	95,3	102,5	92,6
Febr. ²⁾	98,2	95,7	95,7	106,4	93,9	89,4	107,1	89,6

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1993	98,3	97,6	97,8	90,3	97,1	95,4	80,6	77,9	91,0	101,1
1994	102,0	102,3	101,4	94,1	103,1	101,0	93,2	91,8	91,2	102,1
1995	97,5	93,4	98,9	101,4	103,1	99,9	94,1	92,5	136,0	99,9
1994 Okt.	98,6	100,0	94,8	98,6	107,7	103,1	92,8	89,0	49,4	109,0
Nov.	109,5	109,0	108,0	100,3	109,8	109,1	98,7	97,3	98,8	117,4
Dez.	130,4	129,6	135,9	104,8	118,5	111,9	91,2	87,6	171,4	96,8
1995 Jan.	100,4	97,1	98,0	96,5	101,0	101,9	95,9	95,0	73,2	106,4
Febr.	98,4	95,3	92,7	94,6	100,9	97,7	96,3	95,5	83,0	105,4
März	113,8	116,4	104,9	121,1	144,6	111,1	113,8	115,9	117,1	115,8
April	92,9	83,8	112,8	92,6	88,5	88,3	89,8	87,9	82,2	93,3
Mai	94,4	94,4	93,1	90,2	81,3	99,5	101,0	101,0	163,9	99,3
Juni	98,3	92,1	98,6	101,4	96,4	102,0	91,9	89,0	116,0	98,1
Juli	90,2	90,7	84,4	104,5	118,1	96,6	88,0	87,3	206,8	84,7
Aug.	84,8	83,6	80,6	98,1	96,5	89,2	78,5	74,6	115,0	90,3
Sept.	109,3	93,2	120,3	114,9	118,6	111,6	91,2	87,6	161,2	101,0
Okt.	92,0	83,8	87,9	99,8	93,7	95,5	94,6	91,1	107,5	107,9
Nov.	89,8	88,7	87,3	100,4	84,2	105,5	98,2	97,2	241,9	112,3
Dez.	105,3	101,6	126,3	102,8	113,5	100,4	90,5	88,0	164,1	84,6
1996 Jan.	98,2	97,6	95,0	103,4	110,5	105,0	99,3	100,2	74,6	108,5
Febr. ²⁾	94,6	94,8	87,1	106,5	125,5	105,5	98,0	98,0	122,8	102,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ²⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe (ohne Herstellung von Leder- bekleidung)	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1993	89,9	90,9	89,7	82,7	96,7	85,6	90,2	102,4	97,0
1994	97,1	98,4	98,0	89,3	97,0	82,5	84,7	103,6	103,6
1995	98,2	98,7	100,7	89,5	97,1	78,8	81,2	100,4	98,1
1994 Okt.	97,8	101,0	96,6	90,1	95,7	84,4	67,7	139,3	112,9
Nov.	101,9	105,3	102,6	96,4	86,7	85,5	47,1	95,5	116,6
Dez.	102,6	101,1	114,6	86,1	81,8	69,1	40,0	65,3	95,3
1995 Jan.	98,8	102,8	96,5	91,5	95,4	82,7	74,1	87,2	100,2
Febr.	99,7	101,5	98,3	90,7	109,5	88,1	135,3	105,2	96,7
März	114,9	115,1	115,7	105,4	125,8	101,2	147,8	150,1	110,2
April	91,7	95,8	89,8	84,7	86,6	74,3	58,8	103,9	94,9
Mai	100,2	102,4	102,4	93,5	87,0	78,5	45,2	86,6	102,3
Juni	98,4	101,1	101,8	86,3	86,3	73,1	41,8	70,1	101,1
Juli	95,8	93,7	105,5	81,6	87,1	66,1	65,1	77,1	93,4
Aug.	90,7	91,3	91,7	75,2	107,5	70,7	126,5	110,8	91,3
Sept.	103,4	98,4	111,8	91,3	115,6	86,8	124,1	144,0	100,0
Okt.	95,7	97,5	93,6	92,7	98,1	83,8	73,5	114,7	101,5
Nov.	98,2	97,6	101,0	98,4	88,2	80,4	46,1	97,2	103,1
Dez.	90,7	87,4	100,8	82,7	77,8	60,4	36,6	58,0	82,3
1996 Jan.	97,6	97,5	99,0	95,0	95,6	77,3	72,0	85,6	82,0
Febr. ⁴⁾	97,4	94,5	100,7	92,2	108,9	84,1	125,6	104,8	80,3

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ³⁾
1993	88,3	95,0	93,8	88,6	92,8	93,4	101,4	85,0	83,8
1994	94,7	93,7	101,1	98,8	98,3	99,3	107,5	100,8	105,5
1995	103,8	97,0	105,5	105,8	101,8	101,9	100,9	95,6	93,6
1994 Okt.	96,4	97,7	103,2	103,3	104,9	106,1	115,5	98,6	98,3
Nov.	103,0	105,1	102,6	102,9	107,9	109,0	112,5	108,1	107,5
Dez.	104,4	103,2	103,0	106,3	90,8	92,1	97,7	101,4	105,6
1995 Jan.	107,5	93,7	110,7	114,6	101,7	103,0	97,7	109,9	114,9
Febr.	108,9	89,8	105,3	110,9	101,9	103,4	94,8	111,7	120,3
März	120,1	105,9	119,0	120,8	117,2	117,3	112,9	123,7	125,9
April	99,8	89,6	103,0	106,3	97,9	98,3	100,7	93,3	94,9
Mai	110,3	93,8	111,7	114,2	107,3	108,7	108,7	99,4	97,1
Juni	109,6	94,6	111,7	113,0	105,7	105,7	105,6	94,3	85,8
Juli	97,8	92,1	101,4	101,6	98,0	98,3	103,0	89,8	84,6
Aug.	96,2	93,0	100,0	99,0	98,1	97,8	98,9	84,5	77,3
Sept.	100,2	99,0	105,2	102,4	103,5	102,5	102,8	86,7	81,0
Okt.	102,7	103,5	103,5	101,2	104,6	104,3	104,5	88,4	85,2
Nov.	104,8	109,1	100,7	96,0	103,2	101,3	102,9	90,5	83,2
Dez.	88,2	99,3	93,6	89,3	82,3	82,4	78,7	75,3	73,4
1996 Jan.	106,3	96,7	107,6	106,3	95,6	95,4	87,7	96,7	97,6
Febr. ⁴⁾	100,4	93,6	103,7	101,5	94,3	94,0	81,1	94,1	91,9

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

1) Auftragszugang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 3) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. –

4) Vorläufiges Ergebnis

**Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe
Früheres Bundesgebiet
1991 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1993	90,9	96,6	91,5	95,2	92,3	80,6	90,3	81,1
1994	97,2	99,6	100,3	105,9	101,6	91,7	102,5	89,7
1995	100,7	104,0	99,4	107,7	99,4	92,2	107,6	88,2
1994 Okt.	99,4	98,8	105,3	110,3	103,0	92,0	104,9	74,9
Nov.	102,3	95,4	106,2	110,9	109,4	99,8	109,2	84,1
Dez.	95,3	102,5	114,4	112,4	121,7	119,1	122,2	113,1
1995 Jan.	97,7	84,2	98,1	108,8	94,8	89,5	102,9	93,0
Febr.	97,0	91,2	99,2	114,7	96,0	92,0	99,4	93,5
März	111,8	112,9	114,1	123,8	133,6	104,1	118,3	102,0
April	95,5	104,2	90,4	101,3	91,4	80,5	93,1	68,6
Mai	103,5	111,0	104,6	108,7	103,8	94,8	131,7	79,9
Juni	105,0	115,9	101,0	117,0	95,3	91,0	114,6	84,1
Juli	99,0	105,4	97,4	103,8	96,3	96,4	109,1	75,4
Aug.	98,0	111,6	93,1	95,7	95,3	80,9	97,2	81,8
Sept.	114,3	108,5	103,3	125,7	98,2	97,2	111,0	109,8
Okt.	99,1	105,9	94,6	98,2	96,6	87,8	101,3	82,4
Nov.	100,6	101,7	98,6	98,7	98,3	95,3	97,7	92,8
Dez.	86,9	95,0	98,8	96,4	93,2	96,6	114,6	95,0
1996 Jan.	101,7	93,7	96,8	108,4	92,7	95,3	100,0	92,1
Febr. ²⁾	94,6	87,6	97,0	107,8	94,1	88,9	105,8	88,7

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1993	97,9	97,2	97,5	89,9	96,3	94,9	79,3	76,5	89,6	99,4
1994	101,1	101,7	100,8	93,4	102,3	99,9	91,4	89,6	92,2	99,5
1995	95,1	90,7	95,8	100,6	101,8	98,6	92,7	91,1	127,6	96,4
1994 Okt.	98,0	99,5	94,4	97,7	106,6	101,5	90,4	86,4	53,5	105,8
Nov.	108,4	108,1	107,2	100,0	109,0	107,7	96,6	94,5	91,7	113,4
Dez.	130,2	129,3	136,0	104,1	117,2	111,0	89,1	85,3	183,4	94,1
1995 Jan.	98,2	95,0	94,1	95,4	100,1	100,6	94,3	93,5	74,4	103,4
Febr.	96,5	93,7	88,6	93,0	100,1	96,6	95,2	94,3	93,4	101,9
März	111,6	113,8	101,5	119,5	141,4	109,9	112,3	114,2	111,8	111,8
April	90,9	81,6	111,5	92,1	88,0	87,2	88,6	86,6	85,0	90,0
Mar	90,7	90,7	86,5	89,5	80,7	98,3	99,3	99,4	115,9	96,0
Juni	96,0	88,4	96,2	100,8	95,0	101,2	90,2	87,3	124,6	94,5
Juli	88,4	88,1	82,0	105,1	118,2	96,1	87,5	86,9	238,2	82,3
Aug.	82,1	81,6	75,2	97,2	95,3	87,7	76,8	72,8	112,9	86,4
Sept.	107,9	90,5	118,5	113,8	116,5	110,6	89,6	86,1	185,2	97,0
Okt.	91,0	82,6	86,3	99,2	93,3	94,3	93,2	89,7	70,7	103,8
Nov.	86,8	84,6	84,5	99,6	82,4	102,2	96,4	95,3	162,6	107,7
Dez.	101,1	97,8	125,1	101,7	110,5	98,4	89,4	86,7	156,5	81,5
1996 Jan.	96,1	94,9	91,5	101,5	107,6	103,2	97,5	98,5	82,2	104,7
Febr. ²⁾	92,7	93,0	82,4	104,6	122,6	103,5	96,3	96,4	123,1	98,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr
1) Auftragsingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ²⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe (ohne Herstellung von Leder- bekleidung)	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
		güterproduzenten							
1993	104,9	102,4	104,7	162,3	80,8	78,5	83,8	39,8	123,9
1994	122,6	128,0	111,4	212,4	87,0	97,5	94,0	48,4	158,9
1995	140,7	147,4	135,1	198,4	96,0	123,2	82,1	45,2	197,4
1994 Okt.	127,6	139,5	105,9	243,4	90,9	95,7	87,3	62,0	180,2
Nov.	148,1	157,1	131,6	265,1	100,3	114,4	85,1	50,9	203,8
Dez.	133,5	141,8	124,9	198,4	82,6	88,1	67,4	39,7	160,8
1995 Jan.	125,9	144,2	104,9	199,9	91,6	132,0	87,0	41,9	167,2
Febr.	121,3	146,7	92,6	193,4	89,5	131,0	111,4	45,0	180,3
März	159,5	165,8	155,0	227,7	103,2	144,1	102,1	52,5	198,7
April	122,2	138,7	103,4	185,1	92,6	120,1	65,2	40,2	177,1
Mai	165,3	156,1	182,4	196,5	99,0	140,1	65,9	52,7	201,0
Juni	132,5	153,4	109,6	199,1	97,7	114,4	73,6	46,4	199,9
Juli	108,2	133,0	85,2	125,8	79,8	85,3	69,2	41,5	185,9
Aug.	141,0	148,4	132,6	205,7	103,5	119,1	89,1	46,5	236,4
Sept.	132,0	153,4	107,3	202,6	102,9	126,5	99,8	51,5	224,6
Okt.	148,7	143,9	155,5	213,8	96,9	123,1	73,0	46,6	209,2
Nov.	190,6	153,0	237,3	242,7	110,1	136,8	90,9	46,4	223,2
Dez.	141,4	132,6	154,9	188,1	84,7	105,8	57,7	30,9	165,0
1996 Jan.	125,0	144,7	98,2	219,5	104,3	147,4	82,5	40,7	184,7
Febr. ⁴⁾	130,6	142,4	113,2	220,1	104,6	135,6	96,3	38,8	191,5

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und - bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roh Eisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ³⁾
1993	91,4	124,2	75,0	72,9	204,5	308,8	143,1	86,5	77,6
1994	125,2	148,5	85,7	86,8	307,7	482,7	197,0	104,3	91,2
1995	190,2	152,3	97,5	99,9	407,3	563,3	208,6	107,6	93,7
1994 Okt.	137,5	155,3	98,6	103,9	332,9	533,2	215,8	118,5	115,6
Nov.	149,8	184,4	109,9	118,0	364,2	556,2	230,9	141,2	149,9
Dez.	161,7	164,1	104,4	114,3	289,4	456,3	173,6	121,4	116,1
1995 Jan.	174,1	172,0	95,9	103,5	344,3	476,6	180,4	114,4	98,8
Febr.	160,2	175,0	96,9	103,5	366,2	474,5	192,9	118,2	108,7
März	222,9	157,7	106,9	111,5	412,8	571,7	237,5	138,9	123,9
April	173,9	123,5	96,0	101,4	411,6	575,5	204,0	102,3	85,1
Mai	190,8	140,8	98,8	100,7	439,8	620,1	222,7	111,8	100,4
Juni	219,1	118,8	103,5	104,3	411,0	584,3	217,4	114,3	78,8
Juli	190,3	120,2	86,6	87,6	391,2	541,2	200,7	95,2	72,1
Aug.	196,4	141,6	91,6	88,7	482,7	651,2	234,2	99,8	84,0
Sept.	208,5	162,4	95,5	91,2	448,8	622,7	229,5	108,7	101,8
Okt.	191,3	191,2	93,0	93,1	430,8	593,6	216,3	103,4	100,8
Nov.	202,0	179,6	99,2	95,4	437,9	597,9	226,9	97,3	84,0
Dez.	152,5	144,4	106,5	118,2	330,1	450,1	140,4	87,3	85,9
1996 Jan.	211,0	136,1	98,5	96,2	338,9	449,1	161,1	101,7	103,0
Febr. ⁴⁾	196,8	149,6	93,9	87,9	353,6	469,5	160,7	108,9	107,7

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 3) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. – 4) Vorläufiges Ergebnis

**Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe
Neue Länder und Berlin-Ost
1991 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1993	165,6	177,7	80,0	88,3	124,7	75,6	78,6	98,8
1994	205,5	224,3	81,1	90,2	121,8	86,5	83,2	133,2
1995	225,0	247,7	87,0	88,9	120,8	118,4	139,8	105,4
1994 Okt.	209,8	226,8	91,9	122,7	135,4	101,0	84,6	151,3
Nov.	232,3	233,5	85,0	92,9	145,4	86,0	83,9	236,5
Dez.	209,6	196,7	91,6	98,0	118,6	111,8	96,0	230,7
1995 Jan.	193,3	177,5	83,8	104,7	183,0	124,3	96,4	90,5
Febr.	186,2	179,6	83,0	74,2	143,4	131,0	110,8	92,3
März	279,6	335,5	116,5	129,7	116,9	123,4	202,6	101,0
April	196,7	228,2	84,5	96,3	91,7	116,2	153,1	74,7
Mai	225,3	253,0	82,0	79,6	127,5	99,5	164,8	83,4
Juni	235,2	261,7	82,6	87,8	117,7	119,0	125,4	69,5
Juli	211,0	213,7	68,3	74,0	87,4	108,4	124,8	78,2
Aug.	246,8	272,4	96,8	83,8	80,4	172,7	130,7	92,8
Sept.	233,0	233,4	91,4	89,1	180,9	95,0	167,9	96,1
Okt.	228,3	228,3	82,8	73,6	139,7	83,4	124,7	130,7
Nov.	234,8	262,5	81,3	89,5	104,0	115,5	124,0	171,4
Dez.	229,8	326,6	90,7	84,0	76,5	132,7	152,3	183,9
1996 Jan.	227,5	214,6	73,8	82,8	72,6	94,9	155,5	112,3
Febr. 2)	199,0	229,8	73,7	77,9	83,6	99,9	133,5	123,9

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a n.g.							
1993	108,8	113,8	108,6	107,9	127,7	130,0	221,5	711,7	98,9	146,2
1994	123,9	125,5	122,4	118,9	132,9	166,1	305,0	1 133,0	84,2	170,2
1995	156,8	171,5	197,7	136,1	183,7	164,9	238,3	764,3	180,5	209,0
1994 Okt.	114,1	118,8	110,4	133,1	146,7	188,8	349,8	1 277,8	23,0	192,3
Nov.	139,2	138,9	138,3	112,7	136,8	191,4	355,4	1 415,5	142,2	219,4
Dez.	136,9	141,0	132,7	132,7	164,6	174,0	333,1	1 141,7	95,7	166,8
1995 Jan.	155,5	156,9	224,5	142,2	151,9	163,2	258,0	787,7	66,7	196,8
Febr.	145,8	143,1	225,2	162,4	150,5	150,8	212,8	693,4	28,1	211,9
März	170,6	191,5	211,1	183,4	338,4	167,4	258,4	879,8	145,2	241,6
April	142,2	145,7	155,7	111,4	118,4	138,2	218,1	718,7	67,3	194,9
Mai	186,2	201,6	303,7	120,5	120,0	161,2	271,4	819,4	417,6	199,9
Juni	155,4	198,1	174,1	129,3	183,0	143,6	267,1	879,8	70,8	207,9
Juli	135,0	164,9	160,2	78,8	111,3	119,6	139,3	280,5	40,8	158,4
Aug.	151,2	142,0	253,5	134,4	171,3	159,8	262,6	937,8	126,3	209,2
Sept.	146,1	170,8	177,4	159,7	247,7	159,7	243,4	747,5	34,5	224,3
Okt.	117,3	119,6	141,6	124,9	119,3	152,0	242,9	766,4	302,2	233,3
Nov.	166,0	209,8	177,2	136,5	194,3	267,3	277,0	977,4	661,3	250,9
Dez.	210,6	213,9	167,9	150,2	298,3	195,9	208,8	683,2	204,6	179,2
1996 Jan.	150,3	175,7	211,0	182,4	282,1	191,8	278,1	856,0	34,4	224,3
Febr.	140,0	145,4	239,0	186,7	300,3	203,9	275,5	842,6	121,4	230,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen¹⁾

Deutschland

Jahr Monat	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbei- tendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Abteilungen									
		Darunter Verarbei- tendes Gewerbe	Ernähungs- gewerbe	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	Chemische Industrie	Metaller- zeugung und -bear- beitung	Maschi- nenbau	H.v. Buroma- schinen, DV -Geräten und -einrich- tungen	H.v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeugung und -verteilung	Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richten- technik

Beschäftigte am Monatsende

1 000

1995 ⁴⁾ Jan.	6 774,2	6 584,2	519,3	154,9	111,0	540,4	302,3	1 063,2	49,6	489,5	161,2	665,7
Febr.	6 778,8	6 589,2	518,1	154,4	109,8	541,2	300,9	1 064,4	50,6	489,3	161,5	666,0
März	6 799,8	6 609,7	517,2	153,7	108,4	541,7	301,1	1 065,2	50,6	490,5	161,3	670,6
April	6 778,2	6 589,3	515,9	152,2	106,9	537,2	300,7	1 062,0	50,4	487,7	161,2	671,1
Mai	6 779,1	6 590,9	517,8	151,7	106,1	537,6	300,5	1 061,7	50,2	488,4	160,2	672,9
Juni	6 786,5	6 599,4	521,0	150,7	105,7	537,3	300,7	1 061,8	50,0	489,1	161,0	673,5
Juli	6 801,8	6 616,2	528,0	149,5	105,5	537,6	302,1	1 064,3	49,8	490,9	161,8	679,2
Aug.	6 813,5	6 628,4	532,8	148,5	105,0	538,8	301,0	1 068,6	49,7	492,2	161,3	677,0
Sept.	6 806,9	6 622,2	533,8	148,3	103,7	539,7	301,4	1 070,0	49,2	493,5	160,7	674,1
Okt.	6 766,0	6 582,9	529,8	147,3	102,3	535,4	299,3	1 064,2	48,8	489,8	159,2	672,6
Nov.	6 744,3	6 562,0	528,0	147,1	101,3	535,0	298,2	1 061,9	48,4	484,1	159,4	672,4
Dez.	6 691,2	6 510,2	522,0	145,4	100,5	535,1	294,8	1 056,5	48,1	481,5	156,5	666,7

Umsatz insgesamt ²⁾

Mill. DM

1995 ⁴⁾ Jan.	158 219,2	154 798,6	16 556,4	2 756,4	2 536,7	19 830,5	8 660,9	16 737,3	2 272,1	10 223,4	2 966,8	19 494,3
Febr.	161 385,2	158 125,8	17 054,8	2 724,5	2 539,6	19 096,8	8 363,6	18 199,3	2 151,6	9 570,8	2 839,6	21 539,2
März	192 113,6	188 337,8	19 510,8	3 163,0	2 488,0	22 170,5	9 824,5	22 165,7	2 488,0	11 579,2	3 363,2	25 867,3
April	160 979,1	157 653,5	17 467,9	2 537,0	1 248,3	19 005,0	8 177,7	18 713,1	1 785,8	8 981,9	2 917,1	21 254,7
Mai	178 667,2	175 138,9	19 114,9	2 758,0	1 188,9	20 916,0	9 189,1	20 751,1	2 180,9	10 357,2	3 013,0	24 116,0
Juni	179 153,1	175 905,8	18 539,4	2 640,6	1 395,5	20 425,7	8 908,7	22 788,3	2 204,5	10 803,5	3 431,2	23 051,6
Juli	162 216,2	159 211,8	17 323,7	2 412,7	2 285,4	18 836,2	8 290,3	19 856,7	2 097,3	9 736,6	2 926,5	18 104,8
Aug.	163 490,4	160 368,3	18 803,2	2 296,6	2 738,8	18 774,5	8 136,9	19 525,4	2 145,6	10 269,8	2 825,7	16 691,5
Sept.	183 362,0	180 060,2	18 526,1	2 859,7	2 476,5	19 656,2	8 932,5	22 978,9	2 911,5	12 996,6	3 588,4	21 722,7
Okt.	176 708,2	173 291,9	19 248,2	2 862,1	1 675,4	19 325,1	8 721,5	21 748,4	2 603,0	9 886,2	3 720,1	21 628,3
Nov.	183 935,5	180 387,0	19 565,5	2 844,8	1 452,2	19 357,5	8 683,6	23 263,5	2 897,8	9 536,9	3 968,4	24 199,9
Dez.	174 542,6	170 873,4	18 702,5	2 140,8	1 378,9	17 195,2	6 546,7	26 552,9	3 011,1	9 980,7	4 413,3	22 102,2

darunter Auslandsumsatz³⁾

Mill. DM

1995 ⁴⁾ Jan.	45 370,2	45 157,3	1 643,5	744,9	633,7	7 909,2	2 674,6	6 951,0	995,3	3 220,4	1 030,7	9 738,4
Febr.	47 139,5	46 955,6	1 710,2	749,4	615,1	7 647,0	2 653,8	7 830,2	950,7	3 160,2	1 118,8	10 702,6
März	55 244,3	55 027,0	1 855,6	851,8	589,3	8 799,5	3 120,0	9 200,5	1 014,5	3 848,6	1 325,0	12 410,3
April	45 769,0	45 578,5	1 639,5	689,5	219,5	7 527,8	2 609,7	8 006,6	770,7	2 931,1	1 105,9	10 076,1
Mai	50 652,1	50 457,0	1 796,0	747,1	190,8	8 339,6	2 845,5	8 528,9	950,7	3 509,7	1 209,8	11 358,4
Juni	51 965,4	51 778,5	1 813,8	727,4	288,4	8 196,5	2 839,8	10 235,5	905,3	3 703,2	1 354,7	10 831,1
Juli	44 533,6	44 386,7	1 633,9	637,5	578,7	7 387,7	2 592,2	8 174,6	892,6	3 407,4	1 042,8	8 454,1
Aug.	44 150,4	43 988,7	1 776,6	580,1	715,6	7 115,9	2 708,9	8 103,4	841,9	3 492,7	1 189,3	7 592,9
Sept.	52 001,5	51 804,8	1 814,1	742,1	584,9	7 460,5	2 961,2	9 830,8	1 004,5	4 425,7	1 455,8	10 223,1
Okt.	50 167,2	49 981,4	2 043,6	743,4	334,9	7 542,8	2 996,6	9 448,8	1 039,5	3 231,6	1 413,9	10 528,3
Nov.	52 299,0	52 108,9	2 117,2	731,3	247,9	7 395,6	2 950,6	10 074,9	1 144,1	2 868,3	1 529,6	11 297,1
Dez.	50 634,7	50 461,1	1 775,2	557,0	306,0	6 620,7	2 331,4	12 244,4	1 312,2	3 090,7	1 630,9	10 205,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1

1) Darstellung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk. Kombinierte Betriebe werden mit ihrem gesamten Betrieb derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes liegt. Ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Baugewerbe - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Direktumsätze mit Abnehmern im Ausland, und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren - 4) Vorläufige Ergebnisse

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100**

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energieversorgung			Hauptgruppen				Bauhauptgewerbe ¹⁾
	(einschl. Bauhauptgewerbe)	(ohne Bauhauptgewerbe)	zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	zusammen	Elektrizitäts- versorgung	Gas-	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs-	

Originalwert

1993	93,4	91,2	90,7	86,1	90,8	98,4	97,7	103,4	93,0	86,3	86,8	95,7	115,5
1994	97,4	94,4	94,0	83,1	94,4	99,2	97,9	108,3	98,7	88,0	90,5	95,5	126,9
1995	97,5	95,0	94,7	79,4	95,2	100,1	97,9	115,2	98,7	90,0	89,4	96,5	121,0
1994 Okt.	101,9	98,1	97,8	89,0	98,1	102,7	100,7	116,4	103,6	89,6	94,9	100,6	138,3
Nov.	106,6	103,0	103,0	92,9	103,3	103,6	102,7	109,5	107,5	95,7	102,9	105,3	141,3
Dez.	100,2	99,3	98,5	84,9	98,9	111,8	107,6	140,0	98,2	102,8	92,1	93,9	108,5
1995 Jan.	89,2	89,8	87,8	74,4	88,2	118,4	114,4	145,2	94,4	75,0	88,3	96,1	83,8
Febr.	92,1	91,0	90,2	71,7	90,8	101,6	98,7	120,8	95,5	82,1	90,3	92,4	102,6
März	107,3	105,4	105,0	85,0	105,6	111,0	107,8	132,3	110,1	98,6	106,0	103,2	125,5
April	92,6	89,9	89,5	73,9	90,0	95,7	94,3	105,3	96,4	81,7	84,3	89,3	118,7
Mai	101,8	98,1	98,4	82,9	99,0	93,3	91,9	102,4	103,7	92,1	96,5	97,9	136,9
Juni	100,7	97,5	98,1	79,9	98,7	88,8	88,1	93,6	102,5	94,9	92,8	95,3	131,8
Juli	92,3	88,8	89,0	78,5	89,3	86,3	86,4	85,5	94,6	84,6	73,1	92,1	125,6
Aug.	91,1	87,0	87,1	80,1	87,3	86,0	86,3	83,8	93,1	80,4	68,0	96,5	130,2
Sept.	101,8	98,6	99,0	83,1	99,6	91,5	92,1	87,7	102,9	94,6	96,4	99,0	132,5
Okt.	101,8	97,9	97,9	85,1	98,4	96,8	95,8	103,6	102,1	91,1	96,0	102,1	139,2
Nov.	106,9	103,6	103,0	84,9	103,6	112,5	106,9	149,8	103,4	101,2	103,2	105,6	138,9
Dez.	92,2	92,8	91,0	73,0	91,5	119,6	111,7	172,7	85,1	103,8	77,9	88,9	86,5
1996 Jan.	89,8	91,2	89,0	73,4	89,6	122,3	115,4	168,8	92,2	84,1	85,1	93,0	76,9
Febr. ²⁾	91,3	92,6	91,1	71,2	91,7	114,8	108,5	157,5	92,2	88,2	89,8	95,1	79,0

arbeitstäglich bereinigter Wert

1993	92,8	90,5	90,0	85,7	90,1	98,2	97,5	103,3	92,4	85,6	85,9	95,1	114,3
1994	97,0	93,9	93,6	82,8	93,9	99,1	97,7	108,3	98,3	87,5	89,8	95,1	126,0
1995	97,2	94,7	94,4	79,2	94,9	100,0	97,8	115,2	98,4	89,7	89,0	96,2	120,5
1994 Okt.	106,3	102,0	101,9	91,8	102,2	103,8	101,9	116,6	107,6	93,5	100,3	104,6	147,0
Nov.	105,4	101,9	101,8	92,1	102,1	103,3	102,4	109,5	106,4	94,6	101,3	104,2	139,0
Dez.	98,1	97,3	96,4	83,6	96,8	111,2	106,9	139,9	96,2	100,6	89,5	92,0	105,1
1995 Jan.	87,9	88,5	86,5	73,6	86,9	117,9	113,9	145,1	93,1	73,8	86,6	94,7	82,0
Febr.	92,4	91,3	90,6	71,9	91,2	101,6	98,8	120,8	95,8	82,5	90,8	92,8	103,2
März	103,8	102,1	101,6	83,0	102,2	110,1	106,8	132,1	106,8	95,2	101,4	100,0	119,7
April	96,4	93,3	93,1	76,1	93,7	96,7	95,4	105,5	100,0	85,2	89,0	92,6	125,8
Mai	98,2	94,8	95,0	80,7	95,5	92,5	91,0	102,3	100,4	88,7	92,0	94,7	130,0
Juni	99,7	96,5	97,1	79,2	97,7	88,6	87,8	93,6	101,5	93,9	91,5	94,4	129,8
Juli	94,6	90,9	91,2	80,1	91,6	86,8	87,0	85,6	96,8	86,8	75,6	94,3	130,3
Aug.	89,0	85,2	85,2	78,7	85,4	85,4	85,7	83,7	91,2	78,6	65,9	94,5	125,9
Sept.	102,6	99,3	99,8	83,5	100,3	91,7	92,3	87,7	103,6	95,4	97,4	99,7	134,0
Okt.	103,7	99,6	99,8	86,3	100,2	97,3	96,3	103,7	103,8	92,9	98,4	103,9	143,1
Nov.	103,5	100,4	99,7	82,9	100,2	111,6	105,9	149,6	100,4	97,8	98,9	102,4	132,5
Dez.	94,2	94,7	92,9	74,1	93,6	120,2	112,4	172,9	86,8	106,1	80,3	90,7	89,3
1996 Jan.	88,0	89,4	87,2	72,4	87,6	121,7	114,7	168,7	90,5	82,3	82,6	91,2	74,6
Febr. ²⁾	89,8	91,1	89,5	70,4	90,1	114,4	108,0	157,4	90,8	86,6	87,7	93,6	77,0

1) Bauhauptgewerbe ab Januar 1996 geschätzt - 2) Vorläufiges Ergebnis.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100**

Jahr Monat	Bauhaupt- gewerbe ¹⁾		Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thonmerze)			Erz- bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungsindustrie			Leder- gewerbe
	Hoch- bau- leistungen	Tief- bau-	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewin- nung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	
Originalwert													
1993	115,6	115,3	83,6	81,8	100,0	95,5	99,9	100,6	88,4	80,1	81,7	77,6	79,3
1994	131,2	120,6	76,2	73,2	102,7	109,0	101,5	102,1	91,8	73,7	78,4	66,6	67,0
1995	126,3	113,4	74,0	70,2	107,0	99,7	105,0	106,3	84,5	69,9	75,3	61,7	65,1
1994 Okt.	141,5	133,7	76,0	73,8	96,1	137,6	111,0	112,2	92,0	70,4	80,1	55,9	63,3
Nov.	145,7	134,8	80,7	76,5	117,8	138,7	116,1	117,4	93,9	74,0	84,2	58,8	69,1
Dez.	112,8	102,1	80,0	73,7	136,1	103,2	103,0	104,3	81,4	64,6	71,4	54,6	56,9
1995 Jan.	96,1	65,8	80,5	74,2	136,1	51,7	96,8	97,3	87,7	78,8	80,3	76,6	69,9
Febr.	112,1	88,7	73,1	67,8	119,8	66,7	94,7	95,5	80,2	76,4	78,0	74,1	69,1
März	133,2	114,3	83,4	76,9	140,8	90,8	107,6	108,6	91,1	82,8	89,2	73,3	79,1
April	123,3	112,0	69,2	64,7	109,1	91,1	97,4	98,8	73,4	62,8	72,7	48,1	60,6
Mai	140,7	131,3	73,9	70,9	100,4	116,8	108,6	110,1	84,4	68,0	79,6	50,5	65,9
Juni	135,7	126,1	69,6	66,8	94,2	118,3	104,7	105,8	86,6	69,0	77,6	56,1	64,2
Juli	129,1	120,5	69,6	68,0	84,6	111,7	101,1	102,0	86,5	66,4	65,5	67,8	54,6
Aug.	131,8	127,9	70,8	69,2	84,3	115,2	108,0	108,6	97,2	61,6	58,9	65,6	58,5
Sept.	134,7	129,3	72,6	70,3	92,9	122,1	107,4	108,6	89,0	75,9	80,5	69,0	69,8
Okt.	143,3	133,3	75,0	71,0	109,8	122,9	114,7	116,6	82,7	69,8	80,2	54,2	65,7
Nov.	143,4	132,4	76,1	73,3	101,6	117,8	117,8	119,7	86,5	72,2	81,4	58,4	70,8
Dez.	91,6	78,9	73,6	69,4	110,2	71,0	101,7	103,7	69,2	54,7	59,7	47,2	53,1
1996 Jan.	86,5	62,9	79,3	72,9	136,1	51,1	100,0	101,6	73,1	70,2	74,5	63,7	60,7
Febr. ²⁾	83,7	72,2	77,2	70,1	139,5	49,1	100,9	102,3	76,3	70,7	73,3	66,9	64,4
arbeitstäglich bereinigter Wert													
1993	114,5	114,0	83,2	81,4	99,6	94,7	99,2	99,9	87,7	79,4	81,0	77,0	78,8
1994	130,3	119,7	76,0	73,0	102,4	108,5	101,1	101,7	91,3	73,2	77,9	66,1	66,6
1995	125,7	112,9	73,8	70,1	106,8	99,4	104,7	106,0	84,2	69,6	74,9	61,5	64,8
1994 Okt.	150,1	142,4	77,9	75,6	98,6	143,9	115,5	116,6	96,7	74,3	84,7	58,7	66,0
Nov.	143,4	132,5	80,1	76,0	117,0	136,9	114,8	116,1	92,6	72,9	82,9	58,0	68,3
Dez.	109,4	98,9	79,0	72,8	134,3	100,8	100,9	102,2	79,3	62,9	69,3	53,2	55,6
1995 Jan.	94,1	64,3	79,7	73,5	134,9	50,9	95,4	95,9	86,1	77,3	78,6	75,2	68,8
Febr.	112,7	89,2	73,3	68,0	120,1	67,0	95,0	95,9	80,6	76,8	78,4	74,4	69,4
März	127,2	108,8	81,7	75,4	137,9	87,6	104,3	105,3	87,5	79,4	85,3	70,5	76,5
April	130,5	118,9	70,9	66,3	111,7	95,2	101,2	102,6	77,1	66,2	76,7	50,4	63,1
Mai	133,8	124,5	72,3	69,3	98,2	112,3	105,0	106,4	80,8	64,9	75,9	48,4	63,5
Juni	133,7	124,2	69,1	66,4	93,6	117,0	103,7	104,8	85,5	68,1	76,5	55,4	63,5
Juli	133,8	125,2	70,7	69,0	85,9	114,9	103,6	104,4	89,2	68,6	67,8	69,9	56,1
Aug.	127,6	123,5	69,7	68,2	83,1	112,3	105,6	106,3	94,5	59,8	57,1	63,8	57,1
Sept.	136,2	130,8	72,9	70,6	93,4	123,2	108,2	109,3	89,9	76,7	81,3	69,7	70,4
Okt.	147,2	137,2	75,8	71,8	111,0	125,4	116,7	118,6	84,6	71,5	82,2	55,5	66,9
Nov.	136,9	126,0	74,6	71,8	99,6	113,7	114,2	116,1	83,2	69,2	77,9	56,1	68,5
Dez.	94,5	81,6	74,5	70,3	111,7	72,7	103,9	105,8	71,1	56,3	61,6	48,5	54,3
1996 Jan.	83,9	60,9	78,3	72,0	134,3	50,1	98,0	99,6	71,2	68,2	72,3	62,1	59,4
Febr. ²⁾	81,6	70,3	76,3	69,4	138,0	48,2	99,2	100,6	74,7	69,1	71,6	65,5	63,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1

1) Bauhauptgewerbe ab Januar 1996 geschätzt. - 2) Vorläufiges Ergebnis.

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Holz- gewerbe (ohne H.v. Möbeln)	Papier- und Druckgewerbe			Kokerei, Mineral- ölerarbeitung (ohne Spalt- und Brutstoffe)		Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Ma- schinen- bau
		zu- sammen	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton- trägern	zu- sammen	darunter Mineral- ölerarbeitung	zu- sammen	darunter H.v. Chemischen Grund- stoffen	zu- sammen	H.v. Gummi- waren	H.v. Kunst- stoff- waren		
Originalwert													
1993	102,9	95,7	96,3	95,3	93,8	104,0	98,4	99,5	90,4	82,8	93,0	104,8	82,8
1994	112,6	96,8	100,6	93,6	91,9	106,9	105,5	109,4	96,4	88,6	99,1	113,2	83,6
1995	109,6	97,9	99,1	97,0	89,9	103,4	102,9	107,7	98,5	98,7	98,4	107,9	85,6
1994 Okt.	122,7	101,5	106,1	97,7	92,9	109,7	107,7	113,4	101,6	93,4	104,4	125,4	83,9
Nov.	128,8	104,0	104,3	103,8	92,9	109,9	111,3	117,0	107,3	97,3	110,8	124,8	92,0
Dez.	118,6	100,8	93,0	107,2	95,1	108,5	105,0	114,3	94,4	82,0	98,6	107,5	105,5
1995 Jan.	99,0	96,9	101,8	92,8	92,9	109,5	112,0	114,4	86,9	94,4	84,3	82,2	67,6
Febr.	102,1	94,7	97,7	92,3	86,4	98,0	103,5	106,5	99,5	97,1	100,2	93,8	76,7
März	118,8	107,1	109,3	105,3	90,7	103,4	115,3	118,7	115,0	107,9	117,4	115,5	93,1
April	103,7	92,1	96,3	88,7	85,6	98,7	103,1	109,6	104,0	95,3	107,0	104,9	76,2
Mai	115,6	98,5	104,8	93,3	87,7	100,8	107,2	111,3	107,3	105,5	107,9	120,3	86,3
Juni	116,4	97,2	102,1	93,1	87,8	100,9	104,7	110,4	102,5	103,6	102,2	119,7	92,3
Juli	101,0	93,7	98,5	89,7	91,6	107,2	98,2	104,2	92,5	87,5	94,2	112,0	81,1
Aug.	99,8	97,2	99,9	94,9	92,6	109,1	95,0	97,5	90,6	91,5	90,4	112,9	74,1
Sept.	119,1	100,9	101,2	100,6	91,7	108,4	98,2	100,8	105,9	106,8	105,6	119,0	90,1
Okt.	118,7	101,1	98,7	103,0	92,3	103,8	102,0	106,8	99,0	103,6	97,5	117,8	86,9
Nov.	123,1	103,7	98,4	108,0	90,9	101,0	101,6	105,3	99,9	110,9	96,2	115,9	97,0
Dez.	98,4	92,1	80,3	101,8	88,1	100,3	94,1	106,6	78,7	79,8	78,3	80,9	105,9
1996 Jan.	99,9	93,7	98,8	89,5	91,1	108,3	100,5	105,0	91,1	104,0	86,7	75,6	74,2
Febr.1)	98,9	90,0	94,2	86,6	88,6	106,7	103,9	108,4	90,5	108,0	84,5	74,2	78,8
arbeitstäglich bereinigter Wert													
1993	101,9	95,2	95,8	94,7	93,6	103,9	98,0	99,1	89,7	82,2	92,3	104,1	82,1
1994	111,9	96,4	100,2	93,4	91,8	106,8	105,2	109,0	95,9	88,1	98,6	112,7	83,2
1995	109,2	97,7	98,8	96,8	89,8	103,4	102,7	107,5	98,1	98,3	98,1	107,6	85,4
1994 Okt.	129,3	104,5	109,3	100,5	93,9	110,3	110,2	116,1	106,5	97,8	109,5	130,7	87,1
Nov.	126,9	103,2	103,4	103,0	92,6	109,7	110,6	116,3	105,9	96,1	109,3	123,4	91,0
Dez.	115,4	99,2	91,5	105,6	94,5	108,1	103,7	112,9	92,1	80,0	96,2	105,2	103,5
1995 Jan.	97,1	95,8	100,7	91,8	92,5	109,3	111,0	113,4	85,4	92,8	82,9	81,0	66,7
Febr.	102,7	95,0	98,0	92,6	86,6	98,1	103,7	106,7	99,9	97,6	100,7	94,2	77,0
März	114,1	104,7	106,8	102,9	89,8	102,9	113,1	116,5	110,7	103,9	113,1	111,7	90,4
April	109,0	94,7	99,0	91,2	86,6	99,2	105,5	112,2	108,9	99,7	112,0	109,2	79,0
Mai	110,5	96,1	102,2	91,0	86,8	100,3	105,0	109,0	103,0	101,3	103,5	116,0	83,6
Juni	114,9	96,5	101,4	92,5	87,5	100,7	104,1	109,8	101,3	102,4	101,0	118,5	91,5
Juli	104,3	95,4	100,3	91,3	92,3	107,6	99,6	105,7	95,2	90,0	96,9	114,9	83,0
Aug.	96,9	95,6	98,2	93,4	92,0	108,7	93,8	96,3	88,3	89,1	88,0	110,3	72,6
Sept.	120,3	101,4	101,7	101,2	91,9	108,5	98,7	101,3	106,8	107,8	106,5	119,9	90,7
Okt.	121,6	102,4	100,0	104,3	92,9	104,1	103,1	107,9	101,2	105,8	99,6	120,1	88,4
Nov.	118,1	101,3	96,2	105,5	90,0	100,5	99,7	103,3	96,3	106,9	92,7	112,1	94,1
Dez.	101,2	93,5	81,5	103,4	88,6	100,6	95,3	108,0	80,6	81,8	80,2	82,7	108,1
1996 Jan.	97,3	92,3	97,4	88,1	90,5	107,9	99,2	103,7	88,9	101,6	84,6	74,0	72,8
Febr.1)	96,7	88,9	93,0	85,5	88,2	106,5	102,8	107,3	88,7	105,9	82,8	73,0	77,6

1) Vorläufiges Ergebnis

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen			H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau					H. v. Möbeln, Schmuck, Musik- instru- menten, Sport- geräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeug- nissen
	zu- sammen	Metall- erzeu- gung und -bear- beitung	H. v. Metall- erzeu- nissen	zu- sammen	H. v. Büro- ma- schin- en, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und Einrich- tungen	H. v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeu- gung, -vertei- lung u. ä	Rund- funk, Fern- seh- und Nach- rich- ten- technik	Medizin- -, Steuer- und Rege- lungs- tech- nik, Optik	zu- sammen	H. v Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			
											zu- sammen	Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau	

Originalwert

1993	91,3	86,1	94,5	89,4	68,7	92,1	96,7	89,9	85,0	84,1	88,9	88,4	86,3	92,7
1994	96,2	91,8	98,2	93,6	70,5	97,0	106,2	89,8	91,2	92,6	84,4	84,9	83,5	90,5
1995	100,7	92,8	105,6	95,3	77,6	96,2	108,7	91,5	89,8	91,8	80,2	87,7	79,4	90,1
1994 Okt.	100,9	93,1	105,7	96,0	69,2	100,6	113,8	87,9	94,4	96,8	82,9	85,3	84,1	95,7
Nov.	103,7	95,9	108,5	101,3	84,7	106,1	114,3	91,8	102,1	105,4	86,7	89,1	87,0	103,3
Dez.	95,4	83,5	102,7	103,4	83,5	98,2	127,4	99,7	90,1	92,7	77,7	72,4	78,0	92,4
1995 Jan.	94,4	93,0	95,3	85,1	71,0	87,9	100,1	75,3	87,6	88,5	83,0	96,7	83,0	85,6
Febr.	95,5	92,4	97,4	89,7	71,6	92,7	101,3	84,7	90,0	91,9	81,0	84,6	81,6	90,2
März	112,7	108,1	115,6	104,5	83,8	106,7	118,1	100,3	105,1	107,5	93,7	104,2	90,4	106,8
April	96,9	93,8	98,9	86,0	61,6	89,7	99,1	81,7	87,5	90,1	75,6	73,7	77,1	84,6
Mai	104,9	97,6	109,4	96,1	76,0	98,7	105,9	94,2	99,5	102,3	86,2	97,3	83,1	90,8
Juni	104,9	97,3	109,6	98,3	76,6	101,0	110,6	95,0	95,3	97,7	84,0	95,7	80,4	87,0
Juli	97,5	89,4	102,5	89,8	71,8	91,8	97,2	89,8	75,9	77,0	70,7	65,9	73,8	74,6
Aug.	96,5	87,7	102,0	88,2	74,2	90,0	98,8	83,6	70,6	69,3	76,7	87,9	74,4	73,4
Sept.	108,1	97,8	114,5	102,7	79,3	102,3	118,7	101,4	91,2	93,4	80,9	89,4	79,6	98,0
Okt.	103,8	94,0	110,0	98,8	78,5	98,4	119,6	91,5	91,3	94,1	77,8	89,1	77,6	99,9
Nov.	105,5	92,9	113,4	106,2	94,3	104,9	120,9	101,3	102,1	106,0	83,6	99,2	81,3	106,1
Dez.	87,1	69,6	98,0	98,4	91,9	90,4	114,1	98,9	81,5	84,1	68,7	68,7	69,9	84,1
1996 Jan.	93,8	84,5	99,6	94,9	92,5	90,3	114,6	85,2	88,6	91,6	74,2	82,1	74,2	84,5
Febr. 1)	93,2	86,4	97,5	96,9	84,6	95,9	112,3	91,0	95,8	99,8	76,8	86,6	74,7	88,2

arbeitstäglich bereinigter Wert

1993	90,6	85,6	93,7	88,8	67,9	91,5	96,1	89,3	84,0	83,1	88,4	88,0	85,7	91,8
1994	95,7	91,4	98,4	93,2	70,1	96,6	105,7	89,4	90,5	91,9	84,0	84,7	83,1	89,9
1995	100,3	92,5	105,2	95,0	77,3	95,9	108,4	91,3	89,3	91,4	79,9	87,4	79,1	89,7
1994 Okt.	105,3	96,3	110,9	99,6	72,7	104,1	117,8	91,3	100,5	103,6	86,0	87,4	87,5	101,1
Nov.	102,4	95,0	107,1	100,2	83,5	105,0	113,2	90,8	100,4	103,5	85,8	88,6	86,0	101,7
Dez.	93,2	82,0	100,3	101,4	81,3	96,4	125,2	97,8	87,3	89,6	76,1	71,4	76,4	89,8
1995 Jan.	93,0	91,9	93,6	83,9	69,7	86,8	98,7	74,3	85,6	86,4	81,9	95,8	81,8	83,9
Febr.	95,9	92,7	97,9	90,1	72,1	93,0	101,7	85,0	90,5	92,5	81,3	84,8	81,9	90,7
März	109,0	105,2	111,3	101,5	80,5	103,8	114,8	97,3	100,0	102,0	90,9	102,2	87,5	102,2
April	100,9	96,9	103,5	89,0	64,7	92,7	102,5	84,7	93,1	96,1	78,4	75,4	80,1	89,1
Mai	101,1	94,8	105,0	93,1	72,8	95,8	102,8	91,3	94,3	96,6	83,4	95,2	80,3	86,6
Juni	103,8	96,5	108,3	97,4	75,7	100,1	109,7	94,1	93,9	96,1	83,2	95,1	79,6	85,8
Juli	100,1	91,3	105,5	91,8	74,0	93,7	99,2	91,9	78,9	80,3	72,4	66,9	75,6	77,1
Aug.	94,2	86,0	99,3	86,4	72,2	88,3	96,8	81,9	68,2	66,8	75,1	86,7	72,7	71,2
Sept.	109,0	98,4	115,6	103,4	80,1	102,9	119,4	102,1	92,2	94,5	81,5	89,8	80,2	99,0
Okt.	105,9	95,4	112,4	100,5	80,2	100,0	121,5	93,1	94,0	97,1	79,1	90,1	79,0	102,4
Nov.	102,0	90,4	109,2	103,1	90,7	102,0	117,6	98,4	97,2	100,6	81,2	97,3	78,7	101,6
Dez.	89,0	70,8	100,4	100,3	94,4	92,1	116,3	100,9	84,2	87,2	70,0	69,6	71,4	86,6
1996 Jan.	91,7	83,0	97,2	93,1	90,1	88,6	112,5	83,6	85,8	88,5	72,8	81,1	72,7	82,1
Febr. 1)	91,6	85,2	95,5	95,3	82,8	94,5	110,6	89,6	93,3	97,0	75,6	85,7	73,4	86,1

1) Vorläufiges Ergebnis.

Bautätigkeit und Wohnungen

Zum Aufsatz: „Wohnsituation älterer Menschen“

Ältere Menschen in Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach Fläche der Wohnung und Einzugsjahr¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ²⁾	Wohnfläche von ... bis unter ... m ²					Fläche je Wohnung m ²
		unter 40	40 – 60	60 – 80	80 – 100	100 und mehr	
	1 000	% von Sp. 1					
Deutschland							
In Einpersonen-							
haushalten zusammen	4 224,2	9,7	36,2	29,4	13,5	11,1	67,1
65 – 70	888,1	7,9	33,4	30,2	14,9	13,5	70,1
70 – 75	1 119,4	8,1	34,1	30,9	14,5	12,3	69,1
75 und älter	2 216,6	11,3	38,4	28,3	12,5	9,5	64,8
In Mehrpersonen-							
haushalten zusammen	7 299,9	0,9	15,7	27,4	21,0	35,1	97,3
Bezugsperson unter 65	976,0	/	7,7	15,5	16,6	59,9	120,5
65 und älter	6 323,8	1,0	16,9	29,2	21,6	31,3	91,9
Insgesamt	11 524,1	4,1	23,2	28,1	18,2	26,3	84,0
65 – 70	3 857,8	2,3	18,9	28,4	19,7	30,7	88,8
70 – 75	3 235,8	3,3	22,2	28,9	19,1	26,5	84,7
75 und älter	4 430,5	6,3	27,7	27,3	16,4	22,3	79,5
darunter mit Angabe zum Einzugsjahr Einzugsjahr bis 1980							
In Einpersonen-							
haushalten zusammen	2 319,1	7,3	34,9	31,4	14,2	12,2	68,9
65 – 70	441,8	5,0	30,1	33,0	16,1	15,7	73,5
70 – 75	587,9	5,2	32,2	33,4	15,2	14,0	71,4
75 und älter	1 289,5	9,1	37,8	30,0	13,1	10,1	66,2
In Mehrpersonen-							
haushalten zusammen	4 238,8	0,8	15,3	28,0	21,4	34,5	95,8
Bezugsperson unter 65	405,4	/	8,3	16,9	17,2	57,5	116,7
65 und älter	3 833,5	0,9	16,1	29,2	21,9	32,0	92,3
Insgesamt	6 558,0	3,1	22,2	29,2	18,9	26,6	84,3
65 – 70	2 173,7	1,5	17,1	28,9	20,6	31,8	90,1
70 – 75	1 807,5	2,2	20,8	30,2	19,7	27,1	85,1
75 und älter	2 576,8	5,2	27,6	28,7	16,8	21,7	79,1
Einzugsjahr 1981 und später							
In Einpersonen-							
haushalten zusammen	901,7	18,3	45,5	22,9	8,9	4,4	56,8
65 – 70	240,2	15,3	44,0	24,2	10,4	6,1	59,5
70 – 75	270,7	16,1	45,0	24,2	9,8	4,9	58,7
75 und älter	390,8	21,6	46,8	21,2	7,2	3,1	53,9
In Mehrpersonen-							
haushalten zusammen	1 206,5	1,1	23,7	29,3	19,0	27,1	90,4
Bezugsperson unter 65	235,2	/	11,7	18,2	15,0	54,4	113,8
65 und älter	971,3	1,1	26,5	32,0	19,9	20,4	82,0
Insgesamt	2 108,2	8,4	33,0	26,6	14,6	17,4	73,6
65 – 70	759,2	5,4	29,9	28,6	16,3	19,8	76,9
70 – 75	625,1	7,5	33,4	27,2	14,9	17,1	74,3
75 und älter	723,9	12,3	36,0	23,9	12,6	15,2	69,6

1) Ohne Wohnheime. – 2) Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohnheimen

Ältere Menschen in Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach Fläche der Wohnung und Einzugsjahr¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ²⁾	Wohnfläche von ... bis unter ... m ²					Fläche je Wohnung
		unter 40	40 – 60	60 – 80	80 – 100	100 und mehr	
	1 000	% von Sp. 1					m ²

Früheres Bundesgebiet

In Einpersonenhaushalten zusammen	3 405,6	6,5	33,4	32,1	15,2	12,8	70,4
65 – 70	703,8	5,7	28,9	32,8	16,8	15,7	73,7
70 – 75	894,7	5,0	30,6	33,6	16,5	14,3	72,7
75 und älter	1 807,0	7,6	36,5	31,0	14,0	10,9	67,9
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	6 097,9	0,7	12,0	26,7	22,1	38,6	101,7
Bezugsperson unter 65	803,5	/	5,5	14,2	16,1	64,0	126,7
65 und älter	5 294,3	0,7	13,0	28,6	23,0	34,7	96,0
Insgesamt	9 503,4	2,8	19,6	28,6	19,6	29,3	88,1
65 – 70	3 151,4	1,7	14,9	27,9	21,0	34,5	93,3
70 – 75	2 667,2	2,1	18,3	29,3	20,7	29,7	89,0
75 und älter	3 684,9	4,2	24,7	28,7	17,7	24,6	83,3

darunter mit Angabe zum Einzugsjahr Einzugsjahr bis 1980

In Einpersonenhaushalten zusammen	1 856,6	5,4	31,5	33,6	15,6	13,9	71,9
65 – 70	349,7	4,2	25,4	34,9	17,4	18,0	76,6
70 – 75	468,2	3,6	28,2	35,3	16,7	16,3	74,6
75 und älter	1 038,8	6,6	35,0	32,4	14,6	11,5	69,1
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	3 469,1	0,6	11,7	26,8	22,6	38,4	100,4
Bezugsperson unter 65	322,3	/	5,8	14,5	16,7	62,9	123,6
65 und älter	3 146,9	0,6	12,3	28,1	23,2	35,9	96,7
Insgesamt	5 325,8	2,2	18,6	29,2	20,2	29,9	88,4
65 – 70	1 739,7	1,2	13,2	27,8	21,8	36,0	94,7
70 – 75	1 469,3	1,5	16,7	29,9	21,2	30,8	89,2
75 und älter	2 116,8	3,6	24,3	29,8	18,1	24,2	82,8

Einzugsjahr 1981 und später

In Einpersonenhaushalten zusammen	669,2	10,3	44,0	28,5	11,5	5,7	61,4
65 – 70	178,0	9,9	39,6	29,6	13,4	7,5	63,9
70 – 75	201,4	8,7	42,1	30,1	12,8	6,3	63,6
75 und älter	289,7	11,7	48,0	26,7	9,5	4,0	58,3
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	994,0	0,8	16,8	30,7	21,6	30,1	95,1
Bezugsperson unter 65	190,8	/	8,3	18,1	15,8	57,4	119,5
65 und älter	803,2	0,9	18,8	33,7	23,0	23,6	86,6
Insgesamt	1 663,1	4,6	27,7	29,8	17,6	20,3	79,0
65 – 70	608,5	3,5	23,5	30,9	19,3	22,9	82,1
70 – 75	496,9	4,0	27,5	30,6	17,8	20,1	80,0
75 und älter	557,8	6,6	32,6	27,8	15,6	17,5	75,0

1) Ohne Wohnheime. – 2) Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohnheimen

Ältere Menschen in Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach Fläche der Wohnung und Einzugsjahr¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ²⁾	Wohnfläche von ... bis unter ... m ²					Fläche je Wohnung
		unter 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 und mehr	
	1 000	% von Sp. 1					m ²
Neue Länder und Berlin-Ost							
In Einpersonen-							
haushalten zusammen	818,6	23,0	48,1	18,3	6,5	4,1	53,4
65 - 70	184,3	16,4	50,6	20,1	7,9	5,0	56,6
70 - 75	224,7	20,3	48,2	19,9	6,9	4,7	54,9
75 und älter	409,6	27,4	46,9	16,5	5,6	3,5	51,2
In Mehrpersonen-							
haushalten zusammen	1 202,0	2,0	34,5	30,8	15,1	17,6	76,2
Bezugsperson unter 65	172,5	/	17,9	21,7	18,6	40,9	93,8
65 und älter	1 029,5	2,2	37,3	32,3	14,5	13,7	71,5
Insgesamt	2 020,6	10,5	40,0	25,7	11,6	12,1	65,2
65 - 70	706,4	5,1	36,9	30,2	13,9	13,9	69,1
70 - 75	568,6	9,3	40,7	27,0	11,4	11,6	65,5
75 und älter	745,6	16,6	42,4	20,4	9,7	10,9	61,7
darunter mit Angabe zum Einzugsjahr Einzugsjahr bis 1980							
In Einpersonen-							
haushalten zusammen	462,5	15,3	48,8	22,6	8,4	5,0	57,0
65 - 70	92,1	8,1	48,0	25,7	11,2	6,9	62,1
70 - 75	119,7	11,3	48,0	25,9	9,5	5,3	59,1
75 und älter	250,7	19,8	49,4	19,8	6,8	4,2	54,2
In Mehrpersonen-							
haushalten zusammen	769,7	2,0	31,7	33,3	16,2	16,8	75,8
Bezugsperson unter 65	83,1	/	17,7	26,2	18,9	36,6	91,5
65 und älter	686,6	2,2	33,4	34,1	15,9	14,4	72,7
Insgesamt	1 232,2	7,0	38,1	29,2	13,3	12,4	67,3
65 - 70	434,0	2,6	32,8	33,6	15,8	15,2	72,1
70 - 75	338,2	5,4	38,6	31,4	13,2	11,4	67,6
75 und älter	460,0	12,4	42,8	23,5	10,9	10,4	63,0
Einzugsjahr 1981 und später							
In Einpersonen-							
haushalten zusammen	232,5	41,1	50,0	6,9	/	/	43,7
65 - 70	62,1	30,7	56,7	8,9	/	/	47,0
70 - 75	69,3	37,5	53,7	/	/	/	44,5
75 und älter	101,1	49,9	43,3	5,5	/	/	41,2
In Mehrpersonen-							
haushalten zusammen	212,5	/	55,8	22,8	6,5	12,8	69,5
Bezugsperson unter 65	44,4	/	26,6	18,7	11,7	41,4	91,2
65 und älter	168,1	/	63,5	23,9	5,1	5,2	60,3
Insgesamt	445,0	22,5	52,8	14,5	3,7	6,6	54,0
65 - 70	150,7	13,3	55,8	19,2	4,6	7,0	56,9
70 - 75	128,2	21,3	56,0	13,8	/	5,1	53,0
75 und älter	166,1	31,7	47,5	10,7	/	7,3	52,2

1) Ohne Wohnheime. - 2) Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohnheimen

Ältere Menschen in Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach Mieten und Mietbelastung¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ²⁾	Darunter in reinen Mietwohnungen mit Mietangaben				
		zusammen	durchschnittliche Miete		darunter (Sp. 2) mit Einkommensangabe des Haushalts	
			je Wohnung	je m ² Wohn- fläche	zusammen	durchschnittliche Mietbelastung des Haushalts
			1 000		DM	

Deutschland insgesamt

In Einpersonenhaushalten zusammen	3 036,3	2 335,3	441	7,89	2 223,7	25,6
65 – 70	600,2	495,4	459	7,97	472,7	25,9
70 – 75	773,9	610,4	450	7,87	579,4	25,8
75 und älter	1 662,1	1 229,5	429	7,86	1 171,6	25,4
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	3 220,6	2 513,4	549	7,88	2 309,1	17,3
Bezugsperson unter 65	257,1	211,6	606	8,11	197,2	16,5
65 und älter	2 963,5	2 301,8	540	7,84	2 111,8	17,5
Insgesamt	6 256,8	4 848,7	490	7,88	4 532,7	20,6
65 – 70	1 870,3	1 525,8	515	7,89	1 423,3	19,7
70 – 75	1 722,0	1 349,5	498	7,87	1 261,6	20,6
75 und älter	2 664,5	1 973,4	464	7,87	1 847,8	21,6

darunter mit Angabe zum Einzugsjahr Einzugsjahr bis 1980

In Einpersonenhaushalten zusammen	1 594,3	1 208,7	429	7,47	1 163,5	24,6
65 – 70	277,5	226,1	450	7,52	217,4	24,7
70 – 75	286,7	302,2	439	7,40	289,8	24,8
75 und älter	930,2	680,4	418	7,49	656,3	24,5
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	1 797,9	1 407,8	509	7,38	1 299,6	16,1
Bezugsperson unter 65	107,6	90,1	523	7,29	83,3	14,5
65 und älter	1 690,3	1 317,7	507	7,39	1 216,3	16,3
Insgesamt	3 392,2	2 616,5	467	7,43	2 463,1	19,4
65 – 70	973,2	794,1	489	7,39	744,1	18,2
70 – 75	911,9	715,9	477	7,40	673,8	19,2
75 und älter	1 507,1	1 106,5	445	7,47	1 045,2	20,7

Einzugsjahr 1981 und später

In Einpersonenhaushalten zusammen	809,9	709,2	443	8,48	680,9	26,5
65 – 70	206,2	184,0	458	8,54	177,1	26,9
70 – 75	238,6	210,3	453	8,44	201,3	27,1
75 und älter	365,2	315,0	427	8,48	302,5	25,9
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	811,2	703,1	613	8,69	657,4	19,2
Bezugsperson unter 65	101,4	88,6	696	8,92	83,8	18,2
65 und älter	709,8	614,5	594	8,63	573,6	19,5
Insgesamt	1 621,2	1 412,3	516	8,58	1 338,3	22,2
65 – 70	556,8	492,0	548	8,63	466,1	21,7
70 – 75	478,6	418,9	519	8,55	396,9	22,4
75 und älter	585,7	501,4	484	8,55	475,2	22,5

1) Ohne Wohnheime. – 2) Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohnheimen

Ältere Menschen in Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach Mieten und Mietbelastung¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ⁽²⁾	Darunter in reinen Mietwohnungen mit Mietangaben				
		zusammen	durchschnittliche Miete		darunter (Sp. 2) mit Einkommensangabe des Haushalts	
			je Wohnung	je m ² Wohn- fläche	zusammen	durchschnittliche Mietbelastung des Haushalts
		1 000	DM		1 000	%

Früheres Bundesgebiet insgesamt

In Einpersonen- haushalten zusammen	2 346,1	1 743,1	504	8,60	1 642,8	27,1
65 – 70	447,7	358,4	531	8,79	339,3	27,6
70 – 75	590,0	448,2	517	8,61	420,1	27,4
75 und älter	1 308,3	936,5	487	8,52	883,4	26,8
In Mehrpersonen- haushalten zusammen	2 477,7	1 861,1	625	8,64	1 677,9	18,8
Bezugsperson unter 65	187,6	149,0	710	9,05	136,7	18,3
65 und älter	2 290,1	1 712,1	613	8,58	1 541,1	18,9
Insgesamt	4 823,7	3 604,2	558	8,61	3 320,6	22,2
65 – 70	1 399,8	1 103,3	592	8,70	1 013,1	21,3
70 – 75	1 322,4	999,5	568	8,59	919,8	22,0
75 und älter	2 101,5	1 501,4	526	8,55	1 387,7	23,1

darunter mit Angabe zum Einzugsjahr Einzugsjahr bis 1980

In Einpersonen- haushalten zusammen	1 224,4	904,1	487	8,19	862,6	25,8
65 – 70	208,3	164,8	514	8,29	157,3	26,0
70 – 75	294,0	223,3	500	8,16	211,7	26,0
75 und älter	722,2	516,0	473	8,18	493,6	25,7
In Mehrpersonen- haushalten zusammen	1 330,3	999,5	583	8,22	903,4	17,4
Bezugsperson unter 65	71,3	57,6	616	8,32	52,1	16,1
65 und älter	1 259,0	941,9	580	8,21	851,3	17,6
Insgesamt	2 554,7	1 903,6	531	8,20	1 766,0	20,9
65 – 70	701,4	551,6	562	8,25	508,4	19,7
70 – 75	683,4	517,8	543	8,17	479,6	20,5
75 und älter	1 169,9	834,2	504	8,18	778,0	22,0

Einzugsjahr 1981 und später

In Einpersonen- haushalten zusammen	582,1	491,3	529	9,37	466,6	29,0
65 – 70	146,0	127,1	548	9,54	121,4	29,5
70 – 75	171,1	144,6	542	9,30	136,6	29,8
75 und älter	265,1	219,7	509	9,31	208,6	28,2
In Mehrpersonen- haushalten zusammen	637,4	537,4	697	9,34	495,5	20,9
Bezugsperson unter 65	79,3	67,6	800	9,64	63,4	19,9
65 und älter	558,1	469,8	673	9,27	432,1	21,2
Insgesamt	1 219,6	1 028,7	605	9,34	962,1	24,0
65 – 70	423,3	364,7	637	9,39	341,2	23,5
70 – 75	361,2	305,8	606	9,27	286,0	24,2
75 und älter	435,0	358,2	572	9,35	334,8	24,5

1) Ohne Wohnheime – 2) Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohnheimen

Ältere Menschen in Hauptmieterhaushalten in Wohnungen in Wohngebäuden nach Mieten und Mietbelastung¹⁾

Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Ältere Menschen (65 Jahre und älter) von . . . bis unter . . . Jahren	Insgesamt ²⁾	Darunter in reinen Mietwohnungen mit Mietangaben				
		zusammen	durchschnittliche Miete		darunter (Sp. 2) mit Einkommensangabe des Haushalts	
			je Wohnung	je m ² Wohn- fläche	zusammen	durchschnittliche Mietbelastung des Haushalts
		1 000	DM		1 000	%

Neue Länder und Berlin-Ost insgesamt

In Einpersonenhaushalten zusammen	690,2	592,2	256	5,32	580,9	19,6
65 – 70	152,5	137,0	271	5,38	133,4	19,9
70 – 75	183,9	162,2	263	5,36	159,3	19,8
75 und älter	353,8	293,0	245	5,27	288,2	19,4
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	742,9	652,3	334	5,37	631,2	12,6
Bezugsperson unter 65	69,5	62,6	363	5,49	60,5	11,6
65 und älter	673,4	589,7	329	5,35	570,7	12,8
Insgesamt	1 433,1	1 244,5	291	5,35	1 212,1	15,2
65 – 70	470,5	422,5	313	5,40	410,2	14,5
70 – 75	399,6	350,0	296	5,38	341,8	15,3
75 und älter	563,0	472,0	269	5,28	460,1	15,8

darunter mit Angabe zum Einzugsjahr Einzugsjahr bis 1980

In Einpersonenhaushalten zusammen	369,9	304,6	257	5,00	300,9	19,6
65 – 70	69,2	61,3	278	5,15	60,1	20,0
70 – 75	92,7	78,9	266	4,96	78,1	19,9
75 und älter	208,0	164,4	245	4,96	162,7	19,3
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	467,6	408,3	328	5,14	396,2	12,3
Bezugsperson unter 65	36,3	32,5	355	5,26	31,2	11,2
65 und älter	431,3	375,8	324	5,12	365,0	12,5
Insgesamt	837,5	712,9	293	5,07	697,1	14,7
65 – 70	271,8	242,5	318	5,17	235,7	13,9
70 – 75	228,5	198,1	296	5,06	194,2	14,8
75 und älter	337,2	272,3	267	4,99	267,2	15,6

Einzugsjahr 1981 und später

In Einpersonenhaushalten zusammen	227,8	217,9	249	5,84	214,3	18,9
65 – 70	60,2	56,9	258	5,71	55,7	19,0
70 – 75	67,5	65,7	257	5,90	64,7	19,3
75 und älter	100,1	95,3	239	5,88	93,9	18,6
In Mehrpersonenhaushalten zusammen	173,8	165,7	339	5,90	161,9	12,9
Bezugsperson unter 65	22,1	21,0	372	5,93	20,4	11,9
65 und älter	151,7	144,7	331	5,89	141,5	13,2
Insgesamt	401,6	383,6	282	5,87	376,2	15,7
65 – 70	133,5	127,3	298	5,81	124,9	15,1
70 – 75	117,4	113,1	287	5,93	110,9	16,0
75 und älter	150,7	143,2	265	5,88	140,4	16,0

1) Ohne Wohnheime. – 2) Ohne Personen in Ferien-/Freizeitwohnheimen

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte Deutschland Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1)											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt 4)
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen 2)	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwick- lungs- fonds 3)	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1992	431 679	930	13 478	37 819	15 425	.	34 413	629 451	441 150	315 643	11 780	1 618 715
1993	462 505 r	868	11 908	41 273	8 492	.	36 934	670 636 r	466 065 r	329 098 r	12 890 r	1 693 850 r
1994	478 494	868	13 131	41 752	5 492	.	40 978	705 356	470 875	331 442	11 924	1 758 205
1993 1. Vj	114 002	277	3 074	11 478	2 027	.	9 113	162 932	101 389	63 855	.	396 305
2. Vj	105 781	215	3 202	7 973	1 704	.	8 723	167 071	98 662	67 454	.	390 528
3. Vj	116 039	215	2 725	12 031	1 943	.	10 951	165 982	103 858	70 445	.	407 589
4. Vj	125 935	160	2 907	9 790	2 818	.	8 147	172 236	137 393	87 557	.	430 892
1994 1. Vj	124 180	261	2 900	12 592	1 606	.	10 737	168 626	105 734	65 820	.	415 675
2. Vj	108 879	209	3 583	8 808	1 180	.	9 474	178 704	100 098	68 380	.	402 412
3. Vj	117 056	204	3 083	10 700	691	.	12 297	169 273	105 906	70 896	.	418 856
4. Vj	128 378	193	3 565	9 652	2 015	.	8 470	188 754	137 300	87 392	.	460 443
1995 1. Vj	122 068	229	3 456	4 095	4 900	5 571	10 986	181 411	108 629	66 449	.	435 329
2. Vj	110 424	184	3 934	228	4 767	6 219	11 616	189 135	102 762	69 311	.	424 555
3. Vj	125 477	164	3 145	2 049	4 998	6 243	6 845	189 592	112 119	72 429	.	439 479

Jahr Vierteljahr	Einnahmen der öffentlichen Haushalte 1)											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt 4)
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen 2)	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwick- lungs- fonds 3)	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1992	392 308	932	6 796	15 437	15 904	.	34 413	623 648	410 110	298 798	10 979	1 496 272
1993	395 526 r	866	10 349	27 786	8 355	.	36 934	675 486 r	423 700 r	315 783 r	11 753 r	1 559 719 r
1994	427 882	866	11 047	38 613	5 500	.	40 978	710 682	427 813	319 342	11 895	1 652 511
1993 1. Vj	87 461	202	379	6 080	1 961	.	9 113	152 321	93 509	58 012	.	337 196
2. Vj	97 243	212	3 731	5 990	1 469	.	8 723	158 408	93 298	64 659	.	363 475
3. Vj	94 491	220	488	7 847	1 750	.	10 951	162 041	96 543	67 115	.	364 846
4. Vj	115 583	232	5 752	7 870	3 174	.	8 147	201 298	116 166	86 390	.	428 562
1994 1. Vj	101 160	180	138	9 656	1 595	.	10 737	164 097	97 792	58 593	.	367 168
2. Vj	105 259	208	3 850	9 648	967	.	9 474	171 815	95 537	67 677	.	387 533
3. Vj	100 790	219	2 680	9 649	503	.	12 297	166 753	96 314	68 492	.	386 446
4. Vj	120 673	258	4 379	9 660	2 435	.	8 470	208 018	116 266	86 407	.	451 289
1995 1. Vj	96 848	141	462	2 376	5 320	4 723	10 986	173 857	99 635	60 033	.	381 913
2. Vj	102 642	170	2 851	2 376	9 238	3 547	11 616	185 515	94 062	66 305	.	404 299
3. Vj	111 004	179	2 594	2 376	9 500	4 855	6 845	187 869	100 578	69 613	.	411 832

1) Bis 1993 Rechnungsergebnisse. Ab 1994 Ergebnisse der Kassenstatistik; Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen ab 1992 in den Jahresdaten enthalten (z. T. geschätzt), in den Vierteljahresdaten nicht. Erläuterungen zu den Ausgabe- und Einnahmedaten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1 „Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ und Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte.“ – 2) Ab 1. Vj 1995 einschl. Entschädigungsfonds – 3) Ab 1. Vj 1995 Erblastentilgungsfonds. – 4) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern
Deutschland
Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme 1)							
	Bund	Sondervermögen des Bundes			Länder	Gemeinden/ Gv.	Zweck- verbände	insgesamt 3)
		ERP- Sonder- vermögen	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwicklungs- fonds 2)				
1992	+ 31 156	+ 7 970	+ 23 623	- 480	+ 31 696	+ 13 419	+ 999	+108 384
1993	+ 60 063	+ 3 889	+ 10 975	+ 137	+ 40 590r	+ 15 382r	+ 1 587r	+132 623r
1994	+ 38 819	- 210	+ 3 386	- 8	+ 30 980	+ 7 583	+ 582	+ 81 132
1993 2. Vj	- 17 370	- 4 373	- 3 819	- 235	- 4 227	- 3 224	.	- 33 248
3. Vj	+ 13 063	- 157	+ 2 717	+ 193	+ 9 380	+ 3 992	.	+ 29 188
4. Vj	+ 7 148	- 150	- 392	- 356	+ 26 326	+ 4 914	.	+ 37 488
1994 1. Vj	+ 27 178	- 127	+ 1 168	+ 11	- 2 250	+ 1 781	.	+ 27 763
2. Vj	- 9 780	+ 67	- 1 419	+ 213	- 1 493	+ 1 032	.	- 11 379
3. Vj	+ 9 753	- 82	+ 555	+ 189	+ 4 782	+ 1 770	.	+ 16 966
4. Vj	+ 11 667	- 68	+ 3 082	- 419	+ 31 102	+ 2 923	.	+ 48 285
1995 1. Vj	+ 5 082	+ 867	- 1 734	- 10 418	- 9 656	+ 1 231	.	- 14 629
2. Vj	+ 1 515	+ 1 337	- 80	+ 2 474	+ 7 005	+ 1 732	.	+ 13 983
3. Vj	+ 18 615	+ 2 892	+ 14	- 7 505	+ 11 403	+ 1 969	.	+ 32 295

Jahr Vierteljahr	Schulden der öffentlichen Haushalte 4) 5)								
	Bund	Sondervermögen des Bundes				Länder	Gemeinden/ Gv.	Zweck- verbände	insgesamt
		ERP- Sonder- vermögen	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwicklungs- fonds 2)	Bundes- eisenbahn- vermögen				
1992	606 745	24 259	74 371	91 747	.	384 011	138 867	11 502	1 331 503
1993	685 281	28 148	87 676	101 230	.	428 591	152 383	15 845	1 499 155
1994	712 488	27 938	89 483	102 554	71 173	460 680	159 570	21 256	1 645 142
1994 2. Vj	689 403	24 298	88 515	99 937	66 998	431 554	153 790	.	1 554 495
3. Vj	698 454	25 747	89 383	98 508	69 274	436 464	155 496	.	1 573 326
4. Vj	712 488	25 918	89 483	102 554	71 141	460 567	157 906	.	1 620 057
1995 1. Vj	712 408	27 935	88 405	297 280	71 870	465 316	158 228	.	1 821 442
2. Vj	717 471	28 122	87 638	298 932	73 986	472 285	159 675	.	1 838 109
3. Vj	736 226	27 053	87 524	321 529	75 072	484 289	162 148	.	1 893 841

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer, brutto	Gewerbe- steuer- umlage 6)	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer 7)	Grund- erwerb- steuer 8)	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt 9)	darunter Stadt- staaten
	A	B								
1993	592,5	11 070,6	42 265,9	- 4 313,6	37 952,3	44 791,7	326,4	1 056,2	95 789,6	8 547,8
1994	606,1	12 057,9	44 086,3	- 6 283,6	37 802,7	45 182,5	354,5	1 090,9	97 094,5	9 366,1
1995	613,6	13 130,5	42 151,8	- 8 312,7	33 839,1	45 525,7	296,1	1 130,2	94 535,2	8 669,5
1993 3. Vj	160,7	3 119,4	10 361,7	- 952,6	9 409,1	10 197,3	73,2	228,9	23 188,7	2 136,6
4. Vj	151,8	2 357,8	10 767,4	- 2 272,1	8 495,3	21 524,6	92,5	227,3	32 849,4	2 236,2
1994 1. Vj	139,0	2 687,0	9 948,7	- 192,5	9 756,2	2 792,1	103,5	319,5	15 797,4	2 204,7
2. Vj	150,7	3 421,3	11 198,6	- 1 392,2	9 806,4	11 035,6	82,0	277,6	24 773,6	2 513,7
3. Vj	164,8	3 380,7	11 101,0	- 1 584,8	9 516,2	10 070,2	79,7	254,6	23 466,2	2 278,6
4. Vj	151,5	2 569,0	11 838,0	- 3 114,2	8 723,8	21 284,6	89,3	239,1	33 057,3	2 369,1
1995 1. Vj	145,2	2 881,6	10 145,0	- 193,0r	9 952,0r	3 006,0	87,3	328,8	16 400,9r	2 288,6r
2. Vj	158,6	3 668,6	10 376,3	- 1 991,8	8 384,4	11 263,0	70,4	295,4	23 840,5	2 139,3
3. Vj	162,7	3 669,6	10 407,2	- 2 072,9	8 334,3	9 986,2	66,7	270,7	22 490,2	2 187,5
4. Vj	147,1	2 910,7	11 223,3	- 4 055,0	7 168,3	21 270,5	71,7	235,3	31 803,6	2 054,1

1) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln - 2) Ab 1. Vj 1995 Erblastentilgungsfonds. - 3) Einschl. Bundeseisenbahnvermögen 3. Vj 1995: 4 908 Mill. DM. - 4) Ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums - 6) An Bund/Länder abgeführt - 7) Ab 1. Vj 1993; und am Zinsabschlag - 8) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 9) Nach der Steuerverteilung

Preise

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes Früheres Bundesgebiet 1985 = 100

Jahr Monat	Wareneingang									
	insgesamt			aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			aus dem Produzierenden Gewerbe			
	insgesamt	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	Energie, Brenn- und Betriebs- stoffe
1993 D	88,1	98,3	68,2	77,5	86,4	56,8	89,2	99,6	69,2	85,9
1994 D	89,3	99,4	69,6	79,7	86,3	64,2	90,3	100,8	70,1	86,3
1995 D	91,8	102,3	71,3	79,4	86,6	62,8	93,0	104,0	72,1	87,4
1995 Jan.	91,8	101,8	72,5	80,6	86,8	66,2	93,0	103,4	73,1	87,3
Febr.	92,2	102,3	72,4	81,8	87,9	67,5	93,2	103,9	72,8	87,4
März	91,9	102,4	71,3	81,4	88,3	65,5	93,0	104,0	71,9	87,2
April	92,0	102,5	71,4	80,8	87,7	64,8	93,1	104,2	72,0	87,6
Mai	92,0	102,4	71,5	79,9	86,8	63,8	93,2	104,2	72,2	87,7
Juni	91,9	102,5	71,4	79,0	86,1	62,5	93,3	104,3	72,2	87,5
Juli	91,6	102,4	70,6	77,3	84,5	60,6	93,1	104,4	71,5	87,1
Aug.	91,9	102,6	71,2	78,5	85,5	61,9	93,3	104,4	72,1	87,2
Sept.	92,0	102,7	71,3	79,1	87,1	60,8	93,4	104,4	72,3	87,6
Okt.	91,4	102,1	70,5	78,2	86,2	59,6	92,7	103,8	71,5	87,2
Nov.	91,1	101,8	70,5	77,9	85,5	60,3	92,5	103,6	71,4	87,1
Dez.	91,2	101,7	70,8	78,4	86,2	60,1	92,5	103,4	71,8	87,5
1996 Jan.	90,7	100,8	71,0	78,4	85,5	61,9	92,0	102,5	71,8	84,7
Febr.	90,4	100,7	70,5	78,1	84,8	62,5	91,7	102,4	71,3	84,9

Jahr Monat	Nach dem Grad der Bearbeitung										
	Rohstoffe					Halb- und Fertigwaren					
	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	für das Ernäh- rungsgewerbe ¹⁾	für das Produ- zierende Gewerbe ²⁾		zusammen	und zwar		für das	
zusammen					dar Alt- material und Reststoffe	in- ländischer Herkunft		aus-	Ernäh- rungsgewerbe ³⁾	Produ- zierende Gewerbe ⁴⁾	
1993 D	69,4	89,6	47,1	77,9	64,1	61,1	93,3	100,1	77,6	85,1	93,8
1994 D	71,2	92,5	47,7	79,5	66,1	74,0	94,3	100,8	79,4	85,4	94,9
1995 D	71,6	94,1	46,7	78,7	67,1	80,3	97,4	104,0	82,2	84,9	98,1
1995 Jan.	73,0	94,3	49,5	79,8	68,8	82,0	97,1	103,3	82,8	85,2	97,8
Febr.	73,7	95,7	49,5	80,9	69,2	84,9	97,3	103,7	82,5	85,2	98,0
März	72,9	95,9	47,7	80,6	68,2	84,1	97,2	103,8	81,8	84,7	97,9
April	72,5	95,0	47,7	79,9	67,9	81,3	97,4	104,1	81,9	84,0	98,2
Mai	72,2	94,0	48,1	79,0	67,9	79,1	97,5	104,2	82,0	83,7	98,3
Juni	71,5	93,8	46,9	78,1	67,4	80,3	97,7	104,3	82,3	83,9	98,5
Juli	70,4	93,7	44,7	76,5	66,6	84,2	97,6	104,2	82,1	84,1	98,3
Aug.	71,1	94,6	45,3	77,9	66,9	85,6	97,8	104,3	82,7	84,7	98,5
Sept.	71,5	95,1	45,6	78,7	67,0	83,5	97,8	104,3	82,8	85,2	98,5
Okt.	70,0	93,2	44,6	77,8	65,2	76,0	97,4	104,0	82,0	85,9	98,0
Nov.	69,5	91,9	44,9	77,4	64,6	71,8	97,2	103,8	81,9	86,1	97,9
Dez.	70,3	92,2	46,1	77,9	65,5	71,2	97,1	103,7	81,8	86,3	97,7
1996 Jan.	71,0	92,2	47,8	77,8	66,8	72,3	96,2	102,6	81,3	86,3	96,8
Febr.	70,7	91,8	47,6	77,4	66,6	72,5	96,0	102,5	80,8	86,1	96,5

Jahr Monat	Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich									
	Wareneingang für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe ⁵⁾									
	zusammen	darunter						Waren- eingang für das Bau- gewerbe	Energie, Brenn- und Treib- stoffe ⁷⁾	Betriebs- stoffe
Nährungs- mittel- rohstoffe und -vor- erzeugnisse		Erdöl, roh, importiert	organische Grundstoffe und Chemikalien	Kunst- stoffe	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁶⁾	Wolle, Chemie- fasern und Textilien				
1993 D	85,0	85,0	38,3	60,9	77,8	69,4	89,6	113,9	80,7	105,0
1994 D	86,3	86,0	35,0	66,8	77,5	76,5	90,9	115,8	81,1	105,7
1995 D	89,1	85,6	33,5	77,0	84,3	97,3	92,9	118,4	80,7	112,1
1995 Jan.	89,3	86,1	35,2	78,1	82,2	89,8	93,0	117,9	81,1	110,2
Febr.	89,7	86,9	35,0	79,2	84,7	90,7	93,4	118,2	81,1	110,8
März	89,3	86,7	33,5	78,6	85,9	92,1	93,2	118,4	80,6	111,4
April	89,3	86,0	34,2	78,5	86,1	94,4	93,3	118,7	80,9	112,3
Mai	89,3	85,3	35,4	78,3	86,2	96,7	93,5	118,6	81,0	112,5
Juni	89,3	84,9	34,1	78,8	86,4	99,7	93,3	118,6	80,7	112,7
Juli	88,9	83,6	31,4	77,5	86,5	102,8	93,0	118,6	80,1	113,0
Aug.	89,4	84,9	31,5	77,2	85,7	103,7	93,0	118,5	80,2	113,1
Sept.	89,4	86,1	32,7	76,8	84,6	103,0	93,0	118,5	80,7	113,1
Okt.	88,6	85,7	32,1	74,7	83,8	100,1	92,3	118,4	80,3	112,6
Nov.	88,4	85,2	32,3	73,6	80,8	98,2	92,1	118,2	80,3	112,0
Dez.	88,4	85,7	34,5	73,0	78,9	96,8	92,0	118,0	81,0	111,4
1996 Jan.	88,3	85,0	36,5	71,5	77,3	94,7	91,5	118,1	77,4	111,5
Febr.	87,9	84,5	35,6	70,8	77,3	89,1	91,0	118,1	77,7	111,3

1) Einschl. lebendem Schlachtvieh. - 2) Einschl. Wasser - 3) Wareneingang (ohne Rohstoffe) aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe - 4) Ohne Wareneingang für das Ernährungsgewerbe aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 5) Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich zugeordnete Vorprodukte (einschl. Rohstoffen), ohne Hilfsstoffe (Energie, Brenn- und Treibstoffe) sowie ohne Betriebsstoffe (Verpackungsmaterial, Schmiermittel und Wasser) - 6) Ohne Packpapier. - 7) Einschl. Brennstoffen für die Energieerzeugung.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					In- vestitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genuß- mittel) ²⁾	Elektrizität, herge- stelltes Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾
	ins- gesamt	ohne Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser	zu- sammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter- gewerbes	Investi- tionsgüter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbes			
1993 D	101,6	101,8	101,7	96,5	103,9	102,1	103,2	104,5	104,5	103,4
1994 D	102,2	102,5	102,4	98,9	104,0	102,5	103,4	104,7	106,3	104,6
1995 D	104,0	104,6	104,7	102,7	105,5	105,7	104,1	106,1	107,1	105,3
1994 Mai	102,1	102,3	102,3	98,6	104,0	102,2	103,2	104,7	106,4	104,6
Juni	102,1	102,3	102,2	98,3	104,0	102,2	103,5	104,7	106,3	104,6
Juli	102,1	102,4	102,3	98,6	104,0	102,4	103,3	104,8	106,3	104,7
Aug.	102,3	102,6	102,6	99,2	104,0	102,7	103,6	104,8	106,7	104,7
Sept.	102,3	102,6	102,5	99,1	104,0	102,7	103,4	104,7	106,2	104,7
Okt.	102,5	102,8	102,8	99,8	104,0	103,1	103,5	104,7	106,2	104,7
Nov.	102,8	103,3	103,2	100,9	104,2	103,4	103,8	104,9	106,5	104,7
Dez.	102,9	103,4	103,3	101,1	104,3	103,6	103,8	105,0	106,4	104,7
1995 Jan.	103,4	103,9	103,9	102,1	104,7	104,4	104,0	105,3	106,5	105,0
Febr.	103,7	104,3	104,2	102,8	104,9	104,7	104,1	105,5	106,7	105,1
März	103,7	104,3	104,3	102,6	105,1	105,0	104,1	105,6	106,6	105,1
April	104,0	104,7	104,7	103,2	105,3	105,6	104,1	105,9	107,1	105,1
Mai	104,0	104,7	104,7	103,2	105,5	105,7	104,1	106,0	107,2	105,1
Juni	104,1	104,8	104,8	103,3	105,6	105,9	104,0	106,1	107,3	105,2
Juli	104,1	104,8	104,8	102,8	105,6	106,2	104,0	106,1	107,1	105,2
Aug.	104,1	104,8	104,9	102,9	105,7	106,2	104,0	106,2	107,2	105,3
Sept.	104,2	104,9	105,0	103,2	105,7	106,3	104,1	106,3	107,5	105,5
Okt.	104,1	104,9	104,9	102,4	105,8	106,3	104,4	106,5	107,2	105,5
Nov.	104,1	104,8	104,8	102,0	106,0	106,3	104,4	106,6	107,3	105,5
Dez.	104,1	104,8	104,8	102,1	106,0	106,1	104,3	106,6	108,0	105,5
1996 Jan.	103,4	104,9	104,9	101,6	106,4	106,0	104,4	107,1	108,0	98,8
Febr.	103,5	105,0	104,9	101,8	106,6	105,9	104,3	107,2	108,7	98,8
März	103,4	104,8	104,8	101,2	106,7	105,8	104,2	107,2	108,5	98,9

Jahr Monat	Berg- bauliche Erzeug- nisse	Berg- bauliche Erzeug- nisse (ohne Erdgas)	Mineralöl- erzeug- nisse	Steine und Erden, Asbest- waren, Schlierf- mittel	Eisen und Stahl	NE-Met- alle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Ziehe- reien und Kalt- watz- werke	Erzeug- nisse der Stahlver- formung	Stahlbau- erzeug- nisse und Schienen- fahrzeuge	Mas- chinen- bau- erzeug- nisse (einschl. Acker- schlep- pern)	Straßen- fahrzeuge (ohne Acker- schlep- per)	Boote und Jachten
1993 D	96,6	105,8	98,8	106,2	91,1	88,4	102,0	94,3	98,1	104,1	105,7	106,0	107,3
1994 D	95,1	105,9	105,1	107,8	93,1	95,6	100,3	94,8	96,5	104,5	106,5	106,4	106,5
1995 D	91,8	104,6	104,1	109,0	99,4	105,1	102,5	96,8	100,5	106,3	108,6	107,9	109,5
1994 Mai	95,4	105,4	105,7	107,8	92,6	93,7	100,8	94,3	96,1	104,4	106,4	106,2	106,6
Juni	95,2	105,3	105,3	107,7	92,8	95,1	100,7	94,6	96,1	104,4	106,5	106,2	106,6
Juli	94,6	105,3	104,9	107,8	93,1	96,4	101,1	94,6	96,2	104,4	106,5	106,4	106,6
Aug.	94,6	105,4	106,8	108,0	94,1	94,9	100,7	95,3	96,4	104,5	106,5	106,4	106,6
Sept.	94,6	105,7	104,3	108,0	93,7	98,4	100,5	95,6	96,7	104,5	106,6	106,4	106,6
Okt.	93,9	105,7	104,7	108,0	94,4	98,5	100,1	96,0	96,7	104,5	106,7	106,4	106,8
Nov.	93,6	105,7	105,8	108,2	94,9	104,9	100,0	96,3	97,1	104,6	106,8	107,0	106,8
Dez.	93,6	105,8	104,9	108,2	95,5	107,1	100,4	96,4	97,3	104,7	106,8	107,0	106,8
1995 Jan.	92,9	104,8	104,3	108,7	97,9	109,0	101,1	98,0	98,4	105,0	107,4	107,3	108,1
Febr.	93,0	105,0	105,4	109,0	98,4	107,8	101,7	98,3	98,9	104,9	107,7	107,5	108,3
März	93,0	104,9	103,3	109,1	99,0	105,9	101,8	97,9	99,8	105,5	107,9	107,7	108,3
April	92,2	104,8	104,9	109,4	99,8	104,7	102,7	97,7	100,2	105,9	108,4	107,7	108,3
Mai	91,9	104,3	104,8	109,1	99,8	104,3	103,0	96,4	100,3	106,3	108,6	107,8	108,4
Juni	91,8	104,2	105,1	109,1	99,7	105,1	102,7	96,1	100,6	106,3	108,7	107,9	108,4
Juli	91,4	104,1	102,3	109,3	99,9	104,3	102,7	96,6	100,8	106,5	108,8	107,9	108,4
Aug.	91,3	104,0	102,4	109,1	99,8	107,3	103,0	96,5	101,3	106,6	108,8	107,9	110,7
Sept.	91,2	104,0	104,4	109,0	100,1	105,3	103,2	96,6	101,2	106,7	108,9	108,0	110,9
Okt.	91,0	105,0	103,0	109,0	99,5	101,8	102,8	96,3	101,3	107,2	109,1	108,1	111,0
Nov.	90,8	105,2	103,1	108,9	100,0	102,9	103,0	95,8	101,7	107,6	109,3	108,2	111,7
Dez.	91,0	105,3	106,6	108,8	99,2	102,2	102,8	95,4	101,8	107,5	109,4	108,2	111,7
1996 Jan.	90,9	105,4	106,9	109,0	98,1	99,6	103,4	95,5	102,2	107,6	109,9	108,7	112,0
Febr.	90,9	105,4	110,2	109,1	96,7	99,1	103,4	95,7	102,0	107,3	110,1	109,2	112,4
März	90,9	105,5	109,0	109,2	95,8	99,5	103,5	95,4	101,9	107,4	110,3	109,3	112,4

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Gas, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverteilern

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Elektro- technische Erzeug- nisse	Fein- mecha- nische und optische Erzeug- nisse, Uhren	Eisen- -, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeug- nisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen	Fein- keramische Erzeug- nisse	Glas und Glas- waren	Schnitt- holz, Sperrholz und sonstiges bearbei- tetes Holz	Holz- waren	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ²⁾
1993 D	101,3	106,4	102,8	103,8	96,1	97,4	107,7	99,4	91,8	106,8	81,1
1994 D	101,2	107,5	102,4	105,0	97,0	94,4	109,6	98,1	92,2	109,2	82,9
1995 D	101,5	109,7	104,2	104,7	102,0	93,3	111,0	97,9	95,8	111,9	99,5
1994 Mai	101,3	107,6	102,4	105,0	96,8	94,8	109,7	98,2	91,0	109,0	79,6
Juni	101,3	107,6	102,5	105,2	95,8	94,6	109,8	97,8	91,4	109,1	80,9
Juli	101,2	107,4	102,4	105,1	96,1	94,3	109,8	97,8	92,0	109,5	82,8
Aug.	101,2	107,5	102,4	104,6	96,4	94,1	109,9	97,8	93,2	109,7	84,8
Sept.	101,0	107,5	102,4	104,8	96,9	93,9	109,9	97,9	93,7	109,6	86,7
Okt.	101,0	107,7	102,3	104,8	98,0	93,6	109,9	97,7	94,2	109,7	88,9
Nov.	101,0	107,9	102,4	104,8	99,1	93,4	110,1	98,1	94,8	110,1	89,8
Dez.	101,1	107,9	102,4	105,0	99,6	93,6	110,2	97,5	95,0	110,2	90,7
1995 Jan.	101,5	108,3	102,9	104,8	100,9	93,2	110,2	98,1	95,7	110,7	92,9
Febr.	101,4	108,9	103,4	104,9	102,0	93,6	110,2	98,2	96,3	110,8	94,5
März	101,3	109,1	103,6	104,5	102,4	93,4	110,8	97,6	97,4	110,9	95,6
April	101,4	109,8	104,1	104,6	102,6	93,3	111,2	98,0	97,3	111,5	98,5
Mai	101,4	109,9	104,3	104,5	102,7	93,3	111,1	98,2	97,7	111,8	100,1
Juni	101,6	110,0	104,3	104,6	102,9	93,3	111,1	97,8	96,0	112,0	101,0
Juli	101,6	110,1	104,5	104,7	102,8	93,2	111,0	98,0	95,9	112,2	103,1
Aug.	101,7	110,1	104,5	104,6	102,4	93,6	111,0	97,8	95,9	112,2	103,9
Sept.	101,6	110,1	104,5	104,7	102,5	93,3	111,3	97,6	95,5	112,3	103,8
Okt.	101,5	110,0	104,6	104,7	102,0	93,5	111,3	97,9	94,6	112,6	103,0
Nov.	101,6	110,3	104,6	104,7	100,9	93,5	111,5	97,9	94,3	112,7	99,7
Dez.	101,6	110,2	104,6	104,8	100,2	92,9	111,5	97,8	93,0	112,8	97,9
1996 Jan.	101,8	111,5	105,0	104,9	99,6	93,3	111,5	97,6	92,2	113,2	96,7
Febr.	102,0	111,6	105,0	104,3	99,0	91,9	111,5	97,0	91,1	113,4	94,8
März	102,1	111,7	105,1	104,5	98,6	91,8	112,2	97,0	90,2	113,4	92,3

Jahr Monat	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse, Vervielfäl- tigungen	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder	Leder- waren und Schuhe	Textilien	Be- kleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeug- nisse des Er- nährungs- gewerbes	Tabak- waren	Fertig- teil- bauten im Hochbau
1993 D	98,0	102,4	99,5	100,7	100,7	104,1	101,1	104,6	102,0	111,1	114,5
1994 D	98,1	102,9	98,4	100,2	100,8	105,2	101,6	105,0	102,0	112,4	120,2
1995 D	105,7	108,2	102,7	100,7	101,2	106,4	102,7	105,1	102,6	114,1	123,2
1994 Mai	96,9	102,4	97,8	100,4	100,4	105,2	101,7	104,7	101,8	112,7	120,0
Juni	97,0	102,7	97,6	100,4	100,5	105,2	101,8	104,8	102,1	112,5	120,1
Juli	97,7	103,1	97,6	100,3	101,0	105,2	101,6	105,0	101,9	112,4	120,8
Aug.	98,8	103,3	97,9	99,9	101,0	105,3	101,7	105,1	102,2	112,5	121,0
Sept.	99,4	103,3	98,1	99,9	101,2	105,3	101,6	105,1	102,1	112,3	120,9
Okt.	100,4	103,6	99,0	99,8	101,2	105,3	101,7	105,1	102,2	112,3	121,2
Nov.	100,8	103,9	99,6	99,9	101,2	105,3	101,8	105,0	102,4	112,7	121,5
Dez.	101,5	103,9	100,2	99,9	101,2	105,4	101,9	105,0	102,5	112,4	121,5
1995 Jan.	102,7	105,1	101,4	100,0	101,2	105,5	102,1	105,2	102,5	113,6	121,8
Febr.	103,7	105,4	101,7	100,2	101,3	105,8	102,5	105,3	102,5	114,3	122,3
März	104,1	105,9	102,6	99,9	101,3	105,9	102,8	105,3	102,6	114,0	123,0
April	105,2	107,2	102,9	100,9	101,2	106,2	102,9	105,4	102,6	114,2	123,0
Mai	105,8	107,6	103,1	100,8	101,2	106,2	102,8	104,8	102,6	114,1	122,9
Juni	106,3	107,9	103,2	100,8	101,2	106,2	102,8	104,9	102,5	114,2	123,0
Juli	106,5	109,1	103,4	100,8	101,2	106,3	102,9	105,2	102,4	114,2	123,3
Aug.	106,8	109,4	103,3	100,7	101,3	106,4	102,9	105,2	102,4	114,2	123,7
Sept.	107,0	109,7	103,1	100,7	101,4	106,9	102,8	105,3	102,6	114,2	123,9
Okt.	107,3	110,2	102,6	100,8	101,3	106,9	102,6	105,1	102,9	114,4	124,0
Nov.	106,9	110,1	102,7	101,1	101,2	107,0	102,6	104,8	102,9	114,0	123,9
Dez.	106,6	110,2	102,2	101,1	100,6	107,0	102,5	104,9	102,8	114,2	123,9
1996 Jan.	105,6	110,2	101,9	99,5	99,7	107,2	102,4	105,0	102,9	114,2	124,1
Febr.	104,8	110,2	101,8	99,5	100,6	107,2	102,2	105,2	102,8	114,3	124,7
März	103,8	109,9	101,7	99,6	101,5	107,4	102,1	105,1	102,7	114,1	125,5

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbe					Investitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter	Grundstoff- und Produktions- güter
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes			
1993 D	101,4	101,8	101,7	96,2	104,0	102,0	103,2	104,4	104,4	99,2
1994 D	102,0	102,4	102,4	98,4	104,2	102,3	103,4	104,8	106,0	99,7
1995 D	103,7	104,6	104,6	102,3	105,6	105,5	104,1	106,1	106,8	102,1
1995 Febr.	103,4	104,2	104,2	102,3	105,0	104,5	104,1	105,5	106,4	101,8
März	103,5	104,3	104,3	102,1	105,2	104,8	104,1	105,7	106,3	102,0
April	103,8	104,6	104,6	102,8	105,5	105,4	104,1	106,0	106,8	102,2
Mai	103,8	104,7	104,7	102,7	105,6	105,5	104,1	106,1	106,9	102,3
Juni	103,9	104,8	104,8	102,9	105,7	105,7	104,0	106,1	107,0	102,4
Juli	103,8	104,7	104,7	102,4	105,8	106,0	104,0	106,2	106,8	102,3
Aug.	103,9	104,8	104,8	102,5	105,8	106,0	104,0	106,2	106,9	102,3
Sept.	104,0	104,9	104,9	102,8	105,8	106,1	104,1	106,3	107,2	102,4
Okt.	103,8	104,8	104,8	102,0	105,9	106,1	104,3	106,5	106,8	102,1
Nov.	103,8	104,7	104,7	101,7	106,0	106,0	104,3	106,6	106,9	102,0
Dez.	103,8	104,8	104,8	101,7	106,1	105,9	104,3	106,7	107,5	101,8
1996 Jan.	103,1	104,8	104,8	101,2	106,5	105,8	104,3	107,1	107,6	100,3
Febr.	103,1	104,9	104,9	101,3	106,7	105,7	104,2	107,3	108,2	100,2
März	103,0	104,7	104,7	100,7	106,8	105,5	104,1	107,3	108,1	100,1

Jahr Monat	Elektrizität, Fern- wärme, Wasser ³⁾		Bergbauliche Erzeugnisse		Mineralölzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	zusammen	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke		
1993 D	102,2	101,0	94,8	105,5	97,8	85,4	106,5	90,8	90,6	87,9	102,2
1994 D	103,5	101,4	93,1	106,1	103,9	79,3	108,1	92,9	93,3	95,0	100,5
1995 D	103,9	101,4	90,0	106,1	103,0	76,2	109,6	98,9	98,9	104,8	102,8
1995 Febr.	103,9	101,5	91,2	106,1	104,1	77,2	109,5	98,0	98,1	107,4	101,9
März	103,9	101,5	91,2	106,1	101,9	73,7	109,7	98,6	98,7	105,7	102,0
April	103,9	101,5	90,4	106,0	104,0	78,2	110,0	99,4	99,3	104,3	103,0
Mai	103,9	101,5	90,2	106,0	103,7	77,3	109,6	99,4	99,3	103,9	103,2
Juni	103,9	101,5	90,2	106,0	104,0	75,7	109,7	99,2	99,1	104,9	102,9
Juli	103,9	101,5	89,7	106,1	100,9	72,3	110,0	99,4	99,2	104,0	103,0
Aug.	103,9	101,4	89,6	106,1	101,2	73,0	109,7	99,3	99,1	107,2	103,3
Sept.	103,9	101,4	89,5	106,1	103,5	77,4	109,6	99,5	99,3	105,1	103,4
Okt.	103,8	101,3	88,9	106,1	101,6	73,1	109,6	98,8	98,5	101,6	103,0
Nov.	103,8	101,3	88,7	106,1	102,2	74,2	109,5	99,4	99,3	102,6	103,1
Dez.	103,8	101,3	88,8	106,1	105,6	84,4	109,5	98,6	98,3	101,9	102,9
1996 Jan.	95,8	91,9	88,6	106,2	105,8	82,8	109,7	97,5	97,1	99,3	103,4
Febr.	95,7	91,8	88,7	106,2	109,3	92,9	109,9	96,2	95,5	98,6	103,3
März	95,7	91,9	88,7	106,2	107,7	86,7	110,0	95,3	94,6	99,2	103,4

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)				
		zusammen	darunter Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	Fertigteil- bauten über- wiegend aus Metall, Kon- struktionen aus Stahl und Aluminium	zusammen	darunter			
							gewerblich. Arbeitsmaschinen	Kraft ⁴⁾	Land- maschinen	
1993 D	102,0	97,0	94,0	104,6	102,2	106,0	105,8	106,0	109,3	107,2
1994 D	99,1	95,9	94,4	104,9	101,3	106,8	106,2	105,0	111,0	109,3
1995 D	100,6	99,2	96,1	106,7	103,1	108,8	108,1	106,0	112,5	111,7
1995 Febr.	99,2	98,5	97,7	105,4	101,9	107,8	107,0	105,1	112,1	110,9
März	99,4	99,1	97,4	106,0	102,0	108,1	107,3	105,2	112,0	111,3
April	100,1	99,2	97,1	106,5	102,7	108,6	107,7	105,5	112,6	111,5
Mai	100,7	98,9	95,8	106,7	102,9	108,9	108,1	105,9	112,3	111,5
Juni	100,7	99,0	95,4	106,7	103,2	109,0	108,2	106,2	112,4	111,5
Juli	100,9	99,3	96,0	106,9	103,3	109,0	108,3	106,1	112,4	111,5
Aug.	101,2	99,6	95,8	106,9	103,3	109,1	108,4	106,1	112,4	111,5
Sept.	101,2	99,5	95,9	107,0	103,5	109,1	108,4	106,1	112,4	111,4
Okt.	101,1	99,5	95,6	107,4	103,9	109,4	108,6	106,6	113,0	112,4
Nov.	101,6	99,6	95,0	107,8	104,3	109,5	108,9	106,7	113,0	112,6
Dez.	102,0	99,6	94,6	107,8	104,3	109,7	109,0	107,2	113,0	113,0
1996 Jan.	102,3	99,9	94,7	107,8	104,1	110,2	109,4	108,0	114,7	112,8
Febr.	102,5	99,8	94,9	107,8	104,1	110,4	109,7	108,3	115,1	112,9
März	102,5	99,6	94,6	107,8	104,1	110,5	109,8	108,5	115,5	113,0

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u. ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter fein- mecha- nische Erzeugnisse				
		Kraftwagen, Straßenzug- maschinen und Kraftrader	Zubehör, Einzel- und Ersatz- teile für Kraftwagen, Straßenzug- maschinen Kraftrader und deren Motoren								
1993 D	106,1	107,5	101,9	108,0	101,3	106,6	105,5	102,9	103,9	96,0	97,4
1994 D	106,5	108,1	101,1	106,2	101,3	107,7	106,2	102,5	105,0	96,8	94,3
1995 D	108,0	109,9	101,4	108,0	101,6	110,0	108,6	104,2	104,6	101,7	93,6
1995 Febr.	107,6	109,6	101,5	107,2	101,5	109,1	108,0	103,4	104,8	101,6	93,9
1995 März	107,8	109,7	101,6	107,2	101,5	109,3	108,1	103,7	104,4	101,9	93,7
1995 April	107,9	109,8	101,7	107,2	101,5	110,0	108,4	104,1	104,5	102,2	93,6
1995 Mai	107,9	109,8	101,6	107,6	101,6	110,2	108,6	104,3	104,4	102,3	93,6
1995 Juni	108,0	110,0	101,4	107,6	101,7	110,3	108,9	104,4	104,5	102,5	93,6
1995 Juli	108,0	110,0	101,2	107,6	101,8	110,3	108,8	104,6	104,6	102,4	93,5
1995 Aug.	108,0	110,0	101,2	107,6	101,8	110,3	108,9	104,5	104,5	102,0	93,9
1995 Sept.	108,1	110,2	101,3	108,9	101,7	110,5	108,8	104,5	104,6	102,3	93,5
1995 Okt.	108,2	110,2	101,4	109,1	101,6	110,4	109,0	104,6	104,6	101,8	93,6
1995 Nov.	108,3	110,3	101,5	109,4	101,7	110,6	109,0	104,6	104,6	100,7	93,5
1995 Dez.	108,3	110,3	101,5	109,4	101,7	110,5	108,8	104,6	104,7	99,9	92,9
1996 Jan.	108,9	111,2	101,3	109,7	101,9	111,8	109,9	105,0	104,8	99,3	93,3
1996 Febr.	109,4	111,8	101,4	109,7	102,1	112,0	110,2	105,0	104,2	98,8	91,9
1996 März	109,4	111,8	101,5	109,7	102,2	112,1	110,6	105,1	104,3	98,4	91,8

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁵⁾	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse, Vervielfäl- tigungen	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1993 D	107,4	99,1	91,5	107,0	81,0	98,0	101,8	99,6	100,5	100,9
1994 D	109,4	97,7	92,0	109,4	82,6	98,0	101,9	98,5	100,0	100,8
1995 D	110,8	97,4	95,5	112,1	98,8	105,5	106,9	102,7	100,3	101,1
1995 Febr.	109,9	97,7	96,1	111,0	93,8	103,6	104,3	101,8	99,9	101,1
1995 März	110,5	97,1	97,2	111,1	94,9	103,9	104,7	102,6	99,6	101,1
1995 April	110,9	97,6	97,0	111,6	97,8	105,0	106,1	103,0	100,6	101,1
1995 Mai	110,9	97,7	97,4	112,0	99,4	105,6	106,5	103,1	100,5	101,1
1995 Juni	110,9	97,3	95,7	112,2	100,3	106,1	106,7	103,2	100,5	101,1
1995 Juli	110,8	97,4	95,5	112,3	102,3	106,2	108,0	103,4	100,5	101,1
1995 Aug.	110,8	97,3	95,5	112,4	103,2	106,6	108,2	103,3	100,3	101,3
1995 Sept.	111,1	97,1	95,2	112,5	103,0	106,7	108,5	103,1	100,4	101,3
1995 Okt.	111,1	97,4	94,2	112,8	102,3	107,1	108,8	102,7	100,5	101,2
1995 Nov.	111,2	97,4	93,9	112,9	99,1	106,7	108,7	102,8	100,8	101,1
1995 Dez.	111,2	97,4	92,6	113,0	97,4	106,4	108,8	102,2	100,8	100,9
1996 Jan.	111,2	97,2	91,8	113,4	96,2	105,4	108,8	102,0	99,1	100,8
1996 Febr.	111,3	96,6	90,8	113,6	94,3	104,6	108,8	101,8	99,1	101,1
1996 März	111,9	96,5	89,8	113,6	91,9	103,6	108,5	101,8	99,2	101,1

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbe			Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau	
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schälmühlen- erzeugnisse	Milch- und Milch- erzeugnisse			Fleisch und Fleisch- erzeugnisse
1993 D	104,8	104,2	101,0	104,6	102,0	96,4	102,4	98,9	111,2	114,5
1994 D	105,9	105,5	101,5	105,0	102,0	91,6	102,1	96,5	112,5	120,3
1995 D	107,1	106,3	102,6	105,1	102,6	86,7	102,3	96,7	114,0	123,2
1995 Febr.	106,4	105,6	102,5	105,3	102,6	88,8	102,2	96,4	114,2	122,4
1995 März	106,6	105,6	102,8	105,3	102,6	88,5	102,3	96,5	113,9	123,0
1995 April	106,9	106,1	102,8	105,4	102,6	87,4	102,4	96,7	114,1	123,0
1995 Mai	107,0	106,1	102,7	104,8	102,6	87,1	102,0	96,6	114,0	122,9
1995 Juni	106,9	106,1	102,8	104,9	102,4	86,7	102,0	96,7	114,1	123,0
1995 Juli	107,0	106,2	102,8	105,2	102,4	86,1	101,8	96,6	114,1	123,3
1995 Aug.	107,1	106,3	102,9	105,2	102,4	85,6	102,2	96,8	114,1	123,7
1995 Sept.	107,7	107,1	102,8	105,3	102,6	85,1	102,3	97,1	114,1	123,9
1995 Okt.	107,6	107,0	102,5	105,1	102,8	84,7	102,8	97,1	114,3	124,0
1995 Nov.	107,7	107,2	102,5	104,8	102,8	85,5	102,8	96,9	113,8	123,9
1995 Dez.	107,7	107,2	102,4	104,9	102,8	85,7	103,1	96,8	114,1	123,9
1996 Jan.	107,9	107,4	102,3	105,0	102,8	86,0	102,9	96,7	114,1	124,1
1996 Febr.	108,0	107,6	102,1	105,2	102,7	85,9	102,3	96,5	114,2	124,7
1996 März	108,1	107,7	102,0	105,1	102,6	86,1	101,9	96,8	114,0	125,5

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverteiler. - 4) Verbrennungsmotoren und Dampfturbinen. - 5) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					In- vestitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ²⁾	Grund- stoff- und Pro- duktions- güter	Elektri- zität, herge- stelltes Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾
	ins- gesamt	ohne Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser	zu- sammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter- gewerbes	Investi- tionsgüter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbes				
1993 D	104,2	102,6	101,9	100,6	100,9	104,9	103,0	101,7	106,0	104,7	109,2
1994 D	105,5	104,0	103,4	104,9	101,1	106,9	103,0	102,7	111,1	105,5	110,3
1995 D	107,0	105,6	105,8	108,2	102,9	111,1	104,2	104,7	112,4	107,1	112,3
1994 Mai	105,1	103,4	103,1	104,2	101,1	106,3	102,7	102,7	111,2	105,0	110,2
Juni	105,3	103,7	103,3	104,7	101,2	106,5	103,0	102,8	111,5	105,1	110,2
Juli	105,3	103,7	103,3	104,6	101,1	107,1	102,9	102,7	111,7	105,2	110,6
Aug.	105,5	104,0	103,7	105,3	101,2	107,4	103,2	102,8	111,8	105,4	110,6
Sept.	105,7	104,1	103,7	105,3	101,1	107,5	103,3	102,7	111,5	105,7	110,6
Okt.	105,7	104,4	104,0	105,9	101,2	108,1	103,1	102,8	111,2	105,9	110,4
Nov.	106,0	104,8	104,4	107,0	101,2	108,4	103,6	102,8	111,1	106,2	110,3
Dez.	106,0	104,8	104,4	106,7	101,4	108,5	103,7	103,0	110,9	106,2	110,3
1995 Jan.	106,0	104,7	104,8	107,4	101,5	109,4	103,6	102,7	110,4	106,4	110,7
Febr.	106,8	105,6	105,7	109,5	102,2	109,8	103,8	103,9	111,9	107,2	111,3
März	106,8	105,6	105,8	109,1	102,3	110,0	104,2	103,9	111,9	107,1	111,3
April	106,7	105,4	105,6	108,2	102,3	110,4	104,2	103,9	111,5	107,0	111,5
Mai	106,8	105,5	105,9	108,8	102,8	110,7	104,2	104,6	111,7	107,0	111,6
Juni	106,8	105,5	106,0	109,0	102,8	111,0	104,0	104,5	111,8	107,0	111,6
Juli	106,7	105,4	105,9	108,8	102,8	111,4	103,8	104,5	112,0	106,9	111,6
Aug.	106,8	105,3	105,8	107,9	103,2	111,4	103,7	105,1	112,1	107,0	112,5
Sept.	107,2	105,4	105,8	107,7	103,2	111,9	104,2	105,2	112,3	107,3	113,6
Okt.	107,8	106,2	106,4	108,1	103,8	112,4	104,9	105,9	113,8	107,7	113,7
Nov.	107,6	105,9	106,0	106,7	103,9	112,3	104,8	106,0	113,9	107,4	113,8
Dez.	107,8	106,2	106,3	107,7	103,9	112,3	104,9	105,9	115,4	107,5	113,8
1995 Jan.	107,9	106,3	106,3	107,5	104,1	112,3	104,9	106,1	114,6	107,8	114,2
Febr.	108,0	106,2	106,3	107,8	103,7	112,3	104,9	105,5	115,8	107,7	114,4
März	108,1	106,3	106,3	107,7	103,9	112,5	104,8	105,8	115,9	107,8	114,7

Jahr Monat	Bergbau- liche Erzeug- nisse	Mineralöl- erzeug- nisse	Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl	NE-Met- alle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Ziehe- reien und Kalt- walm- werke	Erzeug- nisse der Stahlver- formung	Stahlbau- erzeug- nisse und Schienen- fahrzeuge	Ma- schinen- bau- erzeug- nisse (einschl. Acker- schlepp- ern)	Straßen- fahrzeuge (ohne Acker- schlepp- er)	Boote und Jachten
1993 D	107,2	105,6	103,1	94,8	93,3	97,5	100,0	96,7	101,0	101,9	.	107,2
1994 D	106,8	113,4	103,2	96,1	103,2	97,6	103,2	96,8	101,6	103,1	.	106,9
1995 D	102,8	111,5	101,7	105,9	107,8	99,5	110,1	105,7	103,7	105,7	.	110,2
1994 Mai	105,7	113,9	103,7	96,2	100,1	97,3	102,1	96,7	101,6	103,1	.	107,0
Juni	105,7	114,3	103,2	95,6	105,1	97,7	104,9	95,9	101,7	103,2	.	107,0
Juli	105,6	113,8	102,7	95,0	106,4	97,7	104,9	95,8	101,5	103,2	.	107,0
Aug.	105,4	114,5	102,7	96,0	104,3	97,7	105,3	96,9	101,9	103,1	.	107,0
Sept.	106,4	113,3	102,5	96,7	105,7	97,8	105,4	97,1	101,5	103,2	.	107,0
Okt.	105,9	112,6	102,8	96,4	106,2	97,8	104,8	96,8	101,5	103,4	.	107,2
Nov.	105,7	112,5	102,7	98,4	109,8	97,7	104,9	97,8	101,8	103,3	.	107,2
Dez.	105,9	111,5	102,4	98,3	108,3	98,1	105,2	98,3	101,8	103,3	.	107,2
1995 Jan.	103,4	109,9	102,6	102,6	106,9	98,7	109,0	98,8	101,6	103,4	.	108,8
Febr.	103,6	113,6	102,4	103,8	112,9	99,0	109,2	101,6	101,6	105,6	.	108,8
März	103,6	112,9	102,5	105,3	108,1	98,8	109,3	102,4	101,8	105,7	.	108,8
April	103,4	111,0	102,4	105,0	108,6	98,7	109,5	102,7	101,6	105,8	.	108,8
Mai	102,1	112,0	102,1	105,9	108,2	98,8	109,3	104,9	104,0	105,8	.	108,8
Juni	101,7	112,4	101,6	106,3	107,7	98,9	109,5	102,2	103,6	105,9	.	108,8
Juli	101,4	111,6	101,4	106,5	107,2	98,7	109,5	106,7	103,8	105,8	.	108,8
Aug.	101,3	109,8	101,3	105,7	108,2	98,7	110,3	107,7	105,1	105,8	.	111,8
Sept.	101,5	109,8	101,1	107,4	107,5	99,6	110,8	107,5	104,7	105,8	.	111,8
Okt.	103,4	112,5	100,9	108,2	105,2	100,8	111,5	109,0	105,5	106,3	.	111,8
Nov.	104,0	109,6	100,7	107,2	106,4	101,6	111,6	109,9	105,7	106,2	.	112,6
Dez.	103,9	113,1	100,9	107,3	106,3	101,6	111,2	110,5	105,5	106,3	.	112,6
1996 Jan.	104,1	113,9	100,1	105,4	103,2	104,3	111,1	110,7	105,7	106,6	.	112,9
Febr.	104,3	115,9	99,6	103,0	104,7	104,2	111,0	110,3	103,7	106,7	.	113,5
März	104,4	117,4	99,5	102,2	103,0	103,9	111,0	111,1	104,7	106,7	.	113,5

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 3) Bei Elektrizität, Gas, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverteiler.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Elektro- technische Erzeug- nisse	Fein- mecha- nische und optische Erzeug- nisse, Uhren	Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeug- nisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen	Fein- keramische Erzeug- nisse	Glas und Glas- waren	Schnitt- holz, Sperrholz und sonstiges bearbei- tetes Holz	Holz- waren
1993 D	99,6	100,5	100,3	101,7	99,4	.	110,9	103,6	98,7	104,4
1994 D	98,2	100,5	99,3	104,5	101,6	.	111,8	103,3	96,3	105,6
1995 D	98,7	100,1	101,5	107,4	109,9	.	113,8	104,8	104,0	108,5
1994 Mai	98,3	101,6	98,6	104,0	99,2	.	111,8	102,7	95,3	105,0
Juni	98,3	101,3	99,5	103,7	99,0	.	111,8	102,7	96,1	105,3
Juli	98,3	99,1	99,5	103,7	99,3	.	111,6	102,8	96,2	105,8
Aug.	98,2	99,1	99,6	105,6	101,2	.	112,0	103,7	95,5	106,0
Sept.	98,1	99,1	99,8	105,7	102,2	.	111,9	103,7	96,7	106,2
Okt.	98,0	101,0	99,7	106,2	105,8	.	110,6	103,7	97,0	106,5
Nov.	98,1	101,0	99,8	106,1	108,3	.	112,8	103,7	97,5	106,6
Dez.	98,7	101,0	99,7	106,1	108,9	.	112,8	103,9	97,8	106,7
1995 Jan.	99,5	101,4	100,6	106,6	111,6	.	114,3	104,3	99,6	107,1
Febr.	98,6	101,4	100,4	106,7	112,3	.	113,7	105,2	101,4	107,9
März	98,4	101,2	100,5	106,7	112,5	.	113,8	104,5	101,3	108,2
April	98,5	101,2	101,0	107,5	110,5	.	114,3	104,7	105,3	108,4
Mai	98,3	101,3	101,1	107,5	111,2	.	113,4	104,8	105,2	108,6
Juni	98,3	101,4	101,2	107,4	111,7	.	113,6	105,0	105,9	108,6
Juli	98,3	101,4	101,1	107,6	111,7	.	113,0	105,4	106,5	108,6
Aug.	98,7	101,4	101,1	107,6	110,5	.	113,1	105,2	106,5	108,8
Sept.	99,0	97,9	101,2	107,6	108,8	.	114,1	105,1	104,3	108,9
Okt.	98,9	97,3	103,2	108,0	106,8	.	113,9	105,0	105,1	109,0
Nov.	99,1	99,0	103,2	108,0	105,5	.	114,4	104,3	103,9	109,2
Dez.	99,1	96,3	103,2	108,0	105,1	.	114,0	104,1	103,2	109,2
1996 Jan.	99,1	98,2	103,1	108,7	105,3	.	114,5	104,3	102,8	109,5
Febr.	98,9	98,2	103,3	109,2	104,7	.	114,1	103,0	100,4	109,5
März	98,9	98,6	103,4	109,2	103,5	.	114,5	102,8	100,7	109,6

Jahr Monat	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ²⁾	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse, Vervielfäl- tigungen	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder	Leder- waren und Schuhe	Textilien	Be- kleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeug- nisse des Er- nährungs- gewerbes	Tabak- waren
1993 D	82,3	99,6	115,8	93,0	104,1	98,9	96,2	102,9	106,0	102,0	110,9
1994 D	88,3	102,0	125,0	92,0	106,3	101,3	96,1	103,6	103,8	101,9	111,6
1995 D	110,6	114,8	134,9	99,9	109,5	102,0	97,1	104,3	104,5	102,7	115,4
1994 Mai	83,7	100,8	123,0	91,6	106,7	99,6	96,0	103,8	104,0	101,8	111,1
Juni	86,0	101,7	124,0	91,8	107,2	99,6	96,1	103,7	103,8	101,9	111,1
Juli	88,8	101,9	126,1	91,8	106,1	102,8	96,1	103,8	104,0	101,8	111,1
Aug.	91,2	103,1	126,4	91,7	105,5	103,0	96,1	103,8	104,0	102,2	111,1
Sept.	93,2	103,5	126,4	92,0	105,7	103,0	96,1	103,8	104,0	102,3	111,1
Okt.	96,5	105,6	129,9	92,4	104,3	103,0	96,1	103,5	102,9	102,1	111,1
Nov.	98,3	106,9	129,7	93,2	105,4	103,0	96,1	103,5	103,2	102,2	114,6
Dez.	98,6	106,2	130,1	93,6	106,5	103,0	96,1	103,5	103,2	102,3	114,6
1995 Jan.	103,7	110,0	131,0	98,1	108,9	103,0	96,9	103,8	103,2	102,2	114,8
Febr.	104,9	110,7	131,0	98,6	110,5	103,0	96,9	103,8	104,3	102,3	115,5
März	106,9	111,7	131,1	98,8	109,3	103,0	96,9	104,2	104,4	102,7	115,5
April	109,4	113,3	131,1	101,0	109,8	102,2	96,9	104,5	104,4	102,7	115,5
Mai	110,6	116,1	132,0	100,9	109,2	101,9	96,9	104,5	104,4	102,7	115,5
Juni	111,5	116,0	133,3	101,2	109,5	101,9	96,9	104,4	104,5	102,5	115,5
Juli	115,5	117,2	135,3	100,8	109,5	101,9	96,9	104,4	104,5	102,3	115,5
Aug.	116,8	117,2	135,2	100,6	109,5	101,9	96,9	104,4	104,5	102,2	115,5
Sept.	116,4	116,9	137,6	100,3	109,5	102,8	97,3	104,5	104,8	102,7	115,5
Okt.	114,9	116,8	140,2	100,2	109,4	102,1	97,6	104,4	104,9	103,5	115,5
Nov.	110,2	115,9	140,2	99,5	109,4	102,1	97,6	104,4	104,8	103,4	115,5
Dez.	106,8	115,3	141,3	99,2	109,4	98,1	97,6	104,3	104,8	103,5	115,5
1996 Jan.	105,1	113,9	141,4	98,8	109,6	90,9	97,6	104,4	105,0	103,5	115,5
Febr.	102,6	113,7	141,5	98,6	109,6	96,7	97,6	104,4	105,7	103,5	115,5
März	97,4	113,0	141,7	98,8	109,6	104,7	97,6	104,3	105,7	103,4	115,5

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
Deutschland
1991= 100**

Jahr Monat 1)	Gesamt- index	Hauptgruppe/Gruppe 2)									
		Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Wohn- smieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit	die persönl. Aus- stattung, Dienst- leistun- gen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
1993 D	109,8	105,2	105,5	118,1	121,7	106,1	105,9	107,6	109,0	106,8	114,4
1994 D	112,8	106,9	106,8	123,0	128,1	105,6	107,8	110,8	112,2	108,9	119,3
1995 D	114,8	108,4	107,7	126,9	133,4	104,9	109,3	112,7	113,4	110,5	122,5
1991 April	98,5	99,7	99,6	97,1	97,4	96,2	99,3	99,3	97,8	99,8	95,3
Mai	98,9	99,9	99,8	97,9	97,9	97,8	99,8	99,5	98,2	99,7	97,3
Juni	99,4	100,4	99,8	98,1	98,3	97,6	100,0	99,7	98,4	100,1	99,9
Juli	100,6	100,8	99,8	98,7	98,7	98,5	100,0	100,1	102,3	99,9	105,3
August	100,6	100,2	100,0	98,9	99,0	98,4	100,4	100,4	102,4	99,7	105,4
September	100,6	100,0	100,5	99,3	99,3	99,4	100,6	100,8	102,8	99,8	102,0
Oktober	102,1	100,0	100,8	106,1	106,3	105,5	100,8	101,0	103,0	100,2	100,2
November	102,6	101,2	101,3	106,3	106,6	105,6	101,2	101,5	103,0	100,8	100,5
Dezember	102,7	101,4	101,4	106,4	106,9	104,6	101,2	101,7	102,6	101,0	101,4
1992 Januar	103,2	102,1	101,5	106,6	107,5	103,9	101,6	102,4	102,5	103,4	101,2
Februar	103,9	102,9	101,8	107,3	108,1	104,6	102,1	103,0	103,0	103,7	104,5
März	104,3	103,1	102,0	107,6	108,6	104,1	102,3	103,3	104,0	103,7	104,4
April	104,7	103,5	102,2	108,1	109,2	104,4	102,5	103,7	104,7	103,6	104,6
Mai	105,0	103,8	102,5	108,6	109,7	104,7	103,0	103,9	105,1	103,8	103,8
Juni	105,3	104,0	102,5	108,8	110,1	104,6	103,1	104,1	105,4	103,4	106,9
Juli	105,6	103,7	102,6	109,1	110,5	104,3	103,2	104,3	105,3	103,4	111,1
August	105,6	103,1	102,9	109,5	111,0	104,3	103,5	104,5	105,2	103,5	111,1
September	105,5	102,9	103,3	109,8	111,4	104,5	103,6	104,6	105,2	104,0	108,2
Oktober	105,6	102,8	103,6	110,4	112,0	104,9	103,8	104,8	105,3	104,4	106,6
November	106,0	103,0	103,8	110,9	112,7	105,0	104,1	105,0	105,6	105,0	107,5
Dezember	106,1	103,1	103,9	111,1	113,0	104,5	104,2	105,1	105,6	105,2	108,7
1993 Januar	108,0	104,4	104,3	116,2	119,2	105,9	104,6	105,7	106,9	105,9	109,1
Februar	108,8	105,0	104,6	116,5	119,7	105,9	105,0	106,8	107,8	106,2	112,7
März	109,1	105,1	105,0	117,2	120,4	106,3	105,3	107,0	108,4	106,3	112,3
April	109,4	105,5	105,1	117,5	120,8	106,3	105,5	107,2	109,0	106,4	111,8
Mai	109,6	105,7	105,4	117,8	121,2	106,1	105,8	107,3	109,0	106,5	111,9
Juni	109,9	105,8	105,4	117,8	121,5	105,7	105,9	107,5	109,5	106,5	114,9
Juli	110,4	105,6	105,5	118,2	121,9	106,0	106,1	108,0	109,7	106,6	119,6
August	110,4	105,2	105,6	118,5	122,3	105,9	106,2	108,1	109,7	106,7	120,5
September	110,2	105,0	105,9	118,9	122,7	105,8	106,3	108,3	109,3	107,2	116,2
Oktober	110,2	105,0	106,1	119,3	123,1	106,3	106,4	108,4	109,5	107,5	113,9
November	110,4	105,2	106,4	119,5	123,5	106,2	106,6	108,6	109,6	107,8	114,1
Dezember	110,6	105,4	106,4	119,7	123,7	106,2	106,6	108,7	109,2	107,9	115,8
1994 Januar	111,4	105,6	106,4	121,1	125,7	105,9	107,0	110,1	111,5	108,4	114,8
Februar	112,1	106,3	106,4	121,6	126,2	105,8	107,3	110,3	111,8	108,7	119,1
März	112,2	106,5	106,6	122,0	126,9	105,7	107,4	110,5	111,7	108,7	118,2
April	112,3	106,9	106,7	122,5	127,4	105,8	107,6	110,5	111,9	108,8	115,4
Mai	112,6	107,3	106,8	122,7	127,7	105,8	107,7	110,6	112,2	108,8	117,1
Juni	112,9	107,6	106,8	122,9	128,0	105,7	107,8	110,8	112,4	108,7	119,5
Juli	113,2	107,4	106,7	123,1	128,4	105,5	107,8	110,9	112,3	108,6	124,5
August	113,4	107,2	106,8	123,4	128,7	105,6	107,9	111,0	113,0	108,7	124,5
September	113,2	107,2	107,0	123,6	129,0	105,4	107,9	111,1	112,3	109,1	121,1
Oktober	113,1	107,2	107,1	124,0	129,4	105,4	108,0	111,2	112,2	109,4	119,0
November	113,2	107,0	107,3	124,2	129,8	105,3	108,3	111,3	112,4	109,6	118,5
Dezember	113,4	107,1	107,4	124,4	130,1	105,2	108,3	111,4	112,5	109,7	120,3
1995 Januar	113,8	107,8	107,4	124,9	130,8	105,3	108,6	111,9	112,8	110,3	118,8
Februar	114,3	108,5	107,4	125,3	131,3	105,2	108,7	112,1	113,0	110,4	122,2
März	114,3	108,5	107,5	125,6	131,7	104,8	108,9	112,3	112,9	110,3	121,5
April	114,6	108,7	107,5	126,0	132,3	104,9	109,1	112,5	113,4	110,2	121,5
Mai	114,6	109,1	107,7	126,2	132,5	104,8	109,2	112,6	113,4	110,1	119,9
Juni	115,0	109,4	107,6	126,4	132,8	104,8	109,3	112,7	113,9	110,1	122,9
Juli	115,2	108,9	107,6	126,5	133,0	104,4	109,4	112,8	113,4	110,1	128,9
August	115,3	108,1	107,6	127,7	134,6	104,3	109,4	112,7	113,5	110,2	127,7
September	115,2	107,9	107,9	128,1	134,9	105,0	109,5	113,0	113,8	110,6	123,8
Oktober	115,1	107,8	108,0	128,3	135,3	104,7	109,6	113,2	113,5	111,0	121,8
November	115,1	107,8	108,1	128,5	135,5	104,9	109,8	113,2	113,5	111,2	119,9
Dezember	115,4	107,9	108,1	128,9	135,8	105,4	109,8	113,2	113,9	111,4	121,6
1996 Januar	115,5	108,5	108,1	128,5	136,4	102,0	109,9	113,7	114,9	111,3	119,9
Februar	116,1	109,0	108,2	129,0	136,8	102,6	110,1	114,1	115,3	111,5	123,3
März	116,2	109,3	108,3	129,1	137,0	102,5	110,1	114,4	115,5	111,5	122,0

1) Die Monatsergebnisse beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

**Preisindex für die Lebenshaltung
Früheres Bundesgebiet
1991= 100**

Jahr Monat 1)	Hauptgruppe/Gruppe 2)										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistun- gen des Behör- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

Alle privaten Haushalte

1993 D	107,7	105,4	105,9	109,5	111,6	102,0	106,2	106,2	108,5	106,5	113,9
1994 D	110,6	107,1	107,4	113,5	116,7	102,2	108,2	108,9	111,8	108,4	118,5
1995 D	112,5	108,6	108,4	117,0	121,3	101,4	109,9	110,6	113,0	109,8	121,7
1995 Januar	111,5	108,0	108,0	115,4	119,2	101,9	109,1	109,8	112,3	109,5	117,9
Februar	112,1	108,6	108,1	115,8	119,7	101,8	109,3	110,1	112,5	109,7	121,4
März	112,1	108,7	108,1	116,1	120,1	101,4	109,5	110,3	112,4	109,6	120,7
April	112,4r	108,9	108,2	116,5	120,7	101,6	109,7	110,4	112,9	109,5	120,6
Mai	112,4	109,2	108,3	116,7	120,9	101,5	109,8	110,5	112,9	109,4	119,0
Juni	112,8	109,5	108,3	117,0	121,3	101,5	109,9	110,6	113,5	109,4	122,1
Juli	113,1	109,1	108,3	117,0	121,5	101,0	110,0	110,7	112,9	109,4	128,2
August	112,9	108,4	108,4	117,3	121,8	101,0	110,0	110,6	113,0	109,5	126,9
September	112,8	108,2	108,6	117,7	122,1	101,5	110,1	110,9	113,3	109,9	123,0
Oktober	112,7	108,1	108,7	117,8	122,4	101,1	110,3	111,0	113,1	110,2	120,8
November	112,7	108,1	108,8	118,0	122,7	101,2	110,4	111,1	113,1	110,5	118,8
Dezember	113,0	108,3	108,8	118,4	123,0	101,8	110,5	111,1	113,4	110,6	120,6
1996 Januar	113,1	108,9	108,9	117,9	123,4	98,2	110,6	111,6	114,4	110,5	118,9
Februar	113,7	109,4	109,0	118,3	123,8	98,8	110,7	112,0	114,7	110,7	122,4
März	113,7	109,7	109,1	118,5	124,0	98,7	110,8	112,3	114,9	110,7	121,1

4 - Personen - Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

1993 D	107,8	104,9	105,8	109,9	111,6	102,7	106,1	104,7	108,9	106,2	115,7
1994 D	110,7	106,5	107,3	114,2	116,7	103,3	108,1	106,4	112,2	108,6	121,7
1995 D	112,7	107,8	108,4	117,8	121,3	102,7	109,7	107,9	113,3	110,4	124,7
1995 Januar	111,6	107,3	107,9	116,1	119,1	103,1	108,9	107,3	112,7	109,9	120,5
Februar	112,1	107,9	108,0	116,6	119,7	103,0	109,1	107,5	112,9	110,1	122,9
März	112,1	107,9	108,1	116,9	120,1	102,8	109,3	107,6	112,8	110,0	122,2
April	112,5	108,1	108,1	117,3	120,6	102,8	109,5	107,7	113,3	110,0	124,2
Mai	112,6	108,4	108,3	117,5	120,9	102,8	109,7	107,9	113,3	109,9	123,3
Juni	113,0	108,6	108,3	117,8	121,3	102,7	109,8	107,9	113,9	109,9	126,0
Juli	113,4	108,2	108,3	117,9	121,5	102,3	109,9	108,0	113,3	110,1	132,4
August	113,3	107,6	108,4	118,2	121,8	102,3	109,9	107,9	113,4	110,2	131,4
September	113,1	107,4	108,6	118,5	122,1	102,7	110,0	108,1	113,7	110,7	126,1
Oktober	113,0	107,3	108,7	118,7	122,4	102,4	110,1	108,3	113,4	111,0	125,0
November	112,8	107,4	108,8	118,9	122,7	102,4	110,3	108,3	113,5	111,2	120,7
Dezember	113,1	107,5	108,8	119,3	123,0	102,8	110,3	108,3	113,8	111,3	121,7
1996 Januar	113,3	108,2	108,9	118,8	123,4	98,7	110,4	109,0	114,6	111,2	122,6
Februar	113,9	108,7	109,0	119,2	123,8	99,1	110,5	109,7	114,9	111,5	125,1
März	114,0	109,1	109,0	119,3	124,0	99,0	110,6	110,3	115,2	111,5	123,6

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes - 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindex für die Lebenshaltung

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat 1)	Hauptgruppe/Gruppe 2)										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistun- gen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen											
1993 D	108,0	105,2	105,8	110,0	111,9	102,7	106,0	108,3	108,7	107,0	115,3
1994 D	111,0	106,8	107,3	114,3	117,0	103,3	107,7	113,3	112,0	109,5	120,9
1995 D	112,9	108,1	108,4	117,8	121,6	102,6	109,2	114,7	113,0	111,2	123,8
1995 Januar	111,9	107,5	108,0	116,2	119,5	103,1	108,4	114,1	112,4	110,8	119,6
Februar	112,4	108,1	108,0	116,7	120,1	103,0	108,6	114,3	112,6	110,9	122,3
März	112,4	108,2	108,1	116,9	120,5	102,8	108,8	114,5	112,5	110,9	121,4
April	112,8	108,4	108,2	117,3	120,9	102,8	109,0	114,6	113,0	110,8	123,6
Mai	112,9	108,7	108,4	117,5	121,2	102,7	109,1	114,6	113,0	110,8	122,7
Juni	113,2	108,9	108,4	117,8	121,6	102,7	109,2	114,7	113,5	110,8	125,2
Juli	113,4	108,6	108,4	117,9	121,9	102,3	109,3	114,8	112,8	110,9	131,8
August	113,3	108,0	108,4	118,2	122,2	102,3	109,3	114,8	112,9	111,0	130,8
September	113,2	107,8	108,6	118,5	122,5	102,6	109,4	115,0	113,3	111,4	125,0
Oktober	113,2	107,7	108,7	118,7	122,8	102,3	109,5	115,1	113,0	111,7	123,8
November	113,0	107,7	108,8	119,0	123,1	102,3	109,6	115,1	113,1	111,9	119,4
Dezember	113,3	107,9	108,8	119,3	123,4	102,7	109,6	115,2	113,4	112,1	120,2
1996 Januar	113,4	108,4	108,9	118,7	123,8	98,6	109,7	115,4	114,3	112,0	120,7
Februar	113,9	108,9	109,0	119,1	124,2	99,0	109,9	115,6	114,7	112,2	123,2
März	114,0	109,2	109,1	119,3	124,4	98,9	109,9	115,8	114,9	112,3	121,4
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen											
1993 D	108,1	104,2	106,0	109,9	112,1	102,4	106,5	111,4	108,4	108,3	116,2
1994 D	111,4	106,0	107,5	114,2	117,4	102,9	108,6	120,7	111,7	109,9	121,3
1995 D	113,6	107,6	108,5	117,7	122,2	102,2	110,0	122,4	112,8	111,4	124,1
1995 Januar	112,6	107,1	108,1	116,1	120,0	102,7	109,4	121,6	112,2	111,3	120,5
Februar	113,2	107,8	108,2	116,5	120,6	102,6	109,5	121,8	112,4	111,5	123,8
März	113,2	107,8	108,3	116,8	121,0	102,3	109,7	122,0	112,3	111,4	122,3
April	113,5	108,0	108,3	117,1	121,4	102,4	109,9	122,2	112,8	111,2	123,8
Mai	113,7	108,6	108,5	117,3	121,7	102,2	109,9	122,3	112,8	111,1	122,3
Juni	114,0	109,0	108,5	117,7	122,1	102,2	110,0	122,4	113,2	111,0	124,9
Juli	114,1	108,3	108,5	117,8	122,4	101,9	110,1	122,5	112,8	110,9	130,4
August	113,9	107,1	108,5	118,0	122,7	101,8	110,1	122,5	112,8	110,9	129,7
September	113,7	106,8	108,7	118,4	123,1	102,1	110,2	122,7	113,1	111,2	124,9
Oktober	113,7	106,6	108,8	118,5	123,4	101,9	110,4	122,9	112,9	111,8	123,3
November	113,8	106,7	109,0	118,8	123,6	101,9	110,5	122,9	113,0	112,2	121,5
Dezember	114,0	106,9	109,0	119,1	123,9	102,1	110,5	123,0	113,3	112,4	122,3
1996 Januar	113,9	107,8	109,0	118,5	124,4	98,2	110,6	123,3	111,9	112,2	121,3
Februar	114,4	108,3	109,2	118,9	124,8	98,5	110,8	123,5	112,2	112,5	124,6
März	114,5	108,7	109,3	119,1	125,1	98,5	110,9	123,6	112,5	112,5	122,5

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat 1)	Hauptgruppe/Gruppe 2)										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
Alle privaten Haushalte											
1993 D	125,4	104,3	102,5	270,5	365,2	143,1	104,0	124,2	112,0	108,8	119,4
1994 D	130,0	106,0	103,1	290,3	404,5	136,6	104,9	132,3	115,0	112,8	127,6
1995 D	132,7	107,0	103,2	302,6	426,1	136,3	105,8	136,6	116,5	115,8	131,6
1995 Januar	131,2	106,6	103,3	294,0	411,4	136,1	105,4	135,3	115,7	115,7	127,9
Februar	131,8	107,7	103,1	294,1	411,5	136,2	105,5	135,7	116,2	115,8	130,8
März	131,7	107,5	103,2	294,1	411,5	136,1	105,6	135,9	116,1	115,6	129,8
April	132,0	107,9	103,2	294,6	413,1	135,2	105,7	136,2	116,7	115,4	130,5
Mai	132,1	108,4	103,2	294,7	413,3	135,2	105,9	136,6	116,8	115,3	129,1
Juni	132,4	108,8	103,2	294,7	413,3	135,2	105,9	136,8	117,0	115,2	131,7
Juli	132,2	107,8	102,8	294,8	413,3	135,4	105,9	136,9	116,4	115,3	136,2
August	133,6	106,3	102,7	312,2	443,6	135,2	105,9	136,9	116,6	115,3	135,5
September	133,5	106,0	103,1	312,9	443,6	137,1	105,9	137,1	116,7	115,9	131,9
Oktober	133,7	105,8	103,3	314,6	446,2	137,5	106,0	137,2	116,5	116,6	132,4
November	133,7	105,8	103,5	314,9	446,3	138,2	106,0	137,3	116,3	116,8	131,1
Dezember	133,9	105,9	103,5	315,0	446,4	138,2	106,0	137,5	116,9	117,1	132,0
1996 Januar	134,6	106,4	103,2	317,2	450,8	137,4	106,1	138,2	118,5	117,4	130,5
Februar	135,2	107,2	103,0	317,6	451,1	137,9	106,2	138,6	119,2	117,8	133,2
März	135,3	107,5	103,2	317,6	451,1	138,0	106,2	138,7	119,5	117,9	131,6
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen											
1993 D	123,3	104,9	102,3	287,4	364,6	152,6	103,5	113,9	110,4	108,7	117,7
1994 D	127,4	106,7	102,8	309,4	404,0	144,1	104,3	118,1	112,7	112,6	124,9
1995 D	129,7	107,8	102,9	323,0	425,8	143,4	105,3	121,4	113,5	115,0	128,2
1995 Januar	128,4	107,2	103,0	313,5	411,0	143,4	104,9	120,4	113,1	114,9	124,4
Februar	128,9	108,3	102,9	313,6	411,1	143,4	104,9	120,7	113,2	115,1	127,1
März	128,8	108,1	103,0	313,6	411,1	143,4	105,1	120,9	113,2	114,9	126,3
April	129,1	108,5	102,9	314,3	412,7	142,5	105,2	121,1	113,7	114,8	127,1
Mai	129,2	108,9	103,0	314,4	412,8	142,4	105,4	121,4	113,8	114,7	126,0
Juni	129,4	109,2	102,9	314,4	412,8	142,4	105,4	121,6	113,9	114,5	128,8
Juli	129,4	108,5	102,5	314,4	412,8	142,6	105,5	121,6	113,3	114,5	133,7
August	130,7	107,2	102,4	333,8	443,4	142,3	105,4	121,6	113,5	114,6	132,8
September	130,6	107,0	102,9	334,4	443,4	144,0	105,5	121,7	113,5	115,0	129,0
Oktober	130,7	106,7	103,0	336,1	446,0	144,3	105,5	121,7	113,4	115,4	128,8
November	130,6	106,8	103,2	336,4	446,1	144,9	105,3	121,9	113,2	115,7	126,5
Dezember	130,8	106,8	103,2	336,5	446,2	145,0	105,3	122,0	113,7	115,9	127,5
1996 Januar	131,4	107,4	102,9	339,0	450,7	143,9	105,4	122,5	114,8	116,1	126,4
Februar	132,0	108,2	102,7	339,3	450,9	144,3	105,5	122,9	115,5	116,3	128,9
März	132,1	108,5	102,9	339,3	450,9	144,3	105,5	122,9	115,8	116,7	127,5

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck)

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat 1)	Hauptgruppe/Gruppe 2)										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Wohn- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen

1993 D	122,7	104,7	102,4	260,8	364,6	139,6	103,9	125,0	110,9	112,7	121,0
1994 D	127,0	106,4	103,0	279,3	404,0	133,7	104,7	133,2	113,4	118,1	130,1
1995 D	129,4	107,5	103,1	290,9	425,8	133,6	105,6	136,8	114,3	122,0	134,5
1995 Januar	128,1	107,0	103,2	282,9	411,0	133,4	105,2	135,7	113,9	121,4	130,8
Februar	128,6	108,1	103,0	282,9	411,1	133,4	105,3	136,1	114,1	121,7	133,0
März	128,5	107,9	103,2	282,9	411,1	133,3	105,5	136,2	114,0	121,7	132,4
April	128,9	108,3	103,1	283,4	412,7	132,5	105,6	136,5	114,5	121,6	133,2
Mai	129,0	108,7	103,2	283,4	412,8	132,4	105,7	136,8	114,6	121,6	132,5
Juni	129,3	109,0	103,2	283,4	412,8	132,4	105,7	137,0	114,8	121,5	134,8
Juli	129,0	108,1	102,8	283,5	412,8	132,6	105,8	137,1	114,1	121,6	138,9
August	130,2	106,8	102,6	299,9	443,4	132,4	105,7	137,1	114,3	121,7	138,1
September	130,1	106,6	103,1	300,8	443,4	134,3	105,8	137,2	114,4	122,2	135,0
Oktober	130,3	106,3	103,3	302,4	446,0	134,8	105,8	137,3	114,2	122,8	135,9
November	130,3	106,4	103,5	302,7	446,1	135,5	105,7	137,5	114,1	123,1	134,0
Dezember	130,5	106,4	103,5	302,9	446,2	135,7	105,7	137,6	114,5	123,3	134,8
1996 Januar	131,1	107,0	103,2	305,1	450,7	135,2	105,8	138,3	115,7	123,6	133,8
Februar	131,7	107,7	103,0	305,5	450,9	135,8	105,9	138,6	116,4	123,9	135,7
März	131,9	108,0	103,1	305,5	450,9	135,9	105,9	138,6	116,7	124,5	134,5

2-Personen-Rentnerhaushalte

1993 D	126,7	102,8	102,8	263,2	367,0	136,3	104,8	133,7	111,4	108,0	116,9
1994 D	131,5	104,5	103,5	282,6	406,1	131,6	105,9	145,6	114,0	111,4	123,0
1995 D	134,3	105,5	103,6	294,4	427,2	131,7	107,0	150,2	115,7	114,3	126,1
1995 Januar	132,7	105,1	103,7	286,2	412,7	131,4	106,6	148,7	114,8	114,4	122,1
Februar	133,6	106,3	103,5	286,3	412,9	131,4	106,7	149,2	115,4	114,4	127,7
März	133,4	106,2	103,6	286,3	412,9	131,4	106,9	149,4	115,3	114,1	125,2
April	133,7	106,7	103,6	286,8	414,5	130,5	107,0	149,7	115,8	113,6	125,4
Mai	133,7	107,3	103,6	286,9	414,7	130,5	107,0	150,1	115,9	113,4	122,2
Juni	134,1	107,8	103,6	286,9	414,7	130,5	107,1	150,4	116,1	113,4	125,6
Juli	134,0	106,5	103,4	287,0	414,7	130,7	107,2	150,5	115,7	113,5	131,1
August	135,3	104,5	103,2	303,3	444,4	130,7	107,1	150,6	115,9	113,5	130,5
September	135,1	104,1	103,6	304,2	444,4	132,6	107,1	150,8	115,9	114,3	125,5
Oktober	135,2	103,8	103,8	305,8	446,9	133,2	107,2	151,0	115,7	115,1	124,8
November	135,4	103,8	103,9	306,2	447,0	133,9	107,3	151,2	115,6	115,4	126,2
Dezember	135,6	103,9	104,0	306,3	447,1	134,0	107,3	151,3	116,2	116,0	127,4
1996 Januar	136,2	104,5	103,6	308,5	451,4	133,5	107,4	152,2	117,4	116,4	123,8
Februar	137,0	105,4	103,5	308,8	451,7	134,0	107,5	152,6	118,0	116,8	129,1
März	137,0	105,8	103,7	308,8	451,7	134,1	107,5	152,6	118,2	116,6	126,0

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)
1991 = 100

Jahr Monat	Neubau								Instandhaltung von Wohngebäuden		
	Wohngebäude					Büro- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude				
	insgesamt	Ein- familien- Gebäude	Mehr- familien- Gebäude	Gemischt- genutzte	vorgefertigte Bauart ²⁾		insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau		
					mit Unterkellerung					ohne	
Deutschland											
1993 D	111,7	111,7	111,7	111,2	118,1	117,7	111,1	110,7	111,3	110,2	
1994 D	114,3	114,5	114,3	113,7	121,6	122,2	113,6	112,9	113,6	112,3	
1995 D	117,1	117,3	117,1	116,4	125,8	125,7	116,4	115,5	116,2	114,9	
1995 Febr.	116,1	116,2	116,0	115,4	-	-	115,4	114,6	115,3	113,9	
Mai	117,4	117,6	117,4	116,6	125,4	125,4	116,6	115,6	116,4	114,9	
Aug.	117,6	117,8	117,5	116,8	-	-	116,8	115,9	116,6	115,2	
Nov.	117,4	117,7	117,4	116,7	126,2	126,0	116,8	116,0	116,6	115,5	
1996 Febr.	117,2	117,4	117,1	116,3	-	-	116,7	116,0	116,5	115,6	
Früheres Bundesgebiet											
1993 D	110,5	110,5	110,4	110,1	-	-	110,1	109,5	110,1	109,0	
1994 D	112,8	112,9	112,8	112,3	-	-	112,4	111,5	112,3	110,9	
1995 D	115,4	115,6	115,4	114,7	-	-	114,9	114,1	114,8	113,4	
1995 Febr.	114,3	114,5	114,3	113,7	-	-	113,9	113,1	113,8	112,4	
Mai	115,7	115,9	115,7	115,0	-	-	115,1	114,2	114,9	113,4	
Aug.	115,9	116,1	115,9	115,2	-	-	115,4	114,5	115,2	113,7	
Nov.	115,7	115,9	115,7	115,0	-	-	115,3	114,6	115,2	114,0	
1996 Febr.	115,4	115,6	115,4	114,6	-	-	115,2	114,5	115,0	114,0	
Neue Länder und Berlin-Ost											
1993 D	118,7	118,9	118,7	117,8	-	-	117,0	117,8	118,1	117,5	
1994 D	123,3	123,7	123,2	122,2	-	-	121,0	121,0	121,6	120,4	
1995 D	127,0	127,4	126,8	125,7	-	-	124,6	124,0	124,5	123,3	
1995 Febr.	126,1	126,6	126,0	124,9	-	-	123,7	123,2	123,8	122,5	
Mai	127,2	127,6	127,0	125,9	-	-	124,7	124,1	124,7	123,4	
Aug.	127,1	127,6	126,9	125,8	-	-	124,8	124,0	124,6	123,3	
Nov.	127,4	127,8	127,1	126,1	-	-	125,1	124,5	125,0	124,0	
1996 Febr.	127,3	127,8	127,1	126,0	-	-	125,5	124,9	125,2	124,5	

Jahr Monat	Neubau							Instandhaltung von Wohngebäuden		
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Kläranlagen	Mehrfamiliengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit Schönheitsreparaturen	ohne	
Deutschland										
1993 D	107,7	107,7	107,7	108,1	110,5	110,0	110,7	114,0	114,0	114,3
1994 D	108,1	108,2	108,1	109,6	111,8	111,7	112,8	117,5	117,5	117,7
1995 D	109,1	109,1	109,0	111,0	112,9	112,7	115,2	121,1	121,1	121,5
1995 Febr.	108,6	108,6	108,6	110,4	112,3	112,2	114,3	119,6	119,7	119,8
Mai	109,4	109,4	109,3	111,4	113,3	113,1	115,3	120,9	120,9	121,3
Aug.	109,3	109,4	109,3	111,3	113,2	113,1	115,4	121,8	121,8	122,4
Nov.	108,9	108,9	108,8	111,0	112,6	112,4	115,6	122,0	122,0	122,4
1996 Febr.	108,2	108,3	108,2	110,7	111,8	111,7	115,4	122,1	122,1	122,4
Früheres Bundesgebiet										
1993 D	107,7	107,7	107,8	107,3	109,6	109,0	109,8	112,7	112,8	112,4
1994 D	107,9	107,9	107,9	108,5	110,6	110,3	111,7	115,9	116,0	115,3
1995 D	108,9	108,9	108,9	110,0	111,7	111,4	113,9	119,4	119,5	119,0
1995 Febr.	108,3	108,3	108,2	109,3	111,0	110,8	113,0	117,9	118,0	117,2
Mai	109,2	109,2	109,2	110,3	112,1	111,8	114,0	119,2	119,3	118,8
Aug.	109,2	109,2	109,2	110,2	112,1	111,7	114,1	120,1	120,2	119,9
Nov.	108,8	108,9	108,8	110,0	111,5	111,2	114,3	120,3	120,4	119,9
1996 Febr.	108,3	108,3	108,2	109,6	110,7	110,6	114,2	120,4	120,5	119,8
Neue Länder und Berlin-Ost										
1993 D	107,7	107,9	107,6	113,0	116,2	116,2	116,3	121,5	121,1	125,2
1994 D	109,6	110,0	109,3	115,8	119,0	120,4	119,8	126,8	126,2	131,4
1995 D	109,8	110,0	109,7	117,1	119,6	120,5	122,5	131,2	130,6	135,8
1995 Febr.	110,3	110,5	110,2	116,9	119,6	120,8	122,0	130,0	129,4	134,6
Mai	110,2	110,3	110,1	117,5	120,3	120,6	122,7	131,2	130,6	135,8
Aug.	110,0	110,2	109,8	117,2	119,7	121,2	122,5	131,6	131,0	136,5
Nov.	108,8	108,9	108,7	116,9	118,9	119,2	122,9	131,8	131,2	136,3
1996 Febr.	107,8	107,9	107,7	116,9	118,4	118,6	122,8	132,4	131,7	137,4

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4.

1) Einschl. Umsatzsteuer - 2) Einfamiliengebäude (Halbjahresergebnisse).